

Die Organisatoren des Massenmordes



Himmler (Mitte), sein «Wölfchen», der Chef des Persönlichen Stabes des Reichsführers-SS, Karl Wolff (links), und der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich (rechts)



*Offiziere und Industrielle besichtigen das KZ Dachau
(v.r.n.l.: Lagerkommandant Hoffmann, SS-Obersturmführer Dettmers und ein Fliegergeneral*

Ernst Kaltenbrunner, der zweite Chef des Reichssicherheitshauptamtes



Himmler besichtigt in Begleitung des Lagerkommandanten Zierys das Konzentrationslager Mauthausen



Baranowski, einer der ersten Kommandanten des Konzentrationslagers Sachsenhausen



SS-Führer des Konzentrationslagers Mauthausen



SS-Aufseherinnen aus dem KZ Bergen-Belsen



*„Kommandeuse“ Ilse Koch, die Frau
des Kommandanten von Buchenwald,
die aus der Haut von Gefangenen
Lampenschirme und Buchhüllen an-
fertigen ließ*



SS-Aufseherinnen aus dem Frauenkonzentrationslager Ravensbrück



Himmler mit Industriellen in Auschwitz

**Einige der Hauptverantwortlichen aus dem SS-Wirtschafts-
Verwaltungshauptamt**



*Oswald Pohl
SS-Obergruppenführer
Chef des SS-Wirtschafts-
Verwaltungshauptamtes*

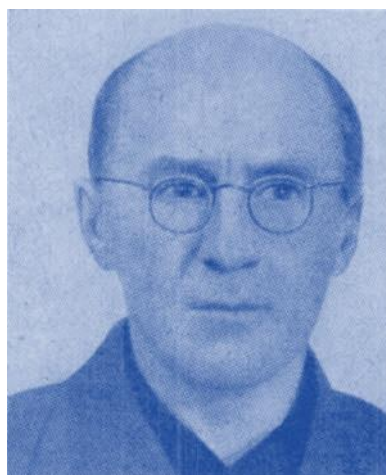


*August Frank
SS-Obergruppenführer
Chef der Amtsgruppe A*

*Heinz Karl Fanslaus²⁹
SS-Brigadeführer
Chef der Amtsgruppe A*



*Georg Lörner
SS-Gruppenführer
Chef der Amtsgruppe B*



*Hans Heinrich Baier³⁰
SS-Oberführer
Amtschef Stab W*



Hans Lörner
SS-Oberführer
Chef des Amtes A I



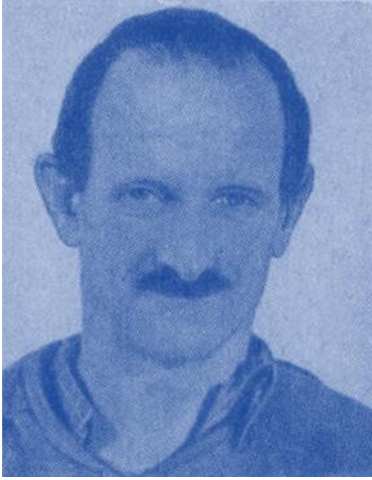
Erwin Tschentscher
SS-Standartenführer
Chef des Amtes B I



*Hans Bobermin*³²
SS-Obersturmbannführer
Chef des Amtes B II



*Max Kiefer*³³
SS-Obersturmbannführer
Chef des Amtes C II



*Franz Eirenschmalz³⁴
SS-Standartenführer
Chef des Amtes C VI*



*Karl Sommer³⁵
SS-Obersturmbannführer
Stellvertretender Chef des Amtes DU
(Häftlingseinsatz)*



*Hermann Pook³⁶
SS-Obersturmbannführer
Leitender Zahnarzt im Amt D III*



*Horst Klein
SS-Obersturmbannführer
Chef des Amtes W VIII*

VI

**Dokumente und Berichte
über
Deportation und Zwangsarbeit**

Das System der Deportation

Die Politik der Zwangsarbeit

Artikel 6 (b) des Statuts sieht vor, dass «Misshandlungen oder Deportation zur Zwangsarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck von Angehörigen der Zivilbevölkerung des besetzten Gebiets oder anderen Zivilpersonen» als Kriegsverbrechen anzusehen sind. Die Vorschriften über Zwangsarbeit von Bewohnern von besetzten Gebieten finden sich in Artikel 52 der Haager Konvention, in dem es heist:

«Naturalleistungen und Dienstleistungen können von Gemeinden oder Einwohnern nur für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres gefordert werden. Sie müssen im Verhältnis zu den Hilfsquellen des Landes stehen und solcher Art sein, dass sie nicht für die Bevölkerung die Verpflichtungen enthalten, an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland teilzunehmen.»

Die Politik der deutschen Besatzungsbehörden war eine offenkundige Verletzung der Bestimmungen dieser Konvention. Man kann sich ein ungefähres Bild über diese Politik an Hand einer Erklärung machen, die Hitler in einer am 9. November 1941 gehaltenen Rede abgab:

«Das Gebiet, das jetzt für uns arbeitet, enthält mehr als 250'000'000 Menschen, aber das mittelbar für uns arbeitende Gebiet umfasst mehr als 350'000'000 Menschen. Soweit es deutsches Gebiet betrifft, kann gar kein Zweifel darüber bestehen, dass es uns gelingen wird, in dem Sektor, den wir unter unserer Verwaltung haben, den letzten Mann zur Arbeit einzusetzen.»

Die tatsächlich erzielten Ergebnisse waren jedoch nicht derart vollständig. Es ist den deutschen Besatzungsbehörden jedoch gelungen, viele Bewohner der besetzten Gebiete zur Arbeit in der deutschen Kriegsindustrie zu zwingen und mindestens 5 Millionen Menschen zum Einsatz in der Industrie und Landwirtschaft nach Deutschland zu deportieren.

Im Anfangsstadium des Krieges waren die Arbeitskräfte der besetzten Gebiete der Kontrolle verschiedener Besatzungsbehörden unterworfen, und die Methode war von Land zu Land verschieden. In allen besetzten Gebieten wurde bald die Arbeitsdienstpflicht eingeführt. Die Bewohner der besetzten Gebiete mussten sich melden und wurden örtlich zur Mitarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft eingesetzt. In vielen Fällen wurden sie gezwungen, an deutschen Befestigungsarbeiten und militärischen Anlagen zu arbeiten.

Als die örtlichen Rohstoffvorräte und die Leistungen der örtlichen Industrie nicht

mehr ausreichen, um den deutschen Anforderungen gerecht zu werden, wurde das System der Deportation von Arbeitskräften nach Deutschland in Kraft gesetzt. Mitte April 1940 war die zwangsweise Deportation von Arbeitskräften nach Deutschland im Generalgouvernement befohlen worden; und eine ähnliche Methode wurde in anderen Ostgebieten nach ihrer Besetzung befolgt. Himmler gab eine Schilderung dieser zwangsweisen Deportation aus Polen im April 1941. In einer Ansprache an SS-Offiziere erinnerte er daran, wie sie bei einer Temperatur von 40 Grad unter Null «Tausende, Zehntausende, Hunderttausende abzutransportieren» hatten. Bei einer späteren Gelegenheit erklärte Himmler:

«Ob bei dem Bau eines Panzergrabens 10'000 russische Weiber an Entkräftung Umfallen, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird . . . Wir müssen uns klar sein, dass wir sechs bis sieben Millionen Ausländer in Deutschland haben ... Keiner von ihnen ist gefährlich, solange wir bei der geringsten Kleinigkeit ernste Massnahmen ergreifen.»

Allerdings wurde während der ersten beiden Jahre der deutschen Besetzung Frankreichs, Belgiens, Hollands und Norwegens der Versuch gemacht, die notwendigen Arbeiter als Freiwillige zu erlangen. Wie erfolglos dies war, ist aus dem Sitzungsbericht des Ministerrats für Zentrale Planung vom 1. März 1944 zu ersehen. Kehrl, der Vertreter des Angeklagten Speer, sagte von der Lage in Frankreich:

«Während dieser ganzen Zeit ist eine grosse Zahl von Franzosen durch freiwillige Werbung nach dem Reich gekommen.»

Er wurde vom Angeklagten Sauckel unterbrochen:

«Nicht nur freiwillig, auch durch Zwangswerbung.»

Kehrl antwortete darauf:

«Die Zwangswerbung setzte ein, als die freiwillige Werbung nicht mehr genug ergab.»

Wozu der Angeklagte Sauckel bemerkte:

«Von den 5 Millionen ausländischen Arbeitern, die nach Deutschland gekommen sind, sind keine 200'000 freiwillig gekommen.»

Und Kehrl erwiderte:

«Ich will mal dahingestellt sein lassen, in wieweit ein leichter Druck dabei war. Es war jedenfalls formal freiwillig.»

Es wurden Ausschüsse eingesetzt, um die Anwerbung zu fördern, und ein energischer Propagandafeldzug begonnen, um Arbeiter zu veranlassen, sich freiwillig zum Dienste in Deutschland zu melden. In diesem Propagandafeldzug wurde bei-

spielsweise das Versprechen abgegeben, dass für jeden Arbeiter, der nach Deutschland ginge, ein Kriegsgefangener heimgeschickt würde. Um nachzuhelfen, wurden in manchen Fällen Arbeitern, die sich weigerten, nach Deutschland zu gehen, die Lebensmittelkarten entzogen, oder sie wurden aus ihren Stellen entlassen und der Erwerbslosenunterstützung oder der Gelegenheit, anderswo zu arbeiten, beraubt. In einigen Fällen wurden Arbeiter und ihre Familien mit polizeilichen Vergeltungsmassnahmen bedroht, wenn sie sich weigerten, nach Deutschland zu gehen. Am 12. März 1942 wurde der Angeklagte Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ernannt, mit Befehlsgewalt «über alle verfügbaren Arbeitskräfte, einschliesslich der im Auslande angeworbenen Arbeiter und der Kriegsgefangenen».

Der Angeklagte Sauckel unterstand unmittelbar dem Angeklagten Göring in dessen Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan, und ein Erlass Görings vom 27. März 1942 übertrug alle seine Vollmachten in Bezug auf Arbeitskräfte auf den Angeklagten Sauckel. Auch die Anweisungen an Sauckel besagten, dass ausländische Arbeitskräfte als Freiwillige angeworben werden sollten, sahen aber auch vor, dass «dort jedoch, wo in den besetzten Gebieten der Ruf um Freiwillige nicht ausreichende Ergebnisse zeitigt, man unter allen Umständen zu Dienstverpflichtungen und Zwangseinzziehung schreiten musste». Bestimmungen, die den Arbeitsdienst in Deutschland zur Pflicht machten, wurden in allen besetzten Gebieten veröffentlicht. Die Zahl der Arbeiter, die bereitzustellen waren, wurde von Sauckel festgesetzt, und die örtlichen Behörden wurden angewiesen, notwendigenfalls diese Bedürfnisse durch Aushebungen zu befriedigen. Das Aushebungen eher die Regel als die Ausnahme waren, zeigt die bereits zitierte Erklärung Sauckels vom 1. März 1944.

Der Angeklagte Sauckel beteuerte oft, dass die Ausländer menschlich behandelt worden seien und dass die Bedingungen, unter welchen sie lebten, gute gewesen seien. Was auch immer die Absicht Sauckels gewesen sein mag und wie sehr er auch gewünscht haben mag, dass ausländische Arbeiter human behandelt werden sollten, so haben doch die dem Internationalen Militärgerichtshof vorgelegten Beweisstücke einwandfrei die Tatsache ergeben, dass die Einziehung von Arbeitskräften in vielen Fällen durch drastische und gewaltsame Methoden erreicht wurde. Die sogenannten «Fehler und Irrtümer» kamen in sehr grossem Umfange vor. Menschenjagden fanden in den Strassen, in Kinos, ja sogar in Kirchen und bei Nacht in Privathäusern statt. Manchmal wurden Häuser niedergebrannt und die Familien als» Geiseln festgenommen. Handlungen, die nach den Worten des Angeklagten Rosenberg ihren Ursprung «in den schwärzesten Zeiten des Sklavenhandels» hat-

ten. Die Methoden, die zur Erlangung von Zwangsarbeitern aus der Ukraine angewandt wurden, werden klar aus dem Befehl an SD-Offiziere, welcher besagte:

«Dabei wird es nicht immer ohne Zwangsmittel abgehen ... Bei der Überholung von Dörfern, beziehungsweise notwendig werdenden Niederbrennung eines Dorfes wird die gesamte Bevölkerung dem Beauftragten zwangsweise zur Verfügung gestellt... Grundsätzlich werden keine Kinder mehr erschossen. Wenn wir also durch obige Anordnung unsere harten sicherheitspolizeilichen Massnahmen vorübergehend einschränken, so geschieht dies nur aus folgenden Gründen: ‚Das Wichtigste ist die Arbeiterbeschaffung‘.»

Die Mittel und Bedürfnisse der besetzten Länder wurden bei Durchführung dieser Politik völlig ausser Acht gelassen. Die Behandlung der Arbeiter richtete sich nach den Weisungen Sauckels vom 20. April 1942:

«Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, dass sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die grösstmögliche Leistung hervorbringen.»

Die Beweisaufnahme zeigte, dass die für das Reich bestimmten Arbeiter unter Bewachung nach Deutschland gesandt wurden, oftmals in Züge geprest, ohne angemessene Heizung, Ernährung, Bekleidung oder hygienische Anlagen. Die Beweisaufnahme ergab ferner, dass die Behandlung der Arbeiter in Deutschland in vielen Fällen brutal und erniedrigend war. Das auf die Krupp-Werke in Essen sich beziehende Beweismaterial zeigte, dass die Arbeiter aufs Grausamste bestraft wurden. Theoretisch wenigstens wurden die Arbeiter bezahlt, untergebracht und gepflegt und sogar ermächtigt, ihre Ersparnisse zu transferieren und Post und Pakete nach Hause zu schicken; doch entzogen einschränkende Regeln wiederum einen Teil der Bezahlung; die Lager, in denen sie untergebracht waren, waren unhygienisch; die Ernährung war sehr oft weniger als das notwendige Minimum dessen, was den Arbeitern die Kraft zur Erfüllung ihrer Aufgaben gewährte. Im Falle der auf deutschen Bauernhöfen beschäftigten Polen waren die Arbeitgeber ermächtigt, Körperstrafen anzuwenden, und wurden angewiesen, die Arbeiter womöglich in Ställen unterzubringen, jedenfalls nicht in ihren eigenen Wohnstätten. Sie waren der ständigen Aufsicht der Gestapo und der SS unterworfen, und wenn sie versuchten, ihre Arbeitsstellen zu verlassen, wurden sie in Erziehungs- oder Konzentrationslager überführt.

Der Nürnberger Prozess, Bd. I, S. 194-197.

Bericht über die Verschleppung von Zwangsarbeitern nach Deutschland

Gauleitung Thüringen der NSDAP
– Der Generalbevollmächtigte –

Weimar, den 15.4.1943
FS-Nr. 435/43 10,25 Uhr

**An
den Führer
Obersalzberg.**

Mein Führer!

Wie Ihnen bereits durch Gruppenführer Bormann mitgeteilt wurde, begeben sich am 15.4. in die Ostgebiete, um für die kommenden Monate 1 Million Arbeitskräfte aus dem Osten für die deutsche Kriegswirtschaft sicherzustellen.

Das Ergebnis meiner letzten Frankreich-Reise besteht darin, dass nach exakter Erfüllung des letzten Programms auch aus den Westgebieten bis zum Sommerbeginn erneut 450'000 Arbeiter ins Reich kommen werden, mit den noch aus Polen und den übrigen Gebieten in Frage kommenden Kräften in Höhe von etwa 150'000 wird es dann gelingen, der deutschen Landwirtschaft wieder 5 bis 600'000 und der Rüstungs- und übrigen Kriegswirtschaft 1 Million Arbeitskräfte bis zu den Sommermonaten zur Verfügung zu stellen.

1. Nach einjähriger Tätigkeit als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz darf ich Ihnen melden, dass vom 1. April v. Js. bis zum 31. März ds. Js. der deutschen Kriegswirtschaft 3'638'056 neue fremdvölkische Arbeitskräfte zugeführt werden konnten. Im grossen Ganzen haben diese Kräfte zufriedenstellende Leistungen gebracht. Ihre Ernährung und Unterbringung ist sichergestellt, die Behandlung so einwandfrei geregelt, dass unser nationalsozialistisches Reich gegenüber den Methoden der kapitalistischen und bolschewistischen Welt auch in dieser Beziehung ein leuchtendes Beispiel darstellt. Dabei ist es natürlich unvermeidlich, dass hier und da noch Fehl- und Missgriffe vorkommen. Ich werde stets bemüht bleiben, sie mit der grössten Energie auf ein Mindestmass zu beschränken.
Ausser den fremdvölkischen Zivilarbeitern werden noch 1'622'829 Kriegsgefangene in der deutschen Wirtschaft beschäftigt.

2. Die 3'638'056 Arbeitskräfte verteilen sich auf folgende Zweige der deutschen Kriegswirtschaft:

Rüstung	1 568 801
Bergbau	163 632
Bauwirtschaft	218 707
Verkehr	199 074
Land- und Forstwirtschaft	1 007 544
Sonstige Wirtschaftszweige	480 298

Ihr getreuer und gehorsamer

gez. Fritz Sauckel

Beweisdokumente für die Spruchgerichte in der Britischen Zone, S. 143.

Die Ausbeutung der KZ-Häftlinge und der Kriegsgefangenen durch deutsche Konzerne

«... bis zu den Grenzen ihrer körperlichen Kräfte»

Die Konzentrationslager wurden auch dazu benutzt, die Versorgung mit Arbeitskräften zu steigern. Die Kommandanten von Konzentrationslagern hatten den Befehl, ihre Gefangenen bis zu den Grenzen ihrer körperlichen Kräfte zur Arbeit anzuhalten. Während der späteren Zeit des Krieges waren die Konzentrationslager auf gewissen Arbeitsgebieten so ergiebig, dass die Gestapo tatsächlich angewiesen wurde, bestimmte Gruppen von Arbeitern zu verhaften, damit sie auf solche Weise verwendet werden könnten. Alliierte Kriegsgefangene wurden auch als eine Möglichkeit zur Beschaffung von Arbeitskräften angesehen. Auf Unteroffiziere wurde Druck ausgeübt, um sie zur Annahme von Arbeit zu zwingen, indem man diejenigen, die nicht zustimmten, in Straflager versetzte. Viele Kriegsgefangene wurden in Verletzung des Artikels 13 der Genfer Konvention gezwungen, Arbeiten zu leisten, die mit militärischen Operationen unmittelbar zusammenhingen. Sie wurden zur Arbeit in Munitionsfabriken verwendet, man liess sie sogar Bombenflugzeuge beladen, Munition tragen und Gräben auswerfen, oft unter den gefährlichsten Umständen.

Der Nürnberger Prozess, Bd. 1, S. 197.

Vermietung von Häftlingen an die Konzerne

Ich war von Mai 1940 bis zum 1. Dezember 1943 Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz. Sodann Amtschef D I des W.V.H.A. Zu meiner Amtstätigkeit gehörte bis 1. Dezember 1943 die Überprüfung des Arbeitseinsatzes von Konzentrationslagerhäftlingen des Lagers Auschwitz und nachher die Überprüfung des Arbeitseinsatzes von Häftlingen aller deutschen Konzentrationslager, wenn immer ich einen besonderen Befehl des Hauptamts-Chefs Pohl hatte.

Nach meiner Kenntnis begann die massenhafte Verwendung von K.Z.Häftlingen in der deutschen Privatindustrie im Jahre 1940/1941. Diese Verwendung steigerte sich fortlaufend bis zum Ende des Krieges. Gegen Ende 1944 waren ungefähr

400.000 Konzentrationslagerhäftlinge in der privaten Rüstungsindustrie und rüstungswichtigen Betrieben beschäftigt. Wieviele Häftlinge schon vorher oder nachher eingesetzt waren, kann ich nicht sagen. Nach meiner Schätzung sind in den Betrieben mit besonders schweren Arbeitsbedingungen, z.B. Bergwerken, jeden Monat ein Fünftel gestorben, oder wurden wegen Arbeitsunfähigkeit zur Vernichtung von den Betrieben an die Lager zurückgeschickt. Die Konzentrationslager haben niemals Arbeitskräfte der Industrie angeboten. Vielmehr wurden Häftlinge nur dann in die Betriebe entsandt, wenn die Betriebe vorerst um Konzentrationslagerhäftlinge angesucht hatten ...

Die Betriebe mussten keine Berichte über Todesursachen usw. abgeben. Auf Grund der Berichte, die wir in den Lagern von den SS-Wachmannschaften und den Arbeitskommandoführern über Verminderung der Zahl der in den betreffenden Betrieben arbeitenden Häftlinge erhielten, wurden die Zahlen der Todesfälle und der Arbeitsunfähigen mitgeteilt, und sodann wurden fortlaufend neue Häftlinge als Nachschub an die betreffenden Betriebe gesandt.

Während meiner Dienstreisen wurde mir fortgesetzt von leitenden Persönlichkeiten der Betriebe gesagt, dass sie mehr Häftlinge haben wollen ...

Aus einer eidesstattlichen Erklärung des ehemaligen SS-Obersturmbannführers Hös. In: Mauer-Prozess, Teil 1, Bd. 7, Bl. 4/5.

Über die Zusammenarbeit der Monopole und der SS

Eidesstattliche Erklärung

A.

1. Ich, Oswald Pohl, vormalig SS-Obergruppenführer und vom 1. Februar 1934 bis zum Zusammenbruch Leiter des SS-Wirtschafts Verwaltungshauptamtes, stelle hiermit unter Eid die folgenden Tatsachen fest, die mir aus eigener Kenntnis bekannt sind.
2. Im Laufe von Vernehmungen durch Vertreter des Office of US Chief of Counsel wurde mir eine Reihe von Dokumenten gezeigt und anderes informatorische Material vorgelegt oder verlesen, um mein Gedächtnis wachzurufen.
3. Nach Abschluss dieser Vernehmungen wurde mir diese «eidesstattliche Erklärung» in deutscher Sprache vorgelegt, zu der die Aussagen, die ich über wichtige Angelegenheiten gemacht hatte, reduziert worden waren.

B. Das Hauptwirtschaftsverwaltungsamt war mit dem Arbeitseinsatz von Insassen von Konzentrationslagern seit März 1942 beauftragt. Direkt beauftragt mit dem Einsatz von Konzentrationslager-Häftlingen war Amtsgruppe D meines Hauptamtes, Leiter Gruppenführer Glücks; sein Stellvertreter Standartenführer Maurer und dessen Assistent Hauptsturmführer Sommer.

C.

1. Die SS-Betriebe selbst, sowohl wie fast alle Betriebe der privaten und staatlichen Rüstungsindustrie, haben Insassen von Konzentrationslagern seit 1942 in wachsendem Umfange beschäftigt.
2. Infolge des akuten Arbeitermangels sind fast alle Rüstungsbetriebe an mein Amt herangetreten, um Arbeitskräfte aus den Konzentrationslagern zu erhalten, und diejenigen, die schon solche Arbeitskräfte beschäftigten, haben in den meisten Fällen ständig um Vermehrung der bei ihnen eingesetzten Zahl von Häftlingen ersucht.
3. Die Industrie, welche die Insassen von Konzentrationslagern beschäftigte, war für die Arbeitsbedingungen, wie Unterbringung, Verpflegung und Gesundheitspflege, verantwortlich. Die Löhne für die Insassen sollten im Allgemeinen von der Privatindustrie auf der Grundlage der von der Deutschen Arbeitsfront festgelegten Lohnsätze bezahlt werden. Die Lohnsummen wurden von den einzelnen Betrieben an die Verwaltungsstelle der Konzentrationslager-Inspektion abgeführt. Dort wurden sie monatlich zusammengefasst. Ich erhielt von Maurer eine monatliche Übersicht über die vereinbarten Gelder, die dann als Rückeinnahme des Reiches an die Reichskasse von meinem Amt abgeführt wurden. Die Rückeinnahme des Reiches wurde regelmässig vom Reichsfinanzministerium unter Graf Schwerin von Krosigk geprüft. Das Reichsfinanzministerium bestand immer darauf, dass die Löhne ordnungsgemäss eingezogen wurden und führte oft Klage darüber, dass die rückvereinnahmten Gelder zu gering waren. Man war von Seiten des Finanzministeriums bemüht, durch diese Lohnauszahlungen den Aufwand der Konzentrationslager wieder hereinzubekommen.
Die an das Reich abgeführten Lohnsummen der Privatindustrie für Konzentrationslager-Häftlinge stellten Nettobeträge dar, da die Privatindustrie in der Regel ungefähr $\frac{2}{3}$ der zu zahlenden Lohnsätze für «Sachleistungen», das heisst Nahrung, Unterkunft usw., abzog. In Anbetracht der inadäquaten Sachleistungen muss der Abzug von $\frac{2}{3}$ als viel zu hoch betrachtet werden, so dass die Arbeit, die von den Häftlingen der Konzentrationslager für die Privatindustrie geleistet wurde, sehr billig war.

4. Die größten Arbeitgeber von Konzentrationslager-Häftlingen waren, nach der Zahl der Beschäftigten, der Reihe nach die folgenden:
 - a) meine Amtsgruppe C «Bau», Leiter Obergruppenführer Dr. Kammler, besonders für die Verlagerung der Flugzeugindustrie in unterirdische Ausweichstätten,
 - b) IG Farbenindustrie AG,
 - c) Hermann-Göring-Konzern,
 - d) Hugo Schneider AG (Hasag),
 - e) verschiedene Firmen der Flugzeugindustrie, f) Brabag.
- D.** Firmen und Organisationen^ mit denen ich im Laufe meiner Amtstätigkeit Berührung hatte:
- 1. IG Farben Industrie AG**
 - a) Ich hatte im Anfang 1942 mit den Gruppenführern Glücks und Frank das Werk der IG Farben bei Auschwitz besucht. Von den Vertretern der IG Farben waren anwesend: Dr. Otto Ambros³⁷, Dr. Dürrfeld³⁸, Dr. Eisfeld³⁹ und Dr. Santo. Ich glaube, dass auch die Herren Fritz ter Meer⁴⁰ und Max Brüggemann mit dabei gewesen waren. Bei der Gelegenheit dieses Besuches wurden zwischen unserer Gruppe und den Vertretern der IG Farben Besprechungen über den Arbeitseinsatz von Insassen aus den Konzentrationslagern geführt. IG Farben wurde auf Veranlassung des Reichsführers SS, Himmler, Priorität in dem Arbeitseinsatz für Häftlinge für das Werk Buna eingeräumt. Ich nehme an, dass Himmler zu dieser Massnahme durch Vorstellung seitens der zuständigen Leute im Speer-Ministerium veranlasst worden war. Es haben aber auch, nach dem, was mir Dr. Ambros erzählt hat, freundschaftliche Beziehungen zwischen ihm und Himmler bestanden. Ambros hat mir auch Grüsse an Himmler aufgetragen, mit dem Wunsch, von Himmler empfangen zu werden.
 - b) Buna und Blechhammer (einmal) hatte ich später verschiedene Male besucht. Beide Werke beschäftigten eine grössere Anzahl von Auschwitz-Häftlingen.
 - c) Die IG Farben-Anlagen in Wolfen-Bitterfeld habe ich einmal – ich glaube vor dem Kriege – auf Einladung von Dr. Fritz Gajewsky⁴¹ besichtigt. Gajewsky hat die Einladung an den Brigadeführer Fanslau, den er von früher her persönlich kannte, an das Hauptamt gerichtet. Ich bin dann mit massgebenden Führern des Hauptamtes der Einladung gefolgt, Gajewsky

übernahm die Führung, der sich 4-6 Herren der IG anschlossen.

- d) Während des Krieges habe ich ein neues Werk der IG Farben besichtigt, das unweit Merseburg in der Nähe der Berlin-Münchener Bahnstrecke gelegen war.
- e) Die experimentellen Öl-Schieferanlagen in Schömburg bei Balingen (Württemberg) habe ich auch besucht. Diese Versuchsanlage wurde von der Deutschen Öl-Forschungsanstalt – Leiter Dr. Karl Krauch –, die zu der IG Farben gehörte, betrieben. Es wurden dort nach meiner Schätzung 10'000 Häftlinge vom Lager Dachau beschäftigt. Der Assistent von Krauch war Dr. Sennewald.
- f) Ambros hat mir auch das Phrix-Spinnstoff-Faserwerk Wittenberge an der Elbe gezeigt.

2. Hermann-Göring-Konzern

- a) Die Hermann-Göring-Werke in Salzgitter habe ich besucht und habe dort mit Direktor Rheinländer (?) und zwei oder drei leitenden Beamten zu tun gehabt, deren Namen ich mich nicht erinnere.
- b) Ich habe auch die Kohlenbergwerke der Hermann-Göring-Werke in Oberschlesien besucht, die Auschwitz-Häftlinge beschäftigten. Der Leiter war Direktor Dr. Heine. Der Kommandant von Auschwitz, Höss, hat mich dort hin mitgenommen.
- c) Ich habe auch einmal die Hermann-Göring-Werke in Steyr auf Einladung des dortigen Direktors besucht.

3. Hugo Schneider AG (Hasag)

Generaldirektor Budin war zwei- bis dreimal bei mir in Berlin, um über den Einsatz von Häftlingen mit mir zu verhandeln. Die Hasag, deren Generaldirektor Budin war, beschäftigte ungefähr 10'000 Konzentrationslager-Häftlinge. Budin, der Sonderbevollmächtigter im Speer-Ministerium für die Produktion von Hochlauf Panzerfaust war, hat in einem Fernschreiben an mich ausgedrückt, dass die Hasag «mehr als zufrieden ist, in bezug auf Haltung und Leistung» der über 10'000 Konzentrationslager-Häftlinge, die für sie arbeiteten.

- 4. Ich habe das **Heinkel-Flugzeugwerk in Oranienburg** zusammen mit Glücks besichtigt. Die Namen der Herren von der Betriebsleitung, die ich dort kennengelernt habe, weiss ich nicht mehr.
- 5. Durch die umfangreichen Zerstörungen der kriegswichtigen Flugzeugindustrie wurde deren Verlagerung in unterirdische Ausweichstellen nötig.

Die Bauvorhaben, die in mehreren Fällen im schluss an bestehende Konzentrationslager durchgeführt wurden, waren unter der Jurisdiktion des Amtschefs des Technischen Amtes für Rüstungsendfertigung, Hauptdienstleiter Saur, im Speer-Ministerium. Mit der Ausführung der Bauvorhaben selbst war der Leiter meiner Amtsgruppe C «Bau», Obergruppenführer Dr. Kammler, nach Weisung von Speer, aber in der Regel von Saur, beauftragt: ca. 15 umfangreiche Bauvorhaben für die Erstellung von unterirdischen Ausweichstellen für die Flugzeugindustrie wurden von der Amtsgruppe C «Bau» mit Konzentrationslager-Häftlingen durchgeführt. Die Bauaufsicht hatte amtseigene Bauingenieure.

Der Verbindungsmann des Reichsluftfahrtministeriums in der Rüstungskommission war, nach meiner Erinnerung, General Wägler. Ob Kammler mit General Wägler über die Bauvorhaben verhandelte, weiss ich nicht genau. Ich bin aber sicher, dass er mit dem Generalbevollmächtigten für Konstruktion im Reichsluftfahrtministerium, Direktor Stobbe-Dethleffsen, verhandelte. Meines Wissens lag aber die Entscheidung über diese Bauvorhaben für die Flugzeugproduktion ganz überwiegend bei Saur, der auch die fertiggestellten unterirdischen Fabrikationsstellen den einzelnen Industriefirmen zuteilte. Es ist mir klar erinnerlich, dass über die Erlangung solcher unterirdischen Betriebsstätten in der Flugzeugindustrie ein lebhafter Wettstreit zwischen den einzelnen Firmen entstand. Nach der erfolgten Zuweisung von diesen unterirdischen Betriebsstätten an die Privatindustrie erhielt diese von meinem Amt die entsprechende Anzahl von Konzentrationslager-Häftlingen zugeteilt. Die Privatindustrie übernahm die Verantwortung für die Häftlinge bezüglich der Arbeitsbedingungen, Anzahl der Arbeitsstunden, Verpflegung usw. in diesen unterirdischen Arbeitsstätten.

6. Ich habe die *Messerschmitt-Anlagen* in *Flossenbürg* sowohl wie die unterirdischen im Steinbruch von Mauthausen besucht. Für Messerschmitt und andere wurden unter anderem auch Riesenbunker bei Mühldorf und Landsberg gebaut.
7. *Krupp*.
 - a) Ich habe die Krupp-Zünderfabrik, im Konzentrationslager Auschwitz selbst, besichtigt. Hier wurden unter Aufsicht von einigen Krupp-Angestellten ausschliesslich Häftlinge für die Herstellung von Zündern beschäftigt.
 - b) Das Krupp-Werk Berta bei Breslau habe ich mit dem Lagerkommandanten Hassebrock von Gross-Rosen besucht, von dem dort zahlreiche Häftlinge

beschäftigt wurden. Der Lagerkommandant, der recht häufig nach Berta kam, und ein Obermeister des Werkes, zeigten mir den Betrieb.

8. Auerwerke AG.

Ich habe das Ausen-Arbeitskommando beim Auerwerk in Oranienburg besichtigt. Es ist möglich, dass ich bei dieser Gelegenheit Max Lichtenberg und Dr. Heinrich Petsch kennengelernt habe, da ich mich deren Namen erinnere.

9. Rheinmetall-Borsig.

Hellmuth Roehnert hat mich einmal zum Besuch der Borsig-Werke eingeladen. Ich bin aber nicht dazugekommen.

10. Die Mauser-Werke hatten eine Fabrikationsstelle im Konzentrationslager Neuengamme.

11. Dyckerhoff und Widmann AG hat Konzentrationslager-Häftlinge bei Bauvorhaben beschäftigt.

12. Hellmann und Littmann AG haben Konzentrationslager-Häftlinge für Bauvorhaben beschäftigt.

13. Die Dresdner Bank hat uns Kredite für unsere Vorhaben bereitgestellt.

Alle unter D 1 bis D 12 einschliesslich auf geführten Betriebe beschäftigten Konzentrationslager-Häftlinge.

E. Personen, mit denen ich im Laufe meiner Amtstätigkeit oder persönlich Berührung hatte:

1. Rudolf Bingel von Siemens-Schuckert kenne ich persönlich.

Die Verhandlungen über den Häftlingseinsatz wurden zwischen Glücks und den Vertretern von Bingel geführt.

2. Ministerialdirektor Dorsch, der Amtschef des Amtes «Bau» im Rohstoffamt, war mehrere Male bei mir. Wir haben über die OT im Rahmen der Rüstungskommission gesprochen. Er hat dann sehr viel mit Dr. Kammler verhandelt. Dorsch hatte die ganzen OT-Bauvorhaben unter sich.

3. August von Finck habe ich bei der Eröffnung des Deutschen Museums getroffen, wo er eine Rede hielt.

4. Hans Fischböck habe ich in Österreich 1939 kennengelernt.

5. Dr. Hettlage von der Commerzbank war der Finanzmann von Speer als Generalbauinspektor Berlin.

6. Dr. Heinrich Hunke habe ich 1936 oder 1937 in einer ausserdienstlichen Angelegenheit aufgesucht. (Es handelte sich um ein Reklameprojekt).
7. Max Ilgner und Wilhelm Marotzke habe ich, glaube ich, getroffen, aber ich weiss nicht, aus welchem Anlass. Der Brigadeführer Fanslau, * mit dem diese Herren jahrelang gut zusammenarbeiteten, könnte sicher näheres über sie aussagen.
8. Dr. Hans Kehrl kenne ich sowohl aus dem Freundeskreis wie aus seiner Tätigkeit als Sachbearbeiter für die Textilien für die Waffen-SS und für die Wehrmacht. Er hat meistens mit Lörner aus meinem Amt verhandelt.
9. Kessler wurde zum [unleserlich] der Triebwerke (Düsenmotoren, Schnelle Jäger etc. [unleserlich] meinem Besuch hatte er zwei meiner früheren Mitarbeiter, Dr. May und Dr. Hohberg, für sein Amt erbeten. Mit Kessler und einer ganzen Gruppe von Leuten habe ich einmal einen Motorenstand, ich glaube von BMW, in der Nähe von Berlin besichtigt: dort haben wir einen solchen Düsenmotor gesehen.
11. Fritz Kranefuss von der Brabag war häufig bei mir. Ich habe mit ihm, abgesehen von meiner persönlichen Freundschaft mit ihm, verhandelt über den Arbeitseinsatz von Häftlingen bei der Brabag.
12. Direktor Lindner verhandelte für den Messerschmitt-Konzern über Häftlingseinsatz.
13. Wilhelm Meinberg, Hermann-Göring-Werke, war Personalchef bei Pleiger.
14. Dr. Eugen Mohr habe ich als SS-Sturmbannführer oder Standartenführer gekannt. Er war kurze Zeit im Hauptamt tätig. Er hat mit Gruppenführer Witte, dem ehemaligen Chef des SS-Hauptamtes, zu tun gehabt.
15. Ortlieb, Weimar, kenne ich als den Leiter der Landesstelle des Roten Kreuzes in Weimar. Er kam zu mir in Angelegenheiten des Roten Kreuzes nach Berlin. Das neue Gebäude für das Präsidium des Roten Kreuzes in Babelsberg wurde teilweise mit Hilfe von Konzentrationslager-Häftlingen errichtet.
16. Paul Pleiger hat mich ein- oder zweimal in Berlin aufgesucht, in Bezug auf den Arbeitseinsatz von Häftlingen für die Hermann-Göring-Werke. Es gab nicht viel zu verhandeln, da wir ohnedies den Hermann Göring-Werken

Häftlinge soweit möglich zur Verfügung gestellt hatten. Pleiger hat natürlich wie alle anderen Rüstungsindustriellen darüber geklagt, dass er nicht genügend Arbeitskräfte von uns erhielt.

17. Dr. Ferdinand Porsche von den Volkswagen werken Fallersleben war bei mir in Berlin gewesen, um mit mir über den Häftlingseinsatz für diese Firma in Longwy zu sprechen.
18. Philipp Reemtsma habe ich vor dem Kriege in der Zigarettenfabrik in Bahrenfeld aufgesucht, um Geld für Himmler flüssig zu machen. Ich kann nicht mehr genau sagen, wieviel ich von Reemtsma für Himmler erhielt (ich glaube 100'000,- RM).
19. Hermann Reischle kenne ich aus seiner Tätigkeit im Reichsernährungsministerium und im SS-Rasse- u. Siedlungshauptamt.
20. D r. R ö c h l i n g, Geheimer Kommerzienrat, kam zu mir im Januar oder Februar 1945. Er sprach mit mir über Angelegenheiten des «Ausschusses zur Neugestaltung der einzelnen Wehrmachtsteile», deren Mitglied er war. Ich selbst wurde im Herbst 1944 an Stelle des ausscheidenden Generals Ziegler, der Vorsitzende dieser Kommission. Röchling bearbeitete speziell die Änderung der Rüstungsinspektion. Er wollte dort mehr Vertreter der Industrie hineinbringen und die militärischen Vertreter, die bei den Rüstungsindustriellen waren, abbauen. Es kam nicht mehr dazu und es wäre ihm nach meiner Meinung auch nicht gelungen, da die Widerstände zu stark waren.
21. Wilhelm Schieber war sehr häufig bei mir gewesen wegen des Arbeitseinsatzes bei den Gustloff-Werken, die z.T. im Lager Buchenwald selbst lagen. Ich habe auch mit Schieber in seiner Eigenschaft als Leiter des Rüstungslieferungsamtes verhandelt.
22. Mit Staatssekretär Schulze-Fielitz, dem Leiter des Amtes Energie im Speer-Ministerium, habe ich verhandelt wegen des Baues von elektrischen Kraftwerken an der Donau.
23. Dipl. Ing. Seebauer, vom Produktionsamt für Verbrauchsgüter im Speer-Ministerium, hat sehr viel mit dem Gruppenführer Lörner von meinem Amt über Textilien, Leder usw. verhandelt.
24. Otto Steinbrinck habe ich durch den Freundeskreis kennengelernt. Von dessen Tätigkeit in der Kohlen-, Eisen- und Stahlwirtschaft im besetzten Belgien weiss ich, kenne aber keine Einzelheiten.

25. Wilhelm Tengeimann kenne ich flüchtig. Obwohl er nicht im Freundeskreis war, war er doch immer bei den Gesellschaften, die Himmler aus Anlass der Reichsparteitage gab.

Freundeskreis:

1. Die Sammlung der Gelder wurde durch Baron von Schröder vorgenommen, der die Gelder an Obergruppenführer Karl Wolff abführte. Wolff verwaltete diese Gelder, über die Himmler für seine repräsentativen und persönlichen Zwecke direkt verfügte. Mein Amt hatte kein Prüfungsrecht über diese Gelder.
2. Nach dem gemeinsamen Essen zogen sich im Allgemeinen die Freunde an kleine Tische zurück, um die sich gewöhnlich dieselben Gruppen scharten. Es wurden zuweilen Vorträge vor dem Freundeskreis gehalten, unter anderem sprach Staatssekretär Naumann vom Reichspropagandaministerium 2- oder 3mal über die wehrpolitische Lage.
3. Die Mitglieder des Freundeskreises besichtigten geschlossen die Konzentrationslager Dachau und Oranienburg, wo besonders die SS-Erd- und Steinwerke in voller Operation gezeigt wurden. Die Führung hatte Himmler, während ich selbst die Erläuterung gab. Die Insassen von Oranienburg waren in ihre gewöhnlichen Zebrauniformalen gekleidet, während der Freundeskreis die Operationen besichtigte.
4. Es war die Regel, dass alle Mitglieder des Keppler-Freundeskreises – soweit sie nicht durch Krankheit usw. verhindert waren – die Reichsparteitage von 1934 ab besuchten. Die Arrangements wurden von Kranefuss getroffen. Sie wurden geschlossen in einem der Hotels untergebracht, Karten zu den einzelnen Veranstaltungen wurden zur Verfügung gestellt, und dann nahmen sie geschlossen an dem sogenannten Biwakabend teil, den Himmler abhielt. An diesem Biwakabend haben auch Gäste von Wehrmachtsteilen teilgenommen. Ich selbst habe alle die Persönlichkeiten, die nach 1937 Mitglieder des Freundeskreises waren, persönlich gekannt.
Ich habe jede der 12 Seiten dieser eidesstattlichen Erklärung sorgfältig durchgelesen und eigenhändig gegengezeichnet, habe die notwendigen Korrekturen in meiner eigenen Handschrift vorgenommen und mit meinen Anfangsbuchstaben gegengezeichnet und erkläre hiermit unter Eid, dass alle die von mir in dieser eidesstattlichen Erklärung angegebenen Tatsachen nach meinem besten Wissen und Gewissen der vollen Wahrheit entsprechen.

gez. Oswald Pohl

Komitee, Fonds SS, Dokument NO. NO-382.

Abrechnungsformular für die Vermietung von KZ-Häftlingen
an die Industrie

W a f f e n - H
Konzentrationslager Buchenwald
Verwaltung

Weimar-Buchenwald, den 6. Aug. 1942.

Forderungsnachweis Nr. 111

Über den Häftlingsinsatz

bei Mitteldeutsche Papierwerke G.m.b.G. Papierfabrik Tannroda.
für die Zeit vom 1. bis 31. Juli 1942.

Gemäß umseitiger Aufstellung sind zu entrichten:

für	100	Facharbeiter (Tagesbeschäftigung)	à RM 5.--	RM 500.--
für	20	Facharbeiter (Halbtagsbeschäftigt)	à RM 2.50	RM 50.--
für	200	Hilfsarbeiter (Tagesbeschäftigung)	à RM 4.--	RM 800.--
für	40	Hilfsarbeiter (Halbtagsbeschäftigt)	à RM 2.--	RM 80.--
<u>Summe:</u>				<u>RM 1430.--</u>

Der Betrag von RM 1430.-- ist bis 15. August 1942 auf das Konto
des H Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes, Amt D IV, Oranienburg, bei der Reichsbankstelle
Berlin-Charlottenburg Nr. 151917 oder auf das Postscheckkonto Berlin Nr. 11/156 zu
überweisen

Sachlich richtig und festgestellt:

VERWALTUNG
Der Leiter der Verwaltung
des K.L. Buchenwald

**Dankschreiben des Generalfeldmarschalls Milch
für den Einsatz von KZ-Häftlingen in der Flugzeugindustrie**

Der Staatssekretär der Luftfahrt
und
Generalinspekteur der Luftwaffe

Berlin W 8, den 13.4.43
Leipziger Strasse 7
Fernsprecher: 18 00 47

Sehr geehrter Herr Maurer!

Die ausreichende Beschaffung von Arbeitskräften für die Luftwaffen-Rüstungsindustrie ist für den siegreichen Ausgang des gegenwärtigen Krieges von ausschlaggebender Bedeutung. Die zur Durchführung dieser Aufgabe unter anderem eingeleitete Heranführung von Arbeitskräften aus dem Bereiche der Reichsführung-SS hat nach den mir vorliegenden Berichten einen guten Anlauf genommen. Der Einsatz von KZ-Häftlingen berechtigt zu der Annahme, dass er sich nach Wunsch weiter entwickeln wird.

Wie mir berichtet wird, ist der günstige Verlauf dieser Aktion im Wesentlichen auf Ihre tatkräftige Hilfe und Mitarbeit zurückzuführen. Ich benutze diesen Anlass, um Ihnen hierfür meinen Dank und besondere Anerkennung auszusprechen und hoffe auf eine weitere verständnisvolle Zusammenarbeit der Dienststelle der Reichsführung-SS und des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe.

Heil Hitler!

gez. Ihr Milch⁴²

An den
SS-Obersturmbannführer Maurer
Oranienburg

Komitee, Fonds SS.

**Der Industrielle Porsche forderte 3'500 KZ-Häftlinge
für Geheimwaffenproduktion**

VIII/4
Fernschreiben

*Geheime Reichssache!
Dringend!*

SS-Obergruppenführer Pohl

1944

Berlin.

Lieber Pohl!

Professor Porsche hat mich heute besucht. Er bittet uns, ein Werk für die Fabrikation einer Geheimwaffe, die in einem Bergwerk unter Tag stattfindet und 3½ Tausend Arbeitskräfte braucht, als KL-Betrieb zu übernehmen.

Nehmen Sie doch bitte mit Porsche Verbindung auf.

Heil Hitler!

Ihr
gez. H. Himmler

Br.
4.3.44 RF/M.

Stempel

Komitee, Fonds SS, Dokument NO. NO-067.

**«... zur Zeit rund 36'000 Häftlinge
für Zwecke der Luftwaffe eingesetzt»**

9.3.1944

1879/44 geh. Rs.

Feld-Kommandostelle

Betrifft: Einsatz von Häftlingen in der Luftfahrtindustrie

Bezug: Fernschreiben vom 14. 2. 1944

Geheime Reichssache

5 Ausfertigungen

4. Ausfertigung

Hochverehrter Herr Reichsmarschall!

Im schluss an mein Fernschreiben vom 18.2.1944 überreiche ich hierbei eine Übersicht über den Einsatz von Häftlingen in der Luftfahrtindustrie.

Aus dieser Übersicht geht hervor, dass zur Zeit rund 36'000 Häftlinge für Zwecke der Luftwaffe eingesetzt sind. Die Erhöhung auf insgesamt 90'000 Häftlinge ist vorgesehen.

Die Fertigungen werden jeweils zwischen dem Reichsluftfahrtministerium und dem Chef meines Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes, SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Pohl, besprochen, festgelegt und durchgeführt.

Wir helfen mit allen zur Verfügung stehenden Kräften. Die Aufgabe meines Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamtes ist jedoch allein mit der Abstellung der Häftlinge an die Luftfahrtindustrie nicht erfüllt, da SS-Obergruppenführer Pohl und seine Mitarbeiter durch laufende Kontrolle und Überwachung der Kommandos für das erforderliche Arbeitstempo sorgen und somit etwas Einfluss auf die Produktionsergebnisse nehmen. Ich darf hierbei zu erwägen geben, dass bei Vergrößerung unserer Verantwortlichkeit durch ein höheres Tempo des Gesamtbetriebes bestimmt grössere Ergebnisse zu erwarten wären. Wir haben seit längerer Zeit unsere eigenen Steinbruchbetriebe auf Fertigung für die Luftwaffe umgestellt. So arbeiten zum Beispiel in Flossenbürg bei Weisen die früher im Steinbruch eingesetzten Häftlinge jetzt im Jägerprogramm für die Messerschmitt AG., Regensburg, die in der Bereitstellung unserer Steinmetzhallen und der Arbeitskräfte nach dem seinerzeitigen Angriff auf Regensburg günstige Gelegenheit zur sofortigen Teilverlagerung ihrer Fertigung sah. Insgesamt werden dort durch Erweiterung 4'000 Häftlinge arbeiten. Wir produzieren jetzt mit 2'000 Mann je Monat 900 Satz Nasenkasten und Kühlerverkleidungen sowie 120'000 Einzelteile verschiedener Art für

den Jäger Me 109. In Oranienburg haben wir bei den Heinkel-Werken für den Bau der He 177 jetzt schon 6'000 Häftlinge eingesetzt. Damit stellen wir 60% der Gesamtbelegschaft des Werkes... Wir erhöhen diesen Einsatz auf 8'000 Häftlinge. Wir haben auch weibliche Häftlinge in der Luftfahrtindustrie eingesetzt. Es arbeiten zum Beispiel jetzt bei den Mechanischen Werkstätten in Neubrandenburg 2'500 Frauen an der Herstellung von Bombenabwurfgeräten und Rudermaschinen. Das Unternehmen hat den gesamten Serienbetrieb auf Häftlinge umgestellt. Im Monat Januar wurden dort 30'000 Geräte sowie 500 Rudermaschinen und Höhenregier hergestellt. Wir erhöhen den Einsatz auf 4'000 Frauen... In unserem eigenen Betrieb in Butschowitz bei Brunn produzieren wir, dort allerdings mit Zivilarbeitern, ebenfalls für die Luftwaffe. Dieses Werk liefert 14'000 Heckleitwerke in Holzbauweise für Me 109 an die Messerschmitt AG., Augsburg. Die Verlegung von Produktionsstätten der Luftfahrtindustrie unter die Erde erfordert einen weiteren Einsatz von ca. 100'000 Häftlingen. Die Planungen für diesen Einsatz auf Grund Ihres Schreibens vom 14.2.1944 sind bereits in vollem Gange. Ich werde Ihnen, hochverehrter Herr Reichsmarschall, hierüber laufend weiter berichten.

Heil Hitler!

H. H.

Brief Himmlers an Göring. In: IMT, Bd. XXVII, S. 356/357.

KZ-Gefangene mussten Waffen für Krupp produzieren

Die ersten Bemühungen der Firma Krupp im Jahre 1942, die darauf hinaus gingen, Facharbeiter aus den Konzentrationslagern zu erhalten, beweisen ganz klar, dass man die Heranziehung von KZ-Insassen zur Arbeit wuenschte und durchaus nicht von der «Notwendigkeit» dazu gezwungen wurde. Die Behauptung, dass diese Notwendigkeit bestand, wird spaeter behandelt werden. Da jedoch die Bemuehungen der Firma Krupp, KZ-Haeflinge zur Arbeit einzusetzen, hier behandelt werden, befassen wir uns nun mit der Angelegenheit.

Am 17. September 1942 erhielt die Firma Krupp in Essen, zu Haenden des Angeklagten Mueller, eine Botschaft von einem Sonderkomitee des Speer-Ministerium, worin um Nachricht gebeten wurde, ob die Firma Krupp in der Lage sei, juedische Facharbeiter zu verwenden oder nicht, und ob sie in der Lage sei, zu ihrer Unterbringung ein Konzentrationslager zu errichten . . .

Im Jahre 1942 besprach der Angeklagte Erich Mueller den Arbeitseinsatz von KZ-Haeftlingen mit Hitler. Der Bericht der AK-KM Abteilung fuer 1941-42, der die Unterschriften der Angeklagten Mueller, Eberhardt und Pfirsch traegt, enthaelt die folgenden Saetze:

«Die zweite Besprechung am 14. April 1942 fand statt, um dem Fuehrer die neuen Modelle vorzufuehren, einschliesslich des Kruppschen Flakgeschuetzes No. 41, das auf Grund der Erfahrung des russischen Feldzugs im Jahre 1941 ausgearbeitet worden war. Auf der gleichen Konferenz erwaehte Dr. Mueller, wegen wachsender Anforderungen, Krupps Interesse an der Granatenfabrik im grossen Massstabe in der Ukraine. Dieser Vorschlag wurde begruesst. Krupp ist auch an der Fabrikation von Schnellfeuerwaffen, in Verbindung mit einem K.-L. im Sudetengau interessiert. Auch dieses Projekt ist in der Zwischenzeit vom Technischen Buero aufgenommen worden.»

Eine Woche spaeter schickte der Angeklagte Mueller ein Fernschreiben an Reiff, der eine verantwortliche Stelle bei der Firma Krupp innehatte, und forderte ihn auf, er solle dem Obersten Layers vom HWA sagen, er sei der Ansicht, dass eine Fabrik fuer die Erzeugung von 3,7 cm Flakgeschuetzen in einem KZ errichtet werden solle. Der Wortlaut des Fernschreibens ist wie folgt:

«Ich moechte Herrn Oberst Layers dringend empfehlen, wie schon vorher erwaeht, die Frage der Produktion durch Krupp im K.-L. im Sudetengau aufzugreifen, und dies auch fuer die Produktion von automatischen Waffen.»

Die Bemuehungen des Angeklagten Mueller um KZ-Haeftlinge als Arbeitseinsatz waren erfolgreich. Aber statt dass die Erzeugung in einem KZ im Sudetengau stattfand, sollte es in Auschwitz im Generalgouvernement sein. Im Juli 1942 wurde die Firma Krupp von der Hauptruestungskommission gebeten, sie moege feststellen, wieviele Werkzeugmaschinen zur Erstellung eines Werkes zur Erzeugung von «Ersatzteilen fuer 3,7 cm Flakgeschuetzen im KZ Auschwitz» benoetigt wuerden. Am 9. September 1942 wurde der formelle Antrag an den Vorstand gestellt zwecks Bewilligung der notwendigen Gelder. Darin wurde festgestellt, dass, trotzdem die von der Krupp AK Abteilung hergestellte automatischen Waffen ein vollstaendiger Erfolg gewesen seien, «wir nicht in der Lage sind, zur Massenerzeugung des von uns entwickelten 3,7 cm Geschuetzes ueberzugehen»; weil nicht genug Raeumlichkeiten, Maschinen und Arbeiter zur Verfuegung stehen ... Um die Erfuellung dieses Auftrages sicherzustellen, sollte eine Fabrik in Aussch-

witz errichtet werden. In demselben Antrag an den Vorstand der Firma Krupp heisst es ausdruecklich, «das KZ Auschwitz wird die noetigen Arbeitskraefte zur Verfuegung stellen.»

Der Kreditantrag belief sich auf 2 Millionen RM. Die Angeklagten Loeser und Krupp bewilligten ihn und unterzeichneten die Bewilligung. Im Dezember 1942 fand eine Besprechung statt, und weitere Plaene wurden zur Vorbereitung der Erzeugung gemacht. Der Angeklagte Eberhardt sollte ein Abkommen mit der SS vorbereiten. Die von der SS in Auschwitz zu erstellenden Gebaeude sollten bis zum Maerz 1943 fertiggestellt sein ...

Die Firma Krupp begann im Juni 1943 KZ-Haeftlinge in Auschwitz zu beschaeftigen. Am Ende dieses Monats arbeiteten ungefaehr 160 tatsaechlich dort fuer die Firma. Gegen Mitte Juli waren 50 Leute bei der Erzeugung von Ausruestung und Geraeten, weitere 150 mit Reparaturen und Maschineneinrichtungen beschaeftigt. Im September stieg diese Zahl auf 270, und bei Jahresende beabsichtigte man sie auf 600-650 zu erhoehen.

Diese Arbeiter gehoerten verschiedenen Nationen an, es gab unter ihnen Polen, Franzosen, Tschechen und Hollaender. Der groesste Teil davon war juedischer Religion. Viele waren in elendem Koerperzustand. Sie wurden geschlagen und anderweitig bestraft von SS-Wachen ... Die Nahrung, die sie erhielten, war spaerlich und unzureichend in Menge und Naehrwert. Einige der deutschen Arbeiter versuchten, ihnen heimlich ein wenig Essen zuzustecken ...

Als der Vorstand seine Genehmigung zur Verwendung von Arbeitern aus Konzentrationslagern gab, setzte sich Reiff mit dem WVHA in Verbindung, um zwecks Zuweisung von KZ-Haeftlingen als Arbeiter zu verhandeln. Die Angelegenheit wurde an das KZ «Gross-Rosen» verwiesen. In einer Besprechung mit Vertretern der SS aus diesem KZ – die im Berthawerk stattfand – wurden Plaene eroertert, die zum Ziele hatten, dass Zweiglager in Fuenfteichen fuer die Haeftlinge so schnell wie moeglich einzurichten, so dass 800 bis zum 10. Oktober 1943, 2'300 bis zum 15. Oktober und 4'000 bis, einschliesslich Wachmannschaften, zum 1. Dezember 1943 untergebracht werden koennten. Die Arbeiten sollten von Haeftlingen des Lagers ausgefuehrt werden. Das Protokoll ueber diese Konferenz wurde den Angeklagten Korschan, Houdremont, Mueller und Ihn zugeleitet...

Bei Ende Oktober waren bereits 600 KZ-Haeftlinge als Arbeitskraefte in der Produktion taetig. Im November stieg ihre Zahl auf 685, und im Dezember auf 890. In einem Bewerbungsschreiben vom 2. Februar 1944 an eine behoerdliche Stelle um den Bau einer Stahlfabrik in Markstaedt fuehrt die Firma Krupp als einen der Gruende fuer die Genehmigung des neuen Baues das Folgende an:

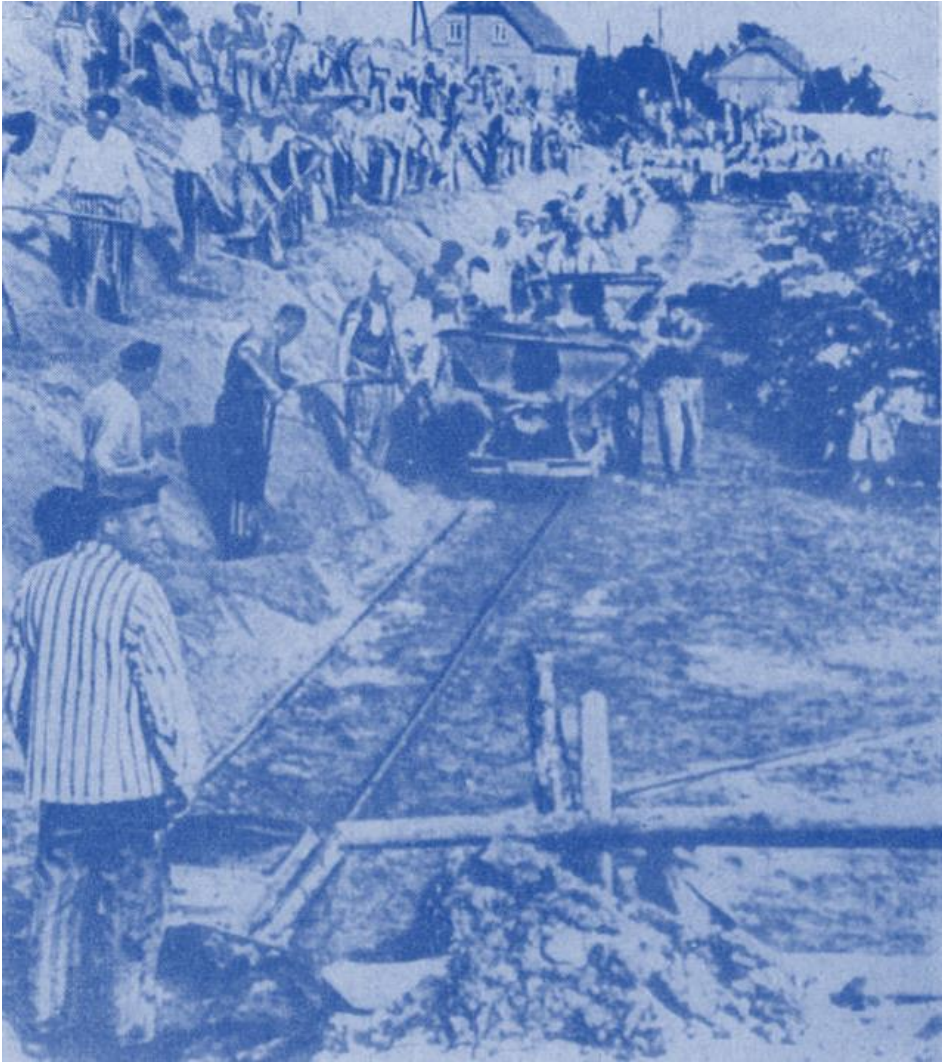
«Die Hauptsache ist, dass ein Konzentrationslager vorhanden ist, welches 4'000 bis 5'000 KZ-Haeftlinge aufnehmen koennte. Zur Zeit ist es nur mit 1'200 Mann belegt.» ...

Im April 1944, als Krupp alle Phasen der Produktion kontrollierte, wurden 1668 KZ-Haeftlinge in den Berthawerken beschaefigt. Im Juli jenes Jahres war ihre Zahl auf 2610 gestiegen, im Oktober jenes Jahres schaeztte Bernard Weiss von der Firma Flick anlaesslich seines Besuches bei den Berthawerken, dass ungefaehr die Haelfte der gesamten Arbeiterschaft von 12'000 Mann von KZ-Haeftlingen gestellt wurde

Die erste Gruppe von KZ-Haeftlingen, die fuer das Produktionsprogramm der Berthawerke eingesetzt wurde, wurde im Lager Gross-Rosen von Angestellten des Kruppschen Arbeitseinsatzamtes inspiziert, bevor sie in das Speziallager bei Fuenfteichen gesandt wurden. Sie waren in einem schlechten Gesundheitszustand, und einige von ihnen konnten ueberhaupt nicht ohne Hilfe gehen, so dass sie auf dem Wege von und zu der Arbeit von ihren Kameraden gestuetzt werden mussten. Sie gebrauchten 50 Minuten, um von dem Lager zu den Arbeitsstaetten in den Berthawerken in der Schuhbekleidung zu gehen, wie sie von der SS geliefert wurden, die entweder aus zerbrochenen Holzschuhen bestand oder aus Zeugfetzen, die um die Fuesse gewickelt waren. Die Haeftlinge arbeiteten ohne Fruehstueck und erhielten waehrend ihrer 12stuendigen Arbeitszeit nur einen Teller Suppe, der um Mittag ausgegeben wurde. Das Essen war so mangelhaft, dass sie Essueberreste suchten und um Brocken bettelten ...

Trotz des schlechten Gesundheitszustandes und der Schwaechen der KZ Haeftlinge mussten sie weiter arbeiten und Waffen fuer Krupp produzieren . . .

Aus der Urteilsbegründung im Krupp-Prozess (Fall X) vor dem Militärgerichtshof in Nürnberg. In: Maurer-Prozess, Mau 23 a, Bl. 158-173.



Sklavenarbeit

„Einsatz weiblicher Häftlinge in der Rüstungsindustrie“

Oranienburg b. Berlin, den 17. 8. 1944

SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt
Amtsgruppenchef D.
Konzentrationslager —

Diktatzeichen:

„Geheim“

14 (KL) D II/1 14/4 Ma./F.

Tgb.Nr. 1044 / 44 / geh.

Betrifft: Einsatz weiblicher Häftlinge in der Rüstungsindustrie.

Bezug: Hies. Verfügung vom 15. 8. 1944 Tgb.Nr. 1036/44/4 geh.

An den

Kommandanten FKL. Ravensbrück

Kommandanten KL. Buchenwald

- 1.) Das FKL. Ravensbrück gibt an das KL. Buchenwald bis spätestens zum 31. 8. 1944 folgende Arbeitslager bzw. Kommandos und die dort eingesetzten Wachmannschaften und Aufseherinnen, soweit bis jetzt vom FKL. Ravensbrück gestellt, ab:

Arbeitslager b. d. Fa. Hugo Schneider AG.,	Stärke am 15. 8. 1944
Leipzig	2951 weibl. Häftlinge
„ „ Hugo Schneider AG.,	Stärke am 15. 8. 1944
Schlieben	998 weibl. Häftlinge
„ „ Hugo Schneider AG.,	Stärke am 15. 8. 1944
Altenburg	1000 weibl. Häftlinge
„ „ Polte-Werke,	Stärke am 15. 8. 1944
Magdeburg	1174 weibl. Häftlinge
„ „ I. G. Farbenindustrie	Stärke am 15. 8. 1944
AG., Wolfen	425 weibl. Häftlinge
„ „ Sonderkommando	Stärke am 15. 8. 1944
Buchenwald	19 weibl. Häftlinge
„ „ Sonderkommando „15“	Stärke am 15. 8. 1944
Buchenwald	1 weibl. Häftling

- 2.) Das KL. Buchenwald erfaßt in der Übersicht für weibliche Häftlinge außerdem ab sofort die Arbeitslager Gelsenkirchen, Hessisch Lichtenau und Lippstadt.

In Vertretung
gez. Mäurer
SS-Standartenführer
und Amtschef

Komitee, Fonds SS, Bw I/5-6.

Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie

FS - A b s c h r i f t .

Oranienburg Nr. 885 17.1.45 2358 -WAT-

An
Kommandanten K.L. Buchenwald.

Betreff: Neues Kommando Patronen - Zündhütchen und
Metallfabrik AG., Schönebeck/Elbe.--

Bezug : Dort. FS Nr. 344 vom 16.1.45--

- 1.) Mit Einsatz von 500 weiblichen Häftlingen bei obiger Firma einverstanden.---
- 2.) Benötigte 25 Frauen als Aufseherinnen sind baldigt von der Firma zu stellen und auszubilden.--
- 3.) 17 Posten werden zugewiesen. Kommandoführer stellt K.L. Buchenwald.--
- 4.) Der Firma ist Gelegenheit zu geben, die Häftlinge in Ravensbrück auszumustern.--
- 5.) Wann soll Abstellung der Häftlinge erfolgen?

M o s e r

F.d.R.d.A.:

-Oberscharführer u.
Stabscharführer

FS - A b s c h r i f t .

Oranienburg Nr. 895 18.1.1945 008 407

An den
Kommandanten K.L. Buchenwald
Kommandanten K.L. Groß-Rosen

Betreff: Häftlingsüberstellung -Rheinmetall - Borsig -
Breslau - Hundsfield.

K.L. Buchenwald überstellt papiermässig 300 männliche Häftlinge aus dem Kommando Rheinmetall - Borsig, Düsseldorf zum K.L. Großrosen und setzt diese sofort zum Arbeitslager der Firma Rheinmetall Borsig, Breslau Hundsfield, Bahnstation: Breslau - Hundsfield, in Marsch.

Transportbegleitung stellt K.L. Buchenwald.

G l ü c k s

F.d.R.d.A.:

4-Oberscharführer u.
Stabscharführer

Einsatz von KZ-Häftlingen in der chemischen Industrie

Abschrift.
Kl.

Der Chef
des SS-Wirtschafts-Verwaltungshaupt-
amtes D II/1 Az.: 14 Ma./F. Tgb. Nr.
668/44 geh.

Stempel:
Persoenlicher Stab Reichs-
fuehrer SS – Schriftgutverwaltung
Abt. Nr. Geh. 1 359

Berlin, den 15.1.1944
Lichterfelde-W est
Unter den Eichen 126-135

Geheim.

Betrifft: Haeflinge fuer die chemische Industrie.
Bezug: Dortg. Schreiben vom 7.1.1944 Az.: Kr./Ki.

An
SS-Oberfuehrer
Fritz Kranefuss
Berlin C2
Schinkelplatz 1

Mein lieber Freund Kranefuss!

Ich habe Dein Schreiben vom 7. ds. M. mit den weiteren Bedarfslisten des Generalbevollmaechtigten fuer Sonderfragen der chemischen Erzeugung erhalten und teile Dir mit, dass es zur Zeit nicht moeglich ist, neue Kommandos zu beginnen. In den Bedarfslisten sind verschiedene Wuensche angegeben, die jedoch schon seit einiger Zeit erfuehrt werden. Es sind dies:

- 1.) I.G. Farbenindustrie AG., Auschwitz O/S.
Dort sind seit April 1941 Haeflinge eingesetzt. Zur Zeit werden 5.300 Haeflinge beschaeftigt.
- 2.) Schwelanlage Jawischowitz, Jawischowitz O/S.
Bei der Schwelanlage Jawischowitz sind seit Juli 1942 Haeflinge taetig. Urspruenglich waren hierfuer, wie auch in der jetzt uebersandten Bedarfsliste angegeben, 1.000 Haeflinge vorgesehen. Das Kommando wurde jedoch erhoehrt. Es sind bereits 1.300 Haeflinge eingesetzt.
- 3.) Luranil- u. Anorgana. GmbH., Dyhernfurth.
Fuer Dyhernfurth sind insgesamt 2.700 Haeflinge fest vereinbart, die auch zur Abstellung kommen. Jetzt sind 450 Haeflinge eingesetzt.

Zur Erfuellung der auch mit dem Reichsministerium fuer Ruestung und Kriegsproduktion sowie mit dem Reichsluftfahrtministerium in bedeutendem Umfange begonnenen Einsaetze fuer siegentscheidende Ruestungsmassnahmen dringendster Fertigungsstufe fehlt mir noch eine erhebliche Zahl an Haeftlingen, so dass ich in Anbetracht dieser Tatsache vorlaeufig weitere Wuensche nicht erfuellen kann.

Ich behalte jedoch die Bedarfslisten hier und werde auf die Angelegenheit zurueckkommen, sobald Einsatzmoeglichkeit besteht. Ich bitte Dich, hiervon Herrn Prof. Krauch in Kenntnis zu setzen.

Dein

Heil Hitler!

gez. Pohl

Komitee, Fonds SS.

Die IG Farben liess in Auschwitz ein viertes Bunawerk bauen und setzte KZ-Häftlinge ein

Erklaerung unter Eid.

Ich, Otto Ambros, von Ludwigshafen/Rh., Woehlerstr. 12, nachdem ich darauf aufmerksam gemacht worden bin, dass ich mich wegen falscher Aussage strafbar mache, stelle hiermit unter Eid freiwillig und ohne Zwang folgendes fest:

1. Ich war von 1938 bis 1945 ordentliches Vorstandsmitglied der IG Farbenindustrie A.G. Innerhalb der IG war ich verantwortlich fuer den gesamten Bunasektor, z.B. fuer die IG Werke in Huels, Schkopau, Ludwigshafen. In IG Auschwitz war ich verantwortlich fuer Sparte II. Somit war mein Vorgesetzter Fritz ter Meer; mein naechster Vorgesetzter war der Vorsitzende des Vorstandes, Geheimrat Hermann Schmitz. Walther Duerrfeld hat mir ueber IG Auschwitz berichtet und bezueglich Buna seine Weisungen von mir entgegengenommen, bis Dr. Eisfeld, der Chemiker, nach Auschwitz kam. Nachdem Dr. Eisfeld bei IG Auschwitz war und Walther Duerrfeld Betriebsfuehrer von IG Auschwitz wurde, berichteten sowohl Walther Duerrfeld wie Dr. Eisfeld an mich. Ich war der Vorgesetzte von sowohl Walther Duerrfeld wie Dr. Eisfeld, Heinrich Buetefisch war in IG Auschwitz verantwortlich fuer den Leunateil.
2. Um die durch die 1940 erfolgte Stilllegung des I.G. Bunawerkes Rattwitz bei Breslau verlorene Zeit wieder aufzuholen, wurde entschieden, dass IG Ludwigs-

hafen die Bunafabrikation aufnimmt. Da Ludwigshafen Luftangriffen zu leicht ausgesetzt sein wuerde, entschied man sich in einer Besprechung im Reichsamt etwa November 1940, an der Prof. Karl Krauch, Dr. Eckell, Fritz ter Meer und ich teilnahmen, ein viertes Bunawerk in einem luftgesicherten Raum zu erbauen. Das Reichsamt machte der IG die Auflage, ein viertes Bunawerk zu bauen. Ich wies auf die steigenden Schwierigkeiten am Aufbau neuer Werke hin, aber aus Luftgruenden musste dieses Werk gebaut werden. Die IG lehnte es dann nicht ab. Fritz ter Meer und ich hatten diese Auflage dem TEA vorgelegt, und TEA bzw. Vorstand entschied, eine Buna- und Methanolanlage zu errichten. Die I.G. finanzierte I.G. Auschwitz, weil sie auch das Bunaverfahren nicht aus der Hand geben wollte.

3. 1940 erhielt ich von Prof. Karl Krauch, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der IG und Leiter des Reichsamtes fuer Wirtschaftsausbau, spaeter dem Generalbevollmaechtigten Chemie, den Auftrag, einen geeigneten Platz fuer das vierte Bunawerk auszusuchen.

Norwegen und Oesterreich waren voruebergehend fuer die vierte Bunafabrik in Betracht gezogen worden; beides ist jedoch abgelehnt worden.

4. Dezember 1940 oder Januar 1941 begab ich mich mit Oberingenieur Biedenkopf⁴³ nach Oberschlesien (Kattowitz). Hier zeigte mir das Landesplanungsamt, das ueber umfangreiches Kartenmaterial verfuegte, verschiedene in Betracht kommende Gelaende. Es verwies unter anderem auf die Gegend von Auschwitz, die guenstig erschien, da dort Wasser vorhanden war (Zusammenfluss dreier Fluesse), ausserdem Kalk, Kohle (Fuerstengruben) und Salz. Auch die Arbeiterfrage in dieser Gegend war guenstig, durch die hohe Bevoelkerungsdichte.

Ich besichtigte die in Frage kommende Gegend und waehlte als guenstigsten Platz das Gelaende um Auschwitz aus.

5. Nach Rueckkehr von der Besichtigungsfahrt Auschwitz erstattete ich Prof. Karl Krauch und Fritz ter Meer Bericht. Das Vorhandensein des Konzentrationslagers Auschwitz wurde dabei erwahnt, da das Gelaende um Auschwitz auf der Landkarte betrachtet worden ist. Auf der Karte waren in dieser Gegend Kasernen eingezeichnet. Auf die Frage, ob dort Militaer liege, antwortete ich, dass an dieser Stelle ein Konzentrationslager sei...
6. Das Reichsamt fuer Wirtschaftsausbau, Professor Karl Krauch, hatte die IG angehalten, das Bunawerk in moeglichst kurzer Zeit zu errichten.
7. Das Gelaende, auf dem IG Auschwitz errichtet werden sollte, gehoerte praktisch

dem polnischen Privatgut Dwory. Der polnische Besitzer dieses Gutes war geflohen. IG Farben beauftragte den Guetermakler Schaefer aus Breslau, das Werksgelaende fuer die IG aufzukaufen. Schaefer wandte sich zu diesem Zweck an die Treuhand Ost. Nach einer amtlichen Regelung wurde die Kaufsumme an das Reich bezahlt. Ausserdem wurden die Bauern, die Felder auf dem zukuenftigen Baugelaende der IG besassen, gezwungen, diese zu verkaufen oder zu tauschen. Das Werksgelaende, auf dem I.G. Auschwitz erbaut wurde, war zu jener Zeit (also nach dem Polenfeldzug) zu deutschem Gebiet erkluert.

10. Ich glaube im Januar 1941 habe ich zum ersten Mal vor TEA ueber das vierte Bunawerk referiert.

Etwa April 1941 hielt ich vor TEA ein zweites Referat ueber IG Auschwitz, in dem ich ueber Kredite, Bodenbedingungen, Arbeitseinsatz etc. bei der IG Auschwitz sprach. Es wurde erwaeht, dass Konzentrationslagerhaeftlinge beim Aufbau der IG Auschwitz eingesetzt werden. Die Gelder fuer das Erbauen von IG Auschwitz wurden grundsuetzlich genehmigt. Die in Anspruch zu nehmenden Kredite wurden spaeter von Fall zu Fall in der IG ueblichen Weise genehmigt.

11. April 1941 fand die Gruendungssitzung der IG Auschwitz in Kattowitz statt. Ich habe auf dieser Sitzung ein Referat ueber die Bunaproduktion gehalten. Dr. Eckell vom Reichsamt betonte auf dieser Sitzung, dass alles getan werden muesse, um das Werk so schnell wie moeglich aufzubauen. U. Puttkammpr hielt ein Referat ueber auf gelockerte Arbeitersiedlung.

12. Die Zusammenarbeit mit dem Konzentrationslager Auschwitz Fruehjahr 1941 war notwendig geworden (durch Kieslieferungen, Lieferung von Einrichtungsgegenstaenden, wie Baenken etc., Arbeitseinsatz).

Oberingenieur Faust⁴⁴ riet mir im Maerz/April 1941, in Auschwitz dem Kommandanten des Konzentrationslagers einen Besuch zu machen, um vorstehende Dinge zu besprechen. Lagerkommandant Hoess fuehrte mich anlaesslich meines Besuches durch das Konzentrationslager, das zu der Zeit noch sehr klein war. Ich sah die Kasernenblocks, die Kueche, die Werkstaetten (Schneiderei, Zimmerei, Schnitzerei). Man zeigte mir im Vorbeigehen das Krematorium, das nicht in Funktion war. Ich sah zwar den elektrisch geladenen Stacheldraht, die Haeftlinge in gestreifter Haeftlingskleidung mit kurz geschorenen Haaren, hatte aber von dem Lager keinen so schrecklichen Eindruck, wie ich erwartet hatte nach dem, was man ueber das Konzentrationslager Dachau gehoert hatte. Die Haeftlinge trugen verschiedenfarbige Winkel auf den Anzuegen. Als ich

Hoess fragte, was diese bedeuten, erklarte er mir, dass man aus diesen Abzeichen erkennen koenne, aus welchem Grund der betreffende Haefling im Konzentrationslager sei. Soweit ich mich erinnere, sah ich bei diesem ersten Besuch im Konzentrationslager Auschwitz Berufsverbrecher und Homosexuelle. Hoess fragte, lud mich anschliessend zu einem kleinen Abendessen ein.

13. Waehrend dieser ersten Besprechung mit Hoess fragte, wurde eine Abtrennung der beiderseitigen Interessen festgelegt, und zwar in der Richtung, dass westlich des Flusses Sola das Interessengebiet des Konzentrationslagers und oestlich der Sola das der IG sein solle. Ausserdem wurden die Kieslieferungen seitens des Konzentrationslagers an IG Auschwitz besprochen. In Bezug auf Arbeitseinsatz teilte Hoess fragte, mit, dass ein Haeflingseinsatz bei IG Auschwitz in groesserem Masse zur Zeit nicht in Frage kaeme, da das Konzentrationslager zum Ausbau der Landwirtschaft usw. die Haeflinge selbst benoetige. Dies war mein erster Besuch im Konzentrationslager Auschwitz.
14. Anfang 1941 wurden die ersten Auftraege von IG Auschwitz vergeben, und zwar teils Bauauftraege von Ludwigshafen oder Leuna, teils verteilte Oberingenieur Faust, der verantwortliche Bauingenieur auf der Baustelle IG Auschwitz, die Auftraege an die verschiedenen Baufirmen. Die Baufirmen forderten bei der IG Arbeiter an, d.h. sie meldeten Oberingenieur Faust oder dem Arbeitseinsatzbuero IG Auschwitz die von ihnen benoetigten Arbeiterzahlen, unterteilt nach Berufsgruppen . . .
Im Fruehjahr 1941 erfolgte in Berlin eine Besprechung mit Obergruppenfuehrer Wolff⁴⁵, an der seitens der IG Heinrich BueteFisch und Walther Duerrfeld teilnahmen und in der ueber den Arbeitseinsatz der Konzentrationslagerhaeflinge verhandelt wurde. Wie mir Walther Duerrfeld berichtete, wurde gesprochen ueber die Bezahlung der Haeflinge: RM 4,- fuer den gelernten und RM 3,- fuer den ungelernten Haefling pro Tag.
15. Meiner Kenntnis war IG Auschwitz das erste IG Werk, das Konzentrationslagerhaeflinge beschaeftigte.
Nachdem ich den Auftrag bekommen hatte, Buna Auschwitz aufzubauen und nicht genugend andere Arbeiter vom Arbeitsamt zur Verfuegung gestellt wurden, sah sich die IG. gezwungen, KZ-Haeflinge einzustellen. Es erfolgte auch von Seiten des TEA Vorstandes kein Einspruch dagegen ...
16. ... Die Haeflinge, die Holzschuhe trugen, mussten unter SS-Bewachung den Weg von etwa 7 km vom KZ Auschwitz zur IG-Banstelle jeden Morgen zu Fuss zuruecklegen und abends zu Fuss zurueckmarschieren . . .

Mir ist in Auschwitz von Walther Duerrfeld bzw. Oberingenieur Faust berichtet worden, dass Haeflinge auf der Flucht erschossen worden sind.

17. Der Einsatz der Konzentrationslagerhaeflinge bei den Baufirmen erfolgte in der Weise, dass die IG Auschwitz die Haeflinge den Baufirmen zuwies und mit diesen Firmen einen Vertrag abschloss. Die betreffenden Firmen uebernahmen auf eine bestimmte Zeit die Haeflinge mit einer entsprechenden Anzahl Kapos (auf zehn bis zwanzig Haeflinge entfiel ein Kapo). Die Baufirmen wurden von der IG angewiesen, und zwar auf meine Veranlassung von Walther Duerrfeld...

Monowitz hatte Ende 1944 8500 Insassen, von denen 500 immer im Lager als Ordnungsdienst eingesetzt waren. 10% ist meistens der Krankenstand auf den Krankenstationen entsprechend dem normalen Krankenstand in den Werken. 7'000 Haeflinge waren im Werk eingesetzt.

Gesamtbezahlung fuer die Haeflinge in 2½ Jahren, die an die SS geleistet wurde, betrug ueber 20 Millionen Mark.

Ich wusste, dass die Haeflinge selber keine Bezahlung erhielten ...

Komitee, Fonds SS, Dokument NO. NI-9542.

«Die KZ-Häftlinge selbst sind von der IG Farbenindustrie ... nicht bezahlt würden»

Erklaerung unter Eid

Ich, Walther Duerrfeld, Helmstedt (Braunschweig), Johannesstr. 12, nachdem ich darauf aufmerksam gemacht worden bin, dass ich mich wegen falscher Aussage strafbar mache, stelle hiermit unter Eid freiwillig und ohne Zwang folgendes fest:

1. Ich bin 1927 bei der IG Farbenindustrie Leunawerke als Diplomingenieur, Maschinenbauer, eingetreten. Ich wurde 1932 Leiter der Werkstaetten fuer den gesamten Hochdruck. Ich wurde etwa Maerz 1941 von Otto Ambros und Heinrich Buetefischals technischer Leiter mit dem Aufbau des Werkes IG Auschwitz beauftragt. Die Fuehrung des Bauvorhabens hatte Otto Ambros. Er vertrat IG Auschwitz als Betriebsfuehrer innerhalb der IG und nach aussen. Nach Weisung bzw. im Namen von Otto Ambros handelte bis etwa Ende 1942 Oberingenieur Faust als erster Bauleiter, von da ab – also nach Verlegung meiner Bueros von Leuna nach Auschwitz – ich selbst als der Bau- und Montageleiter. Im Frühjahr 1944

wurde ich Direktor. Dabei wurde mir von Otto Ambros und Heinrich Buetefisch erklart, dass die Betriebsfuehrerfrage nunmehr mit Inbetriebnahme des Werkes geregelt werden und als Betriebsfuehrer ein Chemiker ernannt werden sollte. Ich solle bis zu diesem Zeitpunkt als provisorischer Betriebsfuehrer das Werk nach Weisungen von Otto Ambros und Heinrich Buetefisch leiten, wonach ich handelte.

In Auschwitz sollten von der IG Farbenindustrie 30'000 Jato Buna hergestellt werden. Es bestand dort ein Bunawerk und eine Syntheseanlage. Ich bin 1937 in die NSDAP eingetreten. Ich hatte in der Partei weder Amt noch Rang. Als altem Segelflugehrer von vor 1933 wurde mir der Rang eines Hauptsturmfuhrers vom NSFK verliehen.

2. IG Auschwitz war eine Gruendung der Sparten I und II, wobei Sparte II, Buna-sektor (Otto Ambros), die Fuehrung hatte. Die Syntheseanlage in IG Auschwitz unterstand Sparte I (Heinrich Buetefisch). Otto Ambros hat nach einer Erkundungsfahrt mit Dr. Biedenkopf, fuehrender Ingenieur von Buna-Schkopau, im Winter 1940/41 das Gelaende von Auschwitz erkundet. *Ausschlaggebend fuer die Wahl des Gelaendes war das Vorhandensein von Bodenschaetzen (Kohle und Kalk in der Naeh, Wasser von der Weichsel) und Arbeitskraefte*. Ich schaezte 1941, dass fuer IG Auschwitz insgesamt 12-16'000 Arbeiter benoetigt wurden. Heinrich Buetefisch unterrichtete mich von der Tatsache, dass KZ-Haeftlinge eingesetzt werden muessten. Ich gab den vermutlichen Anteil von KZ-Haeftlingen an der Gesamtzahl von benoetigten Arbeitern mit etwa 25% an.
3. Auf Veranlassung von Heinrich Buetefisch nahm ich im Maerz oder April 1941 mit ihm und Obergeringenieur Faust an einer Besprechung mit SS-Obergruppenfuhrer Wolff in Berlin, Albrechtstrasse, wegen Einsatzes von KZ-Haeftlingen bei IG Auschwitz teil. Bei dieser Besprechung wurde vereinbart, dass die Beaufsichtigung der KZ-Haeftlinge durch die SS an Ort und Stelle durchgefuehrt werden muesse und dass eine Verbindung zwischen den KZ-Haeftlingen und anderen Arbeitern nicht stattfinden duerfe. Es wurde der Preis von RM 3.- pro ungelernten und von RM 4.- pro gelernten KZ-Haeftlingsarbeiter taeglich festgelegt. Der Preis wurde von uns angenommen. Die Summe wurde monatlich an die SS in Berlin gezahlt. Die KZ-Haeftlinge selbst sind von der IG Farbenindustrie . . . nicht bezahlt worden. Die SS sollte ueber die finanziellen Bedingungen noch einen Brief an die IG Farbenindustrie schreiben. Wir hatten im Wesentlichen die Bedingungen der SS anzunehmen, auf unsere Verhaeltnisse anzuwenden und gegebenenfalls zu modulieren. Grundsaeztliche Fragen sollten in Zukunft zwischen Heinrich Buetefisch und SS-Obergruppenfuhrer Wolff bespro-

- chen werden. Oertliche Angelegenheiten, wie Arbeitszeit, Anmarsch, Anzahl der KZ-Haeftlinge, sollten Gegenstand von Verhandlungen zwischen IG Auschwitz und dem Konzentrationslagerleiter von Auschwitz, Hoess, sein. Oberingenieur Faust und Hoess haben ueber diese Einzelheiten in Auschwitz verhandelt.
4. Die Bausitzungen ueber IG Auschwitz fanden in Leuna, Ludwigshafen und spaeter in Auschwitz statt. Sie standen unter der Leitung von Otto Ambros. Neben IG-Angestellten, wie Oberingenieur Faust, Bauleitung IG Auschwitz, Baudirektor Santo, IG Farbenindustrie Ludwigshafen, Dr. Braus, Betriebsleiter fuer die Syntheseanlage Auschwitz, Dr. Eisfeld, Fabrikationsabteilung Buna Auschwitz, nahm Heinrich Bueteftisch an verschiedenen dieser Sitzungen teil. In Faellen, in denen Otto Ambros oder Heinrich Bueteftisch nicht persoendlich anwesend sein konnten, wurden sie durch Uebersendung von Protokollen ueber die bei den Bausitzungen besprochenen Fragen unterrichtet. Die fuer IG Auschwitz verantwortlichen Vorstandsmitglieder, Otto Ambros und Heinrich Bueteftisch, wurden durch die Bausitzungen ueber alle groesseren Vorgaenge auf der Baustelle IG Auschwitz unterrichtet. Ich habe meine grundsuetzlichen Weisungen durch die Bausitzungen bekommen, also durch Otto Ambros bzw. Heinrich Bueteftisch, die in Bezug auf IG Auschwitz der IG Farbenindustrie gegenueber verantwortlich waren.
 5. Die Bauauftraege fuer IG Auschwitz wurden von Santo als dem fuehrenden Bauingenieur von Ludwigshafen an etwa 150 Baufirmen vergeben, die ihrerseits KZ-Haeftlinge beschaeftigten.
 6. Die IG Auschwitz beschaeftigte Fremdarbeiter. U.a. waren folgende Nationalitaeten vertreten: bodenstaendige Polen, Russen (Ukrainer), Franzosen, Belgier, Italiener (diese drei Nationen im Firmeneinsatz), Kroaten. Die Fremdarbeiter waren – nach Nationalitaeten getrennt – in Baracken auf dem IG Auschwitz Gelaende untergebracht. Die Fremdarbeiterlager waren umzaeunt. Die Fremdarbeiter waren in ihrer Bewegungsfreiheit unbehindert, abgesehen von den Einschränkungen des Dienstverpflichtungsgesetzes und den durch die Lagerordnung der IG gegebenen Zapfenstreich. Bei dem Lohn der polnischen Arbeiter wurde ein Abzug von 15% vorgenommen, der an das Reich ging. Hinsichtlich der Bezahlung der Russen lag eine gesetzliche Verordnung vor, wonach ein Abzug von 30 oder 40% gemacht worden ist...
 7. Ausser Fremdarbeitern und KZ-Haeftlingen wurden 1943/44 von IG Auschwitz englische Kriegsgefangene beschaeftigt. Auf dem Gelaende der IG Auschwitz bestand ein Kriegsgefangenenlager.

11. Fuer die Verpflegung der KZ-Haeftlinge von Monowitz war bis etwa Ende 1942 ausschliesslich die SS verantwortlich. Von da ab uebernahm die IG den Einkauf der Lebensmittel nach den von der SS gelieferten Bezugscheinen und die Ueberwachung der Verarbeitung in der Lagerkueche Monowitz . . .
12. Der Lagerleiter vom Haeftlingslager Monowitz hiess Schoetl. Sein Vorname ist – soweit mir erinnerlich ist – Vinzenz.
13. Solange das Haeftlingslager Monowitz bestand, bin ich etwa 5-10 Mal dort gewesen.
14. Gegen meinen ausdruecklichen Protest gegenueber der SS und der Gestapo wurde (meines Wissens Anfang 1944) von der Gestapo im Haeftlingslager Monowitz ein Arbeitserziehungslager fuer ganz Ostoberschlesien eingerichtet.
17. Ich bekam Anfang 1945 von Reichsverteidigungskommissar Moeller-Hazzius telefonisch den Befehl, IG Auschwitz zu raeuern. Es wurden von der DAF Marschstrassen gegeben – ohne Angabe der Etappen –, auf denen die Belegschaft, einschliesslich Fremdarbeitern, zu Fuss abtransportiert werden musste. Als Tagesetappen waren etwa 25 km vorgesehen. Hab und Gut war mitzunehmen. Soweit Frauen mitnehmbare Kinder hatten, waren diese auf den Marsch mitzunehmen. Die uebrigen waren vorher mit Eisenbahnzug abtransportiert. Die KZ-Haeftlinge vom Haeftlingslager Monowitz waren ueber Nacht abtransportiert worden, ohne dass ich es vorher erfahren habe.
18. IG Auschwitz wurde in den Jahren 1942-1944 u.a. von Carl Krauch, Fritz ter Meer und Christian Schneider⁴⁶ besucht. Otto Ambros und Heinrich Buete-fisch, die verantwortlichen Vorstandsmitglieder der IG Auschwitz, waren des oeffteren im Werk Auschwitz der IG.
19. Die Fuerstengrube G.m.b.H. wurde gegruendet, um die IG Auschwitz mit Kohle zu beliefern. Sie war eine Gruendung der Fuerstlich Pless'schen Bergwerks G.m.b.H. und IG. Mir ist bekannt, dass die Fuerstengrube G.m.b.H. im letzten halben Jahr KZ-Haeftlinge beschaeftigte, da ein dortiges – ich glaube – von der Polizei gefuehrtes Lager von der SS uebernommen wurde.
21. Ich lege Wert darauf festzustellen, dass dies ein wirklichkeitsgetreues Abbild der Vernehmung darstellt, jedoch nicht des Gesamtwirkens der IG Auschwitz auf dem sozialen Gebiet.
Ich habe jede der acht (8) Seiten dieser Erklaerung unter Eid sorgfaeltig durchgelesen und eigenhaendig gegengezeichnet, habe die notwendigen Korrekturen

wendigen Korrekturen in meiner eigenen Handschrift vorgenommen und mit meinen Anfangsbuchstaben gegengezeichnet und erkläre hiermit unter Eid, dass ich in dieser Erklärung nach meinem besten Wissen und Gewissen die reine Wahrheit gesagt habe.

gez. Walther Duerrfeld

Komitee, Fonds SS, Dokument NO. NI-4184.

... wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS
sehr segensreich aus“

DR. OTTO AMBROS

I. G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT

LUDWIGSHAFEN A RH. 12 April 1941/S1
Fernsprecher 428

An die Herren
Direktor Dr. ter Meer
Direktor Dr. Struß
I G. - F r a n k f u r t

Sehr geehrte Herren!

In Anlage übersende ich Ihnen die Berichte über unsere Baubesprechungen, die regelmäßig wöchentlich einmal unter meiner Leitung stattfinden.

Sie entnehmen daraus die organisatorische Regelung und vor allem den Beginn unserer Tätigkeit im Osten.

Inzwischen fand auch am 7.4 die konstituierende Gründungssitzung in Kattowitz statt, die im großen und ganzen befriedigend verlief. Gewisse Widerstände von kleinen Antsechimmeln konnten schnell beseitigt werden.

Dr. Eckell hat sich dabei sehr bewährt und außerdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich aus.

Anlässlich eines Abendessens, das uns die Leitung des Konzentrationslagers gab, haben wir weiterhin alle Maßnahmen festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebs des KZ-Lagers zugunsten der Buna-Werke betreffen.

Ich verbleibe mit besten Grüßen
Ihr

Dr. Ambros

Anlage

Wer nicht im Bunawerk der IG Farben arbeiten konnte, wurde in Auschwitz «sonderbehandelt»

W. V.-Hauptamt
Amt D II
Oranienburg.

Fernspruch.
8. März 43

Betr.: Abtransport von jüdischen Rüstungsarb.

Am 5. und 7. März trafen folgende jüdische Häftlingstransporte ein.

Transport aus Berlin, Eingang 5. März 43, Gesamtstärke 1'128 Juden. Zum Arbeitseinsatz gelangten 389 Männer (Buna) und 96 Frauen. Sonderbehandelt wurden 151 Männer und 492 Frauen u. Kinder. Transport aus Breslau, Eingang 5. März 43, Gesamtstärke 4'405 Juden. Zum Arbeitseinsatz gelangten 406 Männer (Buna) u. 190 Frauen. Sonderbehandelt wurden 125 Männer u. 684 Frauen u. Kinder.

Transport aus Berlin, Eingang 7. März 43, Gesamtstärke 690 einschliesslich 25 Schutzhäftlingen. Zum Arbeitseinsatz gelangten 153 Männer u. 25 Schutzhäftlinge (Buna) und 65 Frauen. Sonderbehandelt wurden 30 Männer u. 417 Frauen u. Kinder.

gez. Schwarz
Obersturmführer

Dokumenty i Materialy z czasow okupacji niemieckiej w Polsce. I Obozy. Herausgeber N. Blumental, Zentrale Jüdische Kommission, Lodz 1946, S. HO. In: Das Dritte Reich und die Juden, S. 198.

Die IG Farben errichtete in Monowitz ein eigenes Konzentrationslager

7. Nach 1941 war es nichts Aussergewöhnliches fuer die IG, KZ-Haeftlinge zu beschaeftigen, da andere Arbeitskraefte nicht vorhanden waren. Meiner Erinnerung nach haben bereits andere deutsche Werke – an bestimmte Firmen kann ich mich nicht entsinnen – zu dieser Zeit KZ-Haeftlinge beschaeftigt.

Weder TEA noch Vorstand erhoben einen Einwand dagegen, dass das vierte Bunawerk mit Hilfe von KZ-Haeftlingen aufgebaut wird. Meiner Erinnerung nach ist das das erste IG-Werk, das KZ-Haeftlinge beschaeftigt. Wegen der Einstellung von KZ-Haeftlingen fuer die IG Auschwitz soll Heinrich Buetefisch mit der SS verhandeln.

8. Heinrich Buetefisch hat nach seiner Verhandlung mit der SS (Obergruppenführer

rer Wolff) vor dem TEA bzw. Vorstand berichtet, dass die SS KZ-Haeftlinge fuer den Bau des vierten Bunawerkes zur Verfuegung stellen will. Es ist ausserdem ueber die Bezahlung der KZ-Haeftlinge gesprochen worden. Es bestand ein Unterschied in der Bezahlung von gelernten und ungelerten Arbeitern. Gegen die von der SS gestellten Bedingungen hat der Vorstand Einspruch nicht erhoben.

9. Walther Duerrfeld wurde bald nach Beginn des Baues der IG Auschwitz in einer Besprechung mit Otto Ambros und Heinrich BueteFisch, die sich verantwortlich um IG Auschwitz zu kuemmern hatten, muendlich zum Betriebsfuehrer von IG Auschwitz ernannt. Walther Duerrfeld wurde hiervon 1941 muendlich von mir in Leuna unterrichtet.
10. Ich war als Hauptbetriebsfuehrer auch verantwortlich fuer die Belegschaft der IG Auschwitz.
11. Ich war mir bei der Einstellung von KZ-Haeftlingen bewusst, dass diese Menschen, die aus allen sozialen Schichten stammten, aus politischen und rassischen Gruenden im KZ waren. Diese Tatsache war dem Vorstand der IG bekannt...
12. Die Unterlagen zu den Statistiken und Schaubildern ueber Gefolgschaftszusammensetzung bzw. -Veraenderung, die im TEA und in den Vorstandssitzungen verwendet wurden, mussten die einzelnen Werke, auch waehrend des Krieges, monatlich an Buero Bertrams geben. Dort wurden sie gesammelt, zusammengestellt, an das Zentralausschussbuero gegeben. Von dort gingen sie an Ernst August Struss, der Tabellen bzw. graphische Darstellungen anfertigte und darueber im TEA vortrug.
Die Unterlagen, die von den Werken kamen, waren ausgefuellte Formulare, unterteilt nach Zu- und Abgang sowie nach verschiedenen Berufsgruppen – bei Auslaendern wiederum unterteilt nach Nationen. Es bestand eine weitere Unterteilung in gelernte und ungelerte Arbeiter sowie weibliche und maennliche Arbeiter. Ausserdem war eine Unterteilung nach Haeftlingen, Strafgefangenen und Kriegsgefangenen vermerkt.
13. Von dem Bestand des KZ Monowitz, einem sog. Ableger des KZ Auschwitz, erfuhr ich von Walther Duerrfeld, der mir in Leuna erzaehlt hat, dass die IG – abgesehen von dem bereits vorhandenen KZ Auschwitz – ein eigenes Konzentrationslager errichtet haette, sowie dass die IG fuer Verpflegung und Unterkunft der Haeftlinge verantwortlich sei. Die Gelder fuer die Errichtung des KZ Monowitz (Baracken) sind auf dem ueblichen Kreditwege ueber mich gegangen. Aus den Kreditgesuchen ging hervor, dass die Baracken vermerkt als «fuer KZ-Arbeiter» fuer Haeftlinge bestimmt waren.

Mir ist nicht in Erinnerung, dass im TEA bei der Bewilligung des Kredites fuer die Errichtung von Monowitz ein Widerspruch erfolgt ist. Otto Ambros hat meiner Erinnerung nach um diese Zeit nochmals einen Vortrag ueber IG Auschwitz vor dem TEA gehalten, wobei er auch ueber den Haeflingseinsatz gesprochen hat.

14. Ich bin zweimal in der IG Auschwitz gewesen. Im KZ Auschwitz bin ich nie gewesen, ebenso nicht im KZ Monowitz. Bei meinem Besuch in IG Auschwitz habe ich KZ-Haeflinge im Einsatz gesehen, z.B. bei Transportarbeiten, Zementsaeketragen, Grabenarbeiten. Die Haeflinge trugen gestreifte Anzuege und wurden von SS bewacht. Es waren z.T. ausgemergelte, abgearbeitete Menschen dabei, waehrend ein Teil noch ganz gut aussah.

Ich habe gehoert, dass KZ-Haeflinge auf der IG Baustelle geschlagen worden sind. In fachlicher Beziehung standen die Haeflinge auf der I.G.-Baustelle unter der Aufsicht der IG, in disziplinarischer Beziehung jedoch unter der Aufsicht der SS ...

15. Es sind Vergleiche gemacht worden ueber die Arbeitsleistung von KZ-Haeflingen und Fremdarbeitern im Vergleich zu deutschen Arbeitern.

Wenn Haeflinge auf der IG Baustelle nicht genug gearbeitet hatten, ging ein Bericht an die SS .. .

16. Die in IG Auschwitz beschaeftigten Polen sind durch die Arbeitsaemter zugewiesen worden.

Bei der IG Auschwitz waren u.a. Russen (Ukrainer) beschaeftigt. Russen wurden nicht auf Urlaub gelassen.

Tschechische Arbeiter fuer IG Auschwitz sind meines Wissens ueber Bruex gekommen, wo der IG-Angestellte Landsmann, IG Leuna, verhandelt hat. Die Beschaeftigung der tschechischen Arbeiter erfolgte auf Grund eines zwischen den beiden Laendern getroffenen Abkommens. Arbeitsvertraege im ueblichen Sinn wurden mit diesen Arbeitern nicht abgeschlossen.

Aehnlich verhielt es sich mit franzoesischen Arbeitern, die nach Deutschland dienstverpflichtet wurden, was einer zwangsmaessigen Erfassung gleichkam.

Die auslaendischen Arbeiter waren bei der IG Auschwitz nach Nationalitaeten getrennt untergebracht; Juden wurden gesondert in einem Lager untergebracht. Walther Duerrfeld war als Betriebsfuehrer der IG Auschwitz lokal verantwortlich fuer die soziale Betreuung der Fremdarbeiter.

17. Soviel ich in Erinnerung habe, brachten ukrainische und auch polnische Arbeiter ihre Frauen bzw. Familien mit in die Lager der IG Auschwitz. Die Bezah-

lung der in IG Auschwitz arbeitenden Kindern unter 14 Jahren wurde durch ein Rundschreiben des Buenos Bertrams geregelt.

Vorschlaege fuer den Bau einer Schule in IG Auschwitz fuer die Kinder der auslaendischen Arbeiter sind nicht gemacht worden.

18. In IG Auschwitz sind russische und englische Kriegsgefangene beschaeftigt worden.

Mir ist nicht erinnerlich, dass im Vorstand der IG darueber gesprochen worden ist, dass laut Genfer bezw. Haager Konvention Kriegsgefangene nicht in Ruestungsbetrieben eingesetzt werden duerfen.

19. Der Betriebsfuehrer bestrafte auslaendische Arbeiter wie folgt: Zuerst erfolgte eine Verwarnung, dann wurde eine Geldstrafe auferlegt. Im Wiederholungsfall wurde der Betreffende dem Arbeitsamt gemeldet. Ein Beamter vom Arbeitsamt pflegte den Mann persoendlich zu verwarnen. Half das auch nichts, wurde der Mann von der IG der Gestapo gemeldet. Die Gestapo musste ausserdem bei irgendwelchen politischen Delikten benachrichtigt werden. Mir ist bekannt, dass in Fremdarbeiterlagern Arrestbaracken bestanden. Ich nehme an, dass Fremdarbeiter dort wegen Widersetzlichkeiten usw. eingesperrt worden sind.

20. Die Einrichtung von E-Lagern, d.h. Beschaeftigung von E-Haeftlingen begann 1942 oder 1943.

In IG Auschwitz war ein E-Lager vorhanden. Die Baracken hierfuer hat die IG Auschwitz der SS zur Verfuegung gestellt. Die dafuer benoetigten Gelder sind von der IG genehmigt worden. Das E-Lager ist von der SS zwar gefordert worden, es bestand jedoch kein direkter Zwang, dieses Lager einzurichten.

21. Die Verbrennungsschlote vom KZ Auschwitz konnte man von der IG Auschwitz aus sehen. Ich habe gehoert, dass IG-Leute, die in Auschwitz waren, den Verbrennungsgeruch selbst gespuert haben, und zwar Walther Duerrfeld und andere Auschwitz besuchende Ingenieure. Die genannten Herren erzaehlten mir, dass es ein furchtbarer Geruch war.

In einem Verhoer vom 27. Maerz 1947, durchgefuehrt von den Herren Arthur Cooper und Benvenuto von Halle, habe ich ausgesagt, dass ich mich mit Walther Duerrfeld, Otto Ambros und Heinrich Buetefisch ueber die Vergasung bezw. Gaskammern in Auschwitz, in denen Menschen auf unnatuerliche Weise umgekommen sind, unterhalten habe. Ich moechte dazu nachtraeglich bemerken, dass ich zur Zeit meiner Aussage muede und verwirrt war. Ich moechte meine Aussage nach reiflicher Ueberlegung dahin aendern, dass ich sicher bin, dass mir 1944, evtl. 1943 bereits, Mitteilung ueber die Vergasung zugegangen

ist, dass ich mich aber nicht mehr erinnere, von wem ich das gehoert bzw. mit welchen Herren der IG ich mich darueber unterhalten habe.

Ich habe jede der neun (9) Seiten dieser Erklarung unter Eid sorgfaeltig durchgelesen und eigenhaendig gegengezeichnet, habe die notwendigen Korrekturen in meiner eigenen Handschrift vorgenommen und mit meinen Anfangsbuchstaben gegengezeichnet und erklare hiermit unter Eid, dass ich in dieser Erklarung nach meinem besten Wissen und Gewissen die reine Wahrheit gesagt habe.

gez. Christian Schneider

*Aus einer eidesstattlichen Erklärung des IG-
Farben-Hauptbetriebsführers Christian Schneider.
In: Komitee, Fonds SS, Dokument NO. NI-7601*



Die Opfer der Ausbeutungs- und Ausrottungspolitik

«... der Preis von RM 200,— pro Frau zu hoch»

Ich, *Gregoire M. Afrine*, gebe hiermit folgende eidesstattliche Erklärung ab, nachdem ich zuerst ordnungsgemäss vereidigt wurde, die Wahrheit, die volle Wahrheit und nichts wie die Wahrheit zu sagen so wahr mir Gott helfe:

Ich wohne zur Zeit in Paris, 113 rue du Faubourg Poussoniere...

Am 22. Januar 1944 wurde ich in Paris verhaftet, nach dem Drancy Lager gebracht und musste auf dem Austerlitz Bahnhof Güter abladen.

Am 30. Juni 1944 wurde ich nach Auschwitz oder richtiger nach Monowitz abtransportiert. Nach meiner Ankunft fand ich eine grössere Anzahl von Abtransportierten vor, die sich, als Folge des schweren Lebens, das sie in dem Lager führten, alle in einem sehr schlechten Gesundheitszustande befanden.

Wir wurden um 4 Uhr morgens geweckt. Um 4,30 Uhr wurden die Häftlinge für den Appell gesammelt, welcher 2½ Stunden dauerte. Nach dem Appell gingen wir zur Arbeit in die Fabrikhöfe, wo Bauten der IG-FARBEN-Industrie vorgenommen wurden. In dem Hof befanden sich ungefähr 400 Gebäude. In diesem Hof arbeiteten ungefähr 12'000 Häftlinge. Zusätzlich befanden sich da ungefähr 2'000 englische Kriegsgefangene und eine gewisse Anzahl sogenannter freier Arbeiter verschiedener Nationalitäten. Ich wurde dem elektrischen Kommando 186 zugeteilt und wurde angewiesen, im Gebäude 387 zu arbeiten. Ich wurde einer Gruppe einverleibt, welche die Elektrizität in diesem Gebäude installierte und arbeitete daher innerhalb sowohl wie ausserhalb des Gebäudes an der Installation elektrischer Kabel.

Der IG-FARBEN-Leitung musste meine sich am Arm befindende Serien-Nummer A 16539 und unser Stand als Häftlinge bekannt sein, da wir Zebra-Uniformen mit sichtbaren Serien-Nummern trugen. Unsere Arbeit wurde von Ingenieuren und Vormännern der IG-FARBEN beaufsichtigt; wir wurden von deutschem SS- und SD-Personal überwacht. Unter den Vertretern der FARBEN-Leitung, welche die Arbeit unserer Gruppe beaufsichtigte, waren Oberingenieur Herr Dix, Herr Loschen, General-Inspektor für die IG-FARBEN, ebenso mit der Todt-Organisation verbunden und Herr Charre ...

Eines Tages, am 26. Dezember 1944, als ich aus den Reihen trat, um mir die Schuhe zu binden, schos mich einer der SS-Wachen – ich weiss seinen Namen nicht – am Bein an, und das Geschos streifte mich unterhalb des Knies. Ich kann mich des Datums besonders gut erinnern; als ich zurückkam und um Erlaubnis für Behandlung fragte, wurde mir dieselbe verweigert. Dann setzte eine Infektion ein.

Innerhalb eines oder zweier Tage wurde ich in die Krankenstube gebracht, wo 4 Einschnitte ohne Betäubung vorgenommen wurden.

Ein anderes Mal erhielt ich von hinten einen Schlag ins Genick, da ich während des Rückmarsches zum Lager zu meinem Nebenmann sprach . . .

Die meisten der Vormänner schlugen und traten die Gefangenen natürlich. Das war besonders nach alliierten Bombenangriffen wahrnehmbar, wenn Vormänner und Gefangene anderer Abteilungen hereingebracht wurden ...

Die Gefangenen, einschliesslich der Kapos, wohnten in Monowitz. Sie konnten von dem Buna-Werk nach dem Monowitz-Lager gehen, ohne ausserhalb des Stacheldrahtes zu kommen. Alle Vertreter der FARBEN jedoch wohnten in der Stadt Auschwitz. Einige der Arbeiter, mit denen wir arbeiteten, hatten Fühlung mit den Arbeitern in Auschwitz, und einige der Häftlinge von Monowitz wurden nach Auschwitz überführt und umgekehrt. Auf diese Art und Weise tauschten wir Berichte aus ... Ein Grossteil der Arbeit in Auschwitz war Schanzarbeit und Arbeit an Maschinen, und dann befanden sich natürlich die Gaskammern und die Krematorien-Öfen in Auschwitz. Etliche Male, als der Wind in der Richtung nach Monowitz blies, konnte ich den Geruch brennenden Fleisches riechen.

Wenn immer die FARBEN-Leute dachten, dass die Gefangenen nicht schwer genug arbeiteten, bedrohten sie diese, sie an das Dienstleistungs-Politik-Büro zu melden, und die Arbeiter mussten wissen, was das bedeutete. Sie wussten, dass an die Dienstleistungs-Politik gemeldet zu werden eines von zwei Dingen bedeutete. Eine Wahl war die Prügelstrafe, die öffentlich von der SS verabreicht wurde; sie sollten je 25 Schläge von zwei SS-Männern bekommen; jedoch wurden die Leute schon immer vor dem Ende der Prügelstrafe ohnmächtig. Trotzdem ich es niemals selbst gesehen habe, soll die Prügelstrafe manchmal von den Aufsehern im Büro verabreicht worden sein. Die zweite Wahl war Abtransport nach Birkenau oder Auschwitz. Wenn sie während der Arbeit beim Rauchen erlappt wurden, so bedeutete das Abtransport nach Birkenau oder Auschwitz.

Nach Auschwitz oder Birkenau transportiert zu werden, bedeutete nur eines: die Gaskammer. Auser den Personen, die besonders gemeldet waren, wurden jeden Monat Männer aus dem Lager ausgesucht, welche nach der Gaskammer abtransportiert wurden. Die FARBEN-Leute waren voll vertraut mit dem Vorgang der «Auswahl» ...

Jeden Monat kamen Ärzte von Auschwitz, um eine Auswahl in Monowitz zu treffen, und diejenigen, welche für weitere Arbeit unfähig befunden wurden, wurden von der Arbeit weggeholt, für eine kurze Zeit isoliert und dann von Auschwitz in

Kraftwagen abgeholt. Einige Tage später wurden die Sachen dieser Leute nach Monowitz zurückgebracht. Ich konnte öfters persönliche Sachen von Leuten, die ich kannte, erkennen, einschliesslich Augengläser. Für die Häftlinge von Monowitz bedeutete das, dass diese Leute zur Verbrennung nach Auschwitz geschickt worden waren. Die SS-Männer pflegten den Häftlingen, welche nach Auschwitz transportiert wurden, nachzurufen: «Es wird jetzt nicht mehr lange dauern, noch ein paar Tage und alles wird vorüber sein.»

Wie ich schon vorher erwähnte, war die Arbeit in meinem Kommando nicht zu schwer, da sie hochgradige Facharbeit war; in anderen Teilen des Buna-Betriebes jedoch mussten die Arbeiter in einem mörderischen Tempo arbeiten. Da war z.B. ein dreihundert Fuss hoher Schlot im Buna-Werk. Es wurde geschätzt, dass dieser das Leben von 3'000 Häftlingen kostete, welche vor Erschöpfung starben.

Wenn ein Gefangener vor Erschöpfung zusammenbrach, konnte bis zu dem Zeitpunkt, wo die Arbeit aufhörte, nichts für ihn getan werden, erst dann wurde es gestattet, ihn in das Lager zurückzutragen.

Das Lager war genauso schlimm. Die Häftlinge wurden morgens um 4 Uhr geweckt, sie bekamen eine Kruste Brot bis 4.30 Uhr, und danach war Appell von 4.30 Uhr bis 7 Uhr. Ohne Rücksicht auf das Wetter waren wir mit den Zebra-Anzügen bekleidet. Eine Reihe von Häftlingen pflegten zusammenzubrechen. Wenn jemand versucht hätte, ihnen zu helfen, hätte die SS-Bande ihn erschossen. So stand man so gut, wie man konnte, bis man zur Arbeit ging. Bahrenträger kamen dann und sammelten die Zusammengebrochenen ein, und wenn sie wieder schnell zum Leben zurückgerufen werden konnten, wurde dies getan, wenn nicht, liess man sie sterben. Es gab auch Nacht-Appelle.

Es gab immer öffentliche Hängungen. Ich entsinne mich an durchschnittlich zwei bis drei Hängungen pro Woche. Die Vorwände waren nichtig. Ich entsinne mich auf den Fall eines jungen Franzosen, der sich gerade seinem siebenzehnten Geburtstag näherte. Um irgendeine Art von Feier zu haben, gelang es ihm, ein Stück Brot und eine halbe Dose Marmelade in seinen Besitz zu bringen. Er wurde von der SS ertappt und aufgehängt. Die Strafvollstreckungen waren öffentlich, und das Urteil wurde vor der Straf Vollstreckung in deutsch und der Muttersprache des verurteilten Mannes verlesen. Der Galgen wurde auf dem grossen Antrittsplatz, der für den Appell bestimmt war, errichtet ...

Am 18. Januar 1945 verliessen die Deutschen Auschwitz. Am 27. Januar kamen die Russen. Ich verblieb in Auschwitz bis zum 9. Februar.

Bis zu dieser Zeit wurde ich von den Russen als Dolmetscher verwandt. Nach dem 9. Februar wurde ich als Dolmetscher für Übersetzungen von Deutsch ins Russische verwandt. Zuerst verfassten die Russen Fragebogen in russisch, welche ich in verschiedene Sprachen übersetzen musste. Diese Fragebogen bezogen sich auf Fragen der Identifizierung, Behandlung, und im Falle der Frauen, ob sie von den Deutschen missbraucht worden waren, ob sie schwanger waren, usw. Eine Zeit später wurden mir verschiedene Dokumente zum Übersetzen gegeben. Einige, an die ich mich erinnere, waren Briefe des Lagerkommandanten, in welchen dieser beantragte, dass ein gewisser SS-Mann befördert oder für verdienstvolle Leistungen ausgezeichnet werden sollte, welche in einem besonderen Falle darin bestand, dass er zwei Gefangene, welche zu entkommen versuchten, getötet hatte, in einem anderen Falle, weil er besonders eifrig in der Durchführung der Prügelstrafe war. Danach bekam ich die Stelle bei Capt. Kouine. Eines Tages brachte Capt. Kouine ein Bündel Briefe zum Übersetzen. Unter diesen Briefen, welche ich übersetzen musste, war ein besonderes Bündel, bestehend aus fünf zusammengebundenen Briefen, welche von einer deutschen Firma namens BAYER an den SS-Lager-Kommandeur adressiert waren. Der erste Brief lautete folgendermassen:

Erster Bezüglich des Vorhabens von Experimenten mit einem *Brief* neuen Schlafmittel würden wir es begrüßen, wenn Sie uns eine Anzahl von Frauen zur Verfügung stellen würden. Wir sehen Ihrer Antwort entgegen. Hochachtungsvoll.

Zweiter Wir erhielten Ihre Antwort; jedoch erscheint uns der Preis *Brief* von RM 200,- pro Frau zu hoch. Wir schlagen vor, nicht mehr als RM 170,- pro Kopf zu zahlen. Wenn Ihnen das annehmbar erscheint, werden wir Besitz von den Frauen ergreifen. Wir brauchen ungefähr 150 Frauen.

Dritter Wir bestätigen Ihr Einverständnis. Bereiten Sie für uns *Brief* 150 Frauen im bestmöglichen Gesundheitszustand vor, und sobald Sie uns mitteilen, dass sie soweit sind, werden wir diese übernehmen.

Vierter Erhielten den Auftrag für 150 Frauen. Trotz ihres abgezehr-*Brief* ten Zustandes wurden sie als zufriedenstellend befunden.

Wir werden Sie bezüglich der Entwicklung des Experiments auf dem laufenden halten.

Fünfter Die Versuche wurden gemacht. Alle Personen starben. Wir *Brief* werden uns bezüglich einer neuen Sendung bald mit Ihnen in Verbindung setzen.

Obwohl wir in Monowitz vom Hören-Sagen wussten, dass Block 10 in Auschwitz für Experimente reserviert war, waren diese 5 Briefe der erste schriftliche Beweis, den ich für Experimente an Menschen hatte.

Ich habe jede dieser 5 Seiten dieser Erklärung sorgfältig gelesen und habe meine Unterschrift an das Ende jeder Seite gesetzt. Ich habe die nötigen Berichtigungen in eigener Handschrift vorgenommen und jede dieser Berichtigungen mit dem Anfangsbuchstaben meines Namens am Rande versehen.

Ich erkläre hiermit unter Eid, dass ich bei bestem Wissen und Gewissen die volle Wahrheit gesagt habe. Diese Erklärung wurde für Verwendung des Office of Chief of Counsel for War Crimes gemacht.

gez. Gregoire M. Afrine

Paris, 5. Juni 1947

Komitee, Fonds SS, Dokument NO. NI-7184.



Einer der wenigen überlebenden KZ-Häftlinge, die den Konzernen von der SS als Arbeitssklaven zur «Verfügung gestellt» wurden

Die Leitung der IG Farben war verantwortlich für die Vergasung der nicht mehr arbeitsfähigen Gefangenen

Erklärung unter Eid

Ich, Dr. Gustav Herzog, Belvederegasse 23, Wien IV, 12.1.1908 in Wien geboren, nachdem ich darauf aufmerksam gemacht worden bin, dass ich mich wegen falscher Aussage strafbar mache, stelle hiermit unter Eid freiwillig und ohne Zwang folgendes fest:

1. Ich bin am 28.6.1938 verhaftet und am 25.9.1938 in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht worden. Mitte Oktober 1942 bin ich mit einem Transport von 405 Haeftlingen von Buchenwald nach Auschwitz, Stammlager, gekommen. Dort war ich nur 12 Wochen und kam anschliessend nach Monowitz-Buna (urspruenglich Auschwitz III genannt), das Konzentrationslager der IG Farben Auschwitz. Dort war ich bis Oktober 1944, kam dann 3 Monate ins Nebenlager Althammer. Von Gleiwitz IV wurde ich in einem Sammeltransport im Januar 1945 wieder nach Buchenwald gebracht. Am 10. April 1945 bin ich von den Amerikanern befreit worden.

Ich bin seit September 1945 Wiener Correspondent der amerikanischen Nachrichtenagenturen «Overseas News Agency» und «Jewish Telegraphie Agency», beide New York.

2. In Buna, d.h. IG Auschwitz, habe ich verschiedentlich im Gelaende beim Waggonausladen und ähnlichen Dingen gearbeitet. Den grossten Teil meiner Haft in Buna war ich in der Haeftlingsschreibstube von Monowitz taetig, die ich ungefaehr 15 Monate als sogenannter Rapportschreiber leitete.

3. Den Betriebsfuehrer von IG Auschwitz, Walther Duerrfeld, habe ich mehrere Male im Innenlager Monowitz in Begleitung der SS-Lagerfuehrung gesehen.

4. Auf Grund meiner Beobachtungen kann ich mein Urteil über die in Buna herrschenden Arbeitsverhaeltnisse folgendermassen praezisieren:

Es ist die hundertprozentige Schuld der IG-Leitung, dass unzaehlige Tausend nicht mehr einsatzfaehiger Haeftlinge vergast worden sind. Ich habe viele Ansprachen mir unbekannter Ingenieure und Leiter der IG an Haeftlinge gehoert, bei denen ausdruecklich gesagt wurde, dass man an Menschen, die nicht voll arbeiten koennen oder wollen, kein Interesse habe.

5. Eines Tages im Winter 1942/43, als der Lagerstand von Buna (Monowitz) etwa 3-3'500 Haeftlinge war, liess Hauptsturmfuehrer Schwarz, der in Begleitung von Walther Duerrfeld und einiger SS-Leute der Lagerfuehrung war, saemtliche

Haeflinge in 5-er-Reihen antreten und an sich vorbeimarschieren. Hauptsturm-
fuhrer Schwarz hat alle Haeflinge, die nur irgendwie nicht ganz kraeftig
schienen, heraustreten lassen. Sie wurden von SS-Leuten umstellt, und ihre
Nummern wurden notiert. Walther Duerrfeld fragte hie und da nach besonde-
ren Berufen, wie Elektriker oder Schleifer. Damals wurden etwa 1'000-2'000
Haeflinge ausgewaehlt und kamen sofort in die Gaskammern. Ich weiss es da-
her, da die Haeflingsschreibstube, in der ich zu dieser Zeit arbeitete, 2 oder
3 Tage spaeter die Listen erhielt mit der Bemerkung, diese Haeflinge vom
Stand abzusetzen. Das wurde offiziell SB (Sonderbehandlung) genannt. Ein
weiterer Beweis dafuer, dass diese Haeflinge – in verschiedenen anderen Fa-
ellen ist in gleicher Weise vorgegangen worden – vergast worden sind, ist die
Tatsache, dass bei dieser Gelegenheit und bei spaeteren Gastransporten kurze
Zeit danach (meist noch am selben Tage) die Kleider dieser Haeflinge, Brillen,
Prothesen und dergleichen nach Monowitz zurueckgeliefert worden sind. Spe-
zielle Prothesen erkannten wir beispielsweise leicht wieder.

6. Der Arbeitsdienstfuhrer SS-Oberscharfuhrer Stollen kam oft in Begleitung
von Dr. Duerrfeld und anderen Leuten der IG Farben ins Lager Monowitz.

11. Die Methode der IG Farben, nur voll Arbeitsfaehige in Buna zu belassen, hat
weitaus mehr Todesopfer gekostet als die individuellen Morde in anderen
KZ's. An dieser Generallinie kann auch nichts dadurch geaendert werden, dass
die IG an die bei ihr arbeitenden Haeflinge eine «Werksuppe», d.h. warmes
Wasser mit ein wenig Kraut oder Rueben, abgab, oder dass sie z.B. anordnete,
dass die in ihren Bueros arbeitenden Haeflinge (als Buchhalter z.B.) oefters
frische Waesche und Seife erhalten muessten.
12. Wenn in den Wintermonaten die Kaelte besonders stark war, mussten erst Dut-
zende von Haeflingen erfroren Umfallen und tot hereingebracht werden, bis
sich die IG entschloss, die Arbeit fuer den betreffenden Tag einzustellen.
13. Von Monowitz, das spaeter Hauptlager war, wurden unzaehlige Tausende von
Haeflingen in die am Schluss meines Wissens 28 Nebenkonzentrationslager
gebracht. Die Gesamtziffer saemtlicher Nebenlager war, soweit ich mich erin-
nere, ungefaehr 35'000 insgesamt. Buna-Monowitz selbst hatte etwa 10'000
Haeflinge. In der Schreibstube von Monowitz war eine Kartei saemtlicher
Haeflinge, die waehrend der Zeit vom Oktober 1942 bis zur Aufloesung des
Lagers im Januar 1945 durch Monowitz oder seine Nebenlager gegangen sind.
Die Kartei der Toten war ungleich groesser als die der Lebenden. Ich schaez-
te – ich wiederhole, dass ich lange Zeit Leiter der Schreibstube war –, dass dem

Lebenstand von Buna (Monowitz) mit ca. 10'000 Haeflingen am Schluss ein Totenstand von rd. 120'000 Haeflingen gegenueberstand und der Gesamtziffer der Nebenlager von 35'000 ein ungefaehrer Totenstand von 250'000.

Ich habe jede der fuef (5) Seiten dieser Erklaerungen unter Eid sorgfaeltig durchgelesen und eigenhaendig gegengezeichnet, habe die notwendigen Korrekturen in meiner eigenen Handschrift vorgenommen und mit meinen Anfangsbuchstaben gegengezeichnet und erklare hiermit unter Eid, dass ich in dieser Erklaerung nach meinem besten Wissen und Gewissen die reine Wahrheit gesagt habe.

gez. Dr. Gustav Herzog

Komitee, Fonds SS, NO. NI-12 069.

VII

Dokumente und Berichte über Experimente an Menschen und über die planmässige Vernichtung von Geisteskranken

Aus dem Urteil des Nürnberger Ärzteprozesses

Gemessen mit jedem denkbaren Massstab zeigt das Beweismaterial klar, dass Kriegs verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden, wie sie zum Gegenstand der Anklagepunkte 2 und 3 gemacht worden sind. Vom Ausbruch des zweiten Weltkrieges an wurden verbrecherische medizinische Experimente an nichtdeutschen Staatsangehörigen durchgeführt, an Kriegsgefangenen und Zivilisten, einschliesslich Juden und sogenannten Asozialen, und zwar im grossen Umfang innerhalb Deutschlands und der besetzten Gebiete. Dies waren keine vereinzelt Versuche noch gelegentliche Handlungen einiger Ärzte und Forscher, die ausschliesslich auf Grund ihrer eigenen Verantwortlichkeit tätig waren, sondern sie waren vielmehr das Ergebnis der gleichgeschalteten Formulierung einer Politik und der Planung auf hoher regierungsmässiger, militärischer und naziparteilicher Ebene, und sie wurden durchgeführt als wesentlicher Teil des totalen Kriegseinsatzes. Sie wurden angeordnet, gutgeheissen, erlaubt oder gebilligt von Leuten, die autoritäre Stellungen innehatten, und die auf Grund aller Rechtsgrundsätze die Pflicht hatten, von diesen Dingen zu wissen und Schritte zu unternehmen, sie zu beenden oder zu verhindern... In jedem bekundeten Fall wurden unfreiwillige Versuchspersonen benutzt; im Falle einiger der Versuche wird nicht einmal von den Angeklagten behauptet, das die Versuchspersonen Freiwillige waren. In keinem Fall hatte die Versuchsperson die Möglichkeit, nach ihrem eigenen Gutdünken sich von einem Versuch zurückzuziehen. Es wurden vielfach Versuche durch ungeschulte Personen durchgeführt; sie wurden willkürlich, ohne ausreichende wissenschaftliche Begründung und unter abstossenden Bedingungen an gestellt. Alle Versuche wurden mit unnötigen Leiden und Verletzungen durchgeführt, und sehr wenige oder gar keine Vorkehrungen wurden getroffen, um die Versuchspersonen vor der Möglichkeit der Verletzung, der dauernden körperlichen Schädigung oder des Todes zu beschützen oder zu bewahren. In jedem einzelnen Versuch hatten die Versuchspersonen grosse Schmerzen oder Qualen zu erdulden, und in den meisten erlitten sie dauernden körperlichen Schaden, Verstümmelung oder Tod, entweder als unmittelbare Folge der Versuche oder wegen des Mangels ausreichender Nachbehandlung.

Es ist ganz offensichtlich, dass all diese Versuche mit ihren Grausamkeiten, Qualen, verstümmelnden Verletzungen und Todesfällen in völliger Misachtung internationaler Abmachungen, der Gesetze und Gebräuche des Krieges, der sich aus den Strafgesetzen aller Kulturstaaten ableitenden allgemeinen Grundsätze des Strafrechtes und des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 durchgeführt wurden. Menschen-

versuche unter solchen Bedingungen widersprechen offenbar den Grundsätzen des Völkerrechts, wie sie sich aus den unter Kulturvölkern angenommenen Gebräuchen, dem Gesetz der Menschlichkeit und dem Diktat des öffentlichen Gewissens ergeben.

Alexander Mitscherlich I Fred Mielke, Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Frankfurt I Main und Hamburg April 1960 (im Folgenden abgekürzt: Medizin ohne Menschlichkeit), S. 278/279.

«Die nichtärztliche Tätigkeit der SS-Ärzte im K.L. Auschwitz»

Neben ihren gewöhnlich üblichen ärztlichen Aufgaben übten die SS-Ärzte in Auschwitz noch folgende Tätigkeiten aus.

- 1.) Bei den ankommenden Juden-Transporten hatten sie die arbeitsfähigen männlichen sowie weiblichen Juden nach den vom RA SS gegebenen Richtlinien auszusuchen.
- 2.) Bei dem Vernichtungsvorgang an den Gaskammern hatten sie anwesend zu sein um die vorgeschriebene Anwendung des Giftgases Cyklon B durch die Desinfektoren SDGs zu überwachen. Weiter hatten sie sich nach der Öffnung der Gaskammern zu überzeugen, dass die Vernichtung vollständig war.
- 3.) Die Zahnärzte hatten sich durch fortgesetzte Stichproben davon zu überzeugen, dass die Häftlingszahnärzte der Sonderkommandos bei allen Vergasteten die Goldzähne auszogen und in die bereitstehenden gesicherten Behältnisse warfen.
Weiter hatten sie die Einschmelzung des Zahngoldes u. die sichere Aufbewahrung bis zur Ablieferung zu überwachen.
- 4.) Die SS-Ärzte hatten laufend in Auschwitz, in Birkenau sowie in den Arbeitslagern die arbeitsunfähig gewordenen Juden, die voraussichtlich innerhalb von vier Wochen nicht wieder arbeitsfähig werden konnten, auszumustern und der Vernichtung zuzuführen. Auch seuchenverdächtige Juden waren zu vernichten. Bettlägerige sollten durch Injektionen getötet, die anderen in den Krematorien bzw. im Bunker durch Gas vernichtet werden. Zu den Injektionen wurden m. Wissens Phenol, Evipan und Blausäure verwendet.
- 5.) Sie hatten die sogenannten verschleierten Executionen durchzuführen. Es handelte sich dabei um polnische Häftlinge, deren Execution vom RSHA bzw. vom BdS des General Gouvernements angeordnet war. Da die Execution aus politischen bzw. Sicherheitspolizeilichen Gründen nicht bekannt werden durfte,

sollte als Todesursache eine am Lager übliche angegeben werden.

Die so zum Tod verurteilten gesunden Häftlinge wurden von der Politischen Abteilung in den Arrest-BI. 11 gebracht und dort von einem SS-Arzt durch Injektion liquidiert. Kranke wurden im Krankenbau ebenfalls durch Injektion unauffällig getötet. Der betr. Arzt hatte dann auf der Todesbescheinigung eine rasch zum Tode führende Krankheit anzugeben.

- 6.) Die SS-Ärzte hatten bei den Executionen der von den Standgerichten zum Tode Verurteilten zugegen zu sein und den Tod festzustellen. Ebenso bei den Executionen, die vom RF-SS oder vom RSHA oder vom BdS d. G. G. befohlen waren.
- 7.) Sie hatten bei Anträgen auf körperliche Züchtigung die zu bestrafenden Häftlinge auf Hinderungsgründe zu untersuchen und beim Vollzug dieser Strafe anwesend zu sein.
- 8.) Sie hatten an fremdvölkischen Frauen – bis zum fünften Schwangerschaftsmonat – Schwangerschaftsunterbrechungen vorzunehmen.
- 9.) Versuche haben ausgeübt:
 - a) Dr. Wirths: Krebsforschung.
Untersuchungen und operative Eingriffe an krebverdächtigen oder krebkranken Jüdinnen.
 - b) Dr. Mengele: Zwillingsforschung.
Untersuchungen an ein-eiigen jüdischen Zwillingen.
 - c) Prof. Clauberg: Sterilisationsforschung.
Injektionen, um durch Verklebung der Eileiter die Fortpflanzung zu unterbinden, an jüdischen Frauen.
 - d) Dr. Schumann: Sterilisationsversuche.
Durch Röntgenstrahlen die Fortpflanzungsorgane zu zerstören an jüdischen Frauen.

1/47 Höss.

*Aus den Aufzeichnungen des ehemaligen Lagerkommandanten von Auschwitz, Rudolf Höss.
In: Hefte von Auschwitz. Hrsg. vom Państwowe Muzeum w Oswięcimiu, Heft 2/1959
(im Folgenden abgekürzt:
Hefte von Auschwitz), S. 81-84.*

./ y t y//^ A^^ ^

Λt «i'.A^Ay*

r'; w/< y-y ,»Z./>zÆrtr. ^^^^

x - ,

■ <- /A. ^

Λ

-z.'V .z - ^A^E' Z. *

/^/fif^ #>

/ .^/ ^Z A/ ^Z - ^ ^^^ y r ^

. ^X. ^ -

z

^ ^HMt^

^t/f ^

■ ■ ^ ^ ^ ^ ^

* r

xea^yyy ., - ^y ^ ^-

<i4WÄ»

A^A ^ ^A ^y Ay^^^ ^

sC ^'^(^; ■ ^ Ä^* ^ ■
^ .^ Xz, //-' ■ ■ ■ / ^- ^^^'^

'M/ /A iüAi» ■ ^4 AAA ^/ ^A^

/AA,
^^ ^

^ z «
^ ■ ' «^ ■ « ■ yy^^* ' ^

^^*

y y- >w -^f^i

Z, ' Ar yA^f^... ^

^ ^ d A A ^ A ^

«A
■3

Die erste Seite des Originalberichts
„Die nichtärztliche Tätigkeit der SS-Ärzte im K.L. Auschwitz*“



Zehntausende wurden durch Injektionen getötet

Experimente an lebenden Menschen

Sigmund Rascher bat Himmler am 15. Mai 1941, Experimente an Menschen anstellen zu dürfen

Hochverehrter Reichsführer!

Für Ihre herzlichen Glückwünsche und Blumen zur Geburt meines zweiten Sohnes danke ich Ihnen ergebenst! Es ist auch diesmal wieder ein kräftiger Junge, obwohl er 3 Wochen zu früh kam. Ein Bildchen von beiden Kindern darf ich Ihnen gelegentlich zusenden.

Da ich sehr bald noch ein drittes Kind möchte, bin ich Ihnen sehr dankbar, dass die Heirat durch Ihre Hilfe, hochverehrter Reichsführer, ermöglicht ist. SS-Standartenführer Sollmann teilte mir heute fernmündlich mit, dass die fraglichen bei einer Heirat fehlenden 165,- von Konto «R» übernommen werden und vom «Ahnenerbe» mit überwiesen werden. Ich danke Ihnen von Herzen! Für die Luftwaffe, der der Pas bereits vorgelegen hat, benötige ich nur noch eine kurze Bestätigung wegen arischer Abstammung, deren ungefähren Text ich vor meiner morgigen Abreise noch Nini D. diktieren, sie wird den Zettel dann an Sie, hochverehrter Reichsführer, senden.

Auch danke ich Ihnen sehr herzlich für die grosszügige regelmässige Überweisung, die gerade jetzt für Mutter und Kind von Wichtigkeit ist. Zur Zeit bin ich nach München zum Luftgaukommando VII kommandiert für einen ärztlichen Auswahlkurs. Während dieses Kurses, bei dem die Höhenflugforschung eine sehr grosse Rolle spielt – bedingt durch die etwas grössere Gipfelhöhe der englischen Jagdflugzeuge –, wurde mit grossem Bedauern erwähnt, dass leider noch keinerlei Versuche mit Menschenmaterial bei uns angestellt werden konnten, da die Versuche sehr gefährlich sind und sich freiwillig keiner dazu hergibt ... Daher stelle ich die ernste Frage: ob zwei oder drei Berufsverbrecher für diese Experimente zur Verfügung gestellt werden können? Die Versuche werden angestellt in der «Bodenständigen Prüfstelle für die Höhenforschung der Luftwaffe» in München. Die Versuche, bei denen selbstverständlich die Versuchspersonen sterben können, würden unter meiner Mitarbeit vor sich gehen. Sie sind absolut wichtig für die Höhenflugforschung und lassen sich nicht, wie bisher versucht, an Affen durchführen, da der Affe vollständig andere Versuchs Verhältnisse bietet. Ich habe mit dem Vertreter des Luftflottenarztes, der diese Versuche durchführt, absolut vertraulich in diesbezüglichen

cher Richtung gesprochen, und dieser ist ebenfalls der Meinung, dass die in Frage kommenden Probleme nur auf dem Wege des Menschen Versuches geklärt werden können. (Es können als Versuchsmaterial auch Schwachsinnige Verwendung finden.)

Medizin ohne Menschlichkeit, S. 20/21.



*Experiment in der
Unterdruckkammer*

Übergang zur
schlafenden Lähmung



Bereits am 22. Mai 1941 genehmigte Himmler die Experimente
an Menschen

Sehr geehrter Herr Dr. Rascher!

Kurz vor seinem Abflug nach Oslo hat mir der Reichsführer-SS Ihren Brief vom 15. 5. 1941 zur teilweisen Beantwortung übergeben.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass Häftlinge für die Höhenflugforschung selbstverständlich gern zur Verfügung gestellt werden. Ich habe dem Chef der Sicherheitspolizei von diesem Einverständnis des Reichsführers-SS Kenntnis gegeben und gebeten, den zuständigen Sachbearbeiter anzuweisen, mit Ihnen Verbindung aufzunehmen.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um Ihnen auch noch zu der Geburt Ihres Sohnes meine herzlichen Wünsche zu übermitteln.

gez. Dr. Rudolf Brandt

Medizin ohne Menschlichkeit, S. 21.

Dankschreiben Prof. Hippkes für die Versuche an Menschen im KZ Dachau

10. Oktober 1942

Sehr verehrter Herr Reichstührer-SS!

Ich bedanke mich gehorsamst namens der deutschen Luftfahrtmedizinischen Forschung für die grosse Hilfe und alles Interesse an den Dachauer Versuchen; diese Versuche stellen für uns eine sehr wertvolle und wichtige Ergänzung dar.

Die Tatsache, dass derartig hoher Sauerstoffmangel überhaupt einige Zeit lebend ertragen wird, ist sehr ermutigend für weitere Forschungen.

Schlussfolgerung für die Praxis des Fallschirmabsprunges lässt sich allerdings vorläufig noch nicht ziehen, da ein sehr wesentlicher Faktor nicht mit berücksichtigt ist, nämlich die Kälte; sie stellt eine ausserordentliche Mehrbelastung für den Gesamtkörper und seine Lebensvorgänge dar, so dass die Ergebnisse in der Praxis wahrscheinlich erheblich ungünstiger sein werden als in den vorliegenden Versuchen. Die jetzt erforderlichen Ergänzungsarbeiten sind inzwischen in Angriff genommen worden, z.T. werden sie erst zu beenden sein nach Fertigstellung des neuen Luftfahrtmedizinischen Forschungsinstituts des Reichsluftfahrtministeriums in Tempelhof, dessen Unterdruckkammer über alle Kälteeinrichtungen und auch über eine Nennhöhe von 30 km verfügen wird.

Unterkühlungsversuche in anderen Richtungen sind z.Z. noch in Dachau im Gange.

Sobald die Arbeiten auch weiter Ihre gütige Unterstützung benötigen, bitte ich, mich durch Stabsarzt Dr. Rascher erneut an Sie wenden zu dürfen.

Mit Heil Hitler!

gez.: Prof. Dr. Hippke⁴⁷

Das Dritte Reich und die Juden, S. 401.

**«Leute, die heute noch diese Menschenversuche ablehnen,...
sehe ich auch als Hoch- und Landesverräter an»**

Reichsführer-SS
Nr. 1397/42

Feldkommandostelle, 24. Oktober 1942
Dr. Sigmund Rascher
München
Trogerstr. 56

Geheime Reichssache
3 Ausfertigungen
2. Ausfertigung

Lieber Rascher!

Ich bestätige den Empfang Ihrer Briefe vom 9.10. und Ihrer beiden Schreiben vom 16.10.1942.

Ihren Bericht über Abkühlungsversuche am Menschen habe ich mit grossem Interesse gelesen. SS-Obersturmbannführer Sievers soll Ihnen die Möglichkeit bei Instituten, die uns nahestehen, die Auswertung zu ermöglichen, verschaffen.

Leute, die heute noch diese Menschenversuche ablehnen, lieber dafür aber tapfere deutsche Soldaten an den Folgen dieser Unterkühlung sterben lassen, sehe ich auch als Hoch- und Landesverräter an, und ich werde mich nicht scheuen, die Namen dieser Herren an den in Frage kommenden Stellen zu nennen. Ich ermächtige Sie, von dieser meiner Ansicht die betreffenden Stellen zu verständigen.

Zu einem mündlichen Vortrag werde ich Sie im November bitten, da ich vorher leider, trotz des grossen Interesses, nicht dazu komme.

SS-Obergruppenführer Wolff wird mit Generalfeldmarschall Milch noch einmal Fühlung aufnehmen. Sie sind ermächtigt, von den Nichtärzten nur Generalfeldmarschall Milch und selbstverständlich dem Reichsmarschall, falls dieser dazu Zeit hat, Bericht zu erstatten.

Für die Erwärmung für in Seenot Befindliche, die in Booten oder auf kleinen Schiffen aufgenommen werden, bei denen keine Möglichkeit besteht, die unterkühlten Menschen in ein heisses Bad zu tun, halte ich Decken, in denen in das Futter Wärmepakete oder etwas Ähnliches eingenäht ist, für am besten. Ich nehme an, dass Sie die Wärmepakete, die wir auch in der SS haben und die die Russen sehr viel verwandten, kennen. Sie bestehen aus einer Masse, die nach einem Zusatz von Wasser 70 bis 80^o Wärme entwickelt und diese stundenlang anhält.

Sehr neugierig bin ich auf die Versuche mit animalischer Wärme. Persönlich nehme ich an, dass diese Versuche vielleicht den besten und nachhaltigsten Erfolg bringen werden. Es kann natürlich sein, dass ich mich täusche.
Halten Sie mich weiter über die Forschungen auf dem laufenden. Im November werden wir uns ja sehen.

Heil Hitler!

Ihr
gez. H. Himmler

2.) SS-Obergruppenführer Wolff
duschschriftlich mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt. Den Bericht füge ich mit der Bitte um Kenntnisnahme und Rückgabe bei, da der Reichsführer-SS in München die Unterlagen wieder vorgelegt bekommen will.

I. A.

Brandt
SS-Obersturmbannführer

Das Dritte Reich und die Juden, S. 394/395.



Unterkühlungsversuch – Prof. Holzlöhner, SS-Hauptsturmführer Dr. Rascher

**«Auschwitz ist für einen derartigen Reihenversuch in jeder Beziehung
besser geeignet als Dachau»**

Dr. med. S. Rascher
SS-Hauptsturmführer

München, den 17. Februar 1943

An den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei Herrn Heinrich Himmler
Berlin SW 11
Prinz-Albrecht-Str. 8

Hochverehrter Reichsführer!

In der Anlage überreiche ich, in kurze Form gebracht, eine Zusammenstellung der Resultate, welche bei den Erwärmungsversuchen an ausgekühlten Menschen durch animalische Wärme gewonnen wurden.

Zur Zeit arbeite ich daran, durch Menschenversuche nachzuweisen, dass Menschen, welche durch trockene Kälte ausgekühlt wurden, ebenso schnell wieder erwärmt werden können als solche, welche durch Verweilen im kalten Wasser auskühlten. Der Reichsarzt SS, SS-Gruppenführer Dr. Grawitz, bezweifelte diese Möglichkeit allerdings stärkstens und meinte, dass ich dies erst durch 100 Versuche beweisen müsse. Bis jetzt habe ich etwa 30 Menschen unbedeckt im Freien innerhalb 9-14 Stunden auf 27-29 Grad abgekühlt. Nach einer Zeit, welche einem Transport von einer Stunde entsprach, habe ich die Versuchspersonen in ein heisses Vollbad gelegt. Bis jetzt war in jedem Fall, trotz teilweise weisgefrorener Hände und Füße, der Patient innerhalb längstens einer Stunde wieder völlig aufgewärmt. Bei einigen Versuchspersonen trat am Tage nach dem Versuch eine geringe Mattigkeit mit leichtem Temperaturanstieg auf. Tödlichen Ausgang dieser ausserordentlich schnellen Erwärmung konnte ich noch nicht beobachten. Die von Ihnen, hochverehrter Reichsführer, befohlene Aufwärmung durch Sauna konnte ich noch nicht durchführen, da im Dezember und Januar für Versuche im Freien zu warmes Wetter war und jetzt Lagersperre wegen Typhus ist, und ich daher die Versuchspersonen nicht in die SS-Sauna bringen darf. (Ich habe mich mehrmals impfen lassen und führe die Versuche im Lager, trotz Typhus im Lager, selber weiter durch.) Am einfachsten wäre es, wenn ich, bald zur Waffen-SS überstellt, mit Neff nach Auschwitz fahren würde und dort die Frage der Wiedererwärmung an Land Erfrorener schnell in einem grossen Reihenversuch klären würde. Auschwitz ist

für einen derartigen Reihenversuch in jeder Beziehung besser geeignet als Dachau, da es dort kälter ist und durch die Größe des Geländes im Lager selbst weniger Aufsehen erregt wird (die Versuchspersonen brüllen, wenn sie sehr frieren).

Wenn es, hochverehrter Reichsführer, in Ihrem Sinne ist, diese für das Landheer wichtigen Versuche in Auschwitz (oder Lublin oder sonst einem Lager im Osten) beschleunigt durchzuführen, so bitte ich gehorsamst, mir bald einen entsprechenden Befehl zu geben, damit die letzte Winterkälte noch genützt werden kann.

Mit gehorsamsten Grüßen bin ich in aufrichtiger Dankbarkeit

mit Heil Hitler

Ihr, Ihnen stets ergebener

S. Rascher

Geheim

A. Aufgabenstellung.

Es ist zu untersuchen, ob die Erwärmung unterkühlter Menschen durch animalische Wärme, d.h. durch tierische oder menschliche Wärme ebensogut oder besser ist, als die Erwärmung durch physikalische oder medikamentöse Massnahmen.

B. Versuchspersonen.

Die Versuchspersonen wurden in der üblichen Weise – bekleidet oder unbekleidet – in kaltem Wasser verschiedener Temperatur (zwischen 4 und 9 Grad) abgekühlt. Die Messung der Temperatur der Versuchspersonen wurde in jedem Fall thermoelektrisch rektal vorgenommen. Die Abkühlung auf niedrigere Werte erfolgte in der üblichen Zeit, schwankend nach dem allgemeinen Körperzustand der Versuchspersonen und der Temperatur des Wassers. Die Herausnahme aus dem Wasser geschah bei 30 Grad Rektal-Temperatur. Bei dieser Temperatur waren die Versuchspersonen stets bewusstlos. In 8 Fällen kamen die Versuchspersonen zwischen 2 nackte Frauen in ein breites Bett zu liegen. Die Frauen hatten sich möglichst nahe an den abgekühlten Menschen anzuschmiegen. Dann wurden die drei Personen mit Decken zugedeckt. Eine Beschleunigung der Erwärmung durch Lichtbogen oder durch medikamentöse Massnahmen wurde nicht versucht.

C. Ergebnisse.

1. Bei der Temperaturmessung der Versuchspersonen fiel in jedem Falle auf, dass ein Temperaturnachsturz bis zu 3 Grad eintrat (siehe Kurve I), d.h. ein stärkeres

Nachfallen als bei jeder anderen Erwärmungsart. Es konnte beobachtet werden, dass das Bewusstsein zu einem früheren Zeitpunkt, d.h. schon bei einer niedrigeren Temperatur wieder eintrat als bei anderen Erwärmungsarten. Waren die Versuchspersonen erst einmal bei Bewusstsein, so verloren sie dieses nicht mehr, sondern erfassten sehr schnell ihre Situation und schmiegteng sich eng an die nackten Frauenkörper an.

Der Körpertemperaturanstieg erfolgte dann ungefähr in derselben Geschwindigkeit, wie bei Versuchspersonen, welche durch Einhüllung in Decken erwärmt wurden (siehe Kurve 2). Eine Ausnahme machten vier Versuchspersonen, welche zwischen 30 und 32 Grad den Beischlaf ausübten. Bei diesen Versuchspersonen trat nach dem Koitus ein sehr schneller Temperaturanstieg ein, welcher verglichen werden kann mit der Erwärmung in heissem Bad (siehe Kurve 2 und 3).

2. Ein weiterer Versuch betrifft die Erwärmung unterkühlter Menschen mit einer Frau. Hier zeigt sich in jedem Fall eine wesentlich schnellere Erwärmung, als diese durch zwei Frauen möglich war. Ich führe dies darauf zurück, dass bei Erwärmung durch eine Frau die persönlichen Hemmungen wegfallen und sich die Frau viel inniger an den Ausgekühlten anschmiegt (siehe Kurve 4). Die Wiederkehr des vollen Bewusstseins trat auch hier auffällig schnell ein, lediglich bei einer Versuchsperson kehrte kein Bewusstsein wieder, es war nur eine geringe Erwärmung zu verzeichnen. Unter den Erscheinungen einer Gehirnblutung, wie durch spätere Sektion bestätigt wurde, kam die Versuchsperson ad exitum.

D. Zusammenfassung.

Bei den Wiedererwärmungsversuchen stark abgekühlter Versuchspersonen zeigte es sich, dass die Erwärmung mit animalischer Wärme sehr langsam vor sich geht. Lediglich solche Versuchspersonen, deren körperlicher Zustand den Koitus erlaubte, erwärmten sich auffallend schnell und zeigten ebenso auffallend schnell eine Wiederkehr des völligen körperlichen Wohlbefindens. Da bei zu langem Verbleiben des Körpers in niedrigen Temperaturen die Gefahr einer zentralen Schädigung vorhanden ist, muss zur Wiedererwärmung jene Methode gewählt werden, welche die schnellste Überwindung der gefährlichen tiefen Temperaturen verbürgt. Diese Methode ist erfahrungsgemäß die massive Wärmezufuhr durch ein heisses Vollbad.

Die Wiedererwärmung stark abgekühlter Menschen durch menschliche oder tierische Wärme kann somit nur in solchen Fällen empfohlen werden, bei denen andere Erwärmungsmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen oder bei welchen es sich um zarte Individuen handelt, welche eine massive Wärmezufuhr vielleicht nicht gut vertragen.

Als Beispiel denke ich an abgekühlte Kleinkinder, welche am besten am Mutterleib, unter Zuhilfenahme von Wärmflaschen erwärmt werden.

Dachau, den 12. Februar 1943.

Dr. S. Rascher
Hauptsturmführer

*Das Dritte Reich und die Juden, S. 395/396;
Medizin ohne Menschlichkeit, S. 63-65.*

Aus der Aussage des Zeugen Neff über die Unterkühlungsversuche in Dachau

F.: Nun, Sie haben erklärt, dass Sie die Unterkühlungsversuche in zwei Abteilungen teilen können; in die Periode, als Prof. Holzlöhner und Dr. Finke gemeinsam mit Rascher arbeiteten, und in die Periode nach Ausscheiden Prof. Holzlöhners und Dr. Finkes?

A.: Ja.

F.: Nun, wollen Sie nunmehr dem Hohen Gericht erklären, wieviele Versuchs-Personen ungefähr während des gesamten Zeitraumes verwendet wurden? Ich meine, bei beiden Gruppen, von denen Sie gesprochen haben, zusammen.

A.: Zu den Unterkühlungsversuchen wurden 280-300 Versuchs-Personen verwendet. Experimente wurden allerdings 360-400 gemacht, da ja verschiedene Versuchs-Personen mehr als einen Versuch, manchmal sogar 3 Versuche, zu machen hatten.

F.: Nun, wieviele Todesfälle ungefähr ereigneten sich bei den 280 oder 300 Häftlingen insgesamt?

A.: Es starben in den Unterkühlungs-Experimenten 80 - 90 Versuchspersonen.

F.: Nun, erinnern Sie sich, wieviele Versuchspersonen während der Periode Prof. Holzlöhner-Finke-Rascher verwendet wurden?

A.: In dieser Zeitperiode wurden ungefähr 50-60 Personen zu Versuchszwecken benützt.

F.: Starben irgendwelche dieser Versuchspersonen?

A.: Ja, in dieser Zeitperiode waren es 15, es können auch 18 Todesfälle gewesen sein.

F.: Zu welchem Zeitpunkt wurde diese Versuchsreihe beendet?

A.: Im Monat Oktober, ich glaube Ende Oktober, schied Prof. Holzlöhner und Dr. Finke aus den Versuchen aus, mit der Begründung, dass sie ihren Zweck erfüll-

ten und dass es nutzlos wäre, noch weitere Experimente dieser Art durchzuführen.
F.: Und Rascher setzte Versuche aus eigenem Antrieb fort?

A.: Ja. Dann führte Rascher die Experimente fort, mit der Begründung, dass er sie wissenschaftlich unterbauen müsse und eine Dozentenarbeit vorbereitete...

Medizin ohne Menschlichkeit, S. 61.

**«... da die Zufuhr konzentrierter Salzlösungen
schwere Vergiftungserscheinungen hervorrufen kann»**

Hochverehrter Herr Reichsminister!

Sie gaben bereits früher der Luftwaffe die Möglichkeit, dringende ärztliche Fragen im Versuch an Menschen zu klären.

Ich stehe heute wieder vor einer Entscheidung, die nach zahlreichen Tier- und auch Menschen versuchen an freiwilligen Versuchspersonen eine endgültige Lösung verlangt.

Die Luftwaffe hat gleichzeitig zwei Verfahren zum Trinkbar machen von Meerwasser entwickelt. Das eine, von einem Sanitätsoffizier entwickelte Verfahren entsalzt das Meerwasser und macht es zu einem wirklichen Trinkwasser, das zweite, von einem Ingenieur angegebene Verfahren lässt den Salzgehalt unverändert, es nimmt dem See wasser nur den unangenehmen Geschmack. Das letzte Verfahren benötigt im Gegensatz zum ersten keine Engpasrohstoffe. Ärztlicherseits muss dieses Verfahren nach unseren heutigen Kenntnissen als bedenklich angesehen werden, da die Zufuhr konzentrierter Salzlösungen schwere Vergiftungserscheinungen hervorrufen kann. Da die Versuche an Menschen bisher nur bis zu einer Dauer von vier Tagen durchgeführt werden konnten, die praktischen Forderungen aber eine Versorgung in Seenot Geratener bis zu 12 Tagen verlangen, sind entsprechende Versuche erforderlich. Benötigt werden 40 gesunde Versuchspersonen, die für vier Wochen voll zur Verfügung stehen müssten. Da von früheren Versuchen bekannt ist, dass im KZ Dachau die notwendigen Laboratorien sind, wäre dieses Lager sehr geeignet.

Die Leitung der Versuche soll Stabsarzt Dozent Dr. Beiglböck⁴⁸ übernehmen, Friedensstellung Oberarzt der Medizinischen Universitätsklinik Wien (Professor

Dr. Eppinger). Die anderen an den Untersuchungen beteiligten Ärzte werde ich nach Eingang der grundsätzlichen Genehmigung namhaft haben.

Bei der ausserordentlichen Bedeutung, die eine Klärung dieser Frage für in Seenot geratene Soldaten der Luftwaffe und Kriegsmarine hat, wäre ich Ihnen, hochverehrter Reichsminister, zu grossem Dank verpflichtet, wenn Sie sich entschliessen könnten, meiner Bitte zu entsprechen.

Heil Hitler!
Schröder

*Schreiben des Generaloberstabsarztes und Chefs des Sanitätswesens der Luftwaffe,
Prof. Dr. Schröder.
In: Medizin ohne Menschlichkeit, S. 78.*

Die Versuchspersonen durften tagelang nur Meerwasser trinken

Die Versuche wurden folgendermassen durchgeführt: In den ersten drei Tagen bekamen die Versuchspersonen Seenotverpflegung, bestehend aus 1 Platte Schoka-Kola, etwas Dextropur, einige Stücke Zwieback (etwa 10-12 kleine Stücke). Vom ersten Tage bis zum letzten wurde den Teilnehmern ausserdem 4-5 mal täglich Salzwasser verabreicht zu Mengen von $\frac{1}{2}$ Liter insgesamt. Die 44 Personen wurden in 5 oder 6 Gruppen unterteilt. Zwei Gruppen erhielten reines Meerwasser, zwei andere Gruppen reines Meerwasser mit zusätzlichem Salzpräparat, die übrige Gruppe erhielt destilliertes Meerwasser ohne Zusatz. Von Beginn an wurden den Teilnehmern täglich Blutproben abgenommen. Bei einzelnen Patienten wirkten sich die Schwächezustände und insbesondere das Durstgefühl derart krass aus, dass sie bereits nach einigen Tagen das Bett nicht mehr verlassen konnten, bei einem einzelnen kann ich mich erinnern, dass er in Schreikrämpfe ausbrach. Es kam des Öfteren vor, dass diese Patienten aus den Schmutzwassereimern des Pflegepersonals tranken, sowie aus den am Gang aufgestellten Luftschutzeimern in unbewachten Augenblicken Wasser entnahmen. Ebenso während des Bodenaufwaschens saugten einige Patienten das am Boden ausgeschüttete Wasser auf. Ich musste die Versuchsteilnehmer auch täglich abwiegen und stellte dabei fest, dass der tägliche Körpergewichtsverlust bis zu einem Kilo betrug. Als eines Tages von Dr. Beiglböck festge-

einige Patienten andere Flüssigkeiten zu sich genommen hatten, wurde der diensthabende Pfleger (ebenfalls ein Häftling) vom Revier versetzt.

*Aussage des als Pfleger auf der Versuchsstation
im KZ Dachau beschäftigten Wiener
Studenten Fritz Pillwein.
In: Medizin ohne Menschlichkeit, S. 87/88.*

Anfrage über Versuche zur Bestimmung der Säurewerte von Magensaft

Fern- Post- Zettel	Spruch Nr.	von		
		an		
Zusatz:				
Bestimmungs- Ort	in Auftrag gegeben	Ort	Zeit Punkt	Stunde Minuten
	System			
	Da			

+SSAS NR.218 17.5.43 1445 =====

AN DEN STANDORTARZT DER WAFFEN-SS WEIMAR ,
WEIMAR-BUCHENWALD =====

ERBITTE FERNSCHRIFTLICHE MITTEILUNG ,
OB IM KL. BESTIMMUNGEN DER SAEUREWERTE VON MAGENSAFT
VORGENOMMEN WERDEN KOENNEN . ES HANDELT SICH UM EINE
EINMALIGE BESTIMMUNG VON ETWA 50 PERSONEN . =====
SS-FUEHRUNGSHAUPTAMT AMTSGR . D AMT ROEM 16
GEZ. I. A. DR. DING
SS-STURMBANNFUEHRER ++++

Beizung infizierter Wunden mit konzentrierter Karbolsäure

A b s c h r i f t.

DIII/

29. März 1944

Az.: 87/3.44 16/vv.

Betr.: Versuche des H-Obersturmbannführers Dr. Schmick
Bez.: Dort. Schreiben v. 7.3.44, Az.: 7/XVI / 44
anl.: Vorgang

An den
Reichsarzt -H und Polizei,
Leiter des Persönlichen Büros

B e r l i n W 15
Kneesebeckstr. 51

Der Leiter des San.-Wesens im H- WV.-Hauptamt hat am 29.3.44 dem
Hauptamtchef über die von H-Obersturmbannführer Dr. Schmick vorge-
schlagenen Versuche (Beizung mit konzentrierter Carbolsäure bei in-
fizierten Wunden) vorgetragen. Der Hauptamtchef erklärt sich mit der
Durchführung dieser Versuche einverstanden, vorausgesetzt, dass keiner-
lei Arbeitsausfälle durch dieselben entstehen. H-Obersturmbannführer
Schmick kann sich in dieser Angelegenheit direkt mit H-Standarten-
führer Pister, Lagerkommandant K.L. Buchenwald, in Verbindung setzen.

Der Leiter des Sanitätswesens im
im H-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt
und Chef des Amtes D III

Dr. Lolling

H-Standartenführer.

Abdruck für: Lagerkommandant K.L. Buchenwald
H-Obersturmbannführer Dr. Schmick, Jena, Chir, Klinik
der Universität.

F.d.R.d.A.

H-Hauptsturmführer.

Versuchsreihen im KZ Buchenwald

Der Standortarzt der Waffen-
Weimar

Weimar-Buchenwald, den 8. Januar 1944

S/As. 1 14 h (KL) - T. 44-111/111

Betreff: Versuchsreihen

Blutkonservenkontrollen an 12 Häftlingen, Gasbrand-Hochimmunisationsversuch an 15 Häftlingen, Verbrennungsversuche mit Phosphor-Kautschuk-Braadbomben-Masse an 7 Häftlingen

Kollegen: -.-

87/10.43
Lg./Wj.

An den
Chef des Amtes D III
O r a n i e n b u r g

Zur Zeit werden im K.L. Buchenwald folgende Versuchsreihen laufend vorgenommen:

Blutkonservenkontrollen an 12 Häftlingen,

Gasbrand-Hochimmunisationsversuch an 15 Häftlingen,

Verbrennungsversuche mit Phosphor-Kautschuk-Braadbomben-

Masse an 7 Häftlingen

Fleckfieber-Passagen an 10 - 14 Häftlingen.

Die Versuche finden alle in der Fleckfieber-Versuchs-Station Block 46 statt. Laufende Berichte darüber gehen dem Hygiene-Institut zu.

Der Standortarzt der Waffen-
Weimar

H. H. H.
Hauptsturmführer d.R.

„Gegen Ende des Jahres 1941 wurde im Konzentrationslager
Buchenwald eine Versuchsanstalt... errichtet“

Eidesstattliche Erklärung

Ich, Waldemar Hoven, schwöre, sage aus und erkläre:

1. Ich bin am 10. Februar 1903 in Freiburg im Breisgau geboren. Ich besuchte die höhere Schule, aber ich beendete meine Ausbildung erst viele Jahre später. In den Jahren zwischen 1919 und 1933 besuchte ich Daenemark, Schweden, die Vereinigten Staaten und Frankreich. 1933 kehrte ich nach Freiburg zurück, schloss meine höhere Schulbildung ab und studierte dann an den Universitäten Freiburg und München. 1939 beendete ich mein medizinisches Studium und trat als Arzt der Waffen-SS bei. Mein letzter Dienstgrad in der Waffen-SS war Hauptsturmführer. Der Allgemeinen SS trat ich im Jahre 1934 bei.

2. Im Oktober 1939 wurde ich zum Hilfssanitätsoffizier des SS-Lazarets im Konzentrationslager Buchenwald ernannt und verblieb in dieser Stellung bis 1941, wo ich zum Sanitätsoffizier fuer die SS-Einheiten des Lagers ernannt wurde. Ende 1941 wurde ich zum Lagerlazarett versetzt und wurde dort Hilfs-sanitätsoffizier. Dieses Lazarett war fuer die Haeflinge des Konzentrationslagers Buchenwald da. Im Juli 1942 wurde ich zum Chefarzt befoerdert und hatte damit die volle Verantwortung fuer die Haeflinge, die als Patienten in dem Lazarett lagen. Diese Stellung fuellte ich bis zu meiner Verhaftung durch den SS-Polizeigerichtshof in Kassel im September 1943 aus, und ich blieb bis zum 15. Maerz 1945 in Haft.
3. Auf Grund der verschiedenen Dienststellungen, die ich waehrend dieser Zeit-spanne von nahezu vier Jahren im Konzentrationslager Buchenwald innehatte, wurde ich mit allen Phasen der dortigen medizinischen Taetigkeit vertraut und kann daher die folgende Erklaerung abgeben:

Fleckfieber- und Virus-Versuche.

4. Gegen Ende des Jahres 1941 wurde im Konzentrationslager Buchenwald eine Versuchsanstalt zur Feststellung der Wirksamkeit verschiedener Fleckfieber-Impfstoffe errichtet.
Diese wurde als «Fleckfieber-Versuchsstation – Abt. fuer Fleckfieber und Virusforschung» bezeichnet, und stand unter direkter Leitung von Dr. Ding, alias Schuler.
Diese Versuchsstation wurde im Block 46 des Lagers eingerichtet. Das Hygiene-Institut der Waffen-SS in Berlin unter Leitung von Dr. Joachim Mrugowsky erhielt alle Berichte ueber diese Taetigkeit und Dr. Ding empfangt seine Anweisungen von Mrugowsky. Am Anfang, d.h. in der Zeit von 1941 bis Sommer 1943, hatte Dr. Ding viele Besprechungen in Berlin mit Dr. Karl Genzken ueber seine Arbeit in Buchenwald im Zusammenhang mit den Fleckfieber-Versuchen.
7. Die Versuche im Block 46 des Konzentrationslagers Buchenwald wurden folgendermassen durchgefuehrt: Eine Gruppe von Opfern wurde erst mit Fleckfieberimpfstoff geimpft und dann mit dem Fleckfiebervirus infiziert.
Um die Wirksamkeit des Impfstoffes deutlich hervorzuheben, wurde eine andere Gruppe von Haeflingen ohne vorherige Impfung nur mit dem Fleckfiebererreger infiziert. In der Zeit zwischen Herbst 1942 und Sommer 1943 wurden etwa 500 Haeflinge des Konzentrationslagers Buchenwald fuer diese Versuche

verwendet. Waehrend meiner Zeit sind ungefaehr 10% der dazu benutzten Haeflinge an den Folgen gestorben. Ich habe gehoert, dass nach meiner Zeit eine grossere Anzahl von Opfern gestorben sei, etwa 20%.

8. Die Auswahl der Haeflinge, die vom Institut fuer Fleckfieber- und Virusforschung fuer medizinische Versuche im Block 46 verwendet werden sollten, ging folgendermassen vor sich. Jedesmal, wenn Dr. Ding fuer seine Arbeiten Menschen brauchte, wurde eine Anforderung an das Buero des Lagerkommandanten gerichtet und an mich zur Durchfuehrung weitergeleitet. Gewoehnlich benachrichtigte mich ein Mann, namens Schober, ein SS-Hauptsturmfuehrer, dass ich die erforderliche Anzahl von Haeflingen fuer diese Zwecke auswaehlen moechte. Ich waelte entsprechend der Anforderung aufs Gratewohl verschiedene Haeflinge nach der Namensliste des Lagers aus. Sie wurden auf eine von mir unterzeichnete Liste gesetzt und an Schober zurueckgegeben, der oft bestimmte Namen aus politischen Gruenden von der Liste entfernte. Falls bestimmte Gefangene von der Liste abgesetzt wurden, hatte ich die Aufgabe, Ersatzleute auszuwaehlen, um Dr. Ding die verlangte Anzahl von Opfern zur Verfuegung zu stellen. Nachdem ich die Liste vervollstaendigt an Schober zurueckgegeben hatte, wurde sie Dr. Ding zur Genehmigung vorgelegt. Er unterzog sie einer abschliessenden Ueberpruefung, um sich vom medizinischen Standpunkt aus vom koerperlichen Zustand der gewaehlten Haeflinge zu ueberzeugen und um festzustellen, ob sie seinen Anforderungen entsprachen oder nicht.

Komitee, Fonds SS, Dokument NO. NO-429.

Telegramm über Versuchsergebnisse

Handwritten: Handlos

Hygiene-Institut der Waffen-SS
für SS-Stabag Ding über Gesun-
dheitsamt der Waffen-SS Berlin
W 15 Kneesebeckstrasse 43

Sofort vorlegen!

Ergänzung zum gestrigen Ergebnis Doppelpunkt Wasser Nr eins
SS-Revier Doppelpunkt auf Gelatine Latten nur wenige verflüssigende
Kolonien stop Untersuchung auf Typhus negativ stop Wasser Nr zwei
neunte Kompanie Doppelpunkt Untersuchung auf Typhus negativ.
Stuhluntersuchung Doppelpunkt auch der neunte Häftling negativ.
Blutuntersuchung Trefflette und Czmoeh bleibt negativ wird nochmals
auf Latten verimpft stop falls positiv folgt morgen Bericht fern-
schriftlich stop KL Auschwitz fordert erneut Kogon stellen anheir-
Gelegenheit an zuständiger Berliner Stelle wahrzunehmen.

Abteilung für Fleckfieber- und Virusforschung

Handwritten signature: Handlos

Statistik des Mordens

1941/42

Tagebuch
der

Abteilung fuer Fleckfieber- u. Virusforschung
am Hygiene-Institut der Waffen-SS.

29. 12. 41: Besprechung zwischen Heeres-Sanitaetsinspekteur, Gene-
ral Oberstabsarzt Prof. Dr. Handloser, Reichsge-
sundheitsfuehrer Staatssekretaer, SS-Gruppenfuehrer Dr.
Conti, Praesident Prof. Reiter vom Reichsgesundheits-
amt, Praesident Prof. Gildemeister vom Robert-
Koch-Institut (Reichsanstalt zur Bekaempfung der an-
steckenden Krankheiten) und SS-Standartenfuehrer Doz.
Dr. Mrugowsky vom Hygiene-Institut der Waffen-SS,
Berlin.

Es wird festgestellt, dass die Notwendigkeit vorliegt, die Vertraeglichkeit und Wirksamkeit von Fleckfieberimpfstoffen aus Huehner-
eidottersaecken zu pruefen. *Da der Tierversuch keine ausreichende
Wertung zulaesst, muessen die Versuche am Menschen durchgefuehrt
werden.*

2.1.42: *Zur Pruefung der Fleckfieber-ImpfStoffe wird das K. L. Buchenwald
gewaehlt. SS-Hauptsturmfaehrer Dr. Ding wird mit der Durchfueh-
rung beauftragt.*

2.1.43: *Vorversuch A:*

Vorversuch ueber zweckmaessigste Art einer sicheren Methode zur
kuenstlichen Infektion von Menschen. Dottersackaufschwemmung 1:
25 mit einem Rickettsia-Prowazeki-Stamm aus dem Robert-Koch-
Institut wird intramuskulaer und subkutan in Dosis von 1 ccm. an je 5
Versuchspersonen verimpft. Infektion war nicht moeglich.

Dr. Ding
SS-Hauptsturmfaehrer

10.1.42: *Vorversuch B:*

Vorversuch zur Feststellung eines sicheren Infektionsmodus: Es wur-
den 5 Personen mit 2 oberflaechlichen und 2 tieferen Schnitten am
Oberarm nach der Art der Pockeninvaccination mit Eidotterkultur-Vi-
rus (Stamm Rickettsia-Prowazeki, Robert-Koch-Institut) infiziert.
Saemtliche Versuchspersonen erkrankten am echten Fleckfieber. In-
kubationszeiten 2-6 Tage.

20.1. 42: Vorlaeufiger Bericht ueber die Impfreaktionen. Bei laufend angefertig-
ten Blutbildern wird eine starke *neutrophile Linksverschiebung* (Stab-
kernige) festgestellt.

20.2. 42: Krankenblaetter und Kurven ueber die Vorversuche zur Feststellung
eines sicheren Infektionsmodus nach Berlin uebersandt. 1 Todesfall
bei 5 Kranken.

Dr. Ding
SS-Hauptsturmfaehrer

6.1. 42: *Fleckfieber-Impf Stoff-Versuchsreihe I.*

6.1.42: Durchfuehrung von Fleckfieberschutzimpfungen mit folgenden Impf-
stoffen:

1. 31 Personen mit Weigl.-Impfstoff aus Laeusedaermen des Instituts
fuer Fleckfieber- und Virusforschung des OKH Krakau,

2. 35 Personen mit Impfstoff aus Huehnereidotterackkulturen nach dem Verfahren Cox, Gildemeister und Haagen,
 3. 35 Personen mit Impfstoff «Behring normal» (1 Ei aufgeschwemmt auf 450 ccm Impfstoff, Mischung von 70% Rickettsia mosseri und 30% Rickettsia Prowazeki),
 4. 34 Personen mit «Behring normal» «Behring stark» (1 Ei aufgeschwemmt auf 250 ccm),
 5. 10 Personen zur Kontrolle.
3. 3. 42: Die vom 6. 1-1. 2.1942 schutzgeimpften Personen und die 10 Kontrollen wurden im Beisein von Herrn Praesidenten Prof. Gildemeister mit Kultur-Virus der Rickettsia-Prowazeki infiziert, SS-Hauptsturmfuhrer Dr. Ding infizierte sich selbst dabei (Laborzwischenfall).
17. 3. 42: Besuch von Prof. Gildemeister um... Rose (Abteilungsleiter für Tropenmedizin am Robert-Koch-Institut) in der Versuchsstation. Saemtliche Versuchspersonen sind an Fleckfieber erkrankt, bis auf zwei, bei denen nachtraeglich festgestellt werden konnte, dass sie bereits im Polizeigefangnis Berlin, waehrend einer Fleckfieberepidemie erkrankt waren. SS-Hauptsturmfuhrer Dr. D i n g ist an Fleckfieber erkrankt und liegt im Lazarett in Berlin. SS-Hauptsturmfuhrer Hoven, Standortarzt der Waffen-SS, Weimar ueberwacht in der Zwischenzeit die Stationen (Block 44 u. 49).
19. 4. 42: Abschlussbericht über die 1. Fleckfieber-Impfstoffversuchsreihe. Der Steinblock 46 wird fuer die Zwecke der Fleckfiebersversuche zur Veruegung gestellt.
5 Todesfaelle, (3 bei Kontrolle, 1 bei Behring normal, 1 bei Behring stark).

Dr. Ding
SS-Hauptsturmfuhrer

1943

31. 3. 43: *Therapieversuche «Akridin-Granulat» und «Rutenol».*
Zur Durchfuehrung der Therapieversuche «Akridin-Granulat» (A-Gr.) und *Rutenol* (R) werden 40 Personen mit Ei-Rickettsien infiziert.
11. 4. 43: Es kommt bei mehrwoechentlicher Beobachtung wiederum zu keiner Erkrankung.

Mitteilung an SS-Standartenfuehrer Doz. Dr. M r u – g o w s k y und Praesident Prof. G i l d e m e i s t e r. Der vor einem Jahr noch hoch virulente Stamm «Matelska» des Robert-Koch-Institutes scheint nicht mehr menschenpathogen zu sein. Es muss daher eine neue Art der kunstlichen Infektion gefunden werden, die sicher zu einer Fleckfiebererkrankung fuehrt.

gez. Dr. Ding
SS-Sturmpannfuehrer

11.4.43: *Vorversuch C:*

Zur Feststellung eines sicheren Infektionsmodus werden Versuche mit Fleckfieberkranken-Frischblut angestellt. Es wurde wie folgt infiziert:

3 Personen	mit je 2 ccm.	Frischblut	intravenoes
2 Personen	mit je 2 ccm.	Frischblut	intramuskulaer
2 Personen	mit je 2 ccm.	Frischblut	subkutan
2 Personen	nach Skarifikation		
2 Personen	mittels Impflanzette kutan.		

Die *intravenoes* Infizierten erkrankten an typischem schweren Fleckfieber und verstarben infolge Versagens des Kreislaufes. Die uebrigen Versuchspersonen klagten nur ueber geringe Beschwerden, ohne klinisch krank zu werden.

gez. Dr. Ding SS-Sturmpannfuehrer

11.4.44: *Vorversuch D:*

Es wurden infiziert:

6 Personen	mit je 2 ccm.	Frischblut	intravenoes
6 Personen	mit je 2 ccm.	Frischblut	intramuskulaer
6 Personen	mit je 2 ccm.	Frischblut	subkutan
6 Personen	nach Skarifikation		
6 Personen	mittels Impflanzette kutan.		

Die 6 *intravenoes* Infizierten erkrankten wieder an sehr schwerem Fleckfieber; 5 verstarben.

Von den *intramuskulaer* Infizierten erkrankte eine Person an mittelschwerem Fleckfieber. Die uebrigen waren ohne wesentliche klinische Beschwerden.

Der sicherste Infektionsmodus zur Erzeugung von Fleckfieber bei Menschen ist demnach die intravenoese Injektion von 2 ccm. Fleckfieberkranken-Frischblut.

gez. Dr. Ding
SS-Sturmpannfuehrer

13. u.

13.43.43: Kommando von SS-Sturmbannfuehrer Dr. Ding zu der I.G. Farbenindustrie A.G. Hoechst.

Besprechung mit Prof. Lautenschlaeger, Dr. Weber und Dr. Fussgaenger über die Versuchsreihen «Akridin-Granulat und Rutenol» im K.L. Buchenwald.

Besuch bei Herrn Geheimrat Otto und Prof. P r i g e im Institut für experimentelle Therapie in Frankfurt a/Main.

13.43.44: *Therapieversuche Akridin-Granulat (A-Gr. 2) u. Rutenol (R 2)*. Zur Durchfuehrung der Therapieversuche Akridin-Granulat und Rutenol werden 30 Personen (je 15) und 9 zur Kontrolle durch intravenoese Injektion von je 2 ccm. Fleckfieberkranken-Frischblut infiziert. Saemtliche Versuchspersonen erkrankten an sehr schwerem Fleckfieber.

1. 6. 43: Krankenblaetter und Kurven fertiggestellt.

Die Versuchsreihe wird abgeschlossen.

21 Todesfaelle (8 bei Akridin-Granulat)

(8 bei Rutenol)

(5 bei Kontrolle).

gez. Dr. Ding

SS-Sturmbannfuehrer

Fleckfieber-ImpfStoff-Versuchsreihe VII.

28. 5. 43-

18.6.43: Durchfuehrung von Fleckfieberschutzimpfungen mit folgenden Impfstoffen.

1 .) 20 Personen mit Impfstoff «Asid»,

2 .) 20 Personen mit Impfstoff «Asid adsorbat» der Anhaltinischen Serumwerke G.m.b.H., Berlin NW 7,

3 .) 20 Personen mit Impfstoff «Weigl» des Instituts für Fleckfieber- und Virusforschung des OKH, Krakau ‘ (Eyer).

18.6.44: Infektion von

20 Personen der Reihe «Asid»

20 Personen der Reihe «Asid adsorbat»

20 Personen der Reihe «Weigl»

10 Personen zur Kontrolle

durch intravenoese Injektion von je V4 ccm. Fleckfieberkranken-Frischblut, Stamm Bu. II, Passage 1. Saemtliche

- Versuchspersonen erkrankten an sehr schwerem Fleckfieber.
7. 9. 43: Fieberkurven und Krankenblaetter fertiggestellt.
 Die Versuchsreihe wird abgeschlossen.
 53 Todesfaelle (18 bei «Asid»)
 (18 bei «Asid adsorbat»)
 (9 bei «Weigl»)
 (8 bei Kontrolle).
9. 9. 43: Fieberkurven und Krankenblaetter nach Berlin abgegeben.

gez. Dr. Ding
 SS-Sturmbannfuehrer

1944

Fleckfieber-Impfstoff-Versuchsreihe VIII.

8. 3. 44-
 8.44.44: Auf Anregung von Herrn Oberarzt der Luftwaffe Prof. Rose wurde der Impfstoff «Kopenhagen» (psen'schermuriner-Impfstoff), hergestellt aus Maeuseleber vom Staatl. Seruminstitut in Kopenhagen, auf seine Schutzwirkung am Menschen geprueft.
 20 Personen wurden am 8. 3. 44 mit 0,5 ccm
 13. 3. 44 mit 0,5 ccm
 und 18. 3. 44 mit 1,0 ccm
 durch intramuskulaere Injektionen in den musculus glutaeus max. schutzgeimpft.
 Als Kontrolle und zum Vergleich waren 10 Personen vorgesehen.
 Von den 30 Personen schieden 4 v o r Beginn der kuenstl. Infektion wegen interkurrenter Erkrankungen aus.
- 13.44.44: Die uebrigen Versuchspersonen wurden am 16. 4. 1944 durch subkutane Injektion von 720 ccm. Fleckfieberkranken-Frischblut infiziert.
 Spender: W..... Nr. 763, 27 Jahre alt (6. Krkh.Tg.) Stamm Bu.
 VII/Passage 1.
 Es erkrankten
 a) bei den Schutzgeimpften von 17 Personen
 9 mittelschwer
 8 schwer

- b) bei der Kontrolle von 9 Personen
 - 2 mittelschwer
 - 7 schwer
- 6 Todesfaelle (3 «Kopenhagen») (3 Kontrolle).
gez. Dr. Ding
SS-Sturmbannfuehrer

Blutentnahme zur Gewinnung von Fleckfieber-Rekonvaleszenten-Serum (F.F.R.S.)

- 20.5.44: Zur Gewinnung von F.F.R.S. wurden von 15 Fleckfieber-Rekonvaleszenten zwischen dem 14.-21. Tag nach der Entfieberung 6500 ccm. Blut abgenommen und durch Kurier an das SS-Führungshauptamt, Amtsgruppe D, Amt XVI (Blutkonservierung) SS-Hauptsturmführer Dr. Ellenbeck Berlin-Lichterfelde übersandt.
gez. Dr. Ding

6. 9. 44: Die Infektion der 60 Versuchspersonen erfolgte durch subkante Injektion von 7io ccm. Fleckfieberkranken-Frischblut in den rechten Oberarm.
Saemtliche Personen erkrankten, und zwar
- a) bei Weimar 9 leicht
 - 7 leicht bis mittelschwer
 - b) bei Weigl 6 leicht bis mittelschwer
 - 8 mittelschwer
 - 6 schwer
 - c) Kontrolle 1 mittelschwer
 - 19 schwer.

17.10. 44: Die Versuchsreihe wird abgeschlossen.

- 17.11. 11. 44: Kurvenblaetter und Krankengeschichten fertiggestellt.
24 Todesfaelle (5 Weigl)
(19 Kontrolle).

gez. Dr. Schuler*

• Identisch mit Dr. Ding.

Therapieversuch mit Fleckfieber-Impf-Stoff.

- 17.12. 44: Auf Befehl des Obersten Hygienikers der Waffen-SS vom 12. 8.1944. sollte festgestellt werden, ob der Verlauf einer Fleckfieber-Erkrankung durch intravenöse oder intramuskuläre Injektionen von Fleckfieber-Impfstoff gemildert werden kann.
Für die Versuchsreihe wurden 20 Personen vorgesehen, davon 10 zur intravenösen (Reihe A) und 10 zur intramuskulären Injektion (Reihe B), ausserdem 5 Personen zur Kontrolle.
Am 13. 11. 1944 wurden die 25 Versuchspersonen durch subkutane Injektion von je 10 ccm. Fleckfieberkranken-Frischblut infiziert. Sämtliche Personen erkrankten und zwar
- | | |
|-------------------|----------------|
| bei der Reihe A | 10 schwer |
| bei der Reihe B | 1 mittelschwer |
| bei der Kontrolle | 5 schwer. |
- 17.13. 44: Die Versuchsreihe wird abgeschlossen.
17.14. 1. 45: Kurvenblätter und Krankengeschichten fertiggestellt.
19 Todesfälle (9 Reihe A)
(6 Reihe B) (4 Kontrolle).
- gez. Dr. Schuler.

*Aus dem SS-Tagebuch der Abteilung für Fleckfieber- und Virusforschung im KZ Buchenwald.
In: Komitee, Fonds SS, Dokument NO. NO-265.*

**Aussage eines ehemaligen Häftlings über die Beteiligung
der IG Farben an den Versuchen in Buchenwald**

5. Die erste Fleckfieberversuchsreihe in Block 46, die im Februar 1942 begann, bestand aus 150-160 Häftlingen. Professor Gildemeister hat diese Versuchspersonen selbst künstlich infiziert. Hierbei wurden vier verschiedene Impfstoffe ausprobiert, und zwar der Weigl'sche, der von Gildemeister und Behring schwach und stark. Dr. Ding hat die Ampullen persönlich mitgebracht. Im Allgemeinen wurde der Impfstoff der Behring werke (IG) an den Lagerarzt von Buchenwald geschickt.

Die Schutzimpfung war nach 14 Tagen abgeschlossen. Nach 4 Wochen, also März 1942, kam Gildemeister wieder und brachte das Infektionsmaterial mit, mit dem er die Versuchspersonen infizierte. Nach einiger Zeit ist er mit Professor Rose wiedergekommen, um sich zu überzeugen, dass die Infektion mit Fleckfieber Erfolg gehabt hat, d.h. dass die infizierten Häftlinge Fleckfieber bekommen hatten. Meiner Erinnerung nach sollten bei dieser und weiteren Versuchsreihen die Behringwerke überhaupt ausgeschaltet werden, da Gildemeister diese Dinge allein machen wollte. Mir ist nicht bekannt, auf welche Art es der IG schliesslich doch gelungen ist, die Behringimpfstoffe im Kz Buchenwald ausprobieren zu lassen. Nach Lage der Dinge handelte es sich einwandfrei um einen Konkurrenzkampf zwischen IG und Gildemeister.

6. In Block 46 hingen grosse Tafeln, auf denen u. a. «Behring schwach» und «Behring stark» vermerkt war. Es ging aus diesen Tabellen, auf denen die Versuchsreihen mit den verschiedenen Impfstoffen rot und schwarz abgesetzt waren (hierdurch war der Impfstoff, mit dem die betreffende Versuchsperson geimpft worden war, und die bei Krankheitsausbruch sich ergebende Fieberkurve übersichtlich zu erkennen), deutlich hervor, welche Entwicklung das Fieber genommen hatte, d.h. inwieweit der Impfstoff in der Lage war, das Fieber zu hemmen. Für jede einzelne Versuchsperson wurde eine derartige Kurve angelegt.

Ich erinnere mich, dass Dr. Ding über die schlechten Präparate empört war. Die IG entwickelte dann auf Grund der ungünstigen Versuchsergebnisse im Kz Buchenwald das Rutenol, das besser verträglich war. Diese Versuche mit Acridin und Rutenol im Kz Buchenwald, Block 46, haben 1943 angefangen.

Die Acridinserie verlief beispielsweise folgendermassen: So und so viel Häftlinge wurden künstlich mit Fleckfieber infiziert. Dann wurden verschiedene Gruppen gebildet. Eine Gruppe wurde vom ersten Tag des Ausbruches der Krankheit mit Acridin behandelt, eine andere vom dritten und wieder eine andere vom fünften Tag an. Eine andere Gruppe bekam bereits während der Inkubationszeit Acridin, um festzustellen, ob das Präparat in der Lage ist, den Krankheitsbeginn hinauszuzögern. Mir ist aus den Versuchsreihen von Buchenwald her bekannt, dass das Acridin, weder in Tabletten- noch in Granulatform, nicht spezifisch gegen Fleckfieber war, d.h. es wirkte nicht gegen den Fleckfiebererreger.

9. Ich erinnere mich, dass Dr. Mrugowsky einmal Blutproben von fleckfieberkranken Häftlingen aus Buchenwald abholen liess. Es waren 5 cbcm. pro Häftling. Mir ist auch bekannt, dass eine solche Blutprobe ein zweites Mal an Dr. Mrugowsky geschickt worden ist.

10. Im Konzentrationslager Buchenwald ist zu keiner Zeit eine Fleckfieberepidemie gewesen. Vereinzelt ist Fleckfieber erst Ende 1943, Anfang 1944 bei einigen wenigen neuingelieferten Häftlingen aufgetreten. *Die bis zu dieser Zeit in Buchenwald herrschenden Fleckfieberfälle sind samt und sonders durch künstliche Infektion hervorgerufen worden.*

12. Die zwischen IG und dem Kz Buchenwald geführte Korrespondenz wurde unter «Streng vertraulich und geheim» geführt, da es sich um Experimente mit Menschen handelte.

13. Mir ist bekannt, dass die in Kz's durchgeführten Tetanus- und Gasbrandexperimente mit der IG in Zusammenhang stehen, weil ursprünglich geplant war, sie in Buchenwald durchzuführen.

Komitee, Fonds SS, Dokument NO. NI-12 184.

Am 27. Juni 1944 forderte Prof. Haagen 200 Häftlinge für Fleckfieberversuche an

An das Hauptamt SS
über Herrn Professor Dr. Hirt
Anatomisches Institut der Reichsuniversität Strasburg

In der Anlage überreiche ich den Durchschlag einer Arbeit über unsere Versuche mit einem getrockneten Fleckfieberimpfstoff. Die Arbeit ist als Manuskript dem Chef des Sanitätswesens der Luftwaffe mit der Bitte um Genehmigung zur Veröffentlichung vorgelegt worden. Sie stellt einen Bericht über weitere Erfahrungen mit einem nicht durch chemische Mittel oder Erhitzen abgetöteten Fleckfieberimpfstoff dar. Wie aus den Ergebnissen hervorgeht, gelingt es, mit diesem Impfstoff nicht nur eine antitoxische, sondern, was von besonderer praktischer Bedeutung sein dürfte, auch eine ausgesprochene antiinfektiöse Immunität zu erzielen. Allerdings verläuft die Impfung, worauf in der Arbeit auch ausdrücklich hingewiesen wird, noch mit einer länger dauernden Fieberreaktion, so dass in der vorliegenden Form die Einführung zur Schutzimpfung noch nicht empfohlen werden kann. Es sind jetzt weitere Untersuchungen aufgenommen worden, um den Impfstoff noch so weit abzuwandeln, dass er bei voller Erhaltung seiner Antigenität nur noch so schwache Reaktion hervorruft, dass eine wesentliche Beeinträchtigung des Allgemeinbefindens nicht mehr stattfindet. Es soll geprüft werden, ob dies durch Herabsetzung der Impfstoffdosen erreicht werden kann.



Für verbrecherische Experimente missbrauchter Häftling

Zur Durchführung dieser Untersuchungen werden wieder Impfinge benötigt. Ich bitte daher, nochmals mir zu diesem Zwecke Impfinge zur Verfügung zu stellen, um möglichst genaue, auch statistisch verwertbare Resultate zu erhalten, bitte ich mir diesmal 200 Personen zur Impfung zur Verfügung zu stellen. Ich darf darauf hinweisen, dass diese sich körperlich in demselben Zustand befinden müssen, wie dieser bei Wehrmachtsangehörigen angetroffen wird.
Aus Zweckmässigkeitsgründen bitte ich, die Untersuchungen wieder im Lager Natzweiler durchführen zu dürfen.

(Oberstabsarzt Prof. Dr. E. Haagen)

Medizin ohne Menschlichkeit, S. 125/126.

Experimente mit Zyankali

Aus der Vernehmung des ehemaligen Chefarztes im Konzentrationslager Sachsenhausen, Heinz Baumkötter

Staatsanwalt: Baumkötter, ist Ihnen bekannt, worin die Experimente mit Phlegmonen bestanden?

Baumkötter: ...es wurden Schnitte in die Oberschenkel der dazu bestimmten Häftlinge gemacht, und diese Schnitte wurden mit alten Lumpen und verschmutztem Stroh eingestopft. Das hatte die beabsichtigte Sepsis zur Folge, an der ein grosser Teil der Menschen starb. Staatsanwalt: Wurden Experimente mit Zyankali durchgeführt? Baumkötter: Jawohl! Es war Ende 1944 oder Anfang 1945, als der Sanitätsinspektor der KZ-Lager, SS-Standartenführer Lolling, ins Lager kam. Vorher war ein Häftling zu einem besonderen Versuch ausgesucht worden. Ich musste mit dem Sanitätschef zum Krematorium gehen. Auf dem Wege zog Lolling aus seinem Feuerzeug eine kleine Ampulle, 1 ccm Inhalt, diese wurde dem Häftling in den Mund gelegt, und er musste zubeissen. Nach wenigen Minuten war der Mann tot.

Staatsanwalt: Nach welcher Zeit trat der Tod ein?

Baumkötter: Ich stellte fest, dass der Tod bereits nach 15 Sekunden eingetreten war.

Staatsanwalt: Zu welchem Zweck wurde dieses Experiment überhaupt durchgeführt? Die Einwirkung von Zyankali auf den menschlichen Organismus ist doch längst bekannt?

Baumkötter: Mit diesem Experiment sollte nur festgestellt werden, in welcher Zeit die eingegebene Dosis auf den Menschen tödlich wirkt. Wie ich weiss, wurde dieses Experiment auf Befehl Pohls durchgeführt, um ein Mittel zu finden, welches den

hohen SS-Führern nach dem Fehlschlag dieses Krieges es ermöglichen sollte, sich schmerzlos und in kürzester Zeit ihrer Verantwortung zu entziehen...

Todeslager Sachsenhausen, S. 83/84.



Durch Versuche zu Krüppeln gemacht

Das Sterilisierungsprogramm der SS

«Bei der unerhörten Bedeutung, die ein solches Verfahren
im Sinne einer negativen Bevölkerungspolitik haben würde»

Der Reichsführer-SS
Reichsarzt-SS
IV/98/41

Berlin, den 29. Mai 1941

Betr.: Unfruchtbarmachung von Frauen.
Bezug: Vortrag beim Reichsführer-SS am 27.5.41.

An den
Reichsführer-SS H. Himmler.
Berlin SW 11
Prinz Albrechtstr. 8

Reichsführer!

Bei der am 27.5.41 im Beisein von Herrn Professor Clauberg stattgefundenen Besprechung über dessen neue Methode zur operationslosen Unfruchtbarmachung minderwertiger Frauen ist leider ein Misverständnis unterlaufen:

Prof. Clauberg benötigt zur Ausarbeitung der Methode die hierfür bereitzustellenden Frauen bei sich in seiner eigenen Klinik in Königshütte oder in der Nähe, da die Methode sich noch in der Ausarbeitung befindet, da Prof. Clauberg hierfür seinen eigens dazu beschaffenen klinischen Apparat an Ort und Stelle benötigt und bei Zwischenfällen jederzeit zu Operationen persönlich zur Verfügung stehen muss. Eine nochmalige eingehende Aussprache mit Prof. Clauberg hat ergeben, dass unter diesen Umständen eine Durchführung der Versuchsarbeiten in Ravensbrück nicht in Frage kommen kann.

Bei der unerhörten Bedeutung, die ein solches Verfahren im Sinne einer negativen Bevölkerungspolitik haben würde und der daraus sich ergebenden Wichtigkeit, eine einwandfreie Ausarbeitung der Methode mit allen Mitteln zu fördern, erlaube ich mir daher, Reichsführer, den Vorschlag, Prof. Clauberg ein entsprechendes Forschungsinstitut in oder bei Königshütte einzurichten und diesem ein Frauenkonzentrationslager für etwa 10 Personen anzugliedern. Zustimmendenfalls bitte ich um Ermächtigung, mit SS-Gruppenführer Pohl und SS-Brigadeführer Glücks das Weitere in Ihrem Auftrage verhandeln zu dürfen.

gez. Grawitz

Hefte von Auschwitz, S. 59/60.

Aus einem Schreiben Claubergs vom 30. Mai 1942 an Himmler

Sehr verehrter Reichsführer!

Auf mein Schreiben vom 5. 6. 41 «betreffend Forschungsinstitut für Fortpflanzungsbiologie» erhielt ich damals die umgehende, vom 19. 6. 41 datierte Antwort Ihres persönlichen Adjutanten SS-Sturmbannführer *Brandt*, dass Sie – Reichsführer – sobald als möglich auf meine Ausführungen zurückkommen würden. Ohne Zweifel haben die kurz darauf einsetzenden weit wichtigeren Kriegsgeschehnisse dieses verhindert.

Wenn ich es kurz in Erinnerung bringen darf, so war damals das Weiterkommen in meiner Arbeit zunächst an der Frage gescheitert, wie die Zur-Verfügungstellung von K.Z.-Insassinnen vor sich gehen solle. – Mit dem Stabsführer Ihrer hiesigen Dienststelle, SS-Obersturmbannführer Dr. *Arlt*, bin ich gelegentlich einer wissenschaftlichen Unterhaltung auch auf meine Forschungstätigkeit in der Fortpflanzungsbiologie zu sprechen gekommen. Herr Dr. Arlt sagte mir hierbei, dass derjenige, der in Deutschland heute an derartigen Dingen ein besonderes Interesse habe und mir helfen könnte, Sie, sehr verehrter Reichsführer, seien. Als SS-Angehörigem und Stabsführer Ihrer hiesigen Dienststelle habe ich ihm dann kurz davon berichtet, dass ich Ihnen bereits in dieser Angelegenheit Vortrag gehalten habe. Nach dieser Rücksprache erlaube ich mir gehorsamst, Sie, Reichsführer, zu bitten, mir hier in *Ob er Schlesien*, die Möglichkeit zu geben, die Arbeiten durchführen zu können ...

Ich glaube, dass sowohl hinsichtlich der Zurverfügungstellung des Landes, der notwendigen Tiere, des Betreuungspersonals und der Menschen ein schluss an Ihr Lager in Oberschlesien die besten Voraussetzungen bieten würde . . .

Hefte von Auschwitz, S. 62-64.

Führer-Hauptquartier, den Juli 1942.

Geheime Reichssache !

1 Ausfertigung

Am 7.7.1942 hat eine Besprechung stattgefunden zwischen dem Reichsführer-~~SS~~, ~~SS~~-Brigadeführer Professor Dr. G e b h a r d t , ~~SS~~-Brigadeführer G l u c k s und ~~SS~~-Brigadeführer Professor K l a n b e r g , Königshütte. Inhalt der Besprechung war die Sterilisierung von Jüdinnen. Der Reichsführer-~~SS~~ hat dem ~~SS~~-Brigadeführer Prof. Klauberg zugesagt, daß ihm für seine Versuche an Menschen und an Tieren das Konzentrationslager Auschwitz zur Verfügung steht. Es sollte anhand einiger Grundversuche ein Verfahren ~~erfunden~~ werden, daß die Sterilisierung bewirkt, ohne daß die Betroffenen davon etwas merken. Sobald das Ergebnis dieser Versuche vorliegt, wollte der Reichsführer-~~SS~~ noch einmal einen Bericht vorgelegt bekommen, damit dann an die praktische Durchführung zur Sterilisierung der Jüdinnen herangegangen werden kann.

Ebenso sollte an besten unter ~~Hinzuziehung~~ von Professor Dr. H o h l f e l d e r , der ein Röntgen-spezialist in Deutschland ist, geprüft werden, in welcher Weise durch Röntgenbestrahlung bei Männern eine Sterilisierung erreicht werden kann.

Der Reichsführer-~~SS~~ hat allen beteiligten Herrn gegenüber betont, daß es sich hier um geheimste Dinge handle, die nur intern besprochen werden könnten, wobei jeweils die zu den Versuchen oder Besprechungen Hinzugezogenen auf Geheimhaltung verpflichtet werden ~~mussten~~.


SS-Obersturmbannführer.

**Anfrage Himmlers, in welchem Zeitraum tausend Frauen
sterilisiert werden können**

Der Reichsführer-SS
Persönlicher Stab
Tgb. Nr. 66/42
Bra/Dr.

Führer-Hauptquartier, 10. VII. 42

1.)

Geheime Reichssache.
6 Ausfertigungen
6. Ausfertigung

/Herrn

Professor Clauberg
Königshütte.

Sehr geehrter Herr Professor!

Der Reichsführer SS hat mich heute beauftragt, an Sie zu schreiben und Ihnen seinen Wunsch zu übermitteln, doch einmal nach voriger Absprache mit SS-Obergruppenführer Pohl und dem Lagerarzt des Frauen-Konzentrationslagers in Ravensbrück nach Ravensbrück zu fahren, um dort die Sterilisierung von Jüdinnen nach Ihrem Verfahren durchzuführen.

Bevor Sie mit Ihrer Arbeit beginnen, würde der Reichsführer-SS noch Wert darauf legen, von Ihnen zu erfahren, welche Zeit etwa für die Sterilisierung von 1'000 Jüdinnen in Frage käme. Die Jüdinnen selbst sollen nichts wissen. Im Rahmen einer allgemeinen Untersuchung könnten Sie nach Ansicht des Reichsführers-SS die entsprechende Spritze verabreichen.

Über die Wirksamkeit der erfolgten Sterilisierung müssten dann auch eingehende Versuche durchgeführt werden, gröstenteils in der Art, dass nach einer bestimmten Zeit, die Sie dann bestimmen müssten, vielleicht durch Röntgenaufnahmen, festgestellt wird, welche Veränderungen eingetreten sind. In dem einen oder anderen Fall dürfte aber auch ein praktischer Versuch in der Weise durchgeführt werden, dass man eine Jüdin mit einem Juden für eine gewisse Zeit zusammensperrt und dann sieht welcher Erfolg dabei auftritt.

Ich darf Sie bitten, mir zur Unterrichtung des Reichsführers-SS Ihre Äußerung zu meinem Brief mitzuteilen.

Heil Hitler!
gez. Brandt
SS-Obersturmbannführer

Hefte von Auschwitz, S. 72,

Professor Dr. med. C. Clausberg
Chefarzt der Frauenklinik der
Kaiserlichen Universität
und der
H. Höchster-Krankenhaus

Königsplatz O.E. des T. 1945
Lohn 4222

Geheim

An den
Reichsführer SS

Herrn Heinrich Himmler
B e r i c h t

Sehr verehrter Reichsführer !

Meiner Verpflichtung, Ihnen von Zeit zu Zeit über den
Stand meiner Untersuchungen zu berichten, komme ich heute
nach. Dabei halte ich mich - wie früher daran, nur dann zu
berichten, wenn es sich um wesentliches handelt. Das dies -
nach meiner letzten Rücksprache im Juli 1942 - erst heute
der Fall ist, liegt an zeitbedingten inneren Schwierigkeiten,
denen gegenüber ich selbst machtlos war und mit denen ich, als
Reichsführer, nicht belligen konnte. So bin ich erst seit
Februar 1945 im Besitze eines für meine Special-Untersuchungen
einzig und allein vollwertigen Röntgen-Apparates. Trotz der
kurzen Zeitspanne von eigentlich nur 4 Monaten, ist es mir
heute bereits möglich, Ihnen - Reichsführer - folgendes
mitzuteilen:

Die von mir erdachte Methode, ohne Operation eine
Sterilisierung des weiblichen Organismus zu erzielen, ist
jetzt wie fertig ausgearbeitet. Sie erfolgt durch eine intravaginale
Injektion von Jodgallert. Ich erlaube mir hier und kann bei
der üblichen jederorts bekannten gynäkologischen Untersuchung
vorgenommen werden. - Wenn ich sage, die Methode ist
" so gut wie fertig " ,

so bedeutet das:

- 1.) noch zu erarbeiten sind lediglich ihre Verhältnisse etc.
- 2.) sie konnte bereits heute bei unserer üblichen Untersuchung
Sterilisierungen anstelle der Operation respektive Anwendung
finden und diese erreichen.

Die erste Seite aus dem Original des nebenstehenden Berichts

Aus dem Geheimbericht Claubergs vom 7. Juni 1943 über das Ergebnis der Sterilisierungsversuche

Sehr verehrter Reichsführer!

Meiner Verpflichtung, Ihnen von Zeit zu Zeit über den Stand meiner Untersuchungen zu berichten, komme ich heute nach. Dabei halte ich mich wie früher daran, nur dann zu berichten, wenn es sich um Wesentliches handelt. Dass dies – nach meiner letzten Rücksprache im Juli 1942 – erst heute der Fall ist, liegt an zeitbedingten Einzel-Schwierigkeiten, denen gegenüber ich selbst machtlos war und mit denen ich Sie, Reichsführer, nicht behelligen konnte. So bin ich z.B. erst seit Februar 1943 im Besitze eines für meine Spezial-Untersuchungen einzig und allein vollwertigen Röntgen-Apparates. Trotz der kurzen Zeitspanne von eigentlich nur 4 Monaten, ist es mir heute bereits möglich, Ihnen – Reichsführer – folgendes mitzuteilen:

Die von mir erdachte Methode, ohne Operation eine Sterilisierung des weiblichen Organismus zu erzielen, ist so gut wie fertig ausgearbeitet. Sie erfolgt durch eine einzige Einspritzung vom Eingang der Gebärmutter her und kann bei der üblichen jedem Arzt bekannten gynäkologischen Untersuchung vorgenommen werden. – Wenn ich sage, die Methode ist

«so gut wie fertig», so bedeutet das:

- 1.) noch zu erarbeiten sind lediglich ihre Verfeinerungen.
- 2.) sie könnte bereits heute bei unseren *üblichen* eugenischen Sterilisierungen anstelle der Operation regelrecht Anwendung finden und diese ersetzen.

Was die Frage anlangt, die Sie, Reichsführer, mir vor fast Jahresfrist stellten, nämlich in welcher Zeit es etwa möglich sein würde, 1'000 Frauen auf diese Weise zu sterilisieren, so kann ich diese heute voraussehend beantworten. Nämlich:

Wenn die von mir durchgeführten Untersuchungen so weiter ausgehen wie bisher – und es besteht kein Grund anzunehmen, dass sie es nicht tun –, so ist der Augenblick nicht mehr sehr fern, wo ich sagen kann

«von einem entsprechend eingeübten Arzt an einer entsprechend eingerichteten Stelle mit vielleicht 10 Mann Hilfspersonal (die Zahl des Hilfspersonals der gewünschten Beschleunigung entsprechend) höchstwahrscheinlich mehrere hundert – wenn nicht gar 1'000 – an einem Tage».



Auf den andern Teil meiner Untersuchungen (positive Bevölkerungspolitik) heute einzugehen, bitte ich aufzuschieben zu dürfen, da es dort noch dauern wird, bis Wesentliches zu sagen ist.

Reichsführer! – Den Hauptgrund dafür, Ihnen gerade heute zu berichten (d.h. kurz vor der Möglichkeit noch endgültiger Feststellungen), wollen Sie bitte in Folgendem suchen:

Ich weiss, dass die Erledigung des letzten Restes für dieses eine Fragegebiet – im Gegensatz zu den äusseren Einflüssen beim bisherigen Verlaufe – zeitlich fast ausschliesslich von mir selbst abhängig ist. Dazu wären einige an sich geringfügige, jedoch grundsätzliche Änderungen erforderlich, die nur Sie, sehr verehrter Reichsführer, *persönlich entscheidend lenken* und anordnen könnten. Ich hatte gehofft, Ihnen bei einem eventuellen Besuch Oberschlesiens diese Notwendigkeiten kurz persönlich schildern zu können. Da sich mir diese Möglichkeit bisher nicht ergeben hat, bitte ich heute auf diesem Wege um Ihren Bescheid.

Zusätzlich möchte ich mir noch eine Bitte erlauben. – SS-Brigadeführer *Dr. Blumenreuter* war es, der mir schliesslich den einzig geeigneten Röntgen-Apparat besorgte. Ich würde dringend einen zweiten gleichen Apparat benötigen, wovon er im Februar nach seinen Angaben noch einen in *Berlin* im Depot hatte. Er wollte ihn nur unter der Voraussetzung Ihres Einverständnisses, das ich einholen sollte, liefern. Darf ich Sie, Reichsführer, um dieses Einverständnis bitten?

Heil Hitler
gez. Clauberg

Hefte von Auschwitz, S. 76-78.

Schädel- und Skelettsammlungen

Aus einem Bericht des Prof. Hirt vom 9. Februar 1942 an Himmler

Betr.: Sicherstellung der Schädel von jüdisch-bolschewistischen Kommissaren zu wissenschaftlichen Forschungen in der Reichsuniversität Strasburg.

Nahezu von allen Rassen und Völkern sind umfangreiche Schädelmengen vorhanden. Nur von den Juden stehen der Wissenschaft so wenig Schädel zur Verfügung, dass ihre Bearbeitung keine gesicherten Ergebnisse zulässt. Der Krieg im Osten bietet uns jetzt Gelegenheit, diesem Mangel abzuweichen. In den jüdisch-bolschewistischen Kommissaren, die ein widerliches, aber charakteristisches Untermenschentum verkörpern, haben wir die Möglichkeit, ein greifbares wissenschaftliches Dokument zu erwerben, indem wir ihre Schädel sichern.

Die praktische Durchführung der reibungslosen Beschaffung und Sicherstellung dieses Schädelmaterials geschieht am zweckmässigsten in Form einer Anweisung an die Wehrmacht, sämtliche jüdischbolschewistische Kommissare in Zukunft lebend sofort der Feldpolizei zu übergeben. Die Feldpolizei wiederum erhält Sonderanweisung, einer bestimmten Stelle laufend den Bestand und Aufenthaltsort dieser gefangenen Juden zu melden und sie bis zum Eintreffen eines besonderen Beauftragten wohl zu behüten. Der zur Sicherstellung des Materials Beauftragte (ein der Wehrmacht oder sogar der Feldpolizei angehörender Jungarzt oder Medizinstudent, zugerüstet mit einem PKW nebst Fahrer) hat eine vorher festgelegte Reihe photographischer Aufnahmen und anthropologischer Messungen zu machen und, soweit möglich, Herkunft, Geburtsdatum und andere Personalangaben festzustellen. Nach dem danach herbeigeführten Tode des Juden, dessen Kopf nicht verletzt werden darf, trennt er den Kopf vom Rumpf und sendet ihn in eine Konservierungsflüssigkeit gebettet in eigens zu diesem Zwecke geschaffenen und gut verschliessbaren Blechbehältern zum Bestimmungsort. An Hand der Lichtbildaufnahmen, der Masse und sonstigen Angaben des Kopfes und schliesslich des Schädels können dort nun die vergleichenden anatomischen Forschungen, die Forschungen über Rassenzugehörigkeit, über pathologische Erscheinungen der Schädelform, über Gehirnform und -grösse und über vieles andere mehr beginnen.

Für die Aufbewahrung und die Erforschung des so gewonnenen Schädelmaterials wäre die neue Reichsuniversität Strasburg ihrer Bestimmung und ihrer Aufgabe gemäs die geeignetste Stätte.

Medizin ohne Menschlichkeit, S. 174/175.

Schädel ermordeter Häftlinge als Briefbeschwerer

M. Dubost: Sprach man mit Ihnen über wissenschaftliche Experimente?

Lampe: Ja, diese waren in Mauthausen, wie in allen anderen Lagern, an der Tagesordnung. Ich glaube, wir haben hierfür Beweisstücke, die auf gefunden wurden; es handelt sich um zwei Schädel, die dem SS-Chefarzt als Briefbeschwerer dienten. Die Schädel stammten von zwei holländischen Juden, die aus einem Transport von 800 Personen herausgegriffen und ausgesucht worden waren, weil sie ein besonders schönes Gebis hatten. Der SS-Arzt, der diese Auswahl traf, hatte wissen lassen, dass diese beiden jungen holländischen Juden nicht das Schicksal ihrer Transportkameraden erdulden müssten. Er hatte zu ihnen gesagt: «Hier leben keine Ju-



Schädelsammlung der «Reichsuniversität Strasburg»

den. Ich brauche zwei junge kräftige Menschen für chirurgische Experimente. Ihr habt die Wahl, ob Ihr Euch für diese Versuche zur Verfügung stellt, oder Ihr werdet mit den anderen umgebracht.» Diese beiden Juden wurden in das Revier gebracht, dem einen wurde eine Niere entfernt, dem anderen der Magen. Dann erhielten sie Benzineinspritzungen ins Herz. Schliesslich wurden sie geköpft. Ich habe bereits erwähnt, dass die beiden Schädel mit dem schönen Gebis bis zur Befreiung den Schreibtisch des SS-Lagerarztes zierten.

*Aus der Aussage des ehemaligen Häftlings Lampe.
In: IMT, Bd. VI, S. 2141215.*

«Aufbau einer Sammlung von Skeletten»

An «Ahnenerbe» Inst. f. wehrwissenschaftl. Zweckforschung G/H/6 S2/He	Berlin-Dahlem, 21. Juni 42* Pücklerstr. 16
An das Reichssicherheitshauptamt Amt IV B 4	Geheime Reichssache G.R.Z.I. A.H. Sk. Nr. 10 5 Ausfertigg. 2. Ausfertigg. ohne Anlagen.
z. Hdn. SS-Obersturmbannführer Eichmann Berlin SW 11 Prinz-Albrecht-Str. 8	Abl. Be.

Betrifft: Aufbau einer Sammlung von Skeletten.

Unter Bezugnahme auf dortiges Schreiben vom 25. September 1942 IV B 4 3576/42 g 1488 und die zwischenzeitlich in obiger Angelegenheit geführten persönlichen Besprechungen wird mitgeteilt, dass der mit der Ausführung obigen Sonderauftrages beauftragte Mitarbeiter der hiesigen Dienststelle, SS-Hauptsturmführer Dr. Bruno Beger⁵⁰, die Arbeiten am 15. Juni 1943 im KL Auschwitz wegen der bestehenden Seuchengefahr beendet hat. Insgesamt wurden 115 Personen, davon 79 Juden, 2 Polen, 4 Innerasiaten und 30 Jüdinnen bearbeitet. Diese Häftlinge sind z. Zt. getrennt nach Männern und Frauen in je einem Krankenbau des MKL. Auschwitz untergebracht und befinden sich in Quarantäne. Zur weiteren Bearbeitung der ausgesuchten Personen ist nunmehr ei-

* Wahrscheinlich Tippfehler; richtig: 1943.

ne sofortige Überweisung an das KL. Natzweiler erforderlich, was mit Rücksicht auf die Seuchengefahr in Auschwitz beschleunigt durchgeführt werden müsste. Ein namentliches Verzeichnis der ausgesuchten Personen ist beigefügt.

Es wird gebeten, die entsprechenden Anweisungen zu erteilen. Da bei der Überweisung der Häftlinge nach Natzweiler die Gefahr der Seucheneinschleppung besteht, wird gebeten, umgehend zu veranlassen, dass seuchenfreie und saubere Häftlingskleidung für 80 Männer und 30 Frauen von Natzweiler nach Auschwitz gesandt wird.

Gleichzeitig müsste dafür Sorge getragen werden, für die 30 Frauen kurzfristig im MKL. Natzweiler Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen.

Sievers
SS-Standartenführer

Durchschriften an:

- a) SS-H' Stuf. Dr. Beger,
- b) SS-H' Stuf. Prof. Dr. Hirt,
SS-Obersturmbannführer Dr. Brandt.

Das Dritte Reich und die Juden, S. 378/379.

Bucheinbände aus Menschenhaut

M. Dubost: Wollen Sie uns bitte sagen, was Sie darüber wissen. Balachowsky: Die tätowierten Menschenhäute wurden in Block 2 in Buchenwald, im sogenannten «Pathologischen Block», aufbewahrt.

M. Dubost: Gab es viele tätowierte Menschenhäute in Block 2? Balachowsky: Es gab stets tätowierte Menschenhäute in Block 2. Ich weiss nicht, ob es viele waren, weil ständig Häute hereinkamen und wieder weitergegeben wurden; es gab nicht nur tätowierte, sondern auch einfach gegerbte Häute, die nicht tätowiert waren.

M. Dubost: Man hat also Menschen gehäutet?

Balachowsky: Man hat die Haut abgezogen und dann gegerbt. M. Dubost: Wollen Sie bitte Ihre Aussage über diesen Punkt fortsetzen.

Balachowsky: Ich sah SS-Männer aus Block 2, dem «Pathologischen Block», mit gegerbten Häuten unter dem Arm herauskommen. *Ich weiss von Kameraden, die in Block 2 arbeiteten, dass dort Bestellungen auf Häute eingegangen sind, und dass*

diese gegerbten Häute einigen Wachposten und Besuchern geschenkt wurden, die sie zum Einbinden von Büchern benutzten.

M. Dubost: Man hat uns gesagt, dass der damalige Kommandant Koch wegen dieser Geflogenheit bestraft worden ist.

Balachowsky: Ich war nicht Zeuge des Falles Koch, der sich vor meiner Lagerzeit abgespielt hat.

M. Dubost: Also gab es auch nach seinem Weggang noch tätowierte und gegerbte Häute?

Balachowsky: Es hat immer gegerbte und tätowierte Häute gegeben, denn als die Amerikaner das Lager befreiten, haben sie am 11. April 1945 im Block 2 noch tätowierte und gegerbte Häute gefunden.

M. Dubost: Wo wurden diese Häute gegerbt?

Balachowsky: Diese Häute wurden in Block 2 und vielleicht auch in den Baulichkeiten des Krematoriums gegerbt, die nicht weit von Block 2 entfernt waren.

M. Dubost: Nach Ihrer Aussage war es also ein ständiger Brauch der sogar nach der Hinrichtung Kochs fortgesetzt wurde?

Balachowsky: Jawohl, es geschah während der ganzen Zeit aber ich weiss nicht in welchem Ausmass.

*Aus der Aussage des ehemaligen
Häftlings Balachowsky.*

In: IMT, Bd. VI, S. 347/348.



Lampenschirm aus Menschenhaut.
Aufnahme aus dem Buchenwald-Museum

„Tätigkeitsbericht“ der Pathologischen Abteilung im KZ Buchenwald

K. L. Buchenwald

Weimar/Buchenwald, 15. 9. 1943.

Pathologische Abteilung

Tätigkeitsbericht

der Pathologischen Abteilung K. L. Buchenwald

für das III. Quartal 1943.

Es wurden in der Berichtszeit 282 Sektionen durchgeführt.

An makroskopischen Feuchtpräparaten wurden neu aufgestellt : 30 Präparate

Aufgefrischt und gereinigt : 10 alte Präparate

An Knochenpräparaten wurden angefertigt:

- 5 Schädel
- 1 Becken m. Wirbels.
- 1 Ankylose d. Hand- u. Ellenbogengelenk.
- 2 Kiefer
- 1 Wirbelsäule
- 1 Schulterblatt
- 1 Satz Halswirbel
- Knochenschnitte etc.

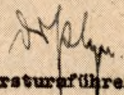
Histologische Schnitte wurden erstellt:

Für K. L. Buchenwald : 142 Stück

Für Legerarzt : 15 "

Der Auftrag zur Anfertigung einer pathologisch-histologischen Serie wurde nach Eintreffen der hierzu benötigten Materialien begonnen; bis jetzt wurden 25 Präparate eingebettet und 500 Schnitte fertiggestellt.

Der Leiter der Pathologischen Abteilung:


H- Obersturmführer d. R.



Aufnahmen aus dem Anatomischen Institut Strasburg



Als «Geschenkartikel» präparierter Kopf eines Gefangenen

Schrumpfköpfe als „Geschenkartikel“

III - Standortarzt Peltar

1942/43 - III, 100 7. 201 10-2.

S/Arz. : 14 h 1/2-42.-ii-

Betreff : Psychologie K.L. Su.

Besung : -

Anlagen : -

An den

Leiter der Abteilung

Arzt. Hauptamt

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass mit an-
fertiger Wirkung die Fertigung sogenannter Geschen-
kartikel (Schrumpfköpfe u.ä.) eingestellt ist. Über den
vorliegenden Auftragsbestand für die M-Ärzt. Akademie
wird mit dem 3-Monatsbericht jeweils zum 1. und 15. eines
jeden Monats schriftlich zu berichten.

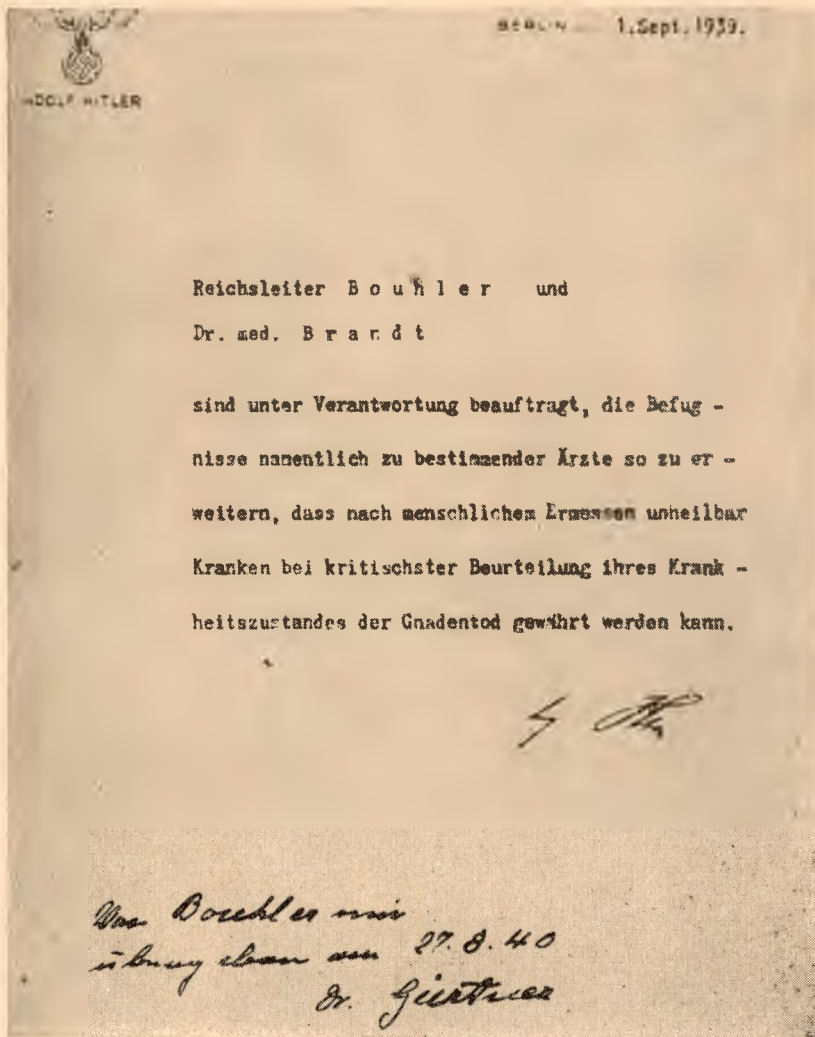
Die ärztliche Behandlung von Häftlingen liegt
ausserhalb des Rahmens einer Psychologie und wird mit an-
fertiger Wirkung untersagt. Dieser Befehl ist auch den in
der Psychologie der Häftlinge bekanntzugeben.

Der Standortarzt Weidner

W
M-Hauptamtsführer G.H.

Das „Euthanasie“-Programm

Der Auftrag Hitlers zur Vernichtung der Geisteskranken



Die planmässige Vernichtung von Geisteskranken durch die SS

Weiterhin sind auch die Massnahmen zu erwähnen, die schon im Sommer des Jahres 1940 in Deutschland eingeführt waren und auf Grund deren alle alten, geistesgestörten und alle mit unheilbaren Krankheiten behafteten Menschen, «nutzlose Esser», in besondere Anstalten eingeliefert und getötet wurden, während man ihren Verwandten mitteilte, dass sie eines natürlichen Todes gestorben seien. Opfer waren nicht nur deutsche Staatsbürger, sondern auch ausländische Arbeiter, die nicht mehr imstande waren, ihre Arbeit zu verrichten und infolgedessen für die deutsche Kriegsmaschine unbrauchbar geworden waren. Eine Schätzung ergab, dass mindestens 275'000 Menschen auf diesem Wege in Erholungsheimen, Krankenhäusern und Irrenanstalten, die dem Angeklagten Frick in seiner Eigenschaft als Innenminister unterstanden, getötet wurden. Es war völlig unmöglich festzustellen, wieviele Fremdarbeiter in dieser Gesamtzahl enthalten sind.

Der Nürnberger Prozess, Ed. I, S. 198/199.

Das «Euthanasie»-Programm

I. Die Entdeckung dieses Programms in seinem ausseren Ablauf.

Im Juli 1939 wurden in der Kanzlei des Führers durch den SS-Führer Viktor Brack erstmalig Ausenstehende, und zwar vornehmlich Professoren der Psychiatrie, davon unterrichtet, dass die Absicht bestehe, unter dem Namen «Euthanasie» ein Programm durchzuführen, dass die Tötung von Geisteskranken bestimmter Art in ganz Deutschland vorsehe. Gleichzeitig wurden die anwesenden Ärzte aufgefordert, ihre Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Ein Teil, darunter Professor Heyde und Professor Nitsche, willigte ein. Professor Ehwald aus Göttingen lehnte jede Beteiligung ausdrücklich ab.

Mit Beginn des Krieges wurde die sofortige Verwirklichung dieses Programms endgültig angeordnet...

II. Die Durchführung des sogenannten «Euthanasie»-Programms

Zur Durchführung dieses Programms wurde das Reichsministerium des Innern in verwaltungsmässiger Hinsicht noch eingeschaltet und dann eine bis ins Einzelne festgelegte Organisation aufgezogen.

Zur Erfassung der Anstaltsinsassen und zur Auswahl der für die Tötung zu bestimmenden Personen wurde von der Kanzlei des Führers die «Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- u. Pflegeanstalten» geschaffen. Eine weitere Organisation, die «Ge-

meinnützige Stiftung für Anstaltspflege», führte mit Hilfe von besonderem Personal die Tötungen durch und erledigte ausserdem vermögensrechtliche und sonstige verwaltungsmässige Aufgaben im Rahmen der «Aktion». Beide Organisationen wurden unmittelbar der Führerkanzlei und damit der höchsten Parteidienststelle unterstellt.

Gleichzeitig wurden in den verschiedensten Teilen Deutschlands Heil- und Pflegeanstalten, die die Bezeichnung «Euthanasie»-Anstalt erhielten, geräumt und durch Einbau von Vergasungseinrichtungen und Verbrennungsöfen für den Zweck der Massentötung hergerichtet. Hierbei erhielten diese Vergasungsräume – ganz offensichtlich aus Gründen der Irreführung – das Äusere von Bade- oder Duschräumen; sie wurden mit Kacheln versehen und trugen z.T. unter der Decke Vorrichtungen, die wie Duschen aussahen, in Wirklichkeit aber Scheingebilde waren. An den Wänden entlang liefen Rohre, die für Heizungsrohre gehalten werden konnten, in die aber kleine Löcher gebohrt waren, aus denen das tödliche Gas ausströmte. Zu solchen Euthanasie-Anstalten wurden die Heil- und Pflegeanstalten Hartheim bei Linz, Sonnenstein bei Pirna, Grafeneck in Württemberg, Bernburg, Brandenburg und Hadamar bestimmt.

Den Transport der zur Tötung bestimmten Personen zu diesen Anstalten führte die im Rahmen des Programms gegründete «Gemeinnützige Krankentransport GmbH» aus.

Jede dieser Organisationen hatte ihr besonderes Personal, das unter schwersten Strafandrohungen zu strengstem Stillschweigen verpflichtet war, weil alles, was mit der «Aktion» zusammenhing, mit allen Mitteln geheim und vor der Bevölkerung verborgen gehalten werden sollte.

Im Sommer 1940 erging ein Erlass des Reichsministers des Innern über die «Planmässige Erfassung von Anstaltsinsassen». Es wurden alle Heil- und Pflegeanstalten Deutschlands verpflichtet, für ihre Anstaltsinsassen einen formularmässigen Meldebogen ... auszufüllen ...

Die Ausfüllung dieser Meldebogen geschah teils durch Anstalts-, teils durch besonders von der Reichsarbeitsgemeinschaft hierzu bestimmte Ärzte. Anfänglich wusste der grösste Teil der Anstaltsärzte überhaupt nicht, welchem Zweck die Meldungen dienen sollten. Viele nahmen an, es seien lediglich statistische Gründe massgebend. Andere wieder glaubten, die Meldebogen hätten den Zweck, die noch arbeitsfähigen Anstaltsinsassen zwecks Einsatz in der Kriegswirtschaft zu erfassen. Erst nachdem die «Euthanasie-Anstalten» mit ihrer Tätigkeit begonnen hatten, sickerte die Wahrheit allmählich bei den Anstalten durch. Es weigerten sich auch daraufhin eine Reihe Anstaltsleiter, besonders die Leiter von konfessionellen An-

stalten, solche Meldebogen weiter auszufüllen. In diesen Anstalten wurden dann die Insassen durch besonders abgeordnete Ärzte erfasst.

Diese Meldebogen gelangten auf dem Dienstwege – die der Nassauischen Anstalten über den Bezirksverband in Wiesbaden – an das Reichsministerium des Innern, worauf anschliessend die Arbeit der Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- u. Pflegeanstalten einsetzte. Diese Organisation sandte die Fotokopien der Meldebogen an 3 ärztliche Untergutachter, die in das starkumrandete Kästchen auf der linken unteren Seite des Meldebogens ihr Ergebnis des Gutachtens mit «Ja», «Nein» oder «Fraglich» einfügten, und den Anfangsbuchstaben ihres Namens hinzusetzten. Das «Ja» bedeutete Tötung, «Nein» Ablehnung der Tötung, und «Fraglich», dass der Untergutachter eine Entscheidung darüber, ob der betreffende Patient unter die «Aktion» fallen sollte, nicht abgeben könne.

Diese Beurteilung erfolgte lediglich auf Grund der Angaben in den Meldebogen, ohne dass der Gutachter den Kranken oder auch nur seine Krankengeschichte zu Gesicht bekam. Diese erste Begutachtung erfolgte nicht in Zusammenarbeit der Gutachter, sondern sie gaben unabhängig voneinander die Beurteilung ab. Das endgültige Urteil fällte dann der Obergutachter, der nach der glaubhaften Bekundung des Zeugen Professor Heyde ein Ordinarius für Neurologie und Psychiatrie an einer deutschen Universität sein sollte.

Entschied sich dieses Urteil für die Tötung, so wurde der Anstaltsinsasse von der Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- u. Pflegeanstalten in die «Aktion» eingeschaltet. Es wurden über diese Personen namentliche Listen auf gestellt, die den Anstalten mit der Weisung zuzugingen, diese Anstaltsinsassen an einem genau festgelegten Tag zur Abholung bereitzuhalten.

Diese Anstaltsinsassen wurden dann in verhängten Autobussen durch die erwähnte Transportgesellschaft mit ihrem gesamten persönlichen Eigentum verlegt, und zwar von der Stammanstalt unmittelbar zur Euthanasieanstalt, und zum Teil über eine sogenannte Durchgangsanstalt, in der sie vor Verbringung in die Euthanasieanstalt erst gesammelt wurden. Die Tötung der Kranken durch Vergasung erfolgte in den Euthanasieanstalten unmittelbar nach ihrem Eintreffen; sie geschah im Allgemeinen auf folgende Weise: In der Nähe der Vergasungsräume waren weitere Räume eingerichtet, in denen die zur Tötung bestimmten Personen nacheinander durch besonderes Pflegepersonal entkleidet, fotografiert, einem hierzu bestimmten Arzt, der Photokopie des Meldebogens und Krankengeschichte vor sich hatte, zu einer flüchtigen Untersuchung vorgeführt und anschliessend wieder durch besonderes Personal in den eigentlichen Vergasungsraum gebracht wurden. Der erwähnte Arzt liess dann durch Öffnen der Gasflaschen Kohlenoxydgas in den Ver-



Schwester Käthe Hackbarth arbeitete in verschiedenen Menschenvernichtungsanstalten, u.a. auch in der «Heil- und Pflegeanstalt Bernburg»



Dr. Irmfried Eberl, Leiter des SS-Sonderkommandos in Bernburg

sungsraum einströmen, beobachtete dessen Wirkung durch ein kleines Fenster und stellte im Allgemeinen nach etwa 10 bis 15 Minuten die Gaszufuhr ab, wenn nach ärztlichem Ermessen der Tod eingetreten sein musste. Nach etwa einer Stunde wurden die Leichen zu den Verbrennungsöfen gefahren und verbrannt. Die Asche, die nicht einmal streng auseinandergehalten wurde, wurde in Urnen gesammelt und später den Angehörigen mit einem – später zu erwähnenden – Begleitschreiben zur Verfügung gestellt.

Die Angehörigen der auf diese Weise Getöteten erhielten zunächst ein formularmässiges Schreiben der Anstalt, aus der der Kranke auf Anordnung des zuständigen Reichsverteidigungskommissars in eine andere Anstalt verlegt worden sei; der Name dieser Anstalt wurde nicht genannt. Nach einiger Zeit erfuhren die Angehörigen durch ein weiteres Schreiben, und zwar der Aufnahme-Anstalt, das der Kranke durch die Gemeinnützige Krankentransport G.m.b.H. überführt wurde und gut angekommen sei. Gleichzeitig mit der Absendung dieser Mitteilung wurde in einer besonderen «Trostbriefabteilung» der Euthanasie-Anstalt ein Schreiben fertiggestellt, in dem den Angehörigen der Tod der Kranken mitgeteilt und das Beileid der Anstalt ausgesprochen wurde. In dem gleichen Schreiben wurde den An-

gehörigen noch mitgeteilt, dass die Leiche aus gesundheitspolizeilichen Gründen bereits eingäschert sei, dass aber die Urne auf Wunsch übersandt werden könne. Als Todesursache wurden die verschiedensten Krankheiten fälschlicherweise angegeben. Auch das Todesdatum war in den meisten Fällen gefälscht. Während die Kranken sofort nach Ankunft in den Anstalten getötet wurden, wurde als Todesdatum eine spätere Zeit angegeben. Diese Trostbriefe wurden nicht auf einem Formular, aber nach einem bestimmten vorliegenden Schema vom Büropersonal geschrieben. Aus Gründen der Geheimhaltung besaßen die Anstalten der «Stiftung» ein eigenes Standesamt, das mit eigenem Personal besetzt war.

Die Tötung dieser Art, die inzwischen Zehntausende von Personen erfasst hatte, endete in allen Anstalten im Laufe des Jahres 1941, in Hadamar, in der Provinz Hessen-Nassau, im August 1941, ohne jede Grundangabe.

Diese Einstellung geschah aber nicht, weil die Tötungsaktion beendet war oder aus anderen Gründen endgültig eingestellt werden sollte. Die Vernichtung von Menschen wurde vielmehr in noch hemmungsloserer Art und Weise durch Einzeltötungen mit Hilfe überdosierter Giftmengen fortgesetzt. Eingestellt wurde lediglich die Massentötung durch Vergasung, die sich trotz aller Anstrengungen in der Bevölkerung nicht hatte verheimlichen lassen, die Unruhe und Empörung in ihr erweckte und vor allem hervorragende Vertreter der Kirchen beider Konfessionen veranlasst hatte, bei den höchsten Stellen des Staates und zum Teil auch in aller Öffentlichkeit gegen diese Tötungen, die als Mord bezeichnet wurden, Einspruch zu erheben . . .

Jedoch schon im Jahre 1942 begann die Fortsetzung dieser Tötungsaktionen in einer zweiten Phase, die zum Teil die Bezeichnung «Wilde Euthanasie» erhalten hat. *Die Tötungen erfolgten nun in fast allen Anstalten Deutschlands. Durch Einspritzen oder Eingeben überdosierter Betäubungs- oder Einschläferungsmittel (Morphium, Luminal, Trional und ähnliche).* Es wurden aber auch jetzt noch Transporte zusammengestellt und zum Zwecke der Tötung in besondere Anstalten, zu denen auch die in der Provinz Hessen/Nassau gelegene Landes-Heil- u. Pflegeanstalt Hadamar gehörte, gebracht. Es wurden neue Organisationen aufgezogen, und es wurde den Anstalten zur Pflicht gemacht, über alle Neuzugänge halbjährlich den . . . erwähnten Meldebogen auszufüllen und dem Reichsministerium des Innern zu übersenden. Darüberhinaus waren alle neugeborenen Kinder, die mit Zeichen starker Verkrüppelung oder Anzeichen von Idiotie geboren wurden, von nun an durch Ärzte und Hebammen zu melden . . .

Bringt man das sogenannte Euthanasie-Programm aus dem Dunkel und der Atmosphäre des geheimnisvollen in das helle Licht einer scharfen und umfassenden Be-



Aussenansicht der «Heil- und Pflegeanstalt Bernburg», in der ein SS-Sonderkommando viele Tausende Menschen ermordete

trachtung, so zeigt sich sein wahres Gesicht immer deutlicher, und sein wirklicher, aller Tarnung entkleideter Zweck offenbart sich zwangsläufig. Unnachgiebig hart war seine Konsequenz, und kompromisslos ging es den ihm vorgezeichneten Wege Schritt für Schritt, dabei nach aussen stets den Schein der wissenschaftlichen Problematik der Euthanasie wählend, ergriff es eine Personengruppe nach der anderen, deren Vernichtung der hinter diesem Programm stehenden Machthaberschaft aus rein materiellen Gründen erwünscht erschien.

Demzufolge begann man schon während der Massenvernichtung der Anstaltsinsassen die Konzentrationslager durchzukämmen und beauftragte besondere Ärzte damit, die Häftlinge – zum Teil auch, ohne sie gesehen zu haben – für die «Aktion» auszusuchen. Das hierbei ausschliesslich nach der Frage der Arbeitsfähigkeit zu verfahren war, ergibt sich aus folgenden, in der Hauptverhandlung verlesenen Urkunden:

In einem Schreiben des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes, Amtsgruppe D, vom 28. März 1942 an die Lagerkommandanten der Konzentrationslager heisst es:

Durch die Meldung eines Lagerkommandanten wurde bekannt, dass von 51 für die Sonderbehandlung 14 f13 (gleich Geheimzeichen für die Tötungsak-

tion) ausgemusterten Häftlingen 42 dieser Häftlinge nach einiger Zeit «wieder arbeitsfähig» wurden und somit der Sonderbehandlung nicht zugeführt zu werden brauchten. Hieraus ist ersichtlich, dass bei der Auswahl dieser Häftlinge nicht nach den gegebenen Bestimmungen verfahren wird. Es dürfen der Untersuchungskommission nur solche Häftlinge zugeführt werden, die den gegebenen Bestimmungen entsprechend und vor allen Dingen nicht mehr arbeitsfähig sind ...

Der Chef des Zentralamtes: gez. Liebehenschei
SS-Obersturmbannführer.

In einem anderen Schreiben dieser Dienststelle an die Konzentrationslager vom 27. April 1943 heist es u.a.:

Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei hat auf Vorlage entschieden, dass in Zukunft nur noch geistesranke Häftlinge durch die hierfür bestimmten Ärztekommisionen für die Aktion 14 f 13 ausgemustert werden dürfen. Alle übrigen arbeitsunfähigen Häftlinge (Tuberkulosekranke, bettlägerige Krüppel usw.) sind grundsätzlich von dieser Aktion auszunehmen.

gez. Unterschrift
SS-Brigadeführer u. Generalmajor der Waffen SS

Im Einklang mit diesen Feststellungen steht nach Auffassung des Gerichts die hohe Zahl der Getöteten in ganz Deutschland, die feststelltermassen mindestens viele Zehntausende, wahrscheinlich aber Hunderttausende umfasst. Aus den Heil- u. Pflegeanstalten sind im Durchschnitt etwa die Hälfte aller Stamminsassen verlegt und getötet worden. Hätte es sich wirklich um eine Beseitigung nach den Grundgedanken der Euthanasie gehandelt, so wäre das gesamte Verfahren von einer ernsten Wissenschaftlichkeit getragen und von solchen Sicherungsmassnahmen umgeben gewesen, die jeden Missbrauch ausgeschlossen hätten. Aus der völlig anderen Zweckbestimmung allein erklärt sich zur Überzeugung des Gerichts auch die Tarnung der Aktion mit allen Mitteln und das Bestreben, ihre Geheimhaltung unter allen Umständen zu sichern ...

Komitee, Aus der Gerichtsakte 4a Js 3/46
des Oberlandesgericht es Frankfurt/Main. 4 K Ls 7147

VIII

Dokumente und Berichte über Verbrechen in den zeitweilig besetzten Gebieten

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden in einem nie zuvor gekannten Ausmass verübt

Das auf Kriegsverbrechen bezügliche Beweismaterial ist überwältigend gewesen, sowohl was den Umfang betrifft, als auch in seinen Einzelheiten. Es ist unmöglich, in diesem Urteil einen angemessenen Überblick darüber zu geben oder die in Form von Dokumenten oder mündlichen Aussagen vorgelegte Materialmasse zu berücksichtigen. Fest steht, dass Kriegsverbrechen in grösstem Ausmasse verübt worden sind, wie nie zuvor in der Kriegsgeschichte. Sie wurden in allen von Deutschland besetzten Ländern und auf hoher See begangen, und zwar ferner unter allen nur erdenklichen Begleiterscheinungen von Grausamkeit und Schrecken. Kein Zweifel kann darüber bestehen, dass sie grösstenteils aus der Auffassung der Nazis vom «totalen Krieg» stammen, mit der die Angriffskriege geführt wurden. Denn bei dieser Auffassung des «totalen Krieges» werden die den Konventionen zu Grunde liegenden sittlichen Ideen, die den Krieg menschlicher zu gestalten trachten, als nicht länger in Kraft oder Geltung befindlich angesehen. Alles wird dem gebietsrischen Diktat des Krieges untergeordnet. Regeln, Anordnungen, Versicherungen und Verträge, eines wie das andere, haben keine Bedeutung mehr; befreit vom hemmenden Einfluss des Völkerrechts wird so der Angriffskrieg von den Nazi-Führern auf möglichst barbarische Weise geführt. Demgemäs wurden Kriegsverbrechen begangen, wann immer und wo immer der Führer und seine engsten Mitarbeiter sie als vorteilhaft betrachteten.

Zum grössten Teil waren sie das Ergebnis kalter verbrecherischer Berechnung.

In manchen Fällen wurden Kriegsverbrechen mit Vorbedacht lange im Voraus geplant. Im Falle der Sowjetunion sind die Ausplünderung der zu besetzenden Gebiete und die Misshandlung der Zivilbevölkerung bis in die geringste Einzelheit festgelegt worden, bevor der Angriff begann. Bereits im Herbst 1940 ist der Überfall auf die Gebiete der Sowjetunion in Erwägung gezogen worden. Von diesem Zeitpunkt an wurden andauernd die Methoden besprochen, die zur Vernichtung jedes nur möglichen Widerstandes angewendet werden sollten.

In ähnlicher Weise hat die deutsche Regierung bei Aufstellung der Pläne für die Ausnützung der Bewohner der besetzten Gebiete zur Sklavenarbeit in grösstem Massstab diese Massnahme als wesentlichen Bestandteil der Kriegswirtschaft angesehen, und dieses besondere Kriegsverbrechen bis in die letzten fein ausgearbeiteten Einzelheiten geplant und organisiert.

Andere Kriegsverbrechen, wie die Ermordung entwichener und wieder einge-

brachter Kriegsgefangener oder die Ermordung der Kommandos gefangener Flieger oder die Vernichtung der Sowjet-Kommissare, waren das Ergebnis direkter, über die höchsten Dienststellen geleiteter Befehle.

Der Gerichtshof beabsichtigt daher, sich ganz allgemein mit der Frage der Kriegsverbrechen zu befassen und später anlässlich der Prüfung der diesbezüglichen Verantwortlichkeit der einzelnen Angeklagten auf sie zurückzukommen.

Kriegsgefangene wurden misshandelt, gefoltert und ermordet, nicht nur unter Missachtung der anerkannten Regeln des Völkerrechts, sondern unter vollständiger Auserachtlassung der elementarsten Vorschriften der Menschlichkeit. Zivilpersonen in besetzten Gebieten erlitten das gleiche Schicksal. Ganze Bevölkerungen wurden nach Deutschland deportiert, um an Verteidigungswerken, in der Rüstungsindustrie und ähnlichen, mit dem Kriegseinsatz zusammenhängenden Aufgaben, Sklavenarbeit zu leisten. Geiseln sind in sehr grosser Anzahl aus den Zivilbevölkerungen aller besetzten Länder genommen und erschossen worden, wann und wie es den Deutschen gerade paste. Öffentliches und privates Eigentum wurden planmässig geraubt und geplündert, um Deutschlands Hilfsquellen auf Kosten des übrigen Europas zu vergrössern. Städte und Ortschaften und Dörfer wurden mutwillig zerstört, ohne jegliche militärische Rechtfertigung oder Notwendigkeit.

Der Nürnberger Prozess, Bd. I, S. 178/179.

Die Ausplünderung in den zeitweilig besetzten Gebieten

Schon vor dem Überfall wurde die Ausplünderung und die Aushungerung der Sowjetunion geplant

2.5.41 Aktennotiz

über Ergebnis der heutigen Besprechung
mit den Staatssekretären über Barbarossa.

- 1.) Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernährt wird.
- 2.) Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.
- 3.) Am wichtigsten ist die Bergung und Abtransport von Ölsaaten, Ölkuchen, dann erst Getreide. Das vorhandene Fett und Fleisch wird voraussichtlich die Truppe verbrauchen.
- 4.) Die Beschäftigung der Industrie darf nur auf Mangelgebieten wieder aufgenommen werden, z.B.
die Werke für Verkehrsmittel,
die Werke für allgemeine Versorgungsanlagen (Eisen),
die Werke für Textilien,
von Rüstungsbetrieben nur solche, bei denen in Deutschland Engpässe bestehen.
Aufmachung von Reparaturwerkstätten für die Truppe natürlich in erhöhtem Ausmass.
- 5.) Für die Sicherung der weiten Gebiete zwischen den Rollbahnen müssen besondere Truppen bereitgestellt werden, vielleicht wird man den RAD oder Ergänzungsformationen des Heeres hereinlegen.
Notwendig ist, die besonders wichtigen und daher zu schützenden Gebiete herauszusuchen.

Der Nürnberger Prozess, Bd. II, S. 256.



Durchsuchung eines polnischen Mädchens auf offener Straße



«Ausmusterung»



*Polnische Bürger werden unter starker Bewachung zur Sklavenarbeit
nach
Deutschland verschleppt*



*Kiew 1941. Sowjetbürgerinnen werden zur Sklavenarbeit
nach Deutschland verschleppt*

Befehl Himmlers über die Entvölkerung sowjetischen Territoriums

Der Reichsführer-SS

Feld-Kommandostelle, den 10.7.43

1. Chef Bandenkampf-Verbände
 2. Höheren SS- und Polizeiführer Ukraine
 3. Höheren SS- und Polizeiführer Rusland-Mitte
-
1. Der Führer hat entschieden, dass die banden verseuchten Gebiete der Nordukraine und von Rusland-Mitte von jeder Bevölkerung zu räumen sind.
 2. Die gesamte arbeitsfähige männliche Bevölkerung wird gemäs noch der abzumachenden Bestimmungen dem Reichskommissar für den Arbeitseinsatz zugewiesen, jedoch unter den Bedingungen von Kriegsgefangenen.
 3. Die weibliche Bevölkerung wird dem Reichskommissar für den Arbeitseinsatz zur Arbeit im Reich zugewiesen.
 4. Ein Teil der weiblichen Bevölkerung und alle elternlosen Kinder kommen in unsere Auffanglager.
 5. Die bevölkerungsmässig evakuierten Gebiete sind tunlichst nach noch zu treffender Abmachung mit dem Reichsernährungsminister und dem Minister für die besetzten Ostgebiete von den Höheren SS- und Polizeiführern in Bewirtschaftung zu nehmen und dort zum Teil mit Kok-Sagys zu bebauen und soweit es möglich ist, landwirtschaftlich auszunutzen. Die Kinderlager sind an den Rand dieser Gebiete zu legen, so dass die Kinder als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Die endgültigen Vorschläge sind mir baldigst einzureichen.

gez. H. Himmler

4. SS-Obergruppenführer Berger
5. SS-Obergruppenführer Backe

Beweisdokumente für die Spruchgerichte in der Britischen Zone, S. 73.

**Vorschlag des «Reichskommissars für das Ostland», sowjetisches
Territorium zu entvölkern (1943)**

Lieber Heinrich.

Gruppenführer Thomas fragt mich in Deinem Auftrag, warum ich beim Ostminister Bedenken gegen das Abbrennen von Dörfern im Zuge der Bandenbekämpfung vorgetragen hätte. Ich bin über diese Frage erstaunt, weil ich der Polizei niemals den Vorwurf gemacht habe, dass sie in den bandenverseuchten Gebieten zu viel Dörfer evakuiert hat, sondern eher, dass sie zu wenig getan haben. Ich bin für eine Volleвакуierung eines 50 bis 100 km breiten Streifens beiderseitig der Bahn Brest-Litowsk-Gomel. Weil dieses Gebiet ausser forstwirtschaftlichen Interessen für mich keinerlei Bedeutung hat. Diese völlige Evakuierung durchzuführen ist nach Angabe von Thomas aus technischen Gründen bisher nicht möglich gewesen. Ich betreibe diese Absicht jedoch nach wie vor und hoffe sie auch durchführen zu können.

Im Übrigen werde ich Dir meine weiteren Auffassungen in dieser Frage demnächst mündlich mitteilen. Besten Gruss und Heil Hitler

Dein Erich Koch.

Komitee, Fonds SS.



Juli 1943. Massenaussiedlung der Bevölkerung im Kreis Bilgoraj

Die Ausrottungspolitik der SS

... (unvollständig)

... (unvollständig)

... (unvollständig)

WOLFF.

26.11.40.

Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvolkischen im Osten.
15

Bei der Behandlung der Fremdvolkischen im Osten müssen wir darauf sehen, so viel wie möglich einzelne Volkerschaften anzuerkennen und zu pflegen, also neben den Polen und Juden die Ukrainer, die Weisrussen, die Sorben, die Letzen und die Kaschaben. Wenn es nun irgend wo Volkessplitter zu finden sind, auch diese.

Diese Bevölkerung wird als führenderes Arbeitervolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Handwerker und Arbeiter für besondere Arbeitsverhältnisse (Bauwesen, Steinbruch, etc.), stellen; sie wird selbst dabei mehr zu essen und zu leben haben als unter der polnischen Herrschaft und bei eigener Kulturlosigkeit unter der strengsten, konsequenten und gerechten Leitung des deutschen Volkes berufen sein, an dessen ewigen Kulturfortschritt mitzuarbeiten und diese, was die Menge der großen Arbeit anlangt, vielleicht erst ermöglichen.

Zgodność z...
pozwiedza się

AH.



Aus der ersten und der letzten Seite des Originals des folgenden Dokuments

«Volksbegriffe», wie Ukrainer und Polen, sollten ausgelöscht werden

Dr. GROSS (Rassenpolit. Amt)

... Kenntnis gegeben GEHEIME REICHSSACHE! X b WOLFF.

28. XI. 40.

Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten. 15

Bei der Behandlung der Fremdvölkischen im Osten müssen wir darauf sehen, so viel wie möglich einzelne Völkerschaften anzuerkennen und zu pflegen, also neben den Polen und Juden die Ukrainer, die Weissrussen, die Goralen, die Lemken und die Kaschuben. Wenn sonst noch irgendwo Volkssplitter zu finden sind, auch diese. Ich will damit sagen, dass wir nicht nur das grösste Interesse daran haben, die Bevölkerung des Ostens nicht zu einen, sondern im Gegenteil in möglichst viele Teile und Splitter zu zergliedern.

Aber auch innerhalb der Völkerschaften selbst haben wir nicht das Interesse, diese zu Einheit und Grösse zu führen, ihnen vielleicht allmählich Nationalbewusstsein und nationale Kultur beizubringen, sondern sie in unzählige kleine Splitter und Partikel aufzulösen.

Die Angehörigen aller dieser Völkerschaften, insbesondere der kleinen, wollen wir selbstverständlich in den Stellen von Polizeibeamten und Bürgermeistern verwenden.

Spitzen in solchen Völkerschaften dürfen nur die Bürgermeister und die örtlichen Polizeibehörden sein; bei den Goralen die einzelnen, sich ohnedies schon befehrenden Häuptlinge und Sippenältesten. Eine Zusammenfassung nach oben darf es nicht geben, denn nur dadurch, dass wir diesen ganzen Völkerbrei des Generalgouvernements von 15 Millionen und die 8 Millionen der Ostprovinzen auflösen, wird es uns möglich sein, die rassische Siebung durchzuführen, die das Fundament in unseren Erwägungen sein muss, die rassisch Wertvollen aus diesem Brei herauszufischen, nach Deutschland zu tun, um sie dort zu assimilieren.

Schon in ganz wenigen Jahren – ich stelle mir vor, in 4 bis 5 Jahren – muss beispielsweise der Begriff der Kaschuben unbekannt sein, da es dann ein kaschubisches Volk nicht mehr gibt (das trifft besonders auch für die Westpreussen zu). Den Begriff Juden hoffe ich, durch die Möglichkeit einer grossen Auswanderung sämtlicher Juden nach Afrika oder sonst in eine Kolonie völlig auslöschen zu sehen. Es muss in einer etwas längeren Zeit auch möglich sein, in unserem Gebiet die Volks-

begriffe der Ukrainer, Goralen und Lemken verschwinden zu lassen. Dasselbe, was für diese Splittervölker gesagt ist, gilt in dem entsprechend größeren Rahmen für die Polen.

Eine grundsätzliche Frage bei der Lösung aller dieser Probleme ist die Schulfrage und damit die Frage der Sichtung und Siebung der Jugend. Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein:

Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, dass es ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleissig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich.

Auser dieser Schule darf es im Osten überhaupt keine Schulen geben. Eltern, die ihren Kindern von vorneherein eine bessere Schulbildung sowohl in der Volksschule als später auch an einer höheren Schule vermitteln wollen, müssen dazu einen Antrag bei den Höheren SS- und Polizeiführern stellen. Der Antrag wird in erster Linie danach entschieden, ob das Kind rassisch tadellos und unseren Bedingungen entsprechend ist. Erkennen wir ein solches Kind als unser Blut an, so wird den Eltern eröffnet, dass das Kind auf eine Schule nach Deutschland kommt und für die Dauer in Deutschland bleibt...

Die Eltern dieser Kinder guten Blutes werden vor die Wahl gestellt, entweder das Kind herzugeben, sie werden dann wahrscheinlich keine weiteren Kinder mehr erzeugen, sodass die Gefahr, dass dieses Untermenschenvolk des Ostens durch solche Menschen guten Blutes eine für uns gefährliche, da ebenbürtige Führerschicht erhält, erlischt – oder die Eltern verpflichten sich, nach Deutschland zu gehen und dort loyale Staatsbürger zu werden. Eine starke Handhabe, die man ihnen gegenüber hat, ist die Liebe zu ihrem Kind, dessen Zukunft und dessen Ausbildung von der Loyalität der Eltern abhängt.

Abgesehen von der Prüfung der Gesuche, die die Eltern um eine bessere Schulbildung stellen, erfolgt jährlich insgesamt bei allen 6-10-Jährigen eine Siebung aller Kinder des Generalgouvernements nach blutlich Wertvollen und Nichtwertvollen. Die als wertvoll Ausgesiebten werden in der gleichen Weise behandelt wie die Kinder, die auf Grund des genehmigten Gesuches ihrer Eltern zugelassen werden. Als gefühls- und verstandesmässig selbstverständlich erachte ich es, dass die Kinder und die Eltern in dem Augenblick, wo sie nach Deutschland kommen, in den Schulen und im Leben nicht wie Aussätzige behandelt werden, sondern nach Änderung ihres Namens in das deutsche Leben – bei aller Aufmerksamkeit und Wachsamkeit, die man ihnen widmen muss – vertrauensvoll eingebaut werden. Es

darf nicht so sein, dass die Kinder sich wie ausgestossen fühlen, denn wir glauben doch an dieses unser eigenes Blut, das durch die Irrtümer deutscher Geschichte in eine fremde Nationalität hineingeflossen ist, und sind überzeugt, dass unsere Weltanschauung und unsere Ideale in der rassistisch gleichen Seele dieser Kinder Widerhall finden werden. Hier muss aber dann vor allem von den Lehrern und von den Führern in der HJ. ein ganzer Strich gezogen werden, und es darf niemals wie in der Vergangenheit bei den Elsas-Lothringern der Fehler gemacht werden, dass man einesteils die Menschen als Deutsche gewinnen will und sie anderenteils bei jeder Gelegenheit durch Misstrauen und Beschimpfung in ihrem menschlichen Wert, Stolz und Ehrgefühl kränkt und abstösst. Beschimpfungen wie «Polacke» oder «Ukrainer» oder ähnliches müssen unmöglich sein.

Die Erziehung hat in einer Vorschule zu erfolgen, nach deren 4 Klassen man dann entscheiden kann, ob man die Kinder weiter in die deutsche Volksschule gehen lässt oder ob man sie einer nationalpolitischen Erziehungsanstalt zuführt.

Die Bevölkerung des Generalgouvernements setzt sich dann zwangsläufig nach einer konsequenten Durchführung dieser Massnahmen im Laufe der nächsten 10 Jahre aus einer verbleibenden minderwertigen Bevölkerung, die noch durch abgeschobene Bevölkerung der Ostprovinzen sowie all' der Teile des deutschen Reiches, die dieselbe rassistische und menschliche Art haben (Teile, z.B. der Sorben und Wenden), zusammen.'

Diese Bevölkerung wird als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besondere Arbeitsvorkommen (Strassen, Steinbrüche, Bauten), stellen; sie wird selbst dabei mehr zu essen und zu leben haben als unter der polnischen Herrschaft und bei eigener Kulturlosigkeit unter der strengen, konsequenten und gerechten Leitung des deutschen Volkes berufen sein, an dessen ewigen Kulturtaten und Bauwerken mitzuarbeiten und diese, was die Menge der groben Arbeit anlangt, vielleicht erst ermöglichen.

Komitee, Fonds SS.

**«Wenn wir den Krieg einmal gewonnen haben, dann kann
meinetwegen aus den Polen und aus den Ukrainern... Hackfleisch
gemacht werden»**

Polizei-Sitzung

am Donnerstag, dem 30. Mai 1940

Beginn der Sitzung: 10²⁰

Generalgouverneur, Reichsminister Dr. Frank:

Meine Herren!

Ich habe dem gegenüber nur eins zu sagen: Ich kann diese Polenpolitik nur mit Ihnen machen. Entschuldigen Sie dieses ganz offene Wort. Wenn ich hier im Lande nicht die alte nationalsozialistische Kämpfergarde der Polizei und SS hätte, mit wem wollten wir dann diese Politik machen? Das könnte ich nicht mit der Wehrmacht tun, überhaupt mit niemandem; das sind so ernste Dinge, und wir stehen hier als Nationalsozialisten vor einer so ungeheuer schwierigen und verantwortungsvollen Arbeit, dass wir auch nur im engsten Kreise überhaupt über diese Dinge reden können.

Wenn wir demnach angesichts aller dieser Schwierigkeiten das Ziel der vollkommenen Beherrschung des polnischen Volkes in diesem Raum erreichen wollen, dann müssen wir die Zeit nutzen. Am 10. Mai begann die Offensive im Westen, d.h., an diesem Tage erlosch das vorherrschende Interesse der Welt an den Vorgängen hier bei uns. Was man mit der Greuelpropaganda und den Lügenberichten über das Vorgehen der nationalsozialistischen Machthaber in diesem Gebiet in der Welt angerichtet hat, – nun, mir wäre es vollkommen gleichgültig gewesen, ob sich die Amerikaner oder Franzosen oder Juden oder vielleicht auch der Papst darüber aufgeregt hätten – aber für mich und für einen jeden von Ihnen war es in diesen Monaten furchtbar, immer wieder Stimmen aus dem Propagandaministerium, aus dem Auswärtigen Amt, aus dem Innenministerium, ja sogar von der Wehrmacht vernehmen zu müssen, dass das ein Mordregime wäre, dass wir mit diesem Greuel aufhören müssten usw. Dabei war es natürlich klar, dass wir auch die Erklärung abgeben mussten, wir würden es nicht mehr tun. Und ebenso klar war es, dass bis zu dem Augenblick, wo das Weltscheinwerferlicht auf diesem Gebiet lag, von uns ja nichts Derartiges im grossen Ausmasse geschehen konnte. Aber mit dem 10. Mai ist uns nun diese Greuelpropaganda in der Welt vollkommen gleichgültig. Jetzt müssen wir den Augenblick benutzen, der uns zur Verfügung steht. Wenn jetzt in jeder Minute und Sekunde draussen im Westen Tausende des besten deutschen Blutes geopfert werden müssen, dann haben wir als National-

sozialisten die Pflicht, daran zu denken, dass sich nicht etwa die polnische Nation auf Kosten dieser deutschen Opfer erhebt. Daher war es auch der Zeitpunkt, wo ich in Anwesenheit des SS-Obergruppenführers Krüger mit dem Kameraden Streckenbach dieses ausserordentliche Befriedungsprogramm besprach, ein Befriedungsprogramm, das zum Inhalt hatte, nunmehr mit der Masse der in unseren Händen befindlichen aufrührerischen Widerstandspolitiker und sonst politisch verdächtigen Individuen in beschleunigtem Tempo Schluss zu machen und zu gleicher Zeit mit der Erbschaft des früheren polnischen Verbrechertums aufzuräumen. Ich gestehe ganz offen, dass das einigen tausend Polen das Leben kosten wird, vor allem aus der geistigen Führungsschicht Polens. Für uns alle als Nationalsozialisten bringt aber diese Zeit die Verpflichtung mit sich, dafür zu sorgen, dass aus dem polnischen Volk kein Widerstand mehr emporsteigt. Ich weiss, welche Verantwortung wir damit übernehmen. Aber es ist klar, dass wir das tun können, und zwar gerade aus der Notwendigkeit heraus, den Flankenschutz des Reiches im Osten zu übernehmen. Aber mehr noch: SS-Obergruppenführer Krüger und ich haben beschlossen, dass die Befriedungsaktion in beschleunigter Form durchgeführt wird. Ich darf Sie bitten, meine Herren, uns mit Ihrer ganzen Energie bei der Durchführung dieser Aufgabe zu helfen. Was von mir aus geschehen kann, um die Durchführung dieser Aufgabe zu erleichtern, wird geschehen. Ich appelliere an Sie als nationalsozialistische Kämpfer, und mehr brauche ich wohl dazu nicht zu sagen. Wir werden diese Massnahme durchführen, und zwar, wie ich Ihnen vertraulich sagen kann, in Ausführung eines Befehls, den mir der Führer erteilt hat. Der Führer hat mir gesagt: Die Frage der Behandlung und Sicherstellung der deutschen Politik im Generalgouvernement ist eine ureigene Sache der verantwortlichen Männer des Generalgouvernements. Er drückte sich so aus: Was wir jetzt an Führungsschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren, was wieder nachwächst, ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen. Daher brauchen wir das Deutsche Reich, um die Reichsorganisation der deutschen Polizei damit nicht zu belasten. Wir brauchen diese Elemente nicht erst in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen, denn damit hätten wir nur Schereien und einen unnötigen Briefwechsel mit den Familienangehörigen, sondern wir liquidieren die Dinge im Lande. Wir werden es auch in der Form tun, die die einfachste ist.

Brigadeführer Streckenbach berichtet dann über den gegenwärtigen Stand der AB-Aktion und weist einleitend darauf hin, dass die Sicherheitspolizei in der Zeit vom

Herbst vergangenen Jahres bis zum März die Aufgaben, die ihr zugewiesen worden seien, gelöst und die Aktionen durchgeführt habe, die sich aus der allgemeinen Arbeit der Polizei ergeben hätten. Nebenher seien die Vorbereitungen zur planmässigen und damit auch zur endgültigen Niederhaltung des polnischen politischen Widerstandes und gleichzeitig der Unschädlichmachung des Verbrechertums im Generalgouvernement gelaufen. Mit der ersten Grossaktion gegen die polnische Widerstandsbewegung habe eigentlich nunmehr die planmässige Arbeit begonnen. Dieser grosse Einbruch in die polnische Widerstandsbewegung bedeute einen Anfang, der nie ein Ende nehme. Denn die einmalige Verhaftung von Funktionären bedeute nicht ein Ende der Bewegung, sondern es gehe immer von einer Verhaftung zu anderen. So sei denn auch die Sicherheitspolizei seit der Aktion vom 31. März nicht wieder von der Widerstandsbewegung losgekommen, sondern sie werde immer Gegner bleiben, solange es überhaupt im Generalgouvernement Kreise gebe, die der deutschen Verwaltung Widerstand entgegensetzen wollten.

(...)

In den Händen der Sicherheitspolizei hätten sich zu Beginn der ausserordentlichen Befriedungsaktion etwa 2'000 Männer und einige hundert Frauen befunden, die als irgendwie geartete Funktionäre der polnischen Widerstandsbewegung in Haft gesetzt worden seien. Sie stellen wirklich eine geistige Führerschicht der polnischen Widerstandsbewegung dar. Natürlich sei diese Führerschicht nicht auf die 2'000 Personen beschränkt. In den Akten und Karteien des Sicherheitsdienstes befänden sich weitere etwa 2'000 Namen von Personen, die diesem Kreis zuzurechnen seien. Das seien Personen, die angesichts ihrer Tätigkeit und ihres Verhaltens ausnahmslos ohnehin unter die für das Generalgouvernement geltende Standrechtsverordnung fielen. Die summarische Aburteilung dieser Leute habe in dem Augenblick begonnen, in welchem die ausserordentliche Befriedungsaktion angeordnet worden sei. Die standrechtliche Aburteilung der 2'000 Inhaftierten nähere sich ihrem Ende, und es seien nur noch wenige Personen abzuurteilen.

Nach Durchführung dieses summarischen Standgerichtsverfahrens habe nun schon eine Festnahmeaktion begonnen, die den Kreis der dem Sicherheitsdienst bekannten, aber noch nicht inhaftierten Leute ebenfalls in die Hände der Sicherheitspolizei und damit zur summarischen Aburteilung bringen solle. Das Ergebnis dieser Festnahmeaktion stehe noch nicht fest. Er rechne mit einem 75%-igen Ergebnis. Insgesamt würde also die Aktion einen Kreis von etwa 3'500 Menschen umfassen.

Es sei kein Zweifel, dass man mit diesen 3'500 Personen wirklich den politisch gefährlichsten Teil der Widerstandsbewegung im Generalgouvernement erfasse.

Der Herr Generalgouverneur fasst das Ergebnis der Beratungen zusammen und führt aus:

Was die Konzentrationslager anlangt, so waren wir uns klar, dass wir hier im Generalgouvernement Konzentrationslager im eigentlichen Sinne nicht einrichten wollen. Wer bei uns verdächtig ist, der soll gleich liquidiert werden. Was sich draussen in den Konzentrationslagern des Reiches an Häftlingen aus dem Generalgouvernement befindet, das soll uns zur AB-Aktion zur Verfügung gestellt oder dort erledigt werden. Wir können nicht die Reichskonzentrationslager mit unseren Dingen belasten... Es bleibt bei der schärfsten antipolnischen Tendenz, wobei jedoch Rücksicht genommen werden muss auf die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des polnischen Arbeiters und des polnischen Bauern. Wir müssen uns darüber klar sein, dass wir dieses Gebiet des Generalgouvernements nicht halten können, wenn wir einen Ausrottungsfeldzug gegen die polnischen Bauern und Arbeiter beginnen würden in der Form, wie er von einzelnen Phantasten gedacht ist. Es kann sich nur um die Beseitigung der Führerschicht handeln, aber das arbeitende Volk muss unter unserer verantwortlichen Befehlsgewalt nutzbringende Arbeit leisten. Daher ist es zweckmässig, dass die Polizei auch von diesem Volk der Bauern und Arbeiter als eigener Schutz angesehen wird. Helfen Sie mir bitte, diese Splitterungspolitik zu unterstützen! Es würde nicht schaden, wenn die Polizei von sich aus öfters demonstrativ den Schutz eines polnischen Arbeiters übernehmen würde gegen einen polnischen Grosskapitalisten. Es müsste sich ganz allgemein unter den polnischen Bauern und Arbeitern die Meinung verbreiten: wir stehen unter dem Schutz des Reiches und seiner Exekutivorgane und brauchen uns nicht fürchten,-wenn wir unsere Arbeit tun. Diese allgemeine Aktion ist umso wichtiger, je schärfer wir gegen die eigentlichen Machthaber und Führerpersönlichkeiten in Polen vorgehen.

SS-Obergruppenführer Krüger dankt dem Herrn Generalgouverneur dafür, dass er den Männern der SS und Polizei neue Richtlinien für ihre zukünftige Arbeit gegeben hat, und bittet ihn, versichert zu sein, dass Polizei und SS unbeirrt und verantwortungsbewusst unter der Führung des Generalgouverneurs ihre Pflicht weiterhin erfüllen werden.

14.4.1942

16^{oo}

Pressebesprechung im Königssaal der Burg zu Krakau

Der Herr Generalgouverneur fasst das Ergebnis der Besprechung in folgenden Ausführungen zusammen:

Wir sind uns alle klar darüber, dass wir dieser Millionenbevölkerung von Polen eine irgendwie über das Nachrichtenmässige hinausgehende Presse geben müssen. Der Grund dafür liegt nicht bei den Polen, sondern in unserem eigensten Interesse. Denn wir müssen zummindesten so tun, wie wenn das Generalgouvernement eine Art Schutzbereich im grossdeutschen Raum ist. Wir können den Kampf nicht etwa dadurch erledigen, dass wir für 16 Millionen Polen 16 Millionen Nackenschüsse vollführen und damit das polnische Problem lösen. Solange die Polen leben, müssen sie für uns arbeiten und von uns in diesen Arbeitsprozess eingeschaltet werden.

15.1.44.

15^{oo}

Einführung des Gouverneurs Dr. v. Burgsdorff in ein Amt als Distriktsstandortführer des Distrikts Krakau im Sitzungssaal der Distriktsstandortführung Stefansplatz 9.

Wenn wir den Krieg einmal gewonnen haben, dann kann meinetwegen aus den Polen und aus den Ukrainern und dem, was sich hier herumtreibt, Hackfleisch gemacht werden, es kann gemacht werden, was will. Aber in diesem Augenblick kommt es nur darauf an, ob es gelingt, fast 15 Millionen eines gegen uns sich organisierenden feindlichen Volkstums in Ruhe, Ordnung, Arbeit und Disziplin zu halten. Wenn es nicht gelingt, dann kann ich vielleicht triumphierend sagen: Ich habe 2 Millionen Polacken umgebracht. Ob dann aber die Züge an die Ostfront fahren, ob die Monopolbetriebe arbeiten, die jeden Monat 500'000 Liter Wodka und so und so viele Millionen Zigaretten liefern, ob die Ernährung und Landwirtschaft gesichert wird, von der wir allein 450'000 to Getreide ans Reich geliefert haben, das steht auf einem anderen Blatt.

Stanislaw Piotrowski, Hans Franks Tagebuch, Warszawa 1963, S. 3091310, S. 312-314, S. 316-320, S. 361, S. 418.

Richtlinien über die Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener und politischer Funktionäre

Abt. Landesverteidigung
(IV/QU)

Geheime Kommandosache
F.H.Qu., den 12.5.1941

Betr.: Behandlung gefangener politischer
und milit. russischer Funktionäre.

Chef sache!
Nur durch Offizier!

(Handschriftliche Notiz)
muss dem Führer noch einmal
vorgelegt werden.

J. 13.5
(Paraphe Jodls)

Vortragsnotiz.

1. OKH hat einen Entwurf für
«Richtlinien betr. Behandlung politischer Hoheitsträger usw. für die einheitliche Durchführung des bereits am 31. 3. 1941 erteilten Auftrages» vorgelegt, der als Anlage 1 beiliegt.

Anl. 1

Dieser Entwurf sieht vor:

- 1.) Politische Hoheitsträger und Leiter (Kommissare) sind zu beseitigen.
- 2.) Soweit sie von der Truppe ergriffen werden, Entscheidung durch einen Offizier mit Disziplinarstrafgewalt, ob der Betreffende zu beseitigen ist. Hierzu genügt die Feststellung, dass der Betreffende politischer Hoheitsträger ist.
- 3.) Politische Leiter in der Truppe werden nicht als Gefangene anerkannt und sind spätestens in den Dulags zu erledigen. Kein Abschieben nach rückwärts.
- 4.) Fachliche Leiter von wirtschaftlichen und technischen Betrieben sind nur zu ergreifen, wenn sie sich gegen die deutsche Wehrmacht auflehnen.
- 5.) Die Durchführung der Operationen darf durch diese Massnahmen nicht gestört werden. Planmässige Such- und Säuberungsaktionen unterbleiben.
- 5.) Im rückwärtigen Heeresgebiet sind Hoheitsträger und Kommissare mit Ausnahme der politischen Leiter in der Truppe den Einsatzkommandos

Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei abzugeben.

- II. Demgegenüber sieht die Denkschrift 3 des Reichsleiters Rosenberg vor, dass nur hohe und höchste Funktionäre zu erledigen seien, da die staatlichen, kommunalen und wirtschaftlichen Funktionäre für die Verwaltung des besetzten Gebietes unentbehrlich sind.
- III. Es ist deshalb eine Entscheidung des Führers erforderlich, welche Grundsätze massgebend sein sollen.

Vorschlag für den Fall II:

- 1.) Funktionäre, die sich gegen die Truppe wenden, was von dem radikalen Teil zu erwarten ist, fallen unter den «Erlass über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet Barbarossa». Sie sind als Freischärler zu erledigen. Eine gleiche Behandlung sehen die «Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rusland» (Anlage 2) vor.

Anl. 2

- 2.) Funktionäre, die sich keiner feindlichen Handlung schuldig machen, werden zunächst unbehelligt bleiben. Man wird es der Truppe kaum zumuten können, die verschiedenen Dienstgrade der einzelnen Sektoren aussondern zu können. Erst bei der weiteren Durchdringung des Landes wird es möglich sein, zu entscheiden, ob die verbliebenen Funktionäre an Ort und Stelle belassen werden können oder an die Sonderkommandos zu übergeben sind, sofern nicht diese selbst die Überprüfung vorzunehmen in der Lage sind.
- 3.) Funktionäre in der Truppe werden entsprechend dem Vorschlag OKH. zu behandeln sein. Diese werden nicht als Gefangene anerkannt und sind spätestens in den Durchgangslagern zu erledigen und keinesfalls nach rückwärts abzuschieben.

Verteiler:

(gez.) Warlimont

Chef W F St. (handschriftlicher Zusatz)

Mit der Vergeltung gegen deutsche Flieger müssen wir rechnen. Man zieht daher die ganze Aktion am besten als Vergeltung auf.

J.

(Paraphe Jodls)

IMT, Bd. XXVI, S. 406-408.

Planmässige Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener

Ich, Kurt Lindow, mache unter Eid und nach vorheriger Einschwörung folgende Erklärung:

1. Ich war Kriminaldirektor im Amt IV des RSHA und Leiter des Referates IV A 1 von Mitte 1942 bis Mitte 1944. Ich habe den Rang eines SS-Sturmbannführers.
2. Dem Referat IV A 1 war von 1941 bis Mitte 1943 ein Sachgebiet angegliedert, das der Regierungsoberinspektor, spätere Regierungsamtmann und SS-Hauptsturmführer Franz Königshaus leitete. In diesem wurden Kriegsgefangenenangelegenheiten bearbeitet. Mir ist aus diesem Sachgebiet bekannt geworden, dass Erlasse und Befehle des Reichsführers Himmler aus den Jahren 1941 und 1942 bestanden, nach welchen gefangengenommene sowjetrussische politische Kommissare und jüdische Soldaten exekutiert werden sollten. Nach meiner Kenntnis liefen Vorschläge zu Exekutionen solcher Kriegsgefangenen aus den einzelnen Kriegsgefangenenlagern ein. Königshaus musste dann die Exekutionsbefehle vorbereiten und legte diese dem Amtschef IV, Müller, zur Unterschrift vor. Diese



SS-Männer treiben ihre Opfer zur Hinrichtungsstätte



Ukraine. Exekution am 4. Juli 1941. Von der SS zusammengetriebene jüdische Männer, Frauen und Kinder werden gezwungen, ihr eigenes Grab zu schaufeln



448 *Wer sich der Unterdrückung widersetzte, wurde erschossen*



SS vergräbt ihre Opfer

Entwürfe waren so abgefasst, dass ein Schreiben an die beantragende Dienststelle, ein zweites Schreiben an ein jeweils bestimmtes Konzentrationslager zur Anweisung der Exekution zu versenden waren. Die betreffenden Kriegsgefangenen wurden vorerst formell entlassen, dann in ein Konzentrationslager zur Exekution überführt.

3. Der Sachbearbeiter Königshaus war mir in personeller Hinsicht unterstellt, und zwar von Mitte 1942 bis etwa Anfang 1943, und arbeitete sachlich direkt mit dem Gruppenleiter IV A, Regierungsdirektor Panzinger, zusammen. Das Sachgebiet wurde etwa Anfang 1943 aufgelöst und auf die Länderreferate bei IV B auf geteilt. Die für russische Kriegsgefangene in Frage kommenden Arbeiten müssen dann von IV B 2 a bearbeitet worden sein. Leiter des Referates IV B 2 a war Regierungsrat und Sturmbannführer Hans-Helmut Wolf.
4. In den Kriegsgefangenenlagern der Ostfront bestanden kleinere Einsatzkommandos, die von Angehörigen der Geheimen Staatspolizei (Unterbeamten) geleitet wurden. Diese Kommandos waren den Lagerkommandanten zugeteilt und

hatten die Aufgabe, die Kriegsgefangenen, die für eine Exekution, gemäs den ergangenen Befehlen, in Frage kamen, auszusondern und dem Geheimen Staatspolizeiamt zu melden.

Oberursel, den 30. September 1945.

gez. Kurt Lindow
SS-Sturmbannführer

*Aus der eidesstattlichen Erklärung
des ehemaligen SS-Sturmbannführers Lindow.*

In: Beweisdokumente für die Spruchgerichte in der Britischen Zone, S. 21.

«Vergeltungsmassnahmen» gegen die Bevölkerung

Der Chef
des Oberkommandos der Wehrmacht
W F St/ A b t. L (IV/Qu)
Nr.002060/41 g.Kdos.

F.H.Qu., 16. 9. 41
Geheime Kommandosache
40 Ausfertigungen
25. Ausfertigung.

Betr.: Kommunistische Aufstandsbewegung in den besetzten Gebieten.

- 1.) Seit Beginn des Feldzuges gegen Sowjetrussland sind in den von Deutschland besetzten Gebieten allenthalben kommunistische Aufstandsbewegungen ausgebrochen. Die Formen des Vorgehens steigern sich von propagandistischen Massnahmen und Anschlägen gegen einzelne Wehrmichtsangehörige bis zu offenem Aufruhr und verbreitetem Bandenkrieg ...
Angesichts der vielfachen politischen und wirtschaftlichen Spannungen in den besetzten Gebieten muss ausserdem damit gerechnet werden, dass nationalistische und andere Kreise diese Gelegenheit ausnutzen, um durch Anschluss an den kommunistischen Aufruhr Schwierigkeiten für die deutsche Besatzungsmacht hervorzurufen.
Auf diese Weise entsteht in zunehmendem Masse eine Gefahr für die deutsche Kriegführung, die sich zunächst in einer allgemeinen Unsicherheit für die Besatzungstruppe zeigt und auch bereits zum Abzug von Kräften nach den hauptsächlichsten Unruheherden geführt hat.
- 2.) Die bisherigen Massnahmen, um dieser allgemeinen kommunistischen Aufstandsbewegung zu begegnen, haben sich als unzureichend erwiesen. Der Führer hat nunmehr angeordnet, dass überall mit den schärfsten Mitteln einzugrei-

fen ist, um die Bewegung in kürzester Zeit niederzuschlagen.

Nur auf diese Weise, die in der Geschichte der Machtergreifung grosser Völker immer mit Erfolg angewandt worden ist, kann die Ruhe wieder hergestellt werden.

3.) Hierbei ist nach folgenden Richtlinien zu verfahren:

a) Bei jedem Vorfall der Auflehnung gegen die deutsche Besatzungsmacht, gleichgültig wie die Umstände im Einzelnen liegen mögen, muss auf kommunistische Ursprünge geschlossen werden.

b) Um die Umtriebe im Keime zu ersticken, sind beim ersten Anlass unverzüglich die schärfsten Mittel anzuwenden, um die Autorität der Besatzungsmacht durchzusetzen und einem weiteren Umsichgreifen vorzubeugen. Dabei ist zu bedenken, dass ein Menschenleben in den betroffenen Ländern vielfach nichts gilt und eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden kann. Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muss in diesen Fällen im Allgemeinen die Todesstrafe für 50-100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muss die abschreckende Wirkung noch erhöhen.

Das umgekehrte Verfahren, zunächst mit verhältnismässig milden Strafen vorzugehen und zur Abschreckung sich mit Androhung verschärfter Massnahmen zu begnügen, entspricht diesen Grundsätzen nicht und ist daher nicht anzuwenden.

c) Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und dem betroffenen Lande sind für das Verhalten der militärischen Besatzungsbehörde nicht massgebend ...

d) Landeseigene Kräfte werden im Allgemeinen zur Durchsetzung solcher Gewaltmassnahmen versagen. Ihre Verstärkung bringt erhöhte Gefahren für die eigene Truppe mit sich und muss daher unterbleiben.

Dagegen kann von Prämien und Belohnungen für die Bevölkerung in reichem Masse Gebrauch gemacht werden, um ihre Mithilfe in geeigneter Form zu sichern.

e) Soweit ausnahmsweise kriegsgerichtliche Verfahren in Verbindung mit kommunistischem Aufruhr oder mit sonstigen Verstössen gegen die deutsche Besatzungsmacht anhängig gemacht werden sollten, sind die schärfsten Strafen geboten.

Ein wirkliches Mittel der Abschreckung kann hierbei nur die Todesstrafe sein. Insbesondere müssen Spionagehandlungen, Sabotageakte und Versuche, in eine fremde Wehrmacht einzutreten, grundsätzlich mit dem Tode bestraft wer-

den. Auch bei Fällen des unerlaubten Waffenbesitzes ist im Allgemeinen die Todesstrafe zu verhängen.

- 4.) Die Befehlshaber in den besetzten Gebieten sorgen dafür, dass diese Grundsätze allen militärischen Dienststellen, die mit der Behandlung kommunistischer Aufruhrmassnahmen befasst werden, unverzüglich bekanntgegeben werden. (...)

Keitel.

Der Nürnberger Prozess, Bd. II, S. 487/488.



*Ukraine, Slorow am 5. Juli 1941.
Der Sohn dieser ermordeten Familie wurde von dem hinter ihm stehenden
faschistischen Offizier durch Genickschuss getötet*

Hinrichtungen in Brünn und Prag

SS-Führungshauptamt
Kommandoamt der Waffen-SS
Abt. I a Tgb. 4116/41 geh.

Berlin-Wilmersdorf, den 14.10.1941
Kaiserallee 188

Geheim!

Betr.: Zwischenbericht über zivilen Ausnahmezustand.

An den Reichsführer SS

Über den Einsatz der Waffen-SS im Protektorat Böhmen und Mähren anlässlich des Zivilen Ausnahmezustandes erstatte ich folgenden Zwischenbericht:

Zu Erschiessungen bezw. zur Aufsichtführung bei Erhängungen werden in gegenseitigem Wechsel sämtliche Bataillone der Waffen-SS im Protektorat Böhmen und Mähren herangezogen.

Es fanden bisher statt:

in Prag:	99 Erschiessungen 21 Erhängungen
in Brünn:	54 Erschiessungen 17 Erhängungen
insgesamt:	191 Hinrichtungen (hiervon 16 Juden).

Ein ausführlicher Bericht über sonstige Massnahmen und über das Verhalten der Führer, Unterführer und Männer folgt nach Beendigung des zivilen Ausnahmezustandes.

gez. Unterschrift
SS-Gruppenführer und Generalleutnant
der Waffen-SS.

Beweisdokumente für die Spruchgerichte in der Britischen Zone, S. 75.

Massenmord an jugoslawischen Zivilisten

STANDORTKOMMANDANTUR
Kragujevac

Kragujevac, den 21. Oktober 1941

Bekanntmachung

Die feigen und hinterlistigen Überfälle in der vergangenen Woche auf deutsche Soldaten, wobei 10 getötet und 26 verwundet wurden, mussten gesühnt werden. Es wurden deshalb für jeden getöteten deutschen Soldaten 100 und für jeden verwundeten 50 Landesbewohner, u.zw. vor allem Kommunisten, Banditen und deren Helfershelfer, zusammen 2'300, erschossen. In Zukunft wird bei jedem ähnlichen Fall, sei es auch nur ein Sabotageakt, mit gleicher Strenge durchgegriffen werden.

Der Standortälteste

IMT, Bd. XXXIX, S. 366.



SS im Einsatz in Jugoslawien. Bestialische Ermordung eines jugoslawischen Partisanen

Massenexekutionen von Sowjetbürgern

(. . .) Anlage 8

Übersicht über die Zahl der bisher
durchgeführten Exekutionen.

Übersicht über die Zahl der exekutierten
Personen.

Litauen	Juden	Kommunisten	zusammen:
Gebiet Kauen Stadt u. Land	31 914	80	31 994
Gebiet Schaulen	41 382	763	42 145
Gebiet Wilna	7 015	17	7 032
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	80 311	860	81 171
Lettland	Juden	Kommunisten	zusammen:
Gebiet Riga Stadt u. Land			6 378
Gebiet Mitau			3 576
Gebiet Libau			11 860
Gebiet Wolmar			209
Gebiet Dünaburg	9 256	589	9 845
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	30 025	1 843	31 868
	Juden	Kommunisten	zusammen:
Estland	474	684	1 158
Weisruthenien	7 620		7 620
Zusammenstellung			
Litauen	80 311	860	81 171
Lettland	30 025	1 843	31 868
Estland	474	684	1 158
Weisruth.	7 620	–	7 620
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	118 430	3 387	121 817

Dazu kommen:	
In Litauen u. Lettld. durch Pogrome beseitigte Juden	5 500
Im altruss. Raum exekut. Juden. Kommunisten	
u. Partisanen	2 000
Geistesranke	748
	122 445
Von Stapo u. SD-Abschnitt Tilsit in Grenzstreifen liquidierte	
Kommunisten und Juden	5 502
	135 567
F.d.R.	
Unterschrift (unl.)	

Aus dem Bericht des Chefs der Einsatzgruppe A, SS-Brigadeführer Stahlecker, vom 31. Oktober 1941. In: Der Nürnberger Prozess, Bd. II, S. 554/555.

Tbc-krankte Polen sollten «ausgemerzt» werden

Reichsführer!

Die von Ihnen im Einvernehmen mit dem Chef des Reichssicherheits-Hauptamtes, SS-Obergruppenführer Heydrich, genehmigte Aktion der Sonderbehandlung von rund 100'000 Juden in meinem Gaugebiet wird in den nächsten 2-3 Monaten abgeschlossen werden können. Ich bitte Sie um die Genehmigung, mit dem vorhandenen und eingearbeiteten Sonderkommando im schluss an die Judenaktion den Gau von einer Gefahr befreien zu dürfen, die mit jeder Woche katastrophalere Formen annimmt.

Es befinden sich im Gau ca. 230'000 bisher erkannte Tbc-Kranke polnischer Volkszugehörigkeit., Von diesen wird die Zahl der mit offener Tuberkulose behafteten Polen auf ca. 35'000 geschätzt. Diese Tatsache hat in immer erschreckenderem Masse dazu geführt, dass Deutsche, welche vollkommen gesund in den Warthegau gekommen sind, sich angesteckt haben. Insbesondere wird die Ansteckungsgefahr bei deutschen Kindern mit immer größerer Wirkung gemeldet. Eine ganze Reihe namhafter, führender Männer, insbesondere auch aus der Polizei, sind in der letzten Zeit angesteckt worden und fallen durch die notwendig gewordene Behandlung für den Kriegseinsatz aus. Die effektiv immer größer werdenden Gefahrenmomente sind auch von dem Stellvertreter des Reichsgesundheitsführers, Pg. Prof. Dr. Blome⁵¹, sowie von dem Führer Ihres Röntgen-Sturmabannes, SS-Standardenführer Prof. Dr. Hohlfelder, erkannt und gewürdigt worden.

Wenngleich auch im Altreich mit entsprechend drakonischen Massnahmen gegenüber dieser Volkspest nicht durchgegriffen werden kann, glaube ich es doch verantworten zu können, Ihnen vorzuschlagen, hier im Warthegau die Fälle der offenen Tbc. innerhalb des poln. Volkstums ausmerzen zu lassen. Selbstverständlich dürfte nur derjenige Pole einer solchen Aktion überstellt werden, bei dem amtsärztlich nicht nur die offene Tbc., sondern auch deren Unheilbarkeit festgestellt und bescheinigt worden ist.

Bei der Dringlichkeit dieses Vorhabens bitte ich möglichst schnell um Ihre grundsätzliche Genehmigung, damit jetzt während der ablaufenden Aktion gegen die Juden bereits die Vorbereitungen zum anschliessenden Anlaufen der Aktion gegenüber den offen mit Tbc behafteten Polen mit allen Vorsichtsmassnahmen getroffen werden können.

Heil Hitler!

Greiser

Schreiben des Reichsstatthalters Greiser vom 1. Mai 1942.

In: Faschismus – Getto – Massenmord.

Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges. Hrsg. vom Jüdischen Historischen Institut Warschau, Berlin 1960, S. 278.



Vor der Liquidierung zwang die SS ihre Opfer, sich zu entkleiden

Gaswagen als Mittel der Massenvernichtung

Feldpostnummer 32 704
B. Nr. 40/42

Kiew, den 16. Mai 1942

Geheime Reichssache!

An
SS-Obersturmbannführer Rauff in Berlin
Prinz-Albrecht-Str. 8

Die Überholung der Wagen bei der Gruppe D und C ist beendet. Während die Wagen der ersten Serie auch bei nicht allzu schlechter Wetterlage eingesetzt werden können, liegen die Wagen der zweiten Serie (Saurer) bei Regen wetter vollkommen fest. Wenn es z.B. nur eine halbe Stunde geregnet hat, kann der Wagen nicht eingesetzt werden, weil er glatt wegrutscht. Benutzbar ist er nur bei ganz trockenem Wetter. Es tritt nun die Frage auf, ob man den Wagen nur am Orte der Exekution im Stand benutzen kann. Erstens muss der Wagen an diesen Ort gebracht werden, was nur bei guter Wetterlage möglich ist. Der Ort der Exekution befindet sich aber meistens 10-15 km abseits der Verkehrswege und ist durch seine Lage schon schwer zugänglich, bei feuchtem oder nassem Wetter überhaupt nicht. Fährt oder führt man die zu Exekutierenden an diesen Ort, so merken sie sofort, was los ist, und werden unruhig, was nach Möglichkeit vermieden werden soll. Es bleibt nur der eine Weg übrig, sie am Sammelorte einzuladen und dann hinauszufahren.

Die Wagen der Gruppe D habe ich als Wohnwagen tarnen lassen, indem ich an den kleinen Wagen auf jeder Seite einen, an den grossen auf jeder Seite zwei Fensterläden anbringen liess, wie man sie oft an den Bauernhäusern auf dem Lande sieht. Die Wagen waren so bekannt geworden, dass nicht nur die Behörden, sondern auch die Zivilbevölkerung den Wagen als «Todeswagen» bezeichneten, sobald eines dieser Fahrzeuge auf tauchte. Nach meiner Meinung kann er auch getarnt nicht auf die Dauer verheimlicht werden.

Der Saurerwagen, den ich von Simferopol nach Taganrog überführte, hatte unterwegs Bremschaden. Beim S. K. in Mariupol wurde festgestellt, dass die Manschette der kombinierten Öl-Luftdruckbremse an mehreren Stellen gebrochen war. Durch Überredung und Bestechung beim H. K. P. gelang es, eine Form drehen zu lassen, nach der zwei Manschetten gegossen wurden. Als ich einige Tage später nach Stalino und Gorlowka kam, beklagten sich die Fahrer der Wagen über den-

selben Schaden. Nach Rücksprache mit den Kommandeuren dieser Kommandos begab ich mich nochmals nach Mariupol, um weitere Manschetten für diese Wagen anfertigen zu lassen. Auf Vereinbarung werden für jeden dieser Wagen zwei Manschetten gegossen, sechs Manschetten bleiben als Reserve in Mariupol für die Gruppe, und 6 Manschetten werden an SS-Untersturmführer Ernst für die Wagen der Gruppe C nach Kiew gesandt. Für die Gruppen B und A könnten die Manschetten von Berlin aus beschafft werden, weil der Transport von Mariupol nach dem Norden zu umständlich ist und zu lange dauern würde. Kleinere Schäden an den Wagen werden von Fachleuten der Kommandos bzw. der Gruppen in einer Werkstatt ausgeführt.

Durch das unebene Gelände und die kaum zu beschreibenden Wege- und Straßenverhältnisse lockern sich im Laufe der Zeit die Abdichtungen und Nietstellen. Ich wurde gefragt, ob in solchen Fällen der Wagen zur Reparatur nach Berlin überführt werden soll. Eine Überführung nach Berlin käme viel zu teuer und würde zu viel Betriebsstoff erfordern. Um diese Ausgabe zu sparen, gab ich die Anordnung, kleinere undichte Stellen selbst zu löten und wenn das nicht mehr zu machen wäre, sofort Berlin durch Funk zu benachrichtigen, dass der Wagen Pol. Nr.... ausgefallen sei. Ausserdem ordnete ich an, bei den Vergasungen alle Männer vom Wagen möglichst fernzuhalten, damit sie durch evtl. ausströmende Gase gesundheitlich nicht geschädigt werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf folgendes aufmerksam machen: Verschiedene Kommandos lassen nach der Vergasung durch die eigenen Männer ausladen. Die Kommandeure der betreffenden S. K. habe ich darauf aufmerksam gemacht, welche ungeheure seelische und gesundheitliche Schädigungen diese Arbeit auf die Männer, wenn auch nicht sofort, so doch später haben kann. Die Männer beklagten sich bei mir über Kopfschmerzen, die nach jeder Ausladung auftreten. Trotzdem will man von dieser Anordnung nicht abgehen, weil man befürchtet, dass die für die Arbeit herangezogenen Häftlinge einen günstigen Augenblick zur Flucht benutzen könnten. Um die Männer vor diesen Schäden zu bewahren, bitte ich, dementsprechende Anordnungen herauszugeben. Die Vergasung wird durchweg nicht richtig vorgenommen. Um die Aktion möglichst schnell zu beenden, geben die Fahrer durchweg Vollgas. Durch diese Massnahme erleiden die zu Exekutierenden den Erstickungstod und nicht, wie vorgesehen, den Einschlafertod. Meine Anleitungen haben nun ergeben, dass bei richtiger Einstellung der Hebel der Tod schneller eintritt und die Häftlinge friedlich einschlafen. Verzerrte Gesichter und Ausscheidungen, wie sie seither gesehen wurden, konnten nicht mehr bemerkt werden.

Im Laufe des heutigen Tages erfolgt meine Weiterreise nach der Gruppe B, wo mich weitere Nachrichten erreichen können.

Dr. Becker
SS – Unterturmführer

Das Dritte Reich und die Juden, S. 140-142.

Die Vernichtung Lidices – Massenmord an unschuldigen Männern, Frauen und Kindern

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Prag
-L-

Prag, den 24. Juni 1942

Vergeltungsmassnahmen gegen die Ortschaft L i d i t z.

Auf Befehl des Führers wurden gegen die Ortschaft L i d i t z in Böhmen Vergeltungsmassnahmen durchgeführt, weil flüchtige tschechische Fallschirmagenten nach ihrem Absprung aus englischen Flugzeugen in dieser Ortschaft angelaufen sind und von Verwandten ebenfalls bei der tschechischen Legion in England stehender Dorfeinwohner und einem grossen Teil der Ortsbewohner unterstützt werden.

Die Ortschaft, die aus 95 Häusern besteht, wurde vollständig niedergebrannt, 199 männliche Einwohner über 15 Jahren wurden an Ort und Stelle erschossen, 184 Frauen in das Konzentrationslager Ravensbrück, 7 Frauen in das Polizeigefängnis Theresienstadt, 4 schwangere Frauen in das Krankenhaus in Prag, 88 Kinder nach Litzmannstadt überführt, während 7 Kinder unter einem Jahr in ein Heim nach Prag gebracht wurden. 3 Kinder werden zur Eindeutschung in das Altreichsgebiet gebracht. Eine schwerkranke Frau liegt noch im Krankenhaus in Kladno.

gez. Dr. Geschke.

Komitee, Fonds SS.



Vera Urbanova



Rudolf Kubela



Josef Brejcha



Marie Mulakova

Kinder aus Lidice, die von deutschen Faschisten verschleppt wurden



Die Leichen der erschossenen männlichen Bewohner von Lidice

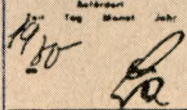
Fernschreiben des SS-Obersturmbannführers Krumey⁵²
über „die Weiterverwendung der Kinder“ von Lidice

Zwangsreisepersonalstelle

L. Nr. En. 7111/26 Tgb.-Nr. 6113/42 Litzmannstadt, den 20. Juni 1942

Geheime Staatspolizei — Staatspolizeistelle Litzmannstadt

Nachrichten-Uebermittlung

Aufgabenerreicherung		Datum für Übergangstermin	Anfertigung		
Zur	Tag Monat Jahr		Zur	Tag Monat Jahr	
—		—			
—		—		Verteilergruppenmerk	
N. O		6. 6.		Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben Fernspruch	

Fernschreiben

Schmitt

An das
Reichssicherheitshauptamt
- Referat IV B 4 -
z. Hd. #-Obersturmbannführer Eichmann
Berlin
Kurfürstenstraße 115/116

Betr.: Überstellung von 88 tschechischen Kindern aus
der Gemeinde Liditz nach Litzmannstadt.
Vorg.: Rücksprache mit #-Ostufaf. Kichmann.

Am 13.6.1942 sind hier 88 tschechische Kinder aus
der obengenannten Gemeinde eingetroffen. Angemeldet
war dieser Transport vom Befehlshaber der Sicherheits-
polizei und des SD, Prag. Das PS war gezeichnet von
#-Obersturmbannführer Pischer.

In einem PS vom 17.6.1942 habe ich den Befehlshaber
der Sipo u.d. SD gebeten, bei IV B 4 zu klären, was
mit den tschechischen Kindern zu geschehen hat. Von
RuS sind in der Zwischenzeit 7 Kinder als rückdeutschungs-
fähig befunden worden.

Nachdem ich weder von IV B 4 noch vom Befehlshaber
der Sipo u.d. SD über die Weiterverwendung der Kinder
Nachricht habe und die Kinder ohne Gepäck hierher über-
stellt worden sind, bitte ich dringend, über die Weiter-
verwendung der Kinder zu verfügen.


(Krumey)
#-Obersturmbannführer

Lidice wurde dem Erdboden gleichgemacht

Kladno Nr. 2331 1.7.42 17.10 – GO -

An den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
SS-Staf. Boehme o. V. i. A.
Prag und an die Stl. Prag z. Hd.
SS-Staf. Dr. Geschke o. V. i. A. –

Betr.: Liditz. –

Der Auftrag an die Pi.Komp. Morigl, Pi.Ers.Batl. 14 Weisenfels, die Ortschaft Liditz durch Sprengung dem Erdboden gleichzumachen, ist am 1.7.42 um 16,00 Uhr erfüllt worden. In der gew. Ortschaft steht kein Haus mehr. Die Truppe rückt aus Liditz ab und wird nach Ruhetag in Prag am 4.7.42 nach Weisenfels in Marsch gesetzt. – Der RAD macht weiterhin Bergungs- und Aufräumungsarbeiten. Es ist noch eine verhältnismässig grosse Menge Eisen zu bergen. – Die hermetische Absperrung des Ortes durch Prot. Gend. wird mit Wirkung vom 1.7.42 um 20,00 Uhr aufgehoben. Kontrollen der Trümmer werden durch den zuständigen Gend. Posten bis auf Weiteres durchgeführt.

Adst. Kladno

gez. Wiesmann
SS-Hauptsturmführer

Komitee, Fonds SS.



Lidice am 10. Juni 1942

Die Vernichtung des sowjetischen Dorfes Borysowka und seiner Einwohner

9. Pol. 15

O. U, den 27. 9. 1942.

Erfahrungsbericht.

über die in der Zeit vom 22. 9.-26. 9. 42 im Dorf Borysowka
durchgeführte Befriedungsaktion.

1. Auftrag: Der banden verseuchte Ort Borysowka ist durch die 9. Kompanie zu vernichten.
2. Kräfte: 2 Züge der 9. Pol. 15, 1. Gend. Zug (und 16) und 1 Pak-Zug von Bereza-Kartuska.
3. Verlauf: Die Komp, sammelte am 22. 9. 42 abends in Dywin. In der Nacht vom 22. zum 23. 9. 42 erfolgte der Marsch von Dywin in Richtung Borysowka. Mit 2 Zügen wurde bis 04.00 Uhr früh das Dorf, von Norden und Süden umfassend, abgeriegelt. Mit Anbruch des Tages wurde durch den Dorfschulzen von Borysowka die gesamte Bevölkerung des Dorfes zusammengeholt. Nach Überprüfung der Bevölkerung unter Hinzuziehung der Sicherheitspolizei aus Dywin wurden 5 Familien nach Dywin umgesiedelt. Der Rest wurde durch ein besonders eingeteiltes Kommando erschossen und 500 m nordostw. Borysowka begraben. Es wurden insgesamt 169 Personen erschossen, davon 49 Männer, 97 Frauen und 23 Kinder.

Nachdem die Bevölkerung beseitigt war, wurde der Ort selbst durchgekämmt, das Vieh, die Lebensmittel und landwirtschaftliches Gerät zusammengetragen und mit Panjefahrzeugen nach Dywin geschafft. Gleichzeitig wurden durch dazu besonders eingeteilte Kommandos, die aus 3-4 Wm (SD), 4-5 Panjefahrzeugen und 3-4 Einheimischen bestanden, systematisch die weit verstreuten zum Dorf gehörigen einzelnen Gehöfte durchsucht und vernichtet. Beim Abbrennen der Gehöfte sowohl im Dorfkern wie auch der Einzelgehöfte (Chutors genannt) wurde einwandfrei festgestellt, dass in mehreren Gebäuden Munition zur Explosion kam. Offensichtlich war diese unter den Fußböden versteckt gehalten.

Dem Kreislandwirt in Dywin wurden zugeführt:

455 Rinder,
525 Schafe,
258 Schweine,
33 Pferde,
13 Hühner,
399 Sack Getreide,
48 Sack Leinsamen,
25 Fuder ungedröschenen Getreides,
27 Wagen mit Spinnstoffen.

Insgesamt wurden vernichtet:

Im Ort selbst 12 Dorfgehöfte und 8 Scheunen;
ausserhalb des Dorfes 67 Chutors.

Am 26. mittags war die Aktion beendet, Dorf und Bevölkerung von Borysowka vernichtet.

4. Erfahrungen:

Bei der Aktion hat sich herausgestellt, dass die zur Durchführung zur Verfügung stehenden Kräfte bei der Beschaffenheit des Dorfes Borysowka nicht ausreichten. B. besteht aus einem Kern, der etwa 20 Gehöfte umfasst und einer Menge Einzelgehöfte (Chutors), die in einem Umkreis bis zu 5 km um den Dorfkern herum liegen. Jeder Hof bildet ein geschlossenes Ganzes. Die Höfe liegen etwa 400 bis 700 m voneinander entfernt. Hinzu kommt, dass das Siedlungsgebiet des Dorfes B. mit Wald durchsetzt ist, was naturgemäss die Durchführung der Aktion (Auffinden der Chutors) erschwert hat. Ausserdem lag die Anzahl der einzelnen Gehöfte, die zum Dorf gehörten, nicht genau fest. Es wurde festgestellt, dass die einzelnen Gehöfte soweit um Borysowka herum liegen, dass sie mit anderen Ortschaften einander überfliessen. Aus diesem Grunde musste ich mich darauf beschränken, zunächst den eigentlichen Dorfkern abzuriegeln und zu überholen und dann anschliessend nacheinander die einzelnen Chutors. Das hatte jedoch den Nachteil, dass die Chutors fast restlos von der Bevölkerung bereits verlassen waren. Die Absperrung des Dorfkerns konnte restlos durchgeführt werden.

Die Vollstreckung des Erschiessungsurteils hat sich durch die Vorbereitungen (Grabschaukeln) bis gegen Mittag des 1. Tages hingezogen ...

gez. Unterschrift



Erhängte Patrioten in Tulle

Die Vernichtung der friedlichen Ortschaft Oradour-sur-Glane

SS-Panzer-Grenadier-Regiment 4

«Der Führer»

Rgt. Gef. Std. 11.6. 1944

la

Tagesbericht für den 10./11. 6. 1944

SS-Pz-Gren. Rgt. 4 «Der Führer» setzte Säuberungsaktion am 10. u. 11.6.1944 im U.-Raum fort.

I./SS «DF» trat am 10. 6.1944, 13.30 Uhr auf ORADOUR an und umstellte den Ort. Nach Durchsuchung des Ortes wurde dieser niedergebrannt. Fast in jedem Haus war Munition gelagert. Am 11. 6.1944, 14.50 Uhr traten 2 Kp. aus NIEUL auf CHATEAUX an. Die Terroristen hatten den Ort bereits in der Nacht vom 10./11. 6. verlassen.

Ergebnisse: 548 Feindtote

–/1/1 eigene Verwundete.

F. d. R. d. A.

(Unterschrift unleserlich) Hauptmann.

Karl Stitzer, Mordprozess Oradour.

Nach Prozessberichten der «Humanité», .

Berlin 1954, S. 52.

Aussage des ehemaligen SS-Obergruppenführers von dem Bach-Zelewski⁵³ über die Beteiligung Reinefarths⁵⁴ an der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes

Frage: «Kämpften in Warschau zur Zeit, als Sie dort eintrafen, nur reguläre Truppen der 9. Armee?»

Antwort: «In diesem Augenblick erinnere ich mich – Verzeihung – nicht nur reguläre Truppen. Die Hauptkampfgruppe führte SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Reinefarth, der bis zu Beginn des Warschauer Aufstandes Höherer SS- und Polizeiführer in Posen war. Er führte die größte Gruppe.»

Frage: «War diese Kampfgruppe getrennt von den Truppen der 9. Armee?»

Antwort: «Jawohl. Das waren Truppen, von Himmler persönlich ausgewählt.»

Frage: «Also war Himmler zu der Zeit in Posen?»

Antwort: «Jawohl.»

Frage: «Führte er (Himmler) die Aktion gegen Warschau als Hauptbefehlshaber über die Wehrmacht des ganzen Hinterlandes?»

Antwort: «Ich kenne die Einzelheiten nicht, jedenfalls hatte Himmler in diesen Sachen Einblick. Er führte von dort aus, und ihm unterstand die Gruppe Reinefarth; dieser Gruppe unterstand auch die Brigade Dirlwanger.»

Frage: «Ist das die berühmte Brigade, die sich aus Verbrechern zusammensetzte?»

Antwort: «Jawohl, Herr Staatsanwalt. Das ist die Brigade, zu der kriminelle Elemente gehörten.»

Frage: «War die Brigade Dirlwanger die Hauptgruppe der die Aufständischen Bekämpfenden?»

Antwort: «Ich glaube, es war die Stosstruppe unserer Einheiten, die den Hauptangriff führten. Sie führte den Angriff auf der Hauptstrasse Posen-Warszawa. Von hier weiter in Richtung Schlosplatz (PlacZamkowy). Schliesslich drang sie weiter vor, denn irgendeine andere Gruppe stellte die Verbindung mit dem sich im gänzlich eingekreisten Palais Brühl befindlichen Stadtkommandanten General Stahel her. Das Kommando von Reinefarth befand sich am westlichen Rande der Stadt in der Nähe des Friedhofes.»

Frage: «War das die erste Einheit unter dem Befehl (Führung) von Reinefarth, mit der Sie Verbindung aufnahmen?»

Antwort: «Ja, aber Gruppenführer Reinefarth hatte mehr als eine Brigade.»

Frage: «Könnten Sie mir nicht sagen, welche Einheiten, ausser der Brigade Dirlwanger, noch unter dem Befehl von Reinefarth standen?»

Antwort: «Unter dem Befehl von Reinefarth standen auch die Polizeiformationen, die aus Posen eingetroffen waren.»

Frage: «Polizeiformationen? Wieviel Bataillone?»

Antwort: «Ich schätze sie auf zwei bis drei Bataillone. Darüber hinaus unterstellte die 9. Armee die sogenannten Kosaken unter seinen Befehl.»

Frage: «Von wem erhielten die erwähnten Einheiten der SS, die Brigade Dirlwanger, die Polizei, die Wehrmacht und die sogenannten Kosaken über Reinefarth ihre Befehle?»

Antwort: «Die SS-Brigade Dirlwanger und die Polizeitruppen erhielten ihre Befehle aus Posen von Himmler, die Bataillone der Wehrmacht und die sogenannten Kosaken erhielten ihre Befehle über Reinefarth von der 9. Armee.»

Frage: «Mit anderen Worten, zwei Einheiten wurden von Himmler und zwei von

der Wehrmacht geführt. Und Sie koordinierten ihre Tätigkeit. Also kehren wir wieder zur Chronologie der Ereignisse, die wir vorhin unterbrochen haben, zurück. Was geschah weiter nach Ihrer Ankunft?»

Antwort: «Als ich eintraf und mich mit dem Stand der Kämpfe bekannt gemacht hatte, stellte ich ein grosses Chaos fest. Jede Einheit schoss in eine andere Richtung, niemand wusste, auf wen geschossen werden sollte, und vom militärischen Standpunkt aus gesehen, war die ganze Situation schwer zu lösen. Auf dem Friedhof habe ich selbst gesehen, wie eine Gruppe von Zivilpersonen zusammengebracht und auf der Stelle von Angehörigen (Mitgliedern) der Kampfgruppe Reinefarth erschossen wurde.»

Frage: «Was taten Sie da?»

Antwort: «Oh, ich intervenierte sofort.

Frage: «Oh, das ist sehr interessant. Ich höre mit voller Aufmerksamkeit. Sicher haben Sie das Erschiessen von Zivilpersonen verboten.» Antwort: «Jawohl, ich habe es verboten und befahl, den ganzen Kampf abubrechen. Ich ging persönlich zu Reinefarth, traf ihn auf seinem Gefechtsstand, wo er sich verschanzt hatte; er besass eine eigene Funkstation, wie ich mich erinnere. Ich informierte ihn über die ganze Situation und machte ihn auf das herrschende Chaos, das ich bemerkt hatte, aufmerksam und auch darauf, dass seine Truppe unschuldige Zivilbevölkerung erschiesse. Hierauf machte mich Reinefarth auf den bestehenden ausdrücklichen Befehl von Himmler aufmerksam. Das erste, was er mir sagte, war, dass er einen ausdrücklichen Befehl erhalten habe, keine Gefangenen zu machen und dass jeder Bewohner Warschaws getötet werden solle. Ich fragte ihn: ‚Frauen und Kinder auch?‘, worauf er mir antwortete: ‚Ja, Frauen und Kinder auch‘.»

Frage: «Können Sie sich vielleicht an den genauen Wortlaut dieses Befehls erinnern? Vielleicht enthielt er noch weitere Einzelheiten?» Antwort: «Jeder Einwohner soll getötet werden, es dürfen keine Gefangenen gemacht werden. Warszawa soll dem Erdboden gleichgemacht werden, und auf diese Weise soll ein abschreckendes Beispiel für ganz Europa geschaffen werden.»

Zeznania Generalow Niemieckich Przed

Polskim Prokuratorem Instytut Wydawniczy «Kolumna» Sp. u. o. o., Warszawa 1949.

In: Annelie und Andrew Thorndike, Urlaub auf Sylt, Berlin 1958, S. 23-26.

Beförderung Reinefarths zum SS-Gruppenführer

Führerhauptquartier, den 30.7.1944

Ich be fördere den

SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei

Heinz Reinefarth

SS-Nr. 56 634

mit Wirkung vom 1. August 1944

zum

SS-Gruppenführer

und

Generalleutnant der Polizei

F.d.R.

gez. Adolf Hitler

+ Hoff
SS-Obergruppenführer und
General der Waffen-SS

nachrichtlich an:

SS-Oa. Warth

Hauptamt Ordnungspolizei

II B

II A 2

15 Aug. 1944

Justizminister Thierack regte eine schnellere Liquidierung von «Polen, Russen, Juden und Zigeunern» an

Der Reichsminister
der Justiz

Berlin, den 13. Oktober 1942.

An
Herrn Reichsleiter Bormann
Führerhauptquartier

Betr.: Straf rechtspflege gegen Polen, Russen, Juden und Zigeuner.

Sehr verehrter Herr Reichsleiter!

Unter den Gedanken der Befreiung des deutschen Volkskörpers von Polen, Russen, Juden und Zigeunern und unter den Gedanken der Freimachung der zum Reich gekommenen Ostgebiete als Siedlungsland für das deutsche Volkstum beabsichtige ich, die Strafverfolgung gegen Polen, Russen, Juden und Zigeuner dem Reichsführer-SS zu überlassen. Ich gehe hierbei davon aus, dass die Justiz nur in kleinem Umfange dazu beitragen kann, Angehörige dieses Volkstums auszurotten. Zweifellos fällt die Justiz jetzt sehr harte Urteile gegen solche Personen, aber das reicht nicht aus, um wesentlich zur Durchführung des oben angeführten Gedankens beizutragen. Es hat auch keinen Sinn, solche Personen Jahre hindurch in deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern zu konservieren, selbst dann nicht, wenn, wie das heute weitgehend geschieht, ihre Arbeitskraft für Kriegszwecke ausgenutzt wird. Dagegen glaube ich, dass durch die Auslieferung solcher Personen an die Polizei, die sodann frei von gesetzlichen Straftatbeständen ihre Massnahmen treffen kann, wesentlich bessere Ergebnisse erzielt werden. Ich gehe hierbei davon aus, dass solche Massnahmen im Kriege durchaus begründet erscheinen und dass gewisse von mir für notwendig erachtete Voraussetzungen beachtet werden. Diese Voraussetzungen bestehen darin, dass Polen und Russen nur von der Polizei verfolgt werden können, wenn sie bis zum 1. September 1939 ihren Aufenthalt oder Wohnort im ehemaligen Staatsgebiet Polen oder der Sowjetunion hatten und zweitens, dass Polen, die zur deutschen Volksliste angemeldet oder in ihr eingetragen worden sind, weiterhin der Strafverfolgung durch die Justiz überlassen bleiben.

Dagegen wäre eine Strafverfolgung gegen Juden und Zigeuner ohne diese Voraussetzungen durch die Polizei durchzuführen.

An der Strafverfolgung anderen fremden Volkstums durch die Justiz soll dagegen nichts geändert werden.

Der Reichsführer-SS, mit dem ich diese Gedanken besprochen habe, stimmt ihnen zu. Herrn Dr. Lammers⁵⁵ habe ich ebenfalls unterrichtet. Ich trage Ihnen, das, sehr verehrter Herr Reichsleiter, vor, mit der Bitte, mich wissen zu lassen, ob der Führer diese Auffassung billigt. Bejahendenfalls würde ich sodann mit meinen formellen Vorschlägen über Reichsminister Dr. Lammers hervortreten.

Heil Hitler!

Maurer-Prozess, Teil 2, sd. 5, Bl. 176/177.

Ihr Th.

«Strafrechtspflege gegen Polen und Angehörige der Ostvölker»

Reichssicherheitshauptamt
II A 2 Nr. 567/42 – 176 -

Berlin, den 5. November 1942.

Schnellbrief!

Geheim

An

- a) die Höheren SS- und Polizeiführer,
- b) die Befehlshaber und Inspekture der Sicherheitspolizei und des SD,
- c) die Leiter der Staatspolizei (leit) stellen,
- d) die Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD,
- e) die Leiter der Kriminalpolizei (leit) stellen,
- f) die Leiter der SD-(Leit-) Abschnitte

Nachrichtlich

den Ämtern I, HI, IV und V – je fünffach –

Betrifft: Straf rechtspflege gegen Polen und Angehörige der Ostvölker.

I. Der Reichsführer-SS hat mit Reichsjustizminister Thierack vereinbart, dass die Justiz auf die Durchführung ordentlicher Strafverfahren gegen Polen und Angehörige der Ostvölker verzichtet. Diese fremdvölkischen Personen sollen zukünftig der Polizei abgegeben werden. Entsprechend sollen Juden und Zigeuner behandelt werden. Die Vereinbarung ist vom Führer gebilligt worden. In Durchführung der Vereinbarung wird zur Zeit zwischen dem Reichssicherheitshauptamt und dem Reichsjustizministerium eine Regelung ausgearbeitet, die nach Möglichkeit zum 1.1.1943 in Kraft treten soll.

II. Dieser Vereinbarung liegen folgende Erwägungen zugrunde: Polen und Angehörige der Ostvölker sind fremdvölkische und rassistisch minderwertige Menschen, die im deutschen Reichsgebiet leben. Hieraus ergeben sich für die deutsche

Volksordnung erhebliche Gefahrenmomente, die zwangsläufig dazu führen, die Fremdvölkischen einem anderen Straf recht zu unterstellen als deutsche Menschen. Dieser Notwendigkeit ist bisher noch nicht in vollem Umfange Rechnung getragen worden. Lediglich für Polen ist auf strafrechtlichem Gebiet durch die Verordnung über die Straf rechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten vom 4.12.1941 (RGBl. I S. 759) eine Sonderregelung getroffen worden. Aber auch diese Sonderregelung enthält keine grundsätzliche Lösung der Fragen, die sich aus dem Zusammenleben von Deutschen mit Fremdvölkischen ergeben. Sie schafft lediglich verschärfte Strafbestimmungen und ein teilweise vereinfachtes Strafverfahren für Polen. An der eigentlichen Frage, dass Fremdvölkische aus staatspolitischen Erwägungen völlig anders als deutsche Menschen zu behandeln sind, geht sie jedoch vorbei, da sie im Grunde genommen trotz aller Verschärfungen die Wesenszüge der deutschen Straf rechtspflege auf Polen zur Anwendung bringt.

Bei der Aburteilung einer Straftat eines Polen werden daher im Prinzip immer noch dieselben Gesichtspunkte angewandt, die für die Aburteilung eines Deutschen massgeblich sind; d.h. der Richter geht von der Person des Täters aus und versucht, für die Tat unter weitgehender Würdigung der persönlichen Motive des Täters eine Sühne zu finden, die den Interessen der Volksgemeinschaft gerecht wird.

Diese Erwägungen, die für die Aburteilung einer Straftat eines Deutschen richtig sein mögen, sind für die Aburteilung einer Straftat eines Fremd völkischen jedoch falsch. Bei Straftaten eines Fremd völkischen haben die persönlichen Motive des Täters völlig auszuscheiden. Massgeblich darf nur sein, dass seine Tat die deutsche Volksordnung gefährdet und dass daher Vorkehrungen getroffen werden müssen, die weitere Gefährdungen verhindern. Mit anderen Worten, die Tat eines Fremd völkischen ist nicht unter dem Gesichtswinkel der justizmässigen Sühne, sondern unter dem Gesichtswinkel der polizeilichen Gefahrenabwehr zu sehen.

Hieraus ergibt sich, dass die Strafrechtspflege gegen Fremdvölkische aus den Händen der Justiz in die Hände der Polizei überführt werden muss.

III. Die vorstehenden Ausführungen dienen der persönlichen Information. Es bestehen jedoch keine Bedenken, im Bedarfsfalle die Gauleiter in entsprechender Form zu unterrichten.

In Vertretung: Beglaubigt: gez. Streckenbach. Kausch,
Büroangestellte,

Der Nürnberger Prozess, Bd. II, S. 492/493. Ro.

Sippenhaftung

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD für
den Distrikt Radom
IV. Bc – 5/44 g Rs.

Radom, den 19. Juli 1944.

Geheime Reichssache
13 Ausfertigungen

Eingangsstempel:

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD für
den Distrikt Radom Ausendienststelle
Tomaschow Eing. am: 22. 7.1944

4. Ausfertigung

An die
Ausendienststelle
z. Hd. von SS-Hauptstuf. Thiel – o. V. i. A. – in Tomaschow

Betrifft: Kollektivhaftung der Familienangehörigen von Attentätern und
Saboteuren.

Vorgang: Ohne.

Der Höhere SS- und Pol. Führer Ost hat am 28. 6.1944 folgenden Befehl erlassen:
«Die Sicherheitslage hat sich in den letzten Monaten im Generalgouvernement
derart verschlechtert, dass nunmehr mit radikalsten Mitteln und allerschärfsten
Massnahmen gegen fremdvölkische Attentäter und Saboteure durchgegriffen wer-
den muss. Reichsführer SS hat mit Zustimmung des Generalgouverneurs angeord-
net, dass in allen Fällen, in denen Attentate oder Attentatsversuche auf Deutsche
erfolgt sind oder Saboteure lebenswichtige Einrichtungen zerstörten, nicht nur die
gefassten Täter erschossen werden, sondern, dass darüber hinaus die sämtlichen
Männer der Sippe gleichfalls zu exekutieren und die dazugehörigen weiblichen
Angehörigen über 16 Jahre in das KZ. einzuweisen sind. Strikte Voraussetzung ist
hierfür selbstverständlich, dass, wenn der oder die Täter nicht festgenommen, ihre

Namen und Wohnorte einwandfrei ermittelt worden sind. Als männliche Angehörige der Sippe haben beispielsweise zu gelten:

Der Vater, Söhne (soweit sie über 16 Jahre alt sind), Brüder, Schwäger, Vettern und Onkel des Täters. Analog ist gegen die Frauen vorzugehen.

Mit diesem Verfahren ist beabsichtigt, eine Gesamthaftung durch alle Männer und Frauen der Sippe des Täters sicherzustellen. Es wird ferner damit der Lebenskreis des politischen Verbrechers auf das Empfindlichste getroffen. Diese Praxis hat beispielsweise schon Ende 1939 in den neuen Ostgebieten, insbesondere im Warthegau, die besten Erfolge gezeitigt. Sowie dieser neue Modus in der Bekämpfung von Attentätern und Saboteuren dem Fremdvölkischen bekannt wird – dies kann durch Mundpropaganda geschehen – werden die weiblichen Angehörigen einer Sippe, in der sich Mitglieder der Widerstandsbewegung oder Banden befinden, erfahrungsgemäß einen vorbeugenden Einfluss ausüben.»

Ich gebe hiervon Kenntnis und ersuche, in den einschlägigen Fällen (nicht zurückliegend) mit größtmöglicher Beschleunigung die entsprechenden Familienangehörigen zu ermitteln und sofort festzunehmen. Alsdann ist mir über den Erfolg zu berichten und weitere Weisung abzuwarten.

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
im Distrikt Radom
IV L. 21/44 gRs.

gez.: Unterschrift (unleserlich)

Tomaschow, den 25.7.1944.

Kö.

1. mit den Sachgebietsleitern eingehend besprochen.
2. zu den A. IV L.

Beweisdokumente für die Spruchgerichte in der Britischen Zone, S. 76.

Der «Nacht-und-Nebel-Erlass»

«Betrifft: Verfolgung von Straftaten gegen das Reich oder die Besatzungsmacht»

Abschrift

Der Reichsführer-SS
und Chef der Deutschen Polizei
Hauptamt SS-Gericht
I b 154 / 1 Tgb. Nr. 70/72 geh.

Geheim!

München, den 4. Febr. 1942

Geheim!

Betrifft: Verfolgung von Straftaten gegen das Reich oder die Besatzungsmacht.

Verteiler: A.B.

- 1.) Folgende vom Chef des Oberkommandos der Wehrmacht unter dem 12. Dezember 1941 bekanntgemachten Anordnungen werden zur Kenntnis gebracht:
- 2.) Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

Es ist der lange erwogene Wille des Führers, dass in den besetzten Gebieten bei Angriffen gegen das Reich oder die Besatzungsmacht den Tätern mit anderen Massnahmen begegnet werden soll als bisher. Der Führer ist der Ansicht: Bei solchen Taten werden Freiheitsstrafen, auch lebenslange Zuchthausstrafen, als Zeichen von Schwäche gewertet. Eine wirksame und nachhaltige Abschreckung ist nur durch Todesstrafen oder durch Massnahmen zu erreichen, die die Angehörigen und die Bevölkerung über das Schicksal des Täters im Ungewissen halten. Diesem Zwecke dient die Überführung nach Deutschland. Die anliegenden Richtlinien für die Verfolgung von Straftaten entsprechen dieser Auffassung des Führers. Sie sind von ihm geprüft und gebilligt worden.

Keitel

3.) Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht

Richtlinien

für die Verfolgung von Straftaten gegen das Reich oder die Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten.

Vom 7. Dezember 1941.

In den besetzten Gebieten haben mit Beginn des russischen Feldzuges kommunistische Elemente und andere deutschfeindliche Kreise ihre Angriffe gegen das Reich und die Besatzungsmacht verstärkt. Der Umfang und die Gefährlichkeit dieser Umtriebe zwingen aus Abschreckungsgründen zu schärfsten Massnahmen gegen die Täter. Zunächst ist nach folgenden Richtlinien zu verfahren.

I.

In den besetzten Gebieten ist bei Straftaten von nichtdeutschen Zivilpersonen, die sich gegen das Reich oder die Besatzungsmacht richten, und deren Sicherheit oder Schlagfertigkeit gefährden, grundsätzlich die Todesstrafe angebracht.

II.

Die Straftaten des Abschnittes I sind grundsätzlich nur dann in den besetzten Gebieten abzuurteilen, wenn wahrscheinlich ist, dass gegen die Täter, mindestens aber die Haupttäter, Todesurteile ergehen, und wenn das Verfahren und die Vollstreckung der Todesurteile schnellstens durchgeführt werden können. Sonst sind die Täter, mindestens aber die Haupttäter, nach Deutschland zu bringen.

III.

Täter, die nach Deutschland gebracht werden, sind dort dem Kriegsverfahren nur unterworfen, wenn besondere militärische Belange es fordern. Deutschen und ausländischen Dienststellen ist auf Fragen nach solchen Tätern zu erklären, sie seien festgenommen worden, der Stand des Verfahrens erlaube keine weiteren Mitteilungen.

IV.

Die Befehlshaber in den besetzten Gebieten und die Gerichtsherren sind im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Durchführung dieses Erlasses persönlich verantwortlich.

V.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht bestimmt, in welchen besetzten Gebieten dieser Erlass anzuwenden ist. Er ist zu Erläuterungen, zum Erlass von Durchführungsvorschriften und zu Ergänzungen befugt. Der Reichsminister der Justiz erlässt die Durchführungsbestimmungen für seinen Bereich.

1. A.

Der Chef des Oberkommandos
der Wehrmacht
Keitel

- 3.) Erste Verordnung zur Durchführung der Richtlinien des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht für die Verfolgung von Straftaten gegen das Reich oder die Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten.

Auf Grund von Abschnitt V der Richtlinien des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht für die Verfolgung von Straftaten gegen das Reich oder die Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten vom 7. Dezember 1941 bestimme ich:

I.

Die Voraussetzungen des Abschnitts I der Richtlinien werden in der Regel gegeben sein bei:

1. Anschlägen gegen Leib und Leben,
2. Spionage,
3. Sabotage,
4. kommunistischen Umtrieben,
5. Straftaten, die geeignet sind, Unruhe zu stiften,
6. Feindbegünstigung, begangen durch:
 - a) Menschenschmuggel,
 - b) den Versuch, in eine feindliche Wehrmacht einzutreten, c) Unter Stützung von feindlichen Wehrmachtsangehörigen (Fallschirmjägern usw.),
7. unerlaubtem Waffenbesitz.

II.

1.) Die Straftaten des Abschnitts I der Richtlinien sind nur unter folgenden Voraussetzungen in den besetzten Gebieten abzuurteilen:
2. Es muss wahrscheinlich sein, dass gegen die Täter, mindestens aber die Haupttäter, Todesurteile ergehen.

3. Das Verfahren und die Vollstreckung der Todesurteile muss schnellstens durchgeführt werden können (grundsätzlich innerhalb einer Woche nach Festnahme des Täters).
4. Gegen die sofortige Vollstreckung der Todesurteile dürfen besondere politische Bedenken nicht bestehen.
5. Es darf, abgesehen von Todesurteilen wegen Mordes und Freischärlerei, kein Todesurteil gegen eine Frau zu erwarten sein.
2. Wird ein nach Abs. 1 ergangenes Urteil aufgehoben, so kann das Verfahren in den besetzten Gebieten weitergeführt werden, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 noch gegeben sind.

III.

(1) Bei den Straftaten des Abschnitts I der Richtlinien prüft der Gerichtsherr im Benehmen mit den Abwehrstellen, ob die Voraussetzungen für eine Aburteilung in den besetzten Gebieten gegeben sind. Bejaht er das, so verfügt er den Zusammentritt des Feldkriegsgerichts. Verneint er es, so legt er die Akten seinem übergeordneten Befehlshaber (§ 89 Abs. 1 KStVO) vor. Dieser kann sich die Entscheidung vorbehalten.

(2) Der übergeordnete Befehlshaber entscheidet endgültig, ob die Voraussetzungen für eine Aburteilung in den besetzten Gebieten gegeben sind. Bejaht er das, so betraut er damit einen Gerichtsherrn seines Befehlsbereichs. Verneint er es, so beauftragt er die Geheime Feldpolizei, den Täter nach Deutschland zu bringen.

IV.

(1) Täter, die nach Deutschland gebracht werden, sind dort dem Kriegsverfahren nur unterworfen, wenn das Oberkommando der Wehrmacht oder der übergeordnete Befehlshaber bei seiner Entscheidung nach Abschnitt III erklärt, dass besondere militärische Belange die Aburteilung durch ein Wehrmachtsgericht fordern. Wird eine solche Erklärung nicht abgegeben, so gilt die Anordnung, der Täter sei nach Deutschland zu bringen, als Abgabe im Sinne des § 3 Abs. 2 Satz 2 KStVO.

(2) Macht der übergeordnete Befehlshaber von seiner Befugnis nach Abs. 1 Gebrauch, so legt er die Akten auf dem Dienstwege dem Oberkommando der Wehrmacht vor. Die Täter sind der Geheimen Feldpolizei als «Wehrmachtsgefangene» zu bezeichnen.

(3) Das Oberkommando der Wehrmacht bestimmt den Gerichtsstand für Täter, die nach Abs. 1 dem Kriegsverfahren unterworfen sind. Es kann auf die Zuständigkeit der Wehrmichtsgerichte verzichten. Es kann ferner das Verfahren auf beliebige Zeit aussetzen.

V.

Die gerichtliche Verhandlung in Deutschland ist wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter strengstem Ausschluss der Öffentlichkeit durchzuführen. Ausländische Zeugen dürfen in der Hauptverhandlung nur mit Genehmigung des Oberkommandos der Wehrmacht vernommen werden.

VI.

Die Bestimmungen über das wehrmachtgerichtliche Verfahren in den Erlassen des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht vom 13. September 1941 betreffend Lage in Norwegen (WFST/ Abt. L (IV/QU) Nr. 002034/41 g.Kdos.) und vom 16. September 1941 betreffend kommunistische Aufstandsbewegungen in den besetzten Gebieten (WFST/Abt. L (IV/QU) Nr. 002060/41 g. Kdos.) werden durch die Richtlinien und diese Durchführungsverordnung ersetzt.

VII.

(1) Die Richtlinien treten drei Wochen nach ihrer Unterzeichnung in Kraft. Sie sind bis auf weiteres in allen besetzten Gebieten, mit Ausnahme von Dänemark, anzuwenden.

(2) Die Bestimmungen, die für die neubesetzten Ostgebiete ergangen sind, werden durch die Richtlinien nicht berührt.

(3) Für anhängige Verfahren gilt Abschnitt I der Richtlinien. Der Gerichtsherr und der übergeordnete Befehlshaber können bei solchen Verfahren Abschnitt III dieser Durchführungsverordnung entsprechend anwenden. Ordnet der übergeordnete Befehlshaber an, dass ein Täter nach Deutschland gebracht wird, so gilt Abschnitt IV. Bei Tätern, die vor dem Inkrafttreten der Richtlinien nach Deutschland gebracht werden, kann das Oberkommando der Wehrmacht nach Abschnitt IV Abs. 3 verfahren.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Keitel

II. Soweit die SS- und Polizeigerichtsbarkeit für Straftaten der unter I bezeichneten Art zuständig ist, ist sinngemäß zu verfahren.

Der Reichsführer-SS

1. V.

Scharfe

SS-Gruppenführer

Generalleutnant der Waffen-SS

F.d.R. der Abschrift:

Hasenberg.

Angestellte.

SS-Wirtschafts-
Verwaltungshauptamt
Amtsgruppenchef D
– Konzentrationslager –
DI / Az.: 14 a 2/Ot/S.–
Geheim Tgb.-Nr. 205/44

Oranienburg, den 22. Februar
1944

Betrifft: Verfolgung von Straftaten gegen das Reich oder die Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten (Nacht- und
I NebelErlass.).

Bezug: Reichssicherheitshauptamt – IV D 4-105/42g. – v. 31.12. 43

Anlagen: –/–

An die Lagerkommandanten der
Konzentrationslager

Da., Sah., Bu., Mau., Flo., Neu., Au. I-III, Gr.-Ro., Natz., Stu., Rav., Herz., Lubl.,
Gruppenleiter D. u. Aufenth. Lager Berg.-Bels. .

Nach Mitteilung des Reichssicherheitshauptamtes hat der Reichsminister der Justiz mit Erlass an die Justizbehörden vom 6.3.1943 Tgb.-Nr. IV a - 398/43 g. - u.a. folgendes bestimmt:

«7. Der Leichnam hingerichteter oder sonst verstorbener NN-Gefangener wird der Staatspolizei zur Bestattung überwiesen. Dabei ist auf die geltenden Geheimhaltungsvorschriften hinzuweisen. Mit Rücksicht auf diese ist insbesondere darauf hinzuwirken, dass die Gräber der NN-Gefangenen nicht durch Angabe der Namen der Verstorbenen gekennzeichnet werden. Von der Überlassung des Leichnams für Lehr- und Forschungszwecke ist abzusehen.»

Die von den Gestapo-leit-stellen zur Einäscherung in die Konz.-Lager gebrachten Leichen sind zu übernehmen und einzuäschern. Hierzu wird folgendes angeordnet:

- 1.) Die vorstehenden Fälle müssen durch die Listen der Lager-Krematorien laufen.
- 2.) Die Asche ist in einer Urne aufzubewahren.
Die Urnendeckel sind zu beschriften.
- 3.) Die Urnen sind bis auf weiteres in den Konzentrationslagern aufzubewahren.
- 4.) Die Sterbeurkunden sind durch die lagereigenen Standesämter auszustellen und dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Paris mit dem Hinweis zu übersenden, dass es sich um verstorbene Nacht- und Nebelhäftlinge handelt.

Unterschrift (unl.)

SS-Gruppenführer und Generalleutnant
der Waffen-SS

*IMT, Bd. XXXVII, S. 574-576; Bd. XXVI, S. 245-249;
Bd. XXXV, S. 171.*

Meldungen über „Nacht-und-Nebel“-Häftlinge

Arbeitsstatistik
KL-Bu.

den 23.6.44.

ADF

Betr.: NN-Transport

Es wird gebeten, sofort zu veranlassen, daß die Häftlinge

6117 Fauchard, Joseph von Kommando Tomendorf
(telefon. schon verständigt)

28559 Garaco, Robert von Kommando B II

30170 Bocquet, Louis von Kommando Schwerte

von den angegebenen Außenkommandos sofort nach KL Bu. überstellt werden.

17/1

KARTEI

Polizeibehörde
II/Schn.-

27. Nov. 1944

ABHEFTEN: 17/1

Betrifft: Häftling Pierre M a r i e
geb. 8.5.14 in Bernay
Hftl.-Nr. 93.793

Der vorstehende Häftling wurde am 23.11. 44
in das hiesige Lager eingeliefert. Er fällt
unter KL Bu. ist ihm ab sofort Schreibverbot
aufzubringen.

Verteiler:

Personen-
Häftlingsgedächtnisverwaltung

H - Aufsichtsführer

Die «Taktik der verbrannten Erde»

Befehl Himmlers über die Anwendung der «Taktik der verbrannten Erde» in der Sowjetunion

Der Reichsführer-SS

Feld-Kommandostelle, den 7.9.43

Geheime Reichssache!

An den höheren SS- und Polizeiführer

Ukraine

Kiew

7 Ausfertigungen

7. Ausfertigung

Lieber Prützman!

Der General der Infanterie Stapf hat bezüglich des Donezgebietes besondere Befehle, nehmen Sie mit ihm sofort Fühlung auf. Ich beauftrage Sie, mit allen Kräften mitzuwirken. Es muss erreicht werden, dass bei der Räumung von Gebietsteilen in der Ukraine kein Mensch, kein Vieh, kein Zentner Getreide, keine Eisenbahnschiene zurückbleiben, dass kein Haus stehen bleibt, kein Bergwerk vorhanden ist, das nicht für Jahre gestört ist, kein Brunnen vorhanden ist, der nicht vergiftet ist. Der Gegner muss wirklich ein total verbranntes und zerstörtes Land vorfinden. Besprechen Sie diese Dinge sofort mit Stapf und tun Sie ihr Menschenmöglichstes.

Heil Hitler

gez. Ihr H. Himmler

Beweisdokumente für die Spruchgerichte in der Britischen Zone, S. 72.

«Hierbei wird alles zerstört, was Unterkunft und Schutz bieten kann»

- 1.) Das Batl. durchkämmt in nördlicher Richtung nochmals den Gefechtsstreifen vom 15. bis 17.11. bis zur Linie Starobin – Powarczycze. Hierbei wird alles zerstört, was Unterkunft und Schutz bieten kann. Das Gebiet wird Niemandsland. Sämtliche Bewohner werden erschossen. Das Vieh, Getreide und andere Produkte werden mitgeführt und in Starobin abgeliefert. Im Besonderen ist Flachs mitzuführen. Heuhaufen werden soweit sie nicht zur Fütterung des abgetriebenen Viehs benötigt werden, verbrannt.

Aus einem Bataillonsbefehl der SS-Sondereinheit

Dirlewanger vom 15. November 1943.

In: Komitee, Fonds SS.

IX

**Das Wiedererstehen der SS
in Westdeutschland**

Gemeinsame Erklärung über die Vernichtung des deutschen Militarismus und Faschismus

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen.

2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muss die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.

3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.

Zu diesem Zweck:

a) werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Ämtern, einschliesslich des Generalstabes, des Offizierkorps, der Reservisten, der Kriegsschulen, der Krieger vereine und aller anderen militärischen und halb-militärischen Organisationen zusammen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen,

b) müssen sich alle Waffen, Munition und Kriegsgerät und alle Spezialmittel zu deren Herstellung in der Gewalt der Alliierten befinden oder vernichtet werden. Der Unterhaltung und Herstellung aller Flugzeuge und aller Waffen, Ausrüstung und Kriegsgerät wird vorgebeugt werden.

(II) Das deutsche Volk muss überzeugt werden, dass es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und dass es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, dass seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

(III) Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auf erstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

Auszug aus dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945. In: Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Berlin 1959, S. 79/80.

Der Nürnberger Prozess

Am 1. Oktober 1946, zu einer Zeit, da in Europa die Werktätigen damit beschäftigt waren, die Spuren des Krieges zu beseitigen, sprachen in Nürnberg die Vertreter der Hauptmächte der antifaschistischen Koalition das Urteil gegen einige der Hauptverantwortlichen für den faschistischen Aggressionskrieg. Neben der Vernichtung unersetzbarer materieller und kultureller Werte waren dem zweiten Weltkrieg 32 Millionen Menschen zum Opfer gefallen. Allein in den Konzentrations- und Vernichtungslagern des Naziregimes waren 11 Millionen Männer, Frauen und Kinder aus allen europäischen Nationen von der SS ermordet worden.

Einen langen, blutigen und opferreichen Weg hatten die Völker zurücklegen müssen, bis das verbrecherische Hitlerregime vernichtet werden konnte. Der deutsche faschistische Imperialismus, der seit 1933 das deutsche Volk und wenige Jahre danach auch viele andere Völker mit grausamem Terror, mit Ausplünderung und einem ganzen System organisierter Massenvernichtung überzogen hatte, war durch die Schläge der Sowjetarmee und durch die Streitkräfte der anderen in der antifaschistischen Koalition vereinigten Staaten am 8. Mai 1945 zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen worden. Er hatte eine völlige politische, militärische, ökonomische und moralische Niederlage erlitten.

Der mit dem Blut der Völker erkaufte Sieg brachte auch der deutschen Nation das Ende der zwölfjährigen Hitlerherrschaft, einer Zeit voller Not, Schrecken und Vernichtung, die zur größten nationalen Katastrophe geführt hatte. Das Erbe war schwer; aber dem deutschen Volk sollte durch das Potsdamer Abkommen die Möglichkeit gegeben werden, mit Faschismus und Militarismus ein für allemal Schluss zu machen und ein Leben in Frieden, Glück und Wohlstand zu erringen. Die historische Aufgabe des Nürnberger Tribunals war, mit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die faschistische Barbarei nie mehr wiederhole. Es ging darum, «den Frieden, die Freiheit und das Leben der Völker vor verbrecherischen Anschlägen zu schützen», wie der sowjetische Hauptankläger, Generalleutnant R. A. Rudenko, erklärte. Und der 1954 verstorbene amerikanische Hauptankläger in Nürnberg, Robert H. Jackson, schrieb: «Nürnbergs Wert für die Welt wird weniger davon abhängen, wie treu es die Vergangenheit interpretiert, als wie gewissenhaft es für die Zukunft vorsorgt.» Auch der französische Hauptankläger, François de Menthon, hob die zwingende Notwendigkeit her-



So endete der große Raubzug



vor, die Lehren aus der Vergangenheit für die Zukunft zu ziehen, und erklärte, der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher «muss als entscheidender Schritt in die Geschichte des Völkerrechts eingehen, um die Gründung einer wirklichen internationalen Gesellschaft vorzubereiten, die das Mittel des Krieges ausschliesst und in einer bleibenden Form die Macht in den Dienst der Gerechtigkeit der Nationen stellt; er wird einer der Grundpfeiler jener Friedensordnung sein, der die Völker nach dem furchtbaren Sturm zustreben».

Zweifellos entsprachen diese Äußerungen dem Willen aller Völker, auch des deutschen Volkes. Zweifellos war dieser Weg richtig und notwendig, um ein Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus zu verhindern und um den Frieden zu sichern. Dennoch konnte man bereits während des Nürnberger Prozesses die Anfänge jener Politik, die systematisch die alten, verderblichen Kräfte wieder in den Sattel hob, beobachten. 1945, unter dem unmittelbaren Eindruck der Nazi verbrechen und des historischen Sieges über den Faschismus, mussten sich auch diejenigen Kreise des Westens, die an einer Beseitigung des deutschen Imperialismus und Militarismus kein Interesse hatten, den Wünschen und Hoffnungen der Volksmassen anpassen. So gebärdeten sich die Vertreter der anglo-amerikanischen Monopole in der Öffentlichkeit antifaschistisch, aber in der Praxis erwiesen sie den geschlagenen Nazigeneralen, SS-Offizieren, Kriegsgewinnlern und Finanzgewaltigen des «Dritten Reiches» jede Hilfe.

Der Internationale Militärgerichtshof deckte an Hand Tausender Originaldokumente und eidesstattlicher Aussagen den Mechanismus auf, dessen sich der deutsche Imperialismus bei seinem Versuch zur Eroberung der Weltherrschaft bedient hatte. Der amerikanische Hauptankläger im Flickprozess, Brigadegeneral Telford Taylor, zog aus der Fülle der Beweise den bezeichnenden und auch für die Gegenwart sehr aktuellen Schluss: «Die Diktatur des Dritten Reiches stützte sich auf die unselige Dreieinigkeit des Nationalsozialismus, Militarismus und Wirtschaftsimperialismus.»

Vor dem Internationalen Militärtribunal bemühte sich die Verteidigung vergeblich, den Nachweis zu erbringen, dass das deutsche Monopolkapital nichts mit der Vorbereitung des faschistischen Raubkrieges und vor allem nichts mit der Vernichtung von Millionen Menschen in den Konzentrationslagern zu tun gehabt habe. Die zahlreichen Geheimdokumente, die von den Alliierten erbeutet worden waren und dem Gericht vorlagen, bewiesen jedoch eindeutig, dass die Monopole aus den Konzentrationslagern nicht nur ihre Arbeitssklaven bezogen, sondern dass sie auch die moderne Technik für die Massenvernichtung entwickelt und selbst noch am Tode ihrer Opfer verdient hatten.

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess war noch gemeinsam von der Sowjetunion, den USA, von Grossbritannien und Frankreich geführt worden. Vor allem den unermüdlichen Bemühungen der sowjetischen Anklage Vertretung war es zu verdanken, dass wenigstens ein Teil der in diesem Prozess angeklagten Kriegsverbrecher seine verdiente Strafe erhielt.

Zu weiteren Prozessen gemeinsam mit der Sowjetunion waren die herrschenden Kreise der USA nicht bereit. Das geht eindeutig aus der geheimen Denkschrift hervor, die der amerikanische Hauptankläger am 13. Mai 1946 dem USA-Präsidenten Truman übersandte. Jackson schrieb viereinhalb Monate vor der Urteilsverkündung im ersten Nürnberger Prozess, dem Internationalen Hauptkriegsverbrecherprozess, unter anderem:

«Die Sowjetunion spricht sich für eine ganze Reihe solcher Prozesse auf internationaler Ebene aus und beabsichtigt offensichtlich, auch den nächsten dieser Prozesse durchzuführen. Frankreich möchte wenigstens noch einen solchen Prozess haben. Die Engländer machen sehr viel Vorbehalte dahin, ob ein solcher Schritt klug sei, fühlen sich aber in gewisser Hinsicht verpflichtet, Frankreich zu helfen, weil sie die Franzosen nur unter dieser Bedingung dazu bewegen können, Alfred Krupp nicht mit im ersten Prozess anzuklagen. Die Vereinigten Staaten haben sich ihre Handlungsfreiheit bewahrt.

Nunmehr wird uns vorgeschlagen, einen zweiten Prozess auf internationaler Ebene durchzuführen, in dem vorwiegend, wenn nicht ausschliesslich, Industrielle und Finanziers angeklagt werden sollen. Durch einen Prozess jedoch, in dem nur Industrielle als Angeklagte erscheinen, kann der Eindruck erweckt werden, diese Leute würden nur deshalb verfolgt, weil sie Industrielle seien. Ein derartiges Echo auf einen solchen Prozess ist umso mehr zu erwarten, wenn man erwägt, dass wir genötigt sein werden, unsere Anklagetätigkeit zusammen mit den sowjetischen Kommunisten und den französischen Linken (associated in presenting with the Soviet Communists and the French Leftists) durchzuführen... Hinzu kommt die Gefahr, dass ein Russe oder Franzose Vorsitzender des Gerichts werden könnte ... Demgegenüber gibt es für mich nur eine Antwort: Verfahren gegen die Industriellen kann man unter Berufung auf das Entnazifizierungsprogramm ohne den Internationalen Militärgerichtshof durchführen. Ich bin gegen derartige weitere Prozesse und kann sie der Regierung der USA nicht empfehlen. Von unserem amerikanischen Standpunkt aus bringt ein solcher Prozess gegen die Industriellen nur sehr wenig Nutzen; das Risiko hingegen, das wir mit ihm laufen, kann ungeheuer gross werden.

Ich hege die Befürchtung, dass eine sich über eine lange Zeit erstreckende öffent-

liche Attacke gegen die Privatindustrie – und zu einer solchen würde es im Laufe eines Prozesses kommen –, den Industriellen den Mut nehmen könnte, weiterhin mit unserer Regierung im Rahmen der Rüstungsmassnahmen, die im Interesse unserer zukünftigen Verteidigung getroffen werden müssen, zusammenzuarbeiten ...» *

Die Folge dieser systematischen Wühlätigkeit war, dass die sogenannten zwölf Nachfolgeprozesse gegen Vertreter des Monopolkapitals, des Naziaussenministeriums, des Generalstabes, einzelner SS-Ämter und so weiter von den USA allein durchgeführt wurden. Nur in Ausnahmefällen konnten die gegen Giftgasexperten, Ribbentropdiplomaten, Nazigenerale und SS-Henker gefällten Urteile als eine wirkliche Sühne für die von ihnen begangenen oder veranlassten Verbrechen angesehen werden. Aber selbst diese Urteile wurden bald revidiert und die Kriegsverbrecher auf freien Fuss gesetzt. Sie erhielten damit Gelegenheit, auf westdeutschem Boden erneut ihr Unwesen zu treiben.

* Zitiert nach Jerzy Sawacki, Als sei Nürnberg nie gewesen . . . Die Abkehr von den völkerrechtlichen Prinzipien der Nürnberger Urteile, Berlin 1958, S. 40/41.

Der Weg zum klerikal-militaristischen Staat

Während im östlichen Teil Deutschlands die entscheidenden Lehren aus der Vergangenheit gezogen und Imperialismus und Militarismus mit der Wurzel ausgerottet wurden, brachen die Besatzungsmächte in Westdeutschland das Potsdamer Abkommen, hemmten die demokratische Entwicklung, die Überwindung des Faschismus und die Bildung antifaschistisch-demokratischer Parteien und Gewerkschaften.

Vom internationalen Monopolkapital, besonders von den Herren der Wallstreet, aktiv unterstützt, erstand der deutsche Imperialismus wieder. Im Interesse der Erhaltung seiner Macht und als Kriegsbasis für die Westmächte schufen die Monopolisten der imperialistischen Besatzungsmächte sowie die Herrscher von Rhein und Ruhr einen westdeutschen Separatstaat. Die deutschen Imperialisten und Militaristen glaubten, mit diesem Schritt die Voraussetzungen dafür geschaffen zu haben, ihre im zweiten Weltkrieg verlorenen Positionen zurückzugewinnen und ihr Eroberungsprogramm aufs Neue beginnen zu können. Die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer halfen ihnen, Deutschland zu spalten und die Einheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland zu verhindern.

Warum sind in Westdeutschland nach 1945 Imperialismus und Militarismus nicht aus dem Leben der Gesellschaft verbannt worden, obwohl die Mehrheit des Volkes es wollte?

«Das war möglich», heist es in einem Beschluss der KPD aus dem Jahre 1960, «weil die Arbeiterklasse gespalten blieb, während die reaktionären imperialistischen Kräfte sich umgruppierten und sammelten, vom Monopolkapital und Grossgrundbesitz, dem hohen Klerus, den Spitzen der nazistischen Generalität, Diplomatie und Bürokratie bis zum Stahlhelm und den SS-Verbänden. War bis 1945 die NSDAP die politische Partei der imperialistischen Reaktion, so schuf diese sich nunmehr in der CDU ihr politisches Sammelbecken. Das deutsche Monopolkapital und die mit ihm geschlagenen Militaristen haben nach 1945 neue Formen und Methoden zur Ausübung ihrer Herrschaft entwickelt.

Das Monopolkapital übte seine Herrschaft unter der Staatsform der Monarchie im kaiserlichen Deutschland aus. Es herrschte auch in der Weimarer Republik. Die Monopolkapitalisten haben Hitler finanziert und zur Macht gebracht. Für die faschistische Herrschaft sind die terroristische Unterdrückung der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Organisationen, Antikommunismus, Rassenhetze und Herrenmenschentum, Judenpogrome und Massenmorde kennzeichnend. Mit

der Katastrophe des Jahres 1945 hatte diese Form der Herrschaft des Monopolkapitals abgewirtschaftet und den Kredit bei der Bevölkerung verloren.

Nach 1945 gaben sich dann die gleichen Kräfte antinazistisch und bedienten sich auch gewisser parlamentarischer Formen der Machtausübung. Das Monopolkapital übte während der Hitlerdiktatur die politische Macht durch die Alleinherrschaft der NSDAP aus. Diese Rolle wurde nach 1945 der CDU übertragen. Unter Hitler tarnte das Monopolkapital den imperialistischen Staat mit der Phrase vom ‚Nationalen Sozialismus‘. 1945 war es unmöglich, mit den diskreditierten hitlerschen Rassen- und Herrenmenschentheorien eine neue Massenbasis für den Imperialismus zu schaffen. Deshalb bedienten sich die Imperialisten vor allem des politischen Klerikalismus und tarnten ihren Bonner Staat ‚christlich-abendländisch‘.

Zur neuen Form der Machtausübung durch das Monopolkapital gehört andererseits die starke Bindung rechter SPD- und Gewerkschaftsführer durch hochbezahlte Stellungen in den monopolkapitalistischen Konzernen und Verbänden, ebenso der ständige Druck auf die Führer der SPD und der Gewerkschaften, um die Widerstandskraft der Arbeiterklasse zu lähmen, die Arbeiter zu verwirren und an der Entwicklung einer eigenen, selbständigen Politik zu hindern.

Wie im ‚Dritten Reich‘ ist auch im Adenauer-Staat der Antikommunismus die offizielle Staatsdoktrin. Hitler motivierte die Aggressionspolitik des deutschen Imperialismus mit der ‚besonderen Mission der deutschen Rasse bei der Neuordnung Europas‘. Die Militaristen der Bundesrepublik bereiten unter dem Deckmantel einer ‚europäischen Mission gegen den Kommunismus‘ den Atomkrieg vor.

Die totale Militarisierung ist begleitet von der psychologischen Kriegführung. Eine neue chauvinistische Welle wurde erzeugt unter solchen demagogischen Schlagworten wie ‚Befreiung der DDR‘, ‚Selbstbestimmungsrecht‘, ‚Recht auf Heimat‘, hinter denen die Revanchepolitiker ihre aggressiven Ziele der militärischen Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik und des Revanchekrieges gegen Polen und die Tschechoslowakische Republik verbergen. Dem dienen auch die neuen Dolchstosslegenden und eine verlogene Geschichtsschreibung zur Rechtfertigung des zweiten Weltkrieges.

Je weiter die Atomrüstung voranschreitet, desto mehr bedienen sie sich wieder der alten nazistischen Theorien vom Lebensraum, der Rassenhetze, des Völkerhasses und des Antisemitismus. So erweisen sich die nazistischen und antisemitischen Provokationen als Teil des Systems des Militarismus und Revanchismus und als Ergebnis der antikommunistischen Hetze und der gesamten Kriegspolitik der Bonner Machthaber. Die friedliebenden und demokratischen Kräfte haben die verant-



Früher wie heute – hier auf einer CDU-Versammlung in Westberlin – hetzt Lemmer zum Kriege

Am 20. April 1939 schrieb Ernst Lemmer im «Pester Lloyd»:
«Adolf Hitler ist in einem knappen Jahrzehnt für das Begreifen der Welt eine geschichtliche Gestalt geworden. . . Instinkt und Klugheit bestimmen den Weg des Politikers . . . Für Hitler setzte die europäische Politik erst in grossem Stile ein, als die innerdeutsche zu einem gewissen Abschluss gekommen war . . . Der stark gewordene Körper strömt natürliche Energien aus . . . Die erstaunlichen Erfolge des letzten Jahres bekommen in ihrem Wesen bald den Charakter des Selbstverständlichen»

wortungsvolle Aufgabe, dass Geheimnis der militärischen, politischen und ideologischen Vorbereitung des Krieges vor dem Volk zu enthüllen, um so zu helfen, eine neue drohende Kriegskatastrophe zu verhindern. Je mehr der Widerspruch zwischen der militaristisch-klerikalen Herrschaft des Monopolkapitals, der atomaren Aufrüstung und den friedlichen Interessen der westdeutschen Bevölkerung wächst, umso mehr gehen die herrschenden Kreise zur Unterdrückung des demokratischen Volkswillens über. Das äussert sich im Verbot der KPD, der Partei des



Besetzung des Hauses des Zentralkomitees der KPD in Düsseldorf am 28. August 1956. Unter dem Kommando von ehemaligen SS-Offizieren und Gestapokommissaren richtet sich der Hauptstoss des Terrors wieder gegen die besten Vertreter der Nation, gegen die Kommunistische Partei Deutschlands und gegen andere patriotische Kräfte aus allen Schichten der westdeutschen Bevölkerung

konsequenten Kampfes gegen Militarismus und für Demokratie, in der zunehmenden Beseitigung der demokratischen Rechte der Arbeiter und der Gewerkschaften, dem Verbot der Volksbefragung gegen die atomare Aufrüstung, der Verfolgung der Friedensanhänger und der Vorbereitung von Notstandsgesetzen zur Ausübung einer Militärdiktatur gegen jede demokratische Bewegung des Volkes. So wird deutlich, wie der Prozess der Faschisierung in der Bundesrepublik voranschreitet, dass die Vorbereitung eines Eroberungskrieges heute wie damals mit der Vernichtung der Demokratie und Freiheit beginnt.» *

* Die Lage in der Bundesrepublik und der Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Wohlstand, Protokoll der Parteidelegiertenkonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Februar 1960, Berlin 1960, S. 18-21.

Die wiedererstandene SS

Mit der Entwicklung zum klerikal-militaristischen Staat und der forcierten Aufrüstung wurde immer intensiver versucht, die Erinnerung an die von der SS in Deutschland und in den von der Hitlerarmee überfallenen europäischen Ländern begangenen zahllosen Verbrechen aus dem Gedächtnis der Völker auszulöschen. Begonnen hatte man damit schon in den ersten Nachkriegsjahren. Die Rehabilitierung der SS-Henker und Vernichtungsspezialisten gehörte zum Programm des wiedererstandenen deutschen Imperialismus. Jedes Mittel und jede noch so plumpe Geschichtsfälschung waren ihm dabei recht.

So schrieb zum Beispiel der ehemalige Generalstabschef Hitlers, Generaloberst Guderian, in seinem Geleitwort zu dem Buch des SS-Oberstgruppenführers Hausser «Waffen-SS im Einsatz» im Jahre 1953, «dass der europäische Gedanke in dieser Truppe erstmals Verwirklichung fand und dass Bande zwischen den Nationen geknüpft wurden, die besser nicht zerrissen worden wären».

Hausser, der die blutigen Grausamkeiten schlechthin leugnet, die von der SS im zweiten Weltkrieg verübt wurden, erklärte in seinem Buch: «Sie haben an das Weiterleben unseres Volkes geglaubt und in immer stärkerem Masse auf ein einiges Europa gehofft, dessen Söhne freiwillig in ihren Reihen kämpften. Ihre Gräber im Westen – besonders in der Normandie –, in Italien, auf dem Balkan, in Ungarn und Rumänien, am zahlreichsten aber im Osten von Kirkenes über Moskau bis zum Kaukasus sind Zeugnis dafür.»

Dr. Adenauer, der während der ganzen Dauer seiner Tätigkeit als Bundeskanzler schützend seine Hand über den berüchtigsten Stosstrupp des aggressiven deutschen Imperialismus hielt, verkündete am 30. August 1953 in Hannover: «Die Männer der Waffen-SS waren Soldaten wie alle anderen auch.»* Und auch der damalige Kriegsminister Franz-Josef Straus wollte auf die Wiederverwendung der blutbefleckten Söldner Himmlers nicht verzichten. «Wie ich persönlich über die Leistungen der an der Front eingesetzten Verbände der Waffen-SS denke, wird Ihnen bekannt sein. Sie sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor den

* Zitiert nach Dokumentation über die Rehabilitierung und Reorganisation der ehemaligen SS.
Herausgegeben von der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), o. O., o. J., S. 5.

deutschen Soldaten des letzten Weltkrieges einbezogen.. .)*, liess er den an die Spitze der SS-Verbände lancierten Kriegsverbrecher Kurt Meyer** wissen.

Die Rückkehr der SS in wirtschaftliche, politische und militärische Positionen war ein allmählicher Prozess, der mit der Entwicklung des Bonner Staates zur klerikal-militaristischen Diktatur einherlief. Als mit Hilfe und mit finanzieller Unterstützung der in Westdeutschland herrschenden Kreise die Soldaten- und Traditionsverbände zu neuem Leben erweckt wurden, entstanden auch – zuerst als Such- und Hilfsorganisationen getarnt – die ersten SS-Formationen wieder. So konnte auf einem Treffen ehemaliger SS-Angehöriger am 19. April 1959 der «erste Sprecher der HIAG»***, SS-Brigadeführer Kurt Meyer, unter dem Gejohle der versammelten faschistischen Mörder triumphierend erklären: «Der Herr Bundesverteidigungsminister (Straus – D. Verf.) steht uns in jeder Beziehung wohlwollend zur Seite. Wenn ich sage, wohlwollend zur Seite, dann tue ich das im vollen Bewusstsein meiner Worte.»****

Zur gleichen Zeit, als der damalige Bundesinnenminister Schröder beim Bundesverfassungsgericht Verbotsantrag gegen die VVN einreichte, konnte die Monatschrift der ehemaligen SS-Angehörigen, «Der Freiwillige», als Ergebnis dieses Wohlwollens der in Westdeutschland herrschenden Kreise mitteilen, dass ihrer Organisation von höchster Stelle die «Gemeinnützigkeit» zuerkannt worden sei. In der Ausgabe vom Mai 1959 hies es dazu: «Auf der Bundesversammlung der HIAG am 18./19.4.1959 in Arolsen beschlossen die Delegierten der elf Landesverbände unserer Gemeinschaft die Auflösung der bisherigen ‚Bundesverbindungsstelle e.V.‘ und Gründung eines ‚Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e. V. (HIAG)‘».

Im Ergebnis dieses Konzentrationsprozesses, der mit grosszügiger Unterstützung einflussreicher Kreise der Bundesrepublik rasch vor sich ging, konnte der «Deutsche Soldatenkalender» (1961) unter den dort angeführten über 1'000 militaristi-

* Ebenda.

** Kurt Meyer, der inzwischen verstorbene Kommandeur der SS-Panzerdivision «Hitlerjugend», Panzermeyer genannt, war für die von ihm in Polen, in den Niederlanden, Griechenland, der Sowjetunion und Frankreich begangenen Verbrechen mit höchsten Auszeichnungen dekoriert worden. 1947 von einem kanadischen Militärgericht wegen der Ermordung von kanadischen Kriegsgefangenen zum Tode verurteilt, kurze Zeit danach jedoch begnadigt, konnte Meyer eine «Spätheimkehrer- Haftentschädigung» von 4'800 DM in Empfang nehmen.

*** HIAG = Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit. Unter diesem harmlos klingenden Namen, der eine soziale Tätigkeit vortäuschen sollte, schufen sich die SS-Verbände schon vor Jahren eine eigene Organisation.

**** zitiert nach: Straus und Brandt mobilisieren die SS, Berlin Ende August 1962, S. 58.

SS-Treffen in Karlburg (Main) 1957



*SS-Brigadeführer Meyer, von einem kanadischen Militärgericht wegen
Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt, als Redner*



Ehemalige SS-Leute jubeln dem Kriegsverbrecher Meyer zu

schen und revanchistischen Traditionsverbänden folgende Aufstellung der Verbände der ehemaligen SS bekanntgeben, die in Westdeutschland bestehen:

«HIAG-Bundesverband der Soldaten der ehem. Waffen-SS e.V., Hagen/Westf., Postfach 1141, Tel. 2 44 15; Referat Suchdienst: Caspar Serno, Dortmund, Friedrichstrasse 46, Tel. 2 25 21

- I. SS-Pz.-Korps ‚LSSAH‘, Loth. Duffner, Rottenburg/Neckar, Sofienstrasse 19
- II. SS-Pz.-Korps, Helmut Uphoff, Obersicke, Kreis Braunschweig, Bahnhofstrasse 19
- III. (germ.) SS-Pz.-Korps, Wilhelm Wehrhahn, Lachendorf über Celle/ Hann.
- V. SS-Geb.-Korps, Ludwig Klemme, Stuttgart-W, Augustenstrasse 65
1. SS-Pz.-Div. ‚LSSAH‘, Kurt Fischer, Trostberg/Obb., Götzingerstrasse 17 b
2. SS-Pz.-Div. ‚Das Reich‘, Sepp Küsters, Essen/Ruhr, Weserstrasse 41
3. SS-Pz.-Div. ‚Totenkopf‘, Günter Mund, Salzgitter-Lebenstedt, Reppnerschestrasse 43
4. SS-Pol.-Div. und SS-Pol.-Einh.: Werner Oschassek, Düsseldorf-Wersten, Miliratherstr. 39
5. SS-Pz.-Div. ‚Wiking‘, Hans Dreier, Köln-Riehl, Amsterdamer Strasse 205
6. SS-Geb.Div. ‚Nord‘, Franz Schreiber, Hamburg 33, Pfeiffersweg 18
7. SS-Freiw.-Geb.Div. ‚Prinz Eugen‘, Ludwig Klemme, Stuttgart-W., Augustenstrasse 65
8. SS-Kav.-Div. ‚Florian Geyer‘, Albert Drack, Köln/Rhein, Weidenbach 39
9. SS-Pz.-Div. ‚Hohenstaufen‘, Trad. Verband: Oberst a. d. Walter Harzer, Stuttgart-Feuerbach, Burghaldenweg 62; Suchdienst: Günter Walli, Dortmund-Hörde, Schildstrasse 7
10. SS-Pz.-Div. ‚Fruntsberg‘, Walter Arve, Hannover, Goebenstrasse 43
11. SS-Freiw.-Pz.-Gren.-Div. ‚Nordland‘, Anton Strohe, Eschweiler/ Aachen, Wiesenstrasse 1
12. SS-Pz.-Div. ‚Hitler-Jugend‘, Heinrich Wolff, Wendlingen, Kreis Nürtingen, Hirnholz 2
13. SS-Freiw.-Geb.-Div. (Kroat. Nr. 1) ‚Handschar‘, Ludwig Klemme, Stuttgart-W., Augustenstrasse 65¹

14. Waffen-Gren.-Div. (Galizische Nr. 1) ‚Galizien‘, über HIAG-Bundesverband, Referat: Suchdienst
15. Waffen-Gren.-Div. (Lettische Nr. 1), über HI AG-Bundesverband, Referat: Suchdienst
16. SS-Pz.-Gren.-Div. ‚RFSS‘, Siegfried Lademacher, Dahl a. d. Volme, Kämpken 151
17. SS-Pz.-Gren.-Div. ‚Götz von Berlichingen‘, Walter Ott, Gettorf über Kiel, Kirchstrasse
18. SS-Pz.-Gren.-Div. ‚Horst Wessel‘, Fritz Soika, Hamburg 4, Reeperbahn 59/HI
19. Waffen-Gren.-Div. (Lettische Nr. 2), Hans M. Schäfer, Hüinghausen, Kreis Altena/Westf.
20. SS-Gren.-Div. (Estnische Nr. 1), Werner Müthel, Bremen, Sedanstrasse 36
21. Waffen-Gren.-Div. ‚Skanderbeg‘, Ludwig Klemme, Stuttgart-W., Augustenstrasse 65
22. SS-Freiw.-Kav.-Div. ‚Maria Theresia‘, Albert Drack, Köln, Weidenbach 39
23. SS-Freiw.-Pz.-Gren.-Div. ‚Nederland‘, Caspar Serno, Dortmund, Friedrichstrasse 46
23. SS-Geb.-Div. ‚Kama‘, Ludwig Klemme, Stuttgart-W., Augustenstrasse 65
24. Waffen-Geb.-Div. ‚Karstjäger‘, Ludwig Klemme, Stuttgart-W., Augustenstrasse 65
25. Waffen-Gren.-Div. (Ungarische Nr. 1), Willi Oehmen, Köln, Kaiser-Friedrich-Ufer, Trinkhalle ‚Bastei‘
26. Waffen-Gren.-Div. (Ungarische Nr. 2), wie 25. SS-Div.
27. SS-Pz.-Gren.-Div. ‚Langemarck‘, Peter de Vuyst, Hameln/Weser, Wehrbergerstrasse 13
28. SS-Freiw.-Pz.-Gren.-Div. ‚Wallonie‘, Paul Konrad, Nürnberg, Wiesenstrasse 63
29. SS-Div. ‚Italien‘, Anton Strohe, Eschweiler bei Aachen, Wiesenstrasse 1
30. SS-Gren.-Div., Friedrich Fertig, Deckbergen 82 über Rinteln/ Weser
31. SS-Freiw.-Gren.-Div. ‚Böhmen u. Mähren‘, wie vor
32. SS-Freiw.-Gren.-Div. ‚30. Januar‘, Horst Wilke, Sarstedt bei Hann., Lerchenweg 7
33. SS-Pz.-Gren.-Div. ‚Charlemagne‘, Paul Konrad, Nürnberg, Wiesenstrasse 63
34. SS.-Gren.-Div. ‚Landstorm Nederland‘, Caspar Serno, Dortmund, Friedrichstrasse 46

- 35. SS-Pol.-Gren.-Division, Werner Oschassek, Düsseldorf, Millratherstrasse 39
- 36. SS-Div., über HIAG-Bundesverband, Referat: Suchdienst
- 37. SS-Kav.-Div. ‚Lützow‘, Albert Drack, Köln, Weidenbach 39
- 38. SS-Div. ‚Nibelungen‘, Anton Strohe, Eschweiler bei Aachen, Wiesenstrasse 1»



SS-Aufmarsch in Rendsburg am 11. September 1955.
 An der Spitze die ehemaligen SS-Generale Gille, Wisch und Steiner

Diese Aufstellung zeigt, dass neben der Erfassung aller ehemaligen deutschen SS-Angehörigen die Reorganisation der ausländischen SS-Formationen angestrebt wird, denen erneut eine besondere Rolle als Teil der berüchtigten «Fünften Kolonne» des deutschen Imperialismus und Militarismus zugeordnet ist. Die SS-Garden Himmlers, die geschworenen Feinde der gesamten Menschheit, an deren Händen das Blut von Millionen Ermordeten klebt, geben vor, Freiheit und Demokratie zu schützen. Im Komplott mit den Bonner Ultras machten sie Westdeutschland zum Zentrum des internationalen Faschismus.

Dieses Ziel lag von Anfang an den Bemühungen um die völlige Rehabilitierung der ehemaligen SS-Angehörigen zugrunde. Am 17. September 1956 berichtete die Hamburger grossbürgerliche Zeitung «Die Welt», dass der frühere SS-Brigadeführer Meyer in Minden vor 10'000 ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS aus der Bundesrepublik, aus Holland, Belgien, Frankreich, Dänemark und aus Österreich geaussert hatte: «Solange noch Kriegsverurteilte hinter Stacheldraht schmachten, können Deutsche keine echten Verbündeten sein.» Im selben Monat fand in Hannover ein Treffen der SS-Verbände statt, auf dem die Forderung erhoben wurde, die früheren SS-Angehörigen nach dem Artikel 131 * des Bonner Grundgesetzes zu versorgen.

Die SS formierte sich in aller Öffentlichkeit wieder und veranstaltete mit behördlicher Unterstützung provozierende Aufmärsche. Die zwangsläufige Folge dieser Entwicklung, die einen leidenschaftlichen Protest der friedliebenden und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik und in allen europäischen Ländern auslöste, war, dass die Vertreter der SS-Verbände immer unverschämter auftraten. Panzermeyer, der eng mit einflussreichen Kreisen der westdeutschen Wirtschaft und des Bonner Staates verbunden war, rief den am 5. September 1959 in Hameln versam-

* Der Artikel 131 des Bonner Grundgesetzes hat folgenden Wortlaut:

«Die Rechtsverhältnisse von Personen einschliesslich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienste standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden, sind durch Bundesgesetz zu regeln. Entsprechendes gilt für Personen einschliesslich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 versorgungsberechtigt waren und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen keine oder keine entsprechende Versorgung mehr erhalten. Bis zum Inkrafttreten des Bundesgesetzes können vorbehaltlich anderweitiger landesrechtlicher Regelung Rechtsansprüche nicht geltend gemacht werden.» Auf Grund dieses Artikels wurde am 14. März 1951 ein Gesetz über Sofortmassnahmen zur Sicherung der Unterbringung der unter Artikel 131 fallenden Personen erlassen. Kurz darauf, am 11. Mai 1951, folgte das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter diesen Artikel fallenden Personen. Das löste eine Vielzahl von Durchführungsverordnungen, Erlassen, Verwaltungs- vor Schriften und Landesgesetzen aus. Diese Gesetzgebung zu Artikel 131 des Bonner Grundgesetzes führte zu einer umfassenden Rehabilitierung der Nazibeamten in Westdeutschland.

Waffen-SS fordert gleiche Rechte

Minden, 16. September (dpa—AP)

Die volle Gleichberechtigung für Angehörige der ehemaligen Waffen-SS forderte der frühere SS-Panzergeneral Meyer am Wochenende in Minden. Er sprach vor 10 000 ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS aus der Bundesrepublik sowie Holland, Belgien, Frankreich, Dänemark und Österreich. Meyer vertrat die Ansicht, daß es höchste Zeit sei, einen Schlußstrich unter die Difamierung der Waffen-SS zu ziehen. „Solange noch Kriegsverurteilte hinter Stacheldraht schmachten, können Deutsche keine echten Verbündeten sein“, meinte Meyer.

auf einem Diskussionsabend in Hannover dafür ausgesprochen, daß die ehemaligen Waffen-SS-Männer in die Bundeswehr eintreten. Beide gehören nicht mehr der HiaG an.

In der einstimmig angenommenen Entschließung wird festgestellt, daß jeder frühere Angehörige der Waffen-SS über die Frage der Wehrbereitschaft als Staatsbürger allein und unter eigener Verantwortung entscheiden muß. Eine Stellungnahme zu diesen Fragen von seiten der HiaG als Organisation kann nicht erwartet werden, heißt es in der Erklärung, solange die Frage der Kriegsverurteilten noch nicht gelöst ist. Die Wehrbereitschaft der

melten HI AG-Leuten – auch den ehemaligen Angehörigen der SS-Totenkopfverbände, die in den Konzentrationslagern eingesetzt waren – zu: «Wir stehen nicht an einem Hintertürchen, nicht an jenem verborgenen Eingang für Dienstboten und Lieferanten, wir wollen über die Vordertreppe in den Staat, dessen demokratische Grundrechte uns hierauf ein Anrecht zusagen.»* Die Kriegsverbrecher Sepp Dietrich, Lammerding, Simon und andere liessen sich von den Teilnehmern des SS-Aufmarsches als «bewährte Soldaten des Grossdeutschen Reiches» feiern. Und im Mai 1960 führte derselbe Kurt Meyer auf einer Versammlung der HIAG in Itzehoe aus: «Wir bekennen uns zur Bundesrepublik, denn sie ist unser Vaterland, und wir wissen, dass eines Tages wieder das einige, grosse Deutschland und aus ihm das freie Europa entstehen wird.»**

* Zitiert nach Dokumentation über die Rehabilitierung und Reorganisation der ehemaligen SS. Herausgegeben von der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), o. O., o. J., S. 7.

** Ebenda.



Die Kriegsverbrecher leben gut – fast alle kamen zum SS-Treffen mit eigenem Kraftwagen

Das Organ der Gewerkschaften in der Bundesrepublik, «Welt der Arbeit», schrieb am 3. Juni 1960: «Der Konzentrationsprozess zwischen HIAG (40'000 Mitglieder), Kyffhäuser bund (100'000 Mitglieder) und den 1'030 Traditionsverbänden des Verbandes deutscher Soldaten geht unaufhörlich weiter.»

Bei ihren Zusammenkünften waren die SS-Leute bald nicht mehr nur unter sich. Profilierte Vertreter des Bonner Staates stellten sich als Ehrengäste ein. Aus dem Auftreten der Bundestagsabgeordneten Rasner, Eisenmann und Schneider auf dem Nordmarktreffen der HIAG in Rendsburg folgerten die Veranstalter, «das die Tabus durchbrochen sind, mit denen man die ehemalige Waffen-SS umstellt hat; sie alle bekennen, gemessener der eine, leidenschaftlicher der andere, ihre uneingeschränkte Bereitschaft zur Verteidigung des Ehrenanspruchs der Waffen-SS. Ein fünfzehn Jahre währender Bann ist endgültig gebrochen. Die ehemalige Waffen-

SS ist aus der Zone der Diffamierung herausgetreten.»* SS-Brigadeführer Meyer stellte auf diesem Treffen mit Genugtuung fest: «Gespräche, die ich mit Repräsentanten aller im Bundestag vertretenen Parteien führte, berechtigten mich zu der Hoffnung, dass der über uns verhängte Bann aufgehoben wird. Wir werden darin keinen Gnadenerweis, sondern die Wiederherstellung des Rechtszustandes sehen.»**



Am 30. Juni 1961, noch während des Prozesses gegen den millionenfachen Judenmörder Adolf Eichmann, nahm der Bundestag die dritte Novelle zum Gesetz über die 131er an. Mit einer solchen Gesetzgebung haben die Bonner Machthaber die Urteile des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg für ihr Staatsgebiet einseitig ausser Kraft gesetzt und alle friedliebenden Völker herausgefordert. Durch diese dritte Novelle wurden auch die letzten, bisher noch nicht wiederverwendeten oder noch nicht pensionierten aktiven Faschisten, die Liquidierungskommandos Himmlers, «versorgungsberechtigt». Sie besagt ausdrücklich, dass alle ehemaligen Angehörigen der SS-Verfügungstruppe, der SS-Totenkopfverbände und der SS-Leibstandarte Hitlers mit zehnjähriger Dienstzeit in den Kreis der Versorgungsberechtigten einzubeziehen sind. Dazu gehören zum Beispiel: Sepp Dietrich, SS-Obergruppenführer, Kommandeur der «Leibstandarte SS Adolf Hitler», wo er auftauchte, ob in Deutschland, in Frankreich, in Ungarn oder in der Sowjetunion, verwandelte er das Land in ein Leichenfeld; Erich Gritzbach,

* «Der Freiwillige», Heft 11/1960.

** Ebenda.



Die SS sammelt sich.

Göttingen war im August 1956 Schauplatz eines Treffens von SS-Leuten der 3. SS-Panzer- und der 16. SS-Panzergranadierdivision, wo mit grossem Pomp unter dem Eisernen Kreuz mit schwarzrotgoldenen Fahnen Gedenkreden gehalten wurden. Der Kommandeur der beiden Divisionen, Max Simon, spricht

SS-Oberführer, persönlicher Referent Görings, bis 1953 leitender Angestellter im Stinnes-Konzern;

Paul Körner, SS-Obergruppenführer, Adjutant Görings, in Nürnberg zu 15 Jahren Haft verurteilt, seit 1951 wieder auf freiem Fus;

Heinz Lammerding, SS-Obergruppenführer, Kommandeur der SS-Division «Das Reich», die unter anderen die friedliche französische Ortschaft Oradour-sur-Glane dem Erdboden gleichmachte und alle Einwohner bestialisch ermordete. Unter Himmler war er Stabschef der Heeresgruppe Weichsel; heute ist er Verbindungsmann zwischen der HIAG und der berüchtigten Terrororganisation OAS;

Joachim Peiper, SS-Standartenführer, nach 1945 wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt, 1956 freigelassen, heute in leitender Stellung bei den Porsche-Werken tätig;

Heinz Reinefarth, SS-Gruppenführer, wegen seiner Verbrechen bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes auf die Liste der Kriegsverbrecher der Vereinten Nationen gesetzt.



SS-Obersturmbannführer Otto Skorzeny



Die Münchener Illustrierte „Quick“ veröffentlichte bereits 1950 in einer Fortsetzungsserie die Memoiren Skorzenys

(For the use of the Secretariat)

Registered Number

Date of receipt in Secretariat

7372-1000
15590/1

UNITED NATIONS WAR CRIMES COMMISSION

CZECH-SLOVAK CRIMES against GERMAN WAR CRIMINALS

Addendum

to Case No 120

Name of accused, his rank,
and/or official position:

6-4195/44-11

6.) Skorzeny Otto,
German nationality,
former Commander of the "Kommando zur
besonderen Verfügung" in Visovice

Date and place of commission
of alleged crime:

April, 1945. Floetina

Number and description of
crime in war crimes list:

murder,
plunder,
wanton destruction of property.

BRIEF STATEMENT OF FACTS:

Accused Otto SKORZENY participated in the punitive expedi-
tion against captured members of the underground movement in April 1945 at the
village of Floetina where 27 people were murdered, all their belongings plundered
and afterwards set fire to their farmhouses.

PARTICULARS OF EVIDENCE IN SUPPORT:

The personal participation of the accused SKORZENY in the
punitive expedition against Floetina in April 1945 has been proved by the
following witnesses:

Steckbrief der Kriegsverbrecherkommission der UN gegen den von Hitler
und Himmler mit Sonderaufgaben betrauten SS-Obersturmbannführer
Otto Skorzeny



Diner des westdeutschen Bankiers und Kriegsverbrechers Schacht mit dem gesuchten Massenmörder Skorzeny im Madrider «Höreher»-Restaurant

Zum Kreis der Versorgungsberechtigten gehören auch die KZ-Kommandanten und ihre Handlanger, die Einsatzgruppenleiter der SS und des SD, KZ-Ärzte und SS-Professoren, die die Wissenschaft in den Dienst der Menschenvernichtung gestellt hatten. Allein im Jahre 1960 wurden nach dem 131er Gesetz aus öffentlichen Mitteln 1,4 Milliarden DM gezahlt.

Schon lange vor der Verabschiedung der dritten Novelle zum Gesetz über die 131er bekamen ehemalige Nazis Abfindungen, Unterstützungen, Beihilfen und Pensionen.

Die Nazis drängen zur Kasse

Aktive Handlanger Hitlers erhalten hohe Pensionen und stellen unverschämte Entschädigungsansprüche ! Ändert die Gesetze !

(Aus der westdeutschen Illustrierten «Revue», München, 12. Mai 1956)

Generale der Hitlerwehrmacht, hohe nazistische Staatsbeamte oder ihre Witwen beziehen seit Jahren Pensionen von monatlich über 1'000 Mark, zum Beispiel bekommen

Karl Dönitz, Grossadmiral und Nachfolger Hitlers als NS-Staatsoberhaupt, monatlich 1'300 DM;

der ehemalige Generalfeldmarschall von Manstein, der von einem britischen Militärgericht zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, monatlich 1'100 DM;

Erhard Milch, Generalfeldmarschall, monatlich 1'300 DM;

Eggert Reeder, SS-Gruppenführer und Deportationsspezialist in Belgien sowie NS-Regierungspräsident von Köln, monatlich 1'400 DM;

Hjalmar Schacht, NS-ReichsWirtschaftsminister, monatlich 2'800 DM; Franz Schlegelberger, Staatssekretär im NS-Justizministerium, monatlich 2'894 DM;

Walter Schröder, SS-Brigadeführer, NS-Polizeipräsident von Lübeck, monatlich 1'200 DM.

Frau Freisler, die Witwe Roland Freislers, des berüchtigten Präsidenten des faschistischen Volksgerichtshofes, erhält monatlich 1'000 DM.

Martin Hellinger kassierte nach seiner Entlassung aus dem Kriegsverbrechergefängnis Werl 10'000 DM als sogenannter Spätheimkehrer. Er war der SS als Arzt beigetreten und hatte sich darauf spezialisiert, den Ermordeten die Goldzähne auszuberechen.

In den Kreis der Versorgungsberechtigten wurde auch die Witwe des SS-Henkers Reinhard Heydrich, aufgenommen, obwohl erwiesen ist, dass sie selbst die Ermordung tschechoslowakischer Patrioten mit veranlasst hat.

Der ehemalige SS-Oberscharführer und Leiter des Bunkers im KZ Buchenwald, Martin Sommer, lebte acht Jahre völlig unbehelligt in einem Versorgungskrankenhaus in Bayreuth. Auf das Konto dieses hundertfachen Henkers kommt auch die Ermordung des evangelischen Pfarrers Paul Schneider und des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ernst Heilmann. Erst die Proteste in der internationalen Öffentlichkeit erzwangen seine Verurteilung zu lebenslänglicher Haft durch ein Schwurgericht in Bayreuth.

Harald Turner, SS-Gruppenführer bei der deutschen Militärverwaltung in Serbien, hatte den Befehl zur Hinrichtung von 6'000 Geiseln gegeben und in Jugoslawien «alles, was an Juden greifbar war, erschossen» lassen. Dafür wurde er als Kriegsverbrecher in Jugoslawien zur Rechenschaft gezogen und seiner gerechten Strafe zugeführt. Seiner Frau wurde in Westdeutschland durch Gerichtsbeschluss eine Witwenrente zugesprochen, die dem Gehalt eines Oberregierungsrates entspricht.



Der **SATAN** heißt Sommer

Der Massenmörder des KZ Buchenwald lebt —
von unseren Steuern frei unter uns; und das
Gesetz schützt ihn vor den irdischen Richtern

*So schrieb „Der Stern“, Ham-
burg, in seiner Ausgabe
Nr. 42 vom 20. Oktober 1956*

Eine Schlammlut nazistischer Literatur

In dem Masse, in dem die Aufrüstung in der Bundesrepublik vorangetrieben, das gesamte politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben militarisiert wurde und der Neofaschismus immer stärker um sich griff, erschienen in ständig wachsender Zahl Bücher und Broschüren, mit denen chauvinistische, revanchistische und neonazistische Gedanken verbreitet werden. Diese braune Schlammlut verfolgt unter anderem das Ziel, die SS-Schläger und andere Kriegs- und Naziverbrecher reinzuwaschen und zu heroisieren sowie Eroberungskriege zu rechtfertigen und insbesondere den zweiten Weltkrieg zu verherrlichen. Dabei bemüht man sich mit allen Mitteln, dem Leser die verbrecherischen Ziele des deutschen Imperialismus als seine eigenen zu suggerieren.

Einen wesentlichen Anteil an dieser Literatur haben die sogenannten Erinnerungsbücher. Sie reichen von den Memoiren Ribbentrops bis zu den Aufzeichnungen ehemaliger Hitlergenerale und SS-Führer. Einige Beispiele mögen das verdeutlichen.

E.G. Krätschmer schrieb das Buch «Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS». Es erschien im Göttinger Plesse-Verlag, dessen Leiter, Waldemar Schütz, selbst aktiver Nazi gewesen ist. Im selben Verlag wurden auch die Bücher «Waffen-SS im Einsatz» von Paul Hausser und «Die letzte Schlacht» von Erich Kern(mayr) veröffentlicht.

Krätschmer unternahm mit seinem Buch «Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS» als einer der ersten NS-Ideologen den Versuch, die Massaker, die Angehörige der SS unter der Zivilbevölkerung angerichtet hatten, als notwendige soldatische Handlungen hinzustellen. Er scheute auch nicht davor zurück, den Mitbegründer der SS-Totenkopfverbände, SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Theodor Eicke, in sein «Werk» aufzunehmen. Eicke, der Inspekteur aller faschistischen Konzentrationslager, war der unmittelbar Verantwortliche für die furchtbaren Verbrechen, die die von ihm befehligten SS-Totenkopfverbände verübt hatten. Er hatte auch persönlich Hinrichtungen beigewohnt, zum Beispiel im Konzentrationslager Sachsenhausen.

Der ehemalige SS-Untersturmführer Erich Kernmayr hat seine Bücher, die der Rechtfertigung der faschistischen Verbrechen und des zweiten Weltkrieges dienen, in verschiedenen westdeutschen Verlagen herausgegeben, beispielsweise «Das andere Lidice», «Der grosse Rausch», «Das harte Leben», «Herz im Stacheldraht» und «Menschen im Netz». Das letztgenannte Buch wurde in Westdeutschland so-

Waffen-SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS

THEODOR EICKE

Y 17. Oktober 1892 in Hudingens/Elsaß

Ritterkreuz: 9. Januar 1942 als Kommandeur der SS-Totenkopfdivision

Eichenlaub: 20. April 1942 als 88. Soldat und Kommandeur der gleichen Division

λ 26. Februar 1943 bei Orelka als Kommandeur der 3. SS-Panzerdivision „Totenkopf“

Werk und Heimat Theodor Eickes war seine SS-Totenkopfdivision. Schon im Frieden war er Führer der SS-Totenkopfverbände, die er seit 1933 aufgebaut hatte und die, wie die SS-Verfügungstruppe, zu den



langjähriger Chefredakteur der „Deutschen Soldaten-Zeitung“ und als einer der rühmlichsten Vertreter der neonazistischen Deutschen Reichspartei erfreut sich Kernmayr der besonderen Förderung durch maßgebliche Kreise der Bundeswehr.

Der ehemalige SS-Untersturmführer Lothar Grell veröffentlichte im neonazistischen Schild-Verlag in München unter anderen die Bücher „Die Wahrheit über Malmedy“ und „Die Lüge von Marzabotto“. Auch ihm geht es darum, die Verbrechen der Hitlerfaschisten zu rechtfertigen. Zeitweilig gehörten Grell und Kernmayr zu den leitenden hauptamtlichen Mitarbeitern der HIAG.

Herbert Gille, ehemaliger SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS, von Hitler wegen seines rücksichtslosen und unmenschlichen Vorgehens mit höchsten faschistischen Orden dekoriert, betreibt eine große Versandbuchhandlung, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, militaristische und nazistische Literatur über Buchgemeinschaften, Buchdienste, durch Arbeitskreise und durch Zusammenkünfte von Autoren und Lesern in alle Bevölkerungsschichten hineinzutragen.

Dafür setzt auch der ehemalige SS-Obersturmbannführer Helmut Sündermann, einst stellvertretender Reichspressechef, seine ganze Kraft ein. Gestützt auf seine persönlichen Verbindungen, schuf er den Druffel-Verlag in Leoni am Starnberger See, den wohl bedeu-

tendsten rechtsextremistischen Verlag in der Bundesrepublik. Sündermann veröffentlichte im eigenen Verlag sein Buch „Das Dritte Reich, Eine Richtigstellung in Umrissen“ und von Joachim von Ribbentrop „Zwischen London und Moskau, Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen“, von Erich Kern(mayr) „Buch der Tapferkeit“ sowie von Ilse Heß „England – Nürnberg – Spandau, Ein Schicksal in Briefen“, in dem dem „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß, der als Kriegsverbrecher zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde, ein Denkmal gesetzt wird. Im Druffel-Verlag erschienen auch das Buch „Souveräne Menschen“ von Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe, ehemaliger hoher SS-Führer und persönlicher Referent Josef Goebbels', und die Aufzeichnungen des Nazioberrbürgermeisters von Berlin, Julius Lippert, „Lächle . . . und verbirg die Tränen“. Zum „aufsehenerregenden Verlagsprogramm“ – wie es in den Prospekten heißt – gehören ferner Rudel, „Von den Stukas zu den Anden“, Walter Nowotny, „Tiger vom Wolchowstroj“ und andere Schriften, die „vor allem die Kriegsschuldfrage des ersten und zweiten Weltkrieges“ verwischen sollen.

DR JULIUS LIPPERT

Lächle . . . und verbirg die Tränen

Erlebnisse und Bemerkungen
eines deutschen »Kriegsverbrechers«

ILSE HESS

England - Nürnberg - Spandau

Ein Schicksal in Briefen

JOACHIM VON RIBBENTROP

ZWISCHEN LONDON UND MOSKAU

Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen

Aus dem Nachlaß herausgegeben von
ANNELIES VON RIBBENTROP



ALFRED ROSENBERG

LETZTE AUFZEICHNUNGEN

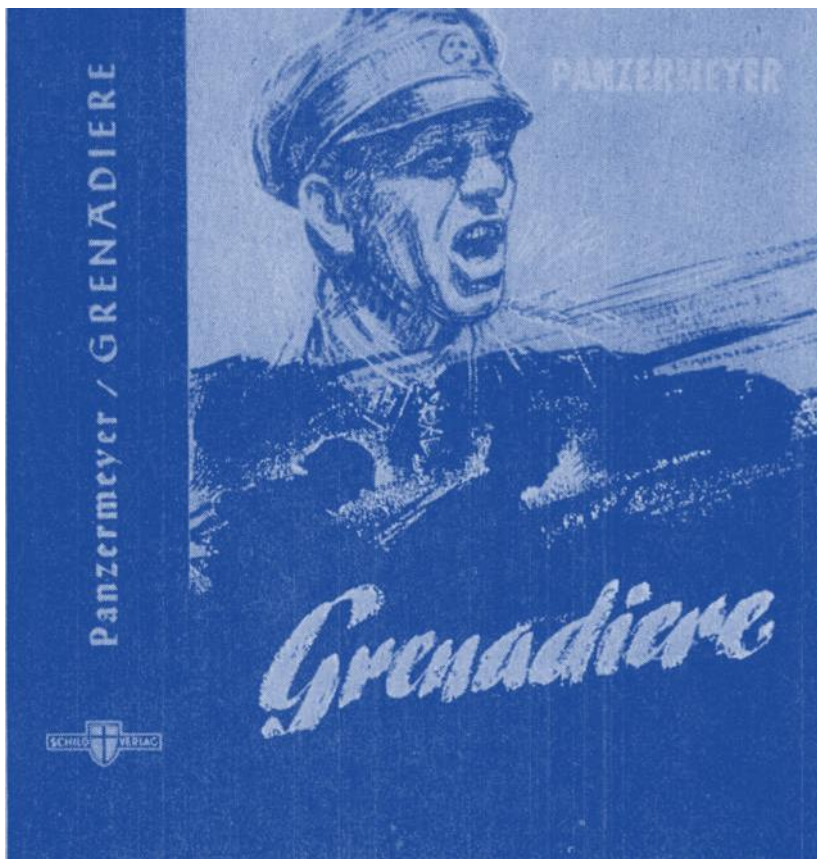
IDEALE UND IDEOLOGIE
DER NATION

PAUL HAUSSER

WAFFEN-SS im Einsatz



Der bereits mehrfach erwähnte ehemalige Kommandeur der SS-Panzerdivision «Hitlerjugend», Kurt Meyer (Panzermeier), glorifizierte die Bestialitäten, die von Angehörigen seiner Division begangen wurden, in seinem Buch «Grenadiere», das im Münchener Schild-Verlag erschien.



Der Verlag Erich Pabel, Rastatt, wendet sich mit billigen «Landerheften», in denen an die niedrigsten Instinkte appelliert wird, an die deutsche Jugend,* um sie für einen neuen Krieg reif zu machen. Der Verlag Kurt Vowinkel, Neckargemünd, versucht, seine Kriegsliteratur über die «Scharnhorst-Buchkameradschaft der Soldaten» an junge Menschen heranzubringen. Militaristische und revanchis-

tische Literatur erscheint ausser in den genannten Verlagen im Münchener Türmer Verlag, im Klinger Verlag, dessen Sitz sich gleichfalls in München befindet, im Hünenburg-Verlag in Heilbronn, im Klosterhaus-Verlag, im Verlag Friedrich Lenz in Heidelberg und im Verlag Fritz Schlichtenmayer, der unter anderem die Memoiren des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine, Erich Raeder, herausbrachte. Die Leiter dieser Verlage sind meist selbst aktive Nazis gewesen, in vielen Fällen haben sie der SS als Offiziere angehört. Sie alle sehen ihre wichtigste Aufgabe darin, einen Schleier des Vergessens über die Untaten der Hitlerfaschisten zu breiten, das NS-Gedankengut vor allem in die Köpfe von jungen Deutschen einzuhämmern, die SS zu rehabilitieren, die Niederlagen der faschistischen Armee in Siege umzumünzen und damit zur ideologischen Kriegs Vorbereitung beizutragen. Zur Schlammflut neonazistischer und militaristischer Literatur gehören auch die zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften, die sich dieselben Ziele gestellt haben. So behauptete «Die Anklage – Organ der entrechteten Nachkriegsgeschädigten» am 1. Januar 1955 schamlos: «Niemand haben Deutsche 6 Millionen Juden getötet, vergast, gehängt oder erschossen!» Es sei un wahr, dass in irgendeinem Konzentrationslager jemals «Gaskammern oder andere Einrichtungen, die eine Massenhinrichtung von Menschen gestattet hätten», vorhanden gewesen wären. Diese Einrichtungen hätten sich vielmehr bei «näherer Betrachtung als nach dem Kriege montierte Einrichtungen erwiesen, die nicht einmal echt, sondern blose Attrappen waren».

■ 1^U<^m4o LJ&WM^

Die gemeinste Geschichtsfälschung

ÖtrRM *

fiMHftedka A

5

ABI

AU *U i» d» Nummer Is der läge», di» .Anklage* habe die mit «dsem d^r ubtuUe» B^Ow- .AaU^* WB 11 # WM mUr BcMuptiW W^sWit. in P^BU ^mg^s der Arwe far KM» , der CWj^rift; MH nie@*!» Ungute» ge» der wäre h^wfalU HM &U<Mm .^He T^irH^itwiff* s c b c l s e k

Die offizielle Zeitschrift der SS-Verbände, «Wiking-Ruf», feierte in ihrer Ausgabe vom Oktober 1956 den vorzeitig aus dem Kriegsverbrechergefängnis entlassenen Grossadmiral Hitlers, Karl Dönitz, als einen Mann, der «Millionen von Flüchtlingen und Soldaten das Leben gerettet» habe.



Erinnerung an einen schwarzen Tag der deutschen Geschichte

Im Oktober 1946 fällte im deutschen Nürnberg ein Gericht, das die im zweiten Weltkrieg siegreichen Feindmächte sich zusammengestellt hatten. Todesurteile über deutsche Männer und ließ diese Todesurteile durch einen amerikanischen Henker ausführen. Die Männer hatten keift irgendwo bestehendes Gesetz verletzt. Das Gesetz muhte erst konstruiert werden, zusammen mit den Anschuldigungen. und beides hatte nur diesen Deutschen gegenüber zu gelten, die als Verantwortliche des völlig unverständenen Dritten Reiches erklärt wurden. Den Anschuldigungen entsprechende Vorkommnisse in Krieg und Politik bei den Feindmächten selbst wurden mit verstocktem Schweigen übergangen.

Finer der todgeweihten Deutschen schrieb zwei Tage vor der Nürnberger Todesnacht an seinen ältesten Sohn einen Abschiedsbrief. Der Brief war gewiss nicht für fremde Augen bestimmt. Dennoch darf er nunmehr wohl hinausgehen vor alle Menschen, die da spotten, dass eine neue Zeit im Anzuge war, wie sie es noch ist. und die begriffen, dass die umgebrachten Männer vom Oktober 1946 hingeopferte Vorkämpfer der neuen Zeit waren.

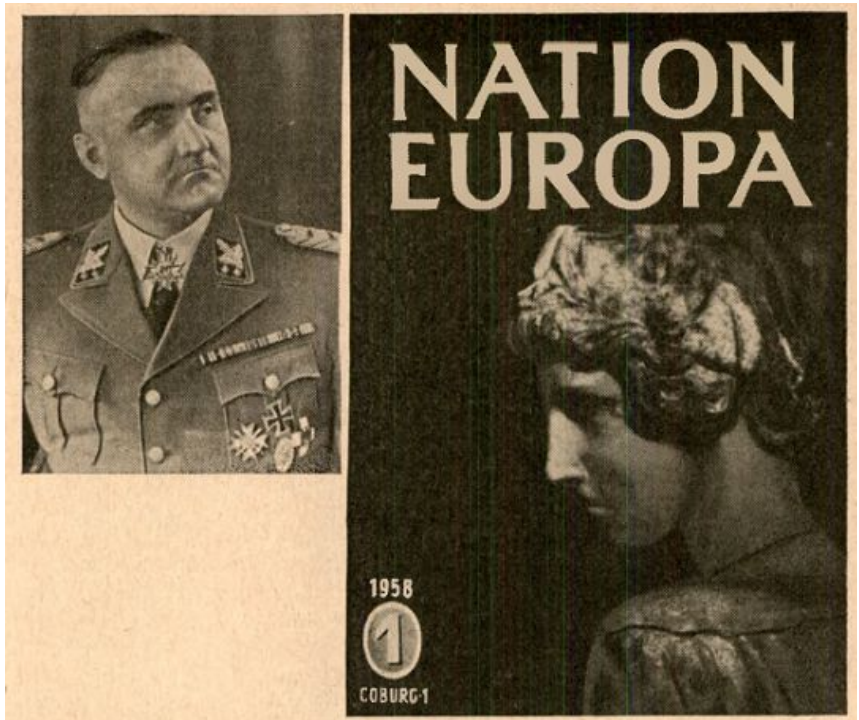
Der Vater schrieb an den Sohn: «... Mein lieber, lieber Junge .. Wenn Ihr alle vielleicht auch zunächst unter Furern verurteilten Vater zu leiden haben werdet, so glaube ich doch, dass dies eines Tages anders sein wird. Innerlich wird als Folge der Vollstreckung dieses vom Feindgericht ausgesprochenen Urteils der ganze anständige Teil des deutschen Volkes sich mit uns solidarisch fühlen. Das kann gar nicht anders sein, es träfe denn zu, dass es da draussen überhaupt kein deutsches Volk im alten Sinne mehr gäbe, und das will ich nicht glauben. Wenn aber artechtes Deutschtum erhalten blieb, dann werden, ganz gleich, WM dieser oder jener von den Verurteilten nach dem konstruierten Gengchtsstatut begangen haben mag, die Umgebrachten als Märtyrer ihres Patriotismus in die Geschichte eingehen, und dann nach dem Erkennen der Wirklichkeit wird auch für Buch alles wieder tragbar werden Ich habe beim Zusammenbruch für mich gehofft, der Führer werde mir einen Storch senden.

Die «Deutsche Soldaten-Zeitung» bemühte sich anlässlich der, zehnten Wiederkehr des Tages der Hinrichtung der vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zum Tode verurteilten Hauptkriegsverbrecher, Göring, Keitel, Jodl, Kaltenbrunner und andere als tugendhafte und untadelige deutsche Soldaten hinzustellen, die ihre «Pflicht gegenüber Volk und Vaterland» stets ehrenvoll erfüllt hätten.



Im Birkenhof-Verlag in Hagen/Westfalen erscheint zweimal im Monat der «Deutsche Beobachter». Der Verlag wird von der Ehefrau des ehemaligen Gauleiters von Westfalen, Elisabeth Vetter, geleitet.

Die Zeitschrift «Nation Europa» gibt Arthur Ehrhardt, einst SS-Hauptsturmführer beim «Chef der Bandenbekämpfungsstelle im Führerhauptquartier», heraus. Kurz vor Kriegsende war er zum SS-Sturmbannführer und Leiter des Kriegsarchivs der Waffen-SS in Böhmen avanciert. Zu den Mitarbeitern dieser Zeitschrift zählen ehemalige SS-Angehörige aus verschiedenen europäischen Ländern und wegen Kriegsverbrechen angeklagte deutsche Faschisten, zum Beispiel der frühere SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS, Gottlob Berger.



SS-Obergruppenführer und Chef des SS-Hauptamtes, Gottlob Berger, heute Mitarbeiter der neonazistischen Zeitschrift «Nation Europa»

In einem Nachruf zum zehnten Todestag Hitlers schrieb die Zeitschrift unter anderem: «Wenn heute Deutschland ... überhaupt wieder politisches Gewicht hat, dann dank der geburtenstarken ‚Hitler-Jahrgänge‘ ... Hitler, der kinderlos Einsame, hinterliess sie uns als sein schönstes Erbe.»*

Allein diese wenigen Tatsachen beweisen schon, dass die Militarisierung der Bundesrepublik auch den Nährboden schuf, auf dem sich – den veränderten Verhältnissen angepasst – die nazistische und militaristische Ideologie neu beleben konnte. Der Ungeist des Antikommunismus, des Revanchismus, des Rassenhasses und des Antisemitismus, mit dessen Hilfe die furchtbaren Verbrechen am deutschen Volk und an anderen Völkern vorbereitet wurden, wird erneut heraufbeschworen. So verwundert es nicht, dass die Darstellung

* «Nation Europa», Heft 5/1955.

historischer Tatsachen in den westdeutschen Schulbüchern laufend verändert wurde, und zwar im Sinne der Bonner Ultras.

Im Ernst Klett Verlag, Stuttgart, erschien das Geschichtsbuch für Real- und Mittelschulen «Lebendige Vergangenheit». Während in der Ausgabe 1949 über die Judenverfolgung noch drei Seiten enthalten waren, fand man in der Auflage für das Jahr 1958 nur noch 13 Zeilen zu diesem Thema mit der lapidaren Feststellung, dass die Rassenpolitik des Hitlerfaschismus «einer der größten Fehler des Nationalsozialismus» gewesen sei.

Derselbe Verlag brachte auch das Lehrbuch für Volksschulen «Deutsche Geschichte von 1914 bis zur Gegenwart» heraus. 1949 wurde die Judenverfolgung immerhin noch auf drei Seiten abgehandelt, 1958 auf nur 14 Zeilen. Die antifaschistische Widerstandsbewegung – in der Ausgabe 1949 auf acht Seiten zusammengedrängt – wurde in der Auflage 1958 mit keinem Wort erwähnt; die Darstellung über faschistische Konzentrationslager umfasste 1949 noch fünf Seiten, in der Ausgabe 1958 wurden diese Lager einfach verschwiegen.

So also wird die Empfehlung der westdeutschen Regierung, die Schüler zur «Wehrbereitschaft» zu erziehen, verwirklicht. Aber die Erinnerung an die millionenfachen Verbrechen der Hitlerfaschisten lässt sich weder durch «Straffungen» in den Geschichtsbüchern noch durch bewusstes Verschweigen aus der Welt schaffen. Lidice, Oradour-sur-Glane, Marzabotto, Auschwitz und Ravensbrück haben sich unauslöschlich im Gedächtnis der Menschen in allen Ländern der Erde eingepägt.

Der Fall Eichmann – der Fall Bonn

Mit keinerlei noch so raffinierten Methoden können auch die Verbrechen der Faschisten gegenüber der jüdischen Bevölkerung verwischt werden.

Der Ausschuss für Deutsche Einheit veröffentlichte aus Anlass des Eichmannprozesses in Israel eine Dokumentation, in der bewiesen wird, dass die Komplizen des «Chefbuchhalters des Todes», des SS-Obersturmbannführers Adolf Eichmann, höchste Positionen im Bonner Staatsapparat einnehmen. In dieser Dokumentation wird unter anderem festgestellt, dass die im Jahre 1933 eingeleitete Terrorwelle «nur der Auftakt zur gross angelegten systematischen Vertreibung und schliesslich zur Vernichtung aller Juden» war. «Die zweite Phase der Judenverfolgung begann mit den berüchtigten Nürnberger Rassengesetzen, die der... (langjährige – D. Verf.) Bonner Staatssekretär Globke massgeblich ausarbeiten half. Sie beraubten die Juden aller Rechte, leiteten die Vertreibung aus allen Berufen und Massendeportationen aus Deutschland ein und führten zu einem Höhepunkt der Justiz Willkür. Nicht nur Globke schrieb zu diesen von ihm selbst verfassten Gesetzen Kommentare. Globkes damaliger Referent, der heutige Präsident des Verwaltungsbezirks Braunschweig, Dr. Fr. A. Knost, kommentierte die berüchtigten Blutgesetze. Allen ‚minderwertigen Rassen‘ sprach er die Gleichheit vor dem Gesetz ab und rechtfertigte damit die faschistische Raub- und Mordpolitik. Knost war später stellvertretender Leiter des SS-Sippenamtes, dem ungezählte ‚Andersrassige‘ zum Opfer fielen. Der nazistische Oberlandesgerichtsrat im ‚Reichsjustizministerium‘, Masfeller, kommentierte nicht nur das Globkesche ‚Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre‘, er nahm auch 1942 an Konferenzen des Reichssicherheitshauptamtes zur ‚Endlösung der Judenfrage‘ teil. Er ist heute für Globke und damit für Bonn der geeignete Mann für den Posten eines Ministerialrates im Justizministerium.

In der ausländischen Presse half etwa zur gleichen Zeit – 1936 – der . . . (ehemalige – D. Verf.) Bonner Minister Lemmer, die nazistische Judenpolitik zu verharmlosen und zu rechtfertigen. Der auf gefundene Briefwechsel zwischen ihm und dem Goebbelschen Propagandaministerium beweist es.

Während Globke diese Schandgesetze ausarbeiten half, war 1935 im Reichssicherheitshauptamt ein Mann damit beschäftigt, systematisch alle Juden und alle Bürger, in deren Adern nach faschistischer Terminologie auch nur ein Tropfen jüdi-

Reichsbürgergesetz

vom 15. September 1935

Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre

vom 15. September 1935

Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz)

vom 18. Oktober 1935

nebst allen Ausführungsvorschriften
und den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen

erläutert von

Dr. Wilhelm Stuckart und **Dr. Hans Globke**

Staatssekretär

Oberrichter

des Reichs und Preussischen Ministeriums des Innern



C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
München und Berlin 1936

Der langjährige Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, Dr. Hans Globke, war maßgeblich an der Ausarbeitung der berüchtigten Nürnberger Rassengesetze beteiligt. Er war auch der Mitautor der Kommentare zu diesen Gesetzen, der Verfasser und Urheber zahlreicher anderer antijüdischer Gesetze, die die Grundlagen für die „Endlösung der Judenfrage“ durch Eichmann bildeten



Dr. Hans Globke (ganz links) gehörte als Staatssekretär des Bundeskanzleramtes lange Zeit zu den einflussreichsten Männern in der Bundesrepublik, obwohl er auf der internationalen Kriegsverbrecherliste steht

schen Blutes floss, karteimässig zu erfassen, um so die organisatorische Vorbereitung für die Zwangsdeportierung und physische Vernichtung zu schaffen. Dieser Mann war der spätere SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann.» *

An dem grauenhaften Massenmord, den die Faschisten «Endlösung der Judenfrage» nannten, sind unter anderen mitschuldig: Werner von Barga, Botschafter der Bundesrepublik in Irak; Fürst Otto von Bismarck, CDU-Bundestagsabgeordneter; Otto Bräutigam, bis 1960 Bonner Generalkonsul in Hongkong; Hermann Conring, CDU-Bundestagsabgeordneter; Hasso von Etzdorff, Abteilungsleiter im westdeutschen Außenministerium; Felix Gaerte, Bonner Legationsrat; Theodor Maunz, Kultusminister von Bayern; Joseph Menke, Leiter der Dortmunder Kriminalpolizei; Ernst Günther Mohr, Botschafter der Bundesrepublik in der Schweiz;

* Eichmann, Henker – Handlanger – Hintermänner, Eine Dokumentation. Herausgegeben vom Ausschuss für Deutsche Einheit, o. O., o. J., S. 8/9.



Zehntausende Holländer richteten ihren Protest gegen die Wiederverwendung Dr. Globkes als Staatssekretär an das Bundeskanzleramt in Bonn

Dr **HANS GLOBKE**, Staatssecretaris van het bureau van bondskanselier **ADENAUER**, staat op de geallieerde lijst van oorlogsmisdadigers onder nummer 101; hij is ontwerper van **HITLERS JODENWETTEN** en dus hoofdschuldige aan de moord op zes miljoen onschuldige mensen.

Bij de 20 jarige herdenking van de wegvoering door de Nazi's van de eerste groep Hollandse jonge joodse mannen, eisen wij:

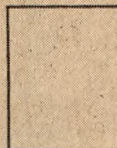
GLOBKE - VERDWIJN

Naam:

Adres:

Handtekening:

Prijs 15 cent



Bundeskanzleramt

Koblenzerstrasse 139-141

Bonn

D.B.R.



Schlagzeilen aus westdeutschen Zeitungen



Dieser „Opferpfennig“ wurde 1954 in Rheinland-Pfalz herausgegeben und vertrieben



Schändung der neuen Synagoge in Köln



Geschändete Grabsteine des jüdischen Friedhofs in Freiburg im Breisgau

Theodor Oberländer, prominentes Mitglied der Adenauer-CDU; Hans Schwarzmann, westdeutscher Botschafter in Libanon; Schneider, Ministerialrat in Baden-Württemberg; Heinz Seraphim, Studienleiter der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Bochum, Lehrbeauftragter für osteuropäische Wirtschaft an der Universität München; Hans Strack, Orientreferent im Bonner Auswärtigen Amt; Timm, Abteilungsleiter im Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene von Schleswig-Holstein; Walter Zirpins, Leiter der Landeskriminalpolizei von Niedersachsen. Sie alle arbeiteten wie Globke, Knost, Masfeller und andere auf das Schwerste belastete Handlager des Dritten Reiches mit Eichmann Hand in Hand.

Daher lenkte der Prozess gegen Adolf Eichmann die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Westdeutschland, wo jüdische Bürger, die der Vernichtung durch die Hitlerbarbarei entgangen waren, erneut Verfolgungen ausgesetzt sind. Faschistische Elemente brüsten sich in aller Öffentlichkeit mit ihrer antisemitischen Gesinnung. Von Jahr zu Jahr mehren sich die Fälle, dass jüdische Friedhöfe geschändet, Synagogen mit faschistischen Symbolen und Mordparolen wie «Juda verrecke!» beschmiert und jüdische Menschen tötlich bedroht werden.

Am 7. Januar 1960 schrieb die «Fränkische Presse», Bayreuth: «Mitverantwortlich für diese höchst peinliche Aktivität ist zweifellos die Tatsache, dass eine ganze Reihe ‚Ehemaliger‘ heute schon wieder hohe Ämter und Posten in der Bundesrepublik bekleidet. So sollen etwa allein in elf Grossstädten des Ruhrgebietes ehemalige SS-Führer heute als Polizeichefs fungieren. Das sich bei dem bekannten Solidaritätsgefühl der alten Parteigenossen ein solcher Sachverhalt nicht fruchtlos auf die bisherigen Ermittlungen auswirkt, ist begreiflich. Auch die rasche ‚Wiedergutmachung‘ in Form von Pensionszahlungen an politisch Schwerbelastete – die viel schneller und reichlicher erfolgen als die an die Opfer des NS-Regimes – haben ihr Teil dazu beigetragen, den Antisemitismus und das NS-lertum wieder salonfähig zu machen.»

Die Bundesregierung blieb die Antwort schuldig, wie es möglich war, dass sich Adolf Eichmann lange Jahre völlig unbehelligt auch in Westdeutschland aufhalten und der ehemalige Kommandant des KZ Auschwitz, Richard Baer, ungeschoren auf den Besitzungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Fürst Otto von Bismarck in Schleswig-Holstein leben konnte. Da die Komplizen Eichmanns im westdeutschen Staatsapparat einflussreiche Ämter bekleiden, war und ist es ihnen möglich, Spuren zu verwischen und tausendfache Mörder untertauchen zu lassen, sobald die internationale Öffentlichkeit auf sie aufmerksam wird. Heute ist die Bundesregierung selbst mit Nazi- und Kriegsverbrechern weitgehend durchsetzt. Deshalb darf es nicht verwundern, dass die SS in Westdeutschland wieder mobilisiert wurde.

SS-Mörder tagten in Beirut

Prozestaktik Eichmanns beraten / Enge Kontakte zu Servatius
SD-Mann Zech-Nentwig bestätigt Mitwisserschaft Globkes

Beirut (ADN/ND). Wie erst jetzt bekannt wird, fand Anfang April in Beirut (Libanon) ein von Eichmanns Adjutant, Alois Brunner, organisiertes Geheimtreffen von Faschisten aus vielen Ländern statt. Ziel der Beratungen war es, Maßnahmen zu beschließen, die verhindern sollen, daß alle Hintermänner Eichmanns durch den Prozeß in Jerusalem der Weltöffentlichkeit bekannt werden.

Auf der Konferenz berichtete Hermann Zech-Nentwig aus Mehlem bei Bad Godesberg, ehemaliger Beauftragter des SD-Chefs Walter Schellenberg in Südwestfalen, daß er engste Kontakte zu Eichmanns Verteidiger Servatius unterhalte und ständig die Prozesstaktik mit ihm berate. Er brüstete sich ferner mit seinen guten Beziehungen zum Bundeskanzleramt Globkes. Auch die Mitwisserschaft Globkes an Eichmanns Flucht wurde durch die Konferenz bekannt. Danach hat der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz und Beichtvater Globkes, Prälat Bühler, Eichmann auf Fürsprache von Adenauers Intimus Globke empfangen und an Stellen des Vatikans weitergeleitet. Durch Vermittlung Globkes und Bühlers kam dann Eichmann auch in den Besitz des Roten-Kreuz-Passes, der ihm die Flucht nach Argentinien ermöglichte.

Unter den über 30 Teilnehmern befanden sich aus dem Bonner Staat: Werner Naumann aus Düsseldorf; Nazigeneral Otto Ernst Remer; Luftwaffenoberst Rudel; der ehemalige SS-Obergruppenführer Steiner aus Frankfurt (Main) und der zur Zeit in Hamburg wohnende ehemalige

SA-Gruppenführer Conen. Von den noch nicht nach Westdeutschland zurückgekehrten Naziverbrechern hatten sich der SS-Führer Otto Skorzeny; der Beauftragte Himmlers zur „Lösung der Judenfrage“ in Frankreich, SS-Hauptsturmbannführer Dannecker, und ein gegenwärtig in Argentinien unter dem Namen Walter Trenkelbach lebender SS-Offizier nach Beirut geschlichen. Trenkelbach hatte im Auftrage westdeutscher faschistischer Untergrundorganisationen den Schutz Eichmanns übernommen und dem SS-Arzt Mengele, als dessen Schlupfwinkel in Argentinien bekannt wurde, ein neues Obdach verschafft.

Von USA-Bankiers finanziert

Um jedem Bekanntwerden der angezeigten Verschwörung vorzubeugen, fand das Treffen nach konspirativen Regeln statt. Die Treffpunkte in Beirut wurden mehrmals gewechselt. Die Finanzierung besorgte der Nationale Wirtschaftsrat, eine ultrareaktionäre Vereinigung amerikanischer Bankiers und Industrieller. Als Vertreter des Rates nahm Mervin Harth an der Geheimberatung teil. Die britischen Faschisten hatten Sir Oswald Mosley und Roger Pearson entsandt; ihre italienischen Kumpane vertraten Graf Theodorasi, Baron Della Siepe und Masati. Unter den weiteren Teilnehmern befanden sich Theodor Souček aus Graz, Professor Maurice Bardeche als Abgesandter der französischen Ultras, der belgische Faschistenführer Leon Degrelle und der Jesuitenpater Ralph Andersen.

Mitteilung des „Neuen Deutschlands“ vom 20. April 1961 über eine Tagung der SS-Mörder in Beirut aus Anlaß des Eichmannprozesses

Die Eingliederung der SS in die Bundeswehr

Der Plan der Westmächte, eine neue Armee in Westdeutschland aufzustellen, deckte sich mit dem eigenen Plan der deutschen Imperialisten. Ehemalige deutsche Generale und Staboffiziere entwarfen neue Angriffspläne. Die nicht liquidierten Führerkader der Hitlerwehrmacht und der SS organisierten militaristische Traditionsverbände. Bald tauchten auch erste Stimmen auf, dass man auf «Soldaten mit Osterfahrung» nicht verzichten könne und die SS einer «neuen Wertung» unterzogen werden müsse. So erklärte der Bundestagsabgeordnete Euler bereits am 27. März 1955 in Bad Hersfeld vor Angehörigen der SS: «Man soll bei der Waffen-SS nicht immer fragen, woher sie kommt, sondern was sie im Kriege geleistet hat. Und diese Leistung bedingt eine gerechte Behandlung.»*

Zur Beschwichtigung der erregten Öffentlichkeit über diese Versuche, eine verbrecherische Organisation zu rehabilitieren, übergab im Dezember 1955 «der älteste Soldat der früheren Waffen-SS», SS-Oberstgruppenführer Hausser, den Fraktionen des Bundestages eine Loyalitätserklärung, «in der sich die ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS zur demokratischen Staatsform bekennen».



Der damalige Kriegsminister Theodor Blank wandte sich am 19. Juli 1956 in Flensburg gegen «die Diffamierung des deutschen Soldatentums» und forderte im August 1956 die ehemaligen SS-Angehörigen zum Eintritt in die westdeutsche Bundeswehr auf.

* «Wiking-Ruf», Mai 1955.

DEUTSCHE

Soldaten-Zeitung

UNABHÄNGIGES BLATT FÜR EHRE, RECHT UND FREIHEIT - EUROPÄISCHE SICHERHEIT UND KAMERADSCHAFT

2. Jahrgang - Heft 10

August 1956

Minister Blank:

Bereit sein, Staat und Volk zu dienen!

Ehemalige Waffen-SS wandte sich an Verteidigungsminister

In einer Versammlung des „Verbandes deutscher Soldaten“ und seiner geladenen Gäste sprachen am Donnerstag, den 19. Juli, in der „Neuen Harmonie“ in Flensburg Bundesverteidigungsminister Theodor Blank und Bundestagsabgeordneter Will Rasner.

Der Verteidigungsminister begann seine Rede mit einem Dank an den VdS, der durch sein beherztes Eintreten gegen die Diffamierung des deutschen Soldatentums den Grundstein für die Arbeiten gelegt habe, die seit Beginn der Beratungen über die Leistung eines neuen deutschen Verteidigungsbeitrages getan worden seien. Der Minister sagte, ein Staat und ein Volk, dessen Bürger nicht mehr bereit und fähig sind, ihm zu dienen, werde seinen Bestand verlieren. Nach einem Überblick über die militärische Entwicklung der Bundesrepublik

Herr Bundesverteidigungsministers Blank sicherlich dazu angetan ist, unser Anliegen klarzustellen.

Herr Minister, ich respektiere die Tatsache, daß Sie „kein Auskunftsbüro“ sind. Die uns am Herzen liegenden Fragen habe ich schriftlich formuliert und bin bereit, Ihnen diese zur Verfügung zu stellen. Meine Bitte geht dahin, daß ich auf diese Fragen eine Antwort erhalte. Diese Antwort werde ich dann meinen Kameraden zur Kenntnis bringen.

Herr Minister, ich darf vorweg klar und eindeutig mit aller Offenheit feststellen, daß ich mein Vorbringen nur im Namen der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS stelle. — Herr Minister, Sie haben uns einen Vortrag gehalten, der voll von Idealismus getragen war. Dieser Idealismus hat auch uns einstmalig veranlaßt, für Heimat und Vaterland einzutreten. Sie — Herr Minister — sprachen vom Dienen, vom Dienst an Volk und Vaterland. Diesen Dienst vollzogen zu haben, dürfen wir — ohne überheblich

Nach jahrelanger ideologischer und organisatorischer Vorbereitung beschloß der Personalgutachterausschuss des Bundestages im August 1956, daß ehemalige Angehörige der Waffen-SS bis zum Obersturmbannführer (Oberstleutnant) in die Kommandostellen der Bundeswehr eintreten können. Dieser Beschluß wurde im «Ministerialblatt des Bundesministers für Verteidigung» vom 1. September 1956 veröffentlicht. Der Erlass legt ausdrücklich fest, daß die ehemaligen SS-Führer den gleichen Rang erhalten, der ihnen unter dem faschistischen Regime für ihre Grausamkeit verliehen wurde.

Von den ehemaligen SS-Angehörigen, die bis zum Sommer 1957 in die Bonner Wehrmacht eintraten, waren nach einer offiziellen Verlautbarung 22,6 Prozent Offiziere, 48,6 Prozent Unteroffiziere und 28,8 Prozent Mannschaften.

Der Anteil der Offiziere war offenbar deshalb so groß, weil man, wie die «Deutsche Soldaten-Zeitung» vom September 1957 schrieb, auf deren «Erfahrungen» nicht verzichten wollte.

Der ehemalige Naziadmiral Heye, heute Wehrbeauftragter des Bonner Bundestages, kommentierte den Beschluß des Personalgutachterausschusses folgendermaßen: «... wenn die Generale und Obermeister der Waffen-SS noch nicht das Recht

Ministerialblatt des Bundesministers für Verteidigung

Num. 101 1. September 1956

Nummer 1

Allgemeine Anwartschaftsbewertung für das Oberstufen von Dienstgraden durch Soldaten

Der Bundesminister hat in seiner Verfügung am 2. August 1956 (Verordnung (Beschluß Nr. 26/M))

„Auf Grund des § 27 Abs. 4 Satz 3 des Wehrgesetzes (WG) vom 19. März 1954 (BGBI. I S. 114) wird für die Festsetzung des Dienstgrades bei der Ernennung zum Hauptmann oder Soldaten auf Zeit (§ 50 Abs. 2 SG) eine **kleinere** Ausnahme von der Vorschrift des § 27 Abs. 4 Satz 2 SG mit der Maßgabe zugelassen, daß

- a) die Ernennung mit einem Dienstgrad in der Wehr wehr dem **zugehörigen** Dienstgrad oder Amt
 1. im Beamtenverhältnis der früheren Wehrmacht,
 2. im Polizeivollzugsdienst,
 3. im Zollgrenzdienst,
 4. im Reichsarmeedienst,
 5. in der Waffen-SS
 entspricht oder nicht um mehr als **einen** Dienstgrad darüber liegt

- b) die Ernennung mit einem Dienstgrad in der Bundeswehr der **zugehörigen** Ausbildung und Tätigkeit als deutscher Angehöriger einer „Dienstgruppe“ der alliierten Streitkräfte entspricht.

Als Vergleichbarkeit gilt

1. für die Beamten der früheren Wehrmacht (z. B. Ingenieurkorps der Luftwaffe), des Polizeivollzugsdienstes und des Zollgrenzdienstes die Einreihung in die Besoldungsgruppen A III Reichsbesoldungsordnung A und B sowie die Zwischengruppen die für Soldaten nicht anwendbar sind, der nächsthöheren vergleichbaren Besoldungsgruppe zugeordnet werden.

2. für die früheren Beamten des Ingenieurkorps der Luftwaffe (Besoldungsordnung III) die Tabelle der Anlage D zu § 50 Abs. 2 SG.

3. für die Angehörigen des alliierten Reichswehrdienstes die Tabelle der Anlage C zu § 55 Abs. 2 G III.

4. für die Angehörigen der alliierten Wehrmacht nachstehende Tabelle

Vergleichbare Dienstgrade der Waffen-SS

SS-Mann	Grenadier
Stabserstmann	
SS-Sturmtruppführer	Gefreiter
SS-Unterscharführer	Obergefreiter
SS-Unterscharführer	Unterwachtmeister
SS-Scharführer	Stabswachtmeister
SS-Oberscharführer	Feldwebel
SS-Hauptsturmführer	Oberfeldwebel
SS-Sturmführer	Stabsfeldwebel
SS-Standartenjunker	Fähnrich
SS-Untersturmführer	Leutnant
SS-Obersturmführer	Oberleutnant
SS-Regimentsführer	Hauptmann
SS-Sturmkommandant	Major
SS-Obersturmbannführer	Oberstleutnant*

Bei der Bewilligung der Ausnahme zu Buchst. a Nr. 5 hat sich der Personalratsausschuß die Grundsätze in Abschn. B III Nr. 2 und 5 der Richtlinien des Personalgutachterausschusses für die Streitkräfte vom 13. Oktober 1955 für die Prüfung der persönlichen Eignung der Soldaten vom Oberleutnant an abwärts zu eigen gemacht.

BMVdg. 34, August 1956
III 11 — 20000

sten der Waffen-SS noch nicht das Recht haben, in der neuen Armee zu dienen, so deshalb, weil man dem Groll, der besonders im Ausland noch zutage tritt, Rechnung tragen müsse. Er gab jedoch zu verstehen, daß dies eine Frage der Zeit sei.“*

Und Oberstadtdirektor Dr. Hensel, Mitglied des Personalgutachterausschusses, erklärte auf der HIAG-Tagung in Düsseldorf im November 1956, daß für den Personalgutachterausschuß der in Nürnberg

* „L'Information“, Paris, 15. September 1956.

Frühere SS-Offiziere für die Bundeswehr?

Die Wahrheit über die SS: Was können wir folgern? — Ohne Diskriminierung geht es nicht

Ende dem Dauerskandal um die „SS“!

Die zweite Hypothek — Grundstatliche Bedenken
 Handreich öffentl. ihre Tätigk. der SS — Grundstatliche Bedenken
 die in dem Ministerium des Bundesverwaltungsministeriums veröffentliche Erklärung, daß die Bundeswehr auch ehemaligen Soldaten
 Proteste gegen Übernahme der Waffen-SS mehren sich
 JUDICIEREN, in demselben (S. 177) über
 werden kann die Aufnahme (S. 177) über
 —Chancen in der Hand

Blank-Beschluß bedeutet SS-Staat!

Wird Waffen-SS rehabilitiert?

„Jugend unter SS-Offizieren“
Briefe, aus denen Bestätigung und Theorien sprechen

SS-Offiziere — nichts Neues . . .

Von Arthur Seehof

Wir leben in einer geradenen Welt... sein müssen“ und eine beständ. Pro-
 deren Identität — was ist das? — tung notwendig ist! Demnach müssen
 wie sie nicht sein soll. Identität hat die „ohne ihr Zutun in die Welt“
 ...auf

SS-Anerkennung durch Blank!
 SS-Schergen in die Bundeswehr?
 Die Frankfurter Falken protestieren
 Der DGB spricht von einer Provokation

Empörung im In- und Ausland

Hitlers „politische Soldaten“ in der Bundeswehr

Schlagzeilen aus der westdeutschen Presse

vom Internationalen Militärgerichtshof gegen die gesamte SS gefällte Schuldspruch nicht existiere. So konnte die Zeitschrift der HIAG, „Der Freiwillige“, im Dezember 1956 triumphierend berichten: „Personalgutachterausschuß weiß nichts vom Kollektivurteil!“

„Auch ich gehörte der Waffen-SS an“

Die Verhaftung des Bundesverteidigungsministeriums, wonach ehemalige Offiziere der Waffen-SS bis zum Rang eines Obersten nicht mehr auch in die neue Bundeswehr übernommen werden können, hat ein ziemliches Raschen im Bilderwald entfacht. Und in Leserbriefen Ihrer Zeitung wurden Stimmen veröffentlicht, die sich mit Abscheu und Empörung gegen diese Maßnahme wandten. „Verbrecher“, „Mörder“ usw. waren noch milde Ausdrücke, die in diesem Zusammenhang gebraucht wurden.

all und wird es auch immer geben. Aber gerade gegen Obergriffe innerhalb des Offizierskorps der Waffen-SS wurde immer mehrmals durchgegriffen. Was jetzt darüber geschrieben und gesagt wird, ist deshalb eine unglückselige Verleumdung anständiger, vaterlandsliebender und abendländisch-bewußter Menschen, zu denen auch ich mich — auch heute noch — mit Stolz bekenne. Denn die Waffen-SS war die erste wirklich europäische Truppe, die mit dem Einsatz von hunderttausenden Gefallenen entschlossen für die Rettung des Abendlandes vor

Nicht Wiederverwendung - sondern Recht

KK. Seit Warten stürzen sich Presse und Funk in verstärktem Maße über die ehemalige Waffen-SS her. Unter Sensationsschlagzeilen werden der Öffentlichkeit diffamierende Berichte vorgeworfen, die wir einfach nicht mehr ertragen können. Selbst Politiker lassen sich neuerdings zu Äußerungen hinreißen, die besten besten Willen mit

Kein Angehöriger der ehemaligen Waffen-SS wird jemals vergessen, daß an der Spitze der 36 Waffen-SS-Divisionen auch 36 Divisionskommandeure gefallen sind. Und die überlebenden Generale, die 30, 40 und 50 Jahre als saubere und grobe Soldaten dem Vaterland dienten und in zwei Weltkriegen zerschossen wurden sind heute wehrunwürdig und

Faschisten und Militaristen wieder am Hebel der Macht

Die Eingliederung der ehemaligen SS-Angehörigen in die westdeutsche Aggressionsarmee und das Aufrücken dieser Kräfte in Schlüsselfunktionen des Bonner Staatsapparates sind das Ergebnis einer Politik, die von den extremsten Kreisen des deutschen Monopolkapitals systematisch betrieben wurde. Heute wird Westdeutschland von einem braunen Schattenkabinett schwerbelasteter Kriegs- und Nazi Verbrecher regiert, das jede Regierungskrise überdauert hat und dazu ausersehen ist, die noch verbliebenen demokratischen Rechte und Freiheiten gänzlich abzubauen und eine Notstandsdictatur der Faschisten und Militaristen zu errichten. Den ehemaligen Angehörigen der SS, der Gestapo und des SD fällt dabei eine besondere Rolle zu. Zum Beispiel im Bonner Innenministerium und in seinem Polizeiapparat befinden sich viele Hunderte der berüchtigten SS-Verbrecher in leitenden Positionen. Sie dienen Hitler als

Beamte Fricks und Himmlers, des SD und der Gestapo;
Führer von Sondereinheiten und Hinrichtungskommandos;
SS- und Polizeiführer;
Spezialisten in den Kommandostellen für «Bandenbekämpfung» und waren massgeblich an der «Endlösung der Judenfrage» beteiligt.

Zu diesem Personenkreis gehören unter anderen:

Otto Abel, SS-Unterscharführer, heute Kriminalobermeister in Hannover; Abel hat an Judenerschiessungen in Kiew und Lubny teilgenommen;

Josef Altmeyer, Unterführer in der «Leibstandarte SS Adolf Hitler», heute Ministerialrat und Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium von Rheinland-Pfalz;

Fritz Barthmann, SS-Hauptsturmführer, heute Polizeihauptkommissar und Leiter der Kriminalpolizei in Krefeld;

Arno Besekow, SS-Sturmbannführer beim SD und bei der Gestapo, heute Kriminalhauptkommissar im Landeskriminalamt von Schleswig-Holstein;

Berthold Boldt, SS-Obersturmführer im Polizeibataillon 104 in Lublin, heute Polizeihauptkommissarin Hamburg; Carl Boysen, SS-Sturmbannführer, heute Poli-



Dienstaltersliste der Schutzstaffel der NSDAP

(H-Oberst-Gruppenführer – H-Standartenführer)

Stand vom 30. Januar 1944

Herausgegeben vom H-Personalhauptamt

Rt.	Name	Dienststellung	Part.-Nr.	H-Nr.	Geburtsdatum	Dienstaltersklasse		Gruppenführer
						Gen. Lt. d. P.	Gen. Lt. d. P.	
127	Winkelmann Otto. I I I I I	Hauptamt G. P. Chef Vdo. Amt b. Stab G. Süd		1 970 520	308 858	4. 9. 54	Gen. Lt. d. P.	9. 11. 43
128	Bittar von Buch Albert. I I I I I	b. Stab G. Süd		3 364 432	276 970	15. 2. 79	Gen. Maj. d. D.	1. 12. 42
129	Schüler Walter Prof. Dr. I I I I I M. d. R.	b. Stab G. Süd		80 482	276 962	1. 1. 94	Stabsarzt d. R.	30. 7. 41
130	Frank August. I I I I I	Hauptamt G. P. Chef W. V. Amt H-Pol. F. Mogeln		1 471 180	58 199	5. 4. 50	Gen. Lt. W. H.	30. 1. 43
131	Haltermann Hans. I I I I I	F. O. Weckert u. 16th. H-Pol. P.		44 285	678 294	30. 4. 50	Gen. Lt. d. P.	30. 1. 43
132	Katzmann Fritz. I I I I I	H. Führ. H. A., Chef Amtsg. D.		58 818	307 954	8. 6. 45	Gen. Lt. W. H.	30. 1. 43
133	Genken Karl Dr. I I I I I Karl Prof. Dr.	D. St. Reichsamt u. Pol. Oberst Klinker Chef H-Pers.		1 723 817	383 604	23. 11. 97	Gen. Lt. d. P.	30. 1. 43

Die Dienstaltersliste der SS enthält viele Namen von SS-Führern, die in der Bundesrepublik in hohen und höchsten Positionen tätig sind. Unter der Nummer 127 (siehe Auszug) wird zum Beispiel der ehemalige SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Otto Winkelmann aufgeführt, der heute Ratsherr der CDU in Kiel ist und eine monatliche Pension von 1705,82 DM bezieht

zeioberrat in Hamburg; Karl Egle, SS- und Gendarmerieführer in Jugoslawien, heute Leiter der Kriminalpolizei in Freiburg/Breisgau;

Eschwe Ier, SS-Hauptsturmführer, heute Kriminalkommissar, Dienststellen weiter der Kriminalpolizei in Köln;

Oswald Emil Espey, Richter am SS- und Polizeigericht II in Düsseldorf, 1943 Kommandeur der Gendarmerie in Riga, heute Leiter der Landespolizeischule in Hannover;

Kurt Fähnrich, Angehöriger der Einsatzgruppe des Amtes V im Reichssicherheitshauptamt, heute Leiter der Kriminalpolizei in Hameln;

Andreas Fermer, Angehöriger der Gestapo Weimar, 1942/43 bei der Einsatzgruppe C des SD, anschliessend Gestapodienst in Den Haag, heute Kriminalkommissar in Dortmund;

Georg Fleischmann, SS-Hauptsturmführer, nahm als Angehöriger des Einsatzkommandos 9 an der Ermordung von über 11'000 litauischen und russischen Juden teil, heute Kriminalrat in Ludwigshafen;

Geisler, SS-Sturmbannführer, Leiter der Gestapostelle Berlin, heute Dienststellenleiter der Kriminalpolizei in Köln;

Jakob Grobben, SS-Hauptsturmführer, Adjutant beim Befehlshaber der Ordnungspolizei in Polen, ab 1944 SS- und Polizeiführer in Kopenhagen, heute Leiter der Kreispolizeibehörde in Jülich;

Kurt Güdler, SS- und Polizeiführer z.b.V., leitender Mitarbeiter im Reichssicherheitshauptamt, heute Leiter der Polizeidirektion Kiel;

Günter Hellwig, SS-Hauptsturmführer und Mitarbeiter des SD, heute Leiter der Kriminalpolizei von Mühlheim/Ruhr;

Siegfried Hörath, SS-Obersturmführer und Angehöriger einer SS-Polizeidivision, heute Polizeihauptkommissar in Düsseldorf;

Heribert Kammer, SS-Sturmbannführer, heute Regierungsrat und Leiter des Polizeiamtes in Herford;

Karl Kiehne, SS-Sturmbannführer, Angehöriger der Einsatzgruppe des Amtes V im Reichssicherheitshauptamt, heute Kriminalrat und Leiter der Kriminalpolizei in Köln;

Hubert Marbach, leitete als Kompanieführer Einsatzgruppen des Reichssicherheitshauptamtes, heute Leiter der Landespolizeischule in Bonn;

Christian Mikkelsen, Gestapobeamter in Kiel und in dänischen Städten, wegen seiner in Dänemark begangenen Verbrechen zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1953 von dänischen Behörden begnadigt und freigelassen; das Innenministerium

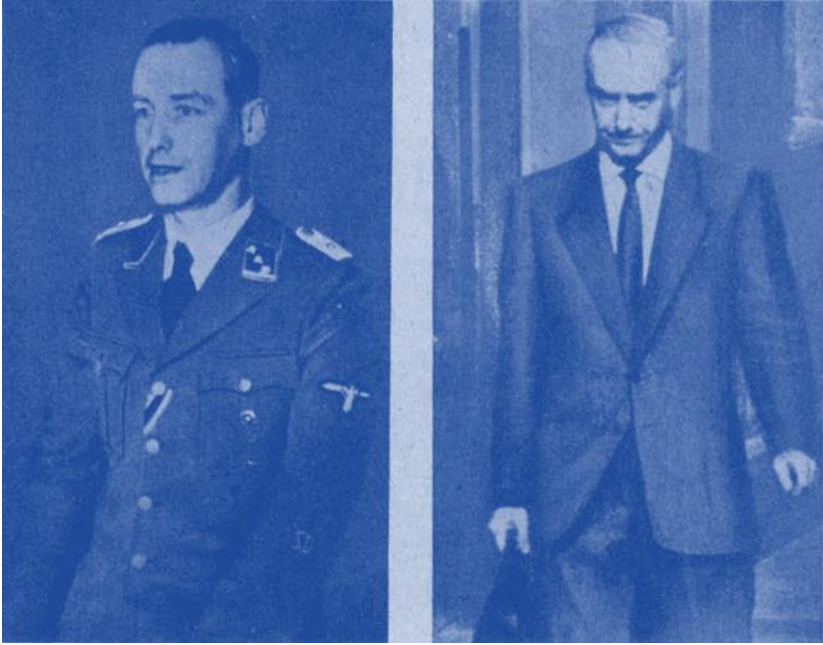
von Schleswig-Holstein stellte den «Spätheimkehrer» in die Kriminalpolizei ein; Friedrich Nägele, SS-Sturmabführer, SS- und Polizeigebietsführer in Pjatigorsk, heute Mitarbeiter im Stuttgarter Polizeipräsidium; Josef Ochs, SS-Obersturmführer, Kriminalkommissar im Reichssicherheitshauptamt, heute Mitarbeiter im Bundeskriminalamt; Erhard Olbrich, SS-Obersturmführer und Adjutant Dalueges, heute Polizeimajor in Mannheim; Erich Preckel, SS-Sturmabführer und Mitarbeiter der Gestapo, heute Leiter der Kriminalpolizei in Opladen; Josef Remold, SS- und Polizeigebietsführer, heute Präsident der bayerischen Bereitschaftspolizei; Bernhard Wehner, SS-Obersturmführer, Leiter von Sonderkommissionen des Reichssicherheitshauptamtes, heute Leiter der Kriminalpolizei in Düsseldorf; Hermann Weigold, SS-Hauptsturmführer, während des Krieges beim Stab des SS- und Polizeigebietsführers in Holland tätig, heute Polizeikommissar in Stuttgart; Erich Wendt, SS-Hauptsturmführer, Kompanieführer beim Polizei-Freiwilligenregiment 2, heute Polizeihauptkommissar in Essen.

Der westdeutsche Polizeiapparat ist mit ehemaligen SS-Führern durchsetzt. Sind ihre Verbrechen nicht bekannt?

Eine Antwort gab die in Hof erscheinende Zeitung «Frankenpost». Nachdem der heutige Amberger Polizeimeister Lorenz Bauer, der in den zeitweilig besetzten Gebieten der UdSSR einem Einsatzkommando angehört hatte, im sogenannten Bradfischprozess vernommen worden war, schrieb die «Frankenpost» am 8. Juli 1961: «Bauer gibt mit Zeichen größter Verlegenheit zu, bei zahlreichen Massentötungen eingesetzt gewesen zu sein. Grauensvolle Einzelheiten berichtet er über die Ermordung von Babys. Er berichtet weiter, dass ... die Rohre der Maschinenpistolen auf die Rücken der Mütter gerichtet wurden. Mit mehreren Feuerstößen seien die Säuglinge durch die Mütter hindurch erschossen worden.»

In einer gewerkschaftlichen Stellungnahme zur Personalpolitik der Kriminalpolizei in Nordrhein-Westfalen hieß es: «In den letzten Jahren sind trotz Warnungen durch uns die Gefahren eines Einsatzes von SS-Leuten in führenden Positionen verharmlost worden. Heute zeigt die Entwicklung, dass solche Kräfte in einem Masse gefördert werden, so dass auf ein bewusstes System zu schließen ist.»*

* «Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen», Nr. 9/1959. Herausgegeben von der Bezirksfachabteilung der Polizei innerhalb der Gewerkschaft ÖTV.



Albert Konrad Gemmeke, links als SS-Obersturmführer und Kommandant des Auffanglagers Westerbork, durch das die holländischen Juden in die Vernichtungslager geschleust wurden, rechts als biederer Kaufmann, der in Düsseldorf, Parkstrasse 55, wohnt

Ehemalige SS-, SD- und Gestapoangehörige werden nicht nur im Polizeidienst wiederverwendet. Sie sind in allen Bereichen des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik anzutreffen. Auch SS-Angehörige und Komplizen der SS im Arztkittel, die ihren Beruf verrieten und an Vernichtungen in den Konzentrationslagern und im Rahmen des «Euthanasie»-Programms, dem Hunderttausende gesunde und kranke Menschen zum Opfer fielen, bereitwillig mitwirkten, praktizieren in Westdeutschland wieder. Dafür einige Beispiele:

Dr. Lotte Albers, mitbeteiligt an der Tötung von 56 Kindern in der Rothenburgsorter Klinik in Hamburg, praktiziert heute als Kinderärztin in Hamburg-Harburg.

Prof. Dr. Otto Bickenbach, mitbeteiligt an Menschenversuchen mit flüssigem Kampfgas im KZ Natzweiler, unterhält heute eine Arztpraxis in Siegburg an der Lahn.

Prof. Dr. Carl Clauberg, berüchtigt durch seine Experimente in Ravensbrück und Auschwitz, konnte gleichfalls bis zu seinem Tode als Arzt tätig sein.

Dr. Eisele, Lagerarzt im KZ Buchenwald, wo er viele Gefangene durch Injektionen ermordete, erhielt für die Einrichtung einer Arztpraxis in München eine «Aufbauhilfe» von 25'000 DM. Als überlebende KZ-Gefangene seine Bestrafung forderten, floh er mit Hilfe einflussreicher Kreise ins Ausland.

Dr. H. D. Ellenbeck nahm an Fleckfieberversuchen im KZ Buchenwald teil. Er praktiziert heute in Hilden bei Düsseldorf.

Dr. W. Heyde, einer der rücksichtslosesten Verfechter des «Euthanasie»-Programms, war unter dem Namen «Dr. Sawade» jahrelang als medizinischer Gutachter für Justizbehörden in Schleswig-Holstein tätig.

Dr. Friedrich Mauz, mitbeteiligt an «Euthanasie»-Tötungen in Königsberg, ist heute Ordinarius für Neurologie und Psychiatrie an der Universität Münster.

Dr. Heinrich Plaza, Lagerarzt im KZ Buchenwald, erhielt eine «Heimkehrerschädigung» und weitere 25'000 DM für die Wiedereröffnung einer ärztlichen Praxis.

Prof. Dr. Kurt Plöttner, als SS-Hauptsturmführer an Malariaversuchen im KZ Dachau beteiligt, besitzt heute ein ärztliches Institut in Freiburg.

Dr. Helmut Poppendick, SS-Oberführer, leitender Arzt im SS-Rasse- und Siedlungshauptamt sowie Chef des Persönlichen Stabes beim Reichsarzt SS, praktiziert heute in Oldenburg. Er wurde im Nürnberger Ärzteprozess wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu zehn Jahren Haft verurteilt, vorzeitig aus der Haft entlassen und sofort als Kassenarzt zugelassen.

Dr. Siegfried Ruff, berüchtigt durch die Unterkühlungsversuche, die er, Dr. Sigmund Rascher und Dr. Wolfgang Romberg im KZ Dachau an Häftlingen vornahm, ist heute Professor für Luftfahrtmedizin und Luftfahrtpsychologie an der Universität Bonn und Leiter des Instituts für Flugmedizin in der Deutschen Forschungsanstalt für Luftfahrt.

Man kann jedoch nicht von Experimenten an lebenden Menschen und von Massentötungen sprechen, ohne die verbrecherische Rolle jener zu erwähnen, die die Massenvernichtungsmittel entwickelten und in deren Auftrag tödliche Giftstoffe an KZ-Gefangenen erprobt wurden.

Die Rüstungsexperten des faschistischen Deutschlands stehen in der Bundesrepublik an der Spitze der für die Aufrüstung wichtigsten Industriezweige. Führende Vertreter des Speerschen Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion, Wehrwirtschaftsführer Hitlers und Mitglieder des Freundeskreises des Reichsführers SS üben heute wieder ihren verderblichen Einfluss aus.

Eine ausschlaggebende Rolle spielt die IG-Farben-Gruppe, die größte Monopolvereinigung von Chemie- und Rüstungsbetrieben im kapitalistischen Teil Europas. Sie unterhält in Griesheim ein Atomzentrum.

Die IG Farben lieferte das bekannte Zyklon B, mit dem Millionen Menschen in den Konzentrationslagern getötet wurden. Allein im KZ Auschwitz «wurden mehr Menschen umgebracht als im ersten Weltkrieg – mehr als im zweiten Weltkrieg, wenn man die Verluste an der Ostfront unberücksichtigt lässt. Buchstäblich Millionen Menschen wurden direkt im Hinterhof eines Lieblingsprojektes der IG umgebracht – eines Projektes, in welches die IG von ihrem eigenen Gelde 600 Millionen RM investiert hatte...» So hies es in der Anklagerede des amerikanischen Anklägers im Kriegsverbrecherprozess gegen die IG-Farben-Direktoren im Jahre 1947.

Heute bekleiden mindestens 35 ehemalige Wehrwirtschaftsführer und faschistische Rüstungsexperten die entscheidenden Positionen in den sechs IG-Farben-Nachfolgesellschaften. Darunter befinden sich jene, die wegen ihrer in Auschwitz und in anderen Konzentrationslagern begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Zwei Namen stehen für viele:

Carl Krauch war Wehrwirtschaftsführer und Vorsitzender des Aufsichtsrates der IG Farben. 1943 erhielt er das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz. Krauch wurde im Nürnberger IG-Farben-Prozess als Kriegsverbrecher zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Heute bekommt er von der IG Farben eine jährliche «Ehrentente» von 300'000 DM. Er gehörte bis vor kurzem dem Aufsichtsrat der Buna-werke Hüls GmbH in Marl an.

Carl Wurster, der Erfinder des Zyklon B, war Wehrwirtschaftsführer und Vorstandsmitglied der IG Farben sowie Präsidiumsmitglied der Wirtschaftsgruppe Chemie. Heute ist er Vorsitzender des Vorstandes der Badischen Anilin- und Sodafabrik AG in Ludwigshafen und Präsident der Gesellschaft Deutscher Chemiker. Wurster wurde mit dem Bundesverdienstkreuz mit Stern dekoriert; während des zweiten Weltkrieges erhielt er das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz.

Früher finanzierte auch die IG Farben die Nazibewegung, heute zahlt die berüch-

tigte IG-Farben-Giuppe grosse Summen an die westdeutsche CDU.

Der Kriegsverbrecherkonzern ist in der Bundesrepublik wieder stark am Rüstungsgeschäft beteiligt. Schon im Jahre 1954 begann die IG-Farben-Gruppe in den Bayer-Werken Anlagen für Uranaufbereitung zu bauen. Kurze Zeit später waren in Höchst alle Vorbereitungen abgeschlossen, die industrielle Produktion von schwerem Wasser zu «erschwinglichen Preisen» aufzunehmen. Auch in der westdeutschen Atomkommission und im Arbeitskreis für Atomfragen beim Bundesverband der (West-)Deutschen Industrie sind die IG-Farben-Nachfolgesellschaften führend vertreten.

Die Mitglieder des Freundeskreises des Reichsführers SS zahlten Millionen Mark an Himmler. Die Monopolherren dieses Freundeskreises gehören in der Bundesrepublik zu den ausschlaggebenden Kräften. Da ist zum Beispiel Friedrich Flick, der die Nazibewegung mit finanzierte und später dem Freundeskreis des Reichsführers SS angehörte. Flick bereicherte sich schamlos an «herrenlosem» jüdischem Eigentum. Nach dem Kriege wurde er von einem amerikanischen Gericht zu sieben Jahren Haft verurteilt und 1950 wieder freigelassen. Heute konzentriert er in seiner Hand eine solche Wirtschaftsmacht, dass er die Politik der Bundesregierung massgeblich mit beeinflusst. Zu den tragenden Säulen des westdeutschen Staates gehört auch Hermann Josef Abs, ehemaliger Wehrwirtschaftsführer und Direktor der Deutschen Bank. Abs wurde von einem jugoslawischen Gericht wegen Kriegsverbrechen in Abwesenheit zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, und die USA setzten ihn auf die Kriegsverbrecherliste. Heute ist er wieder Chef der Deutschen Bank und Berater der Bundesregierung.

Von Westdeutschland geht die Politik der Revanche und des Atomkrieges aus. Die westdeutsche Regierung hat bewusst aufs Schwerste belastete Faschisten in die wichtigsten Positionen geschleust. Entsprechend dem Charakter dieser Dokumentation wurde vor allem der Nachweis geführt, dass ehemalige SS-, SD- und Gestaapoangehörige leitende Funktionen im Staatsapparat der Bundesrepublik bekleiden. Es wurden ausserdem Beispiele dafür angeführt, dass die Komplizen der SS im Arztkittel und ihre Auftraggeber, die Direktoren und Vernichtungsspezialisten der IG Farben, in Westdeutschland wieder tätig sind und sich auf neue Verbrechen vorbereiten. Aber die SS war nur ein Teil der braunen «Elite». Es sei deshalb darauf hingewiesen, dass in der Bundeswehr der Generalstab der Hitlerarmee wiedererstand ist. Die Generale und Admirale der westdeutschen Wehrmacht dienten den deutschen Imperialisten bei den Überfällen auf andere Länder. Von den 105 Botschaftern und Abteilungsleitern des Auswärtigen Amtes standen 88 bereits unter

Hitler im diplomatischen Dienst. Mindestens die Hälfte der Ministerialdirigenten und Ministerialräte des Bundesinnenministeriums waren Beamte des «Dritten Reiches».* Von mehr als 1'000 faschistischen Sonder- und Kriegsrichtern, die Zehntausende Terrorurteile gegen deutsche und ausländische Patrioten fällten, sind noch immer 800 in der westdeutschen Justiz tätig, um Demokraten, Gewerkschafter, Kommunisten, Patrioten aus allen Volksschichten mundtot zu machen.** «Von all den Verstössen gegen die alliierten Pläne, die Dr. Adenauer in den acht Jahren, die er bereits an der Macht ist, sanktioniert hat», schrieb der «Daily Express» am 16. September 1957, «ist die Wiedereinsetzung der Terrorrichter Hitlers am unheilvollsten, denn es besteht die ständige Gefahr, dass diese Männer, die einst Steigbügelhalter gewesen sind, bereit sein werden, abermals Steigbügelhalter zu sein.» Hinzu kommt die grosse Zahl der Beamten und Angestellten ohne profilierte faschistische Vergangenheit, die heute diensteifrig die Geschäfte der Bonner Machthaber besorgen.

Die systematische Faschisierung und Militarisierung der Bundesrepublik wird von Ministern und Staatssekretären betrieben, die zum grossen Teil selbst durch ihre braune Vergangenheit aufs Schwerste belastet sind. Zu ihnen gehören:

Dr. Ludger Westrick, früher Wehrwirtschaftsführer, Mitglied des Industrierates für die Entwicklung von Luftwaffengerät, Berater des Reichsführers SS, heute Staatssekretär im Bundeskanzleramt, mehrfaches Aufsichtsratsmitglied;

Dr. Georg Anders, früher Ministerialrat im Reichsjustizministerium, heute Staatssekretär im Bundesinnenministerium;

Walter Bargatzky, früher Landgerichtsdirektor im Innenministerium, Militärverwaltungsrat beim Militärbefehlshaber in Frankreich, heute Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheitsfragen; Bargatzky ist mitverantwortlich für die Ermordung von 90'000 französischen Juden;

Dr. Wolfgang Cartellieri, früher Landgerichtsdirektor in Erfurt, während des Krieges Offizier beim Wehrmachtführungsstab, heute Staatssekretär im Bundesministerium für Atomenergie (jetzt Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung);

* Siehe... wieder am Hebel der Macht. Herausgegeben vom Ausschuss für Deutsche Einheit, o. O., o. J., S. 35.

** Siehe Wir klagen an! 800 Nazi-Blutrichter – Stützen des militaristischen Adenauer-Regimes. Herausgegeben vom Ausschuss für Deutsche Einheit, o. O., o. J.

Sie Tat

D 6653 C

Antifaschistische Wochenzeitung

14. Jahrgang / Nr. 14

Frankfurt am Main, 4. April 1963

Einzelpreis: 0,60 DM

Europäisches SS-Treffen muß verhindert werden!

Aufrüttelnder Appell an die demokratische Öffentlichkeit

Auf der am vergangenen Wochenende in Tübingen stattgefundenen Landesdelegiertenkonferenz der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) von Nordrhein-Westfalen rief die VVN für den 1. bis 4. September 1963 in Hameln a. d. Weser ein europäisches SS-Treffen geplant ist, große Erregung hervor. Nach einer lebhaften Debatte forderten die Konferenzteilnehmer, sofort Maßnahmen einzuleiten, um die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik, die Gewerkschaften, Parteien und anderen demokratischen Organisationen über diese beabsichtigte Provo-

kation zu unterrichten. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung wird an die in letzter Zeit stattgefundenen Prozesse gegen die nazistischen Massenmörder erinnert, die erneut das ungeheure Ausmaß der SS-Verbrechen sichtbar gemacht haben. Das deutsche Volk, alle Völker Europas haben die SS, diese „Geißel der Menschheit“, als das rücksichtsloseste Instrument des nazistischen Terror-Regimes kennengelernt. Die SS stellte die Bewachungsmannschaften für die KZ-Lager und die Einsatzkommandos, die auf ihren Zügen durch die besetzten Gebiete über-

in Deutschland und ganz Europa nicht vergessen haben, dieses Europa-Treffen der SS nicht zuzulassen und in der Abwehr gegen die Verherber von gestern die demokratische Zukunft von morgen zu schützen.

In einer weiteren Entschliessung zur politischen Lage stellt die Konferenz fest, daß die von der Bundesregierung betriebene schrankenlose Aufrüstung und ihre Forderung nach atomaren Waffen eine Gefahr für Existenz und Leben des deutschen Volkes und Europas heraufbeschwört. Diese gefährliche Politik zeige

Aufruf der westdeutschen VVN gegen das für September 1963 in Hameln geplante europäische SS-Treffen

Dr. Wilhelm Claussen, früher Militärverwaltungsoberrat, Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft in Serbien, heute Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialversicherung; Claussen begünstigte die Ausplünderung Serbiens durch Krupp und IG Farben;

Felix von Eckardt, früher Drehbuchautor faschistischer Hetzfilme, heute Bundesbevollmächtigter in Westberlin im Range eines Staatssekretärs; als engster Mitarbeiter Globkes war Eckardt lange Zeit Pressechef der Bundesregierung;



Protestdemonstration am 3. März 1962 in Kiel gegen das geplante Verbot der VVN

Prof. Dr. Werner Ernst, früher Oberregierungsrat und Oberstabsfrontführer der Organisation Todt, heute Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnungsbau;

Karl Günter von Hase, früher Major im Generalstab der Hitlerwehrmacht, heute Staatssekretär, Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung; als Durchhalte-Major und erster Generalstabsoffizier unter SS-Obersturmbannführer Remlinger jagte er noch in den letzten Kriegstagen Tausende deutscher Soldaten sinnlos in den Tod;

Prof. Dr. Karl Herz, früher Ministerialdirigent im Reichspostministerium, heute Staatssekretär im Bundespostministerium; Herz erwarb sich besondere «Verdienste» als Organisator der Nachrichtentechnik für die faschistische Kriegsmaschine;

Prof. Dr. Karl Maria Hettlage, früher Generalreferent im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, heute Mitglied der Hohen Behörde (Montanunion), vordem Staatssekretär im Bundesfinanzministerium; Hettlage war SS-Hauptsturmführer;

Volkmar Hopf, früher Landrat in Franzburg-Barth, Oberlandrat in der okkupierten Tschechoslowakei, heute Staatssekretär im Bonner Kriegsministerium; Hopf liess

deutsche Antifaschisten in Konzentrationslager einliefern, in der Tschechoslowakei veranlasste er die Verfolgung tschechischer Patrioten;

Prof. Alfred Müller-Armack, früher Professor an der Universität Münster, heute Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium; Müller-Armack ist vor allem durch seine Aktivität im Kampfband für deutsche Kultur belastet, der die barbarische Blut-und-Boden-Mystik verbreitete;

Franz Thedieck, früher Oberregierungsrat in Köln, später Generalreferent bei der Militärverwaltung in Belgien und Nordfrankreich, war lange Zeit Staatssekretär im sogenannten Ministerium für gesamtdeutsche Fragen;

Prof. Dr. Friedrich Karl Vialon, früher Regierungsdirektor beim Reichskommisariat für das Ostland in Riga, heute Staatssekretär im Bonner Ministerium für neokolonialistische Entwicklungshilfe; Vialon ist durch vorliegende Dokumente unter anderem der Ausplünderung von gefangenen, verfolgten und ermordeten Sowjetbürgern und der Organisierung des Sklavenhandels mit sogenannten Ostarbeitern überführt.

Diese Staatssekretäre waren ohne Ausnahme Mitglieder der NSDAP und anderer nazistischer Organisationen. An höchsten Stellen dienten sie Hitler oder Himmler. Heute besorgen sie dienstbeflissen die Geschäfte der westdeutschen Monopolherren. Sie ermöglichten den SS-Henkern und Gestapokommissaren, sich wieder zu organisieren und nach und nach Schlüsselpositionen im westdeutschen Staatsapparat einzunehmen.

In seiner Programmatischen Erklärung vor der Volkskammer führte der Vorsitzende des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, unter anderem aus: «Kann ein Staat, so frage ich, in dem die Verantwortlichen für die Ermordung von Millionen unschuldiger Menschen in Amt und Würden sitzen und sogar Regierungspositionen bekleiden, kann ein solcher Staat als rechtmässiger deutscher Staat angesehen werden? Ich sage nein. Nur der deutsche Staat kann Anspruch erheben, ein rechtmässiger deutscher Staat zu sein, der die Schande der Menschenverachtung vom deutschen Namen wäscht und dafür sorgt, dass die guten, humanistischen Traditionen im deutschen Volke herrschen. Ein solcher Staat ist die Deutsche Demokratische Republik.»*

Der deutsche Imperialismus bediente sich früher der Nazipartei, um seine Ziele zu erreichen. Heute versucht er unter «christlich-abendländischem Gewand» die Er-

* Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960, Berlin 1960, S. 13/14.



Gedenkfeier vor dem Ehrenmal der Opfer des Faschismus in Hamburg-Ohlsdorf am 6. Mai 1962



*Protestmarsch deutscher und dänischer Antifaschisten am 13. Mai 1962
in Flensburg gegen den geplanten VVN-Prozess*

gebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren und die Menschheit in einen dritten Weltkrieg, in einen Atomkrieg, zu stürzen. Wie unter der Hitlerdiktatur ist der Antikommunismus zur offiziellen Staatsdoktrin in der Bundesrepublik erhoben worden, um die Massen für die verbrecherischen Ziele der Monopolherren zu missbrauchen. Die abgewirtschafteten Phrasen der Hitlerfaschisten wurden durch neue Schlagworte wie «Sozialpartnerschaft» und «Atlantische Gemeinschaft» ersetzt. Mit vollem Recht forderte N.S. Chruschtschow die Völker zur aussersten Wachsamkeit gegen die Wiedergeburt des Faschismus auf. Er sagte: «In der Vorstellung von Millionen Menschen wird der Faschismus gewöhnlich mit den Namen Hitler und Mussolini verbunden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass der Faschismus in anderen Formen wiedererstehen kann, und nicht in den früheren Formen, die in den Augen der Völker bereits kompromittiert sind.»*

Diese Einschätzung trifft vor allem auf die Entwicklung in Westdeutschland zu. Der deutsche Imperialismus wird nach aussen immer aggressiver und gefährlicher – auch für die eigene Bevölkerung –, und nach innen bedient er sich mehr und mehr terroristischer Methoden. Im Bonner Staat haben die reaktionärsten und verderblichsten Kräfte, die Todfeinde der deutschen Nation und die Todfeinde aller friedliebenden Völker ihre blutbefleckten Hände an den Hebeln der Macht. Es besteht jedoch kein Zweifel darüber, dass die Zukunft auch in Westdeutschland von den Werktätigen gestaltet wird. «Die Existenz des sozialistischen Lagers und vor allem die Existenz der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik, ihre Friedenspolitik, ihre Erfolge beim Aufbau des Sozialismus werden es den westdeutschen Werktätigen allerdings erleichtern, den Weg zu finden.»**

* N.S. Chruschtschow, Über die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959 bis 1965, Berlin 1959, S. 104.

** Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands, o. O., o. J., S. 44.

Anmerkungen

- ¹ *Berger, Gottlob* – SS-Obergruppenführer und Chef des SS-Hauptamtes, ab 1944 verantwortlich für die Kriegsgefangenen; 1945 zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt, 1951 freigelassen; heute Mitarbeiter der neofaschistischen Zeitschrift «Nation Europa».
- ² *Schacht, Dr. Hjalmar* – Präsident der Deutschen Reichsbank, Reichswirtschaftsminister, Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS; Angeklagter im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess; heute Inhaber des Bankhauses Schacht & Co. in Düsseldorf; erhält vom Bonner Staat eine monatliche Pension von 2800 DM.
- ³ *Schröder, Freiherr Kurt von* – Mitglied der NSDAP, SS-Brigadeführer und Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS, dutzendfacher Aufsichtsrat im Bankwesen und in der Schwerindustrie; lebt heute als Bankier in Westdeutschland.
- ⁴ *Blessing, Karl* – Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS, mehrfaches Aufsichtsratsmitglied; seit 1958 Präsident der Bonner Bundesbank.
- ⁵ *Büttefisch, Dr. Heinrich* – SS-Obersturmbannführer und Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS, Wehrwirtschaftsführer, Vorstandsmitglied der IG Farben; im Nürnberger IG-Farben-Prozess zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt, vorzeitig entlassen; heute übt er wieder Schlüsselfunktionen in der westdeutschen und westeuropäischen chemischen Industrie aus und leitet das Technische Expertenkomitee der Internationalen Konvention der Stickstoffindustrie.
- ⁶ *Flick, Dr. Friedrich* – Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS, Wehrwirtschaftsführer, Generaldirektor der Mitteldeutsche Stahlwerke AG, dutzendfaches Aufsichtsratsmitglied; 1947 zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, 1950 entlassen; heute wieder vielfaches Aufsichtsratsmitglied und Rüstungsindustrieller in Westdeutschland.
- ⁷ *Ritter von Halt, Dr. Karl* – Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS, deutscher Vertreter im Internationalen Olympischen Komitee, führte ab 1944 die Geschäfte des Reichssportführers, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft; heute Aufsichtsratsmitglied und seit 1951 Präsident des westdeutschen Olympischen Komitees.
- ⁸ *Helfferrich, Emil* – Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS, Staatsrat, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hamburg-Amerika-Linie; lebt heute in Westdeutschland.
- ⁹ *Lindemann, Karl* – Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS, Staatsrat, Vorsitzender des Aufsichtsrates des Norddeutschen Lloyd und mehrfacher Aufsichtsrat; heute Inhaber der Firma C. Melchers und Co., Bremen. \

- ¹⁰ *Naumann, Dr. Werner* – Mitglied der NSDAP, 1939 SS-Oberführer und Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS, Staatssekretär bei Goebbels; ist heute in der neofaschistischen Deutschen Reichspartei tätig.
- ¹¹ *Schmitt, Dr. Kurt* – Mitglied der NSDAP, 1939 SS-Brigadeführer und Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS, Reichsminister, Staatsrat, Vorsitzender des Vorstandes der Münchener Rückversicherungsgesellschaft; lebt heute in Westdeutschland als mehrfaches Aufsichtsratsmitglied.
- ¹² *Walz, Hans* – Mitglied der NSDAP und der SS, Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS, Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH; heute mehrfaches Aufsichtsratsmitglied in Westdeutschland.
- ¹³ *Schmitz, Dr. Hermann* – Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS, Vorsitzender des Vorstandes und Generaldirektor der IG Farben, Wehrwirtschaftsführer; Mitglied des Nazireichstages; steht auf der Kriegsverbrecherliste der USA; heute Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der Rheinischen Stahlwerke in Essen.
- ¹⁴ *Best, Dr. Werner* – führender Mitarbeiter der Gestapo und des SD, Verfasser der berüchtigten «Boxheimer Dokumente», ab November 1942 Reichsbevollmächtigter in Dänemark; 1948 in Dänemark zum Tode verurteilt, später begnadigt; heute als Rechtsberater beim Hugo-Stinnes-Konzern in Mühlheim an der Ruhr tätig.
- ¹⁵ *Hausser, Paul* – SS-Oberstgruppenführer; lebt heute in Westdeutschland, wo er das neofaschistische Buch «Waffen-SS im Einsatz» veröffentlichte und sich führend an der Organisation der SS-Traditionsverbände beteiligt.
- ¹⁶ *Grützbaach, Dr. Erich* – SS-Oberführer und Ministerialdirektor, persönlicher Referent Görings und Pressechef des Preussischen Staatsministeriums; nach 1945 im Stinneskonzern tätig, erhält heute eine Pension von monatlich 1293 DM.
- ¹⁷ *Bräutigam, Dr. Otto* – Verbindungsmann zwischen dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und dem Führerhauptquartier; bis Herbst 1960 Generalkonsul der Bundesrepublik in Hongkong, mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.
- ¹⁸ *Leibbrandt, Dr. Georg* – Reichsamtsleiter der politischen Abteilung im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete; Mai 1949 aus westalliiertem Internierung entlassen.
- ¹⁹ *Stuckart, Dr. Wilhelm* – Staatssekretär im Reichs- und Preussischen Innenministerium, Staatsrat; 1949 in Nürnberg verurteilt, vorzeitig entlassen; bis zu seinem Tode im Jahre 1953 Mitglied im Landesvorstand des BHE und Geschäftsführer des Instituts zur Förderung der niedersächsischen Wirtschaft.
- ²⁰ *Klopfer, Dr. Gerhard* – SS-Gruppenführer, Staatssekretär in der NS-Parteikanzlei; lebt heute als Rechtsanwalt in Westdeutschland.

- ²¹ *Hofmann, Otto* – SS-Obergruppenführer, Chef des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes; in Nürnberg zu 25 Jahren Haft verurteilt, vorzeitig freigelassen.
- ²² *Barbie, Klaus* – SS-Obersturmführer und Beauftragter Eichmanns in Lyon; lebt heute in Essen.
- ²³ *Hoettl, Dr. Wilhelm* – SS-Sturmbannführer im Amt VI (Auslandsgeheimdienst) des Reichssicherheitshauptamtes; heute wohnhaft in Altaussee (Österreich), einer der führenden Agenten des westdeutschen Bundesnachrichtendienstes.
- ²⁴ *Koppe, Wilhelm* – SS-Obergruppenführer, Höherer SS- und Polizeiführer im Warthegau, Chef der SS und Polizei im Generalgouvernement; lebt heute in Westdeutschland.
- ²⁵ *Baumkötter, Dr. Heinz* – SS-Chefarzt des KZ Sachsenhausen; von der Sowjetunion als Nichtamnestierter an den Bonner Staat übergeben, der ihn sofort auf freien Fuß setzte und ihm 6'000 DM «Spätheimerhilfe» übergab; arbeitete lange Zeit als Arzt im Elisabeth-Hospital in Iserlohn.
- ²⁶ *Topf & Söhne* – diese ehemals Erfurter Firma verdiente am Bau der Öfen in den Vernichtungslagern der SS; heute produziert Topf & Söhne in Wiesbaden wieder Einäscherungsöfen.
- ²⁷ *Frank, August* – SS-Obergruppenführer und stellvertretender Chef des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes; zu lebenslänglicher Haft verurteilt, vorzeitig entlassen.
- ²⁸ *Puhl, Emil* – Vizepräsident der Deutschen Reichsbank; heute Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hamburger Kreditbank AG und mehrfaches Aufsichtsratsmitglied.
- ²⁹ *Fanslau, Heinz Karl* – SS-Brigadeführer, Chef der Amtsgruppe A im SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt; zu 20 Jahren Haft verurteilt, vorzeitig entlassen.
- ³⁰ *Baier, Hans Heinrich* – SS-Oberführer, Chef des Amtes Stab W im SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt; zu 10 Jahren Haft verurteilt, vorzeitig entlassen.
- ³¹ *Lörner, Hans* – SS-Oberführer, Chef des Amtes A I im SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt; zum Tode verurteilt, begnadigt und vorzeitig entlassen.
- ³² *Bobermin, Hans* – SS-Obersturmbannführer, Chef des Amtes B II im SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt; zu 15 Jahren Haft verurteilt, vorzeitig entlassen.
- ³³ *Kiefer, Max* – SS-Obersturmbannführer, Chef des Amtes C II im SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt; zu 20 Jahren Haft verurteilt, vorzeitig entlassen.
- ³⁴ *Eirenschmalz, Franz* – SS-Standartenführer, Chef des Amtes C VI im SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt; zum Tode verurteilt, begnadigt und vorzeitig entlassen.

- 35 *Sommer, Karl* – SS-Obersturmbannführer, stellvertretender Chef des Amtes D II im SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt; zum Tode verurteilt, begnadigt und vorzeitig entlassen.
- 36 *Pook, Hermann* – SS-Obersturmbannführer im SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt, als leitender Zahnarzt verantwortlich für die Verwendung des Zahngoldes der Ermordeten; lebte bis 1961 in Westberlin und betrieb eine Zahnarztpraxis, er befindet sich jetzt in Westdeutschland.
- 37 *Ambros, Dr. Otto* – Vorstandsmitglied der IG Farben, Wehrwirtschaftsführer und Leiter des Sonderausschusses C für chemische Kriegführung im Rüstungsministerium, Verhandlungspartner der IG Farben mit dem KZ Auschwitz über die «Vermietung» von Häftlingen; im Nürnberger IG-Farben-Prozess als Kriegsverbrecher zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt, vorzeitig entlassen; heute wieder mehrfaches Aufsichtsratsmitglied in der chemischen Industrie Westdeutschlands.
- 38 *Dürrfeld, Dr. Walther* – IG-Farben-Direktor, Leiter des IG-Farben-Werkes Buna-Monowitz und verantwortlich für den totalen Arbeitseinsatz der Häftlinge; im Nürnberger IG-Farben-Prozess zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt, vorzeitig entlassen; heute im Vorstand der westdeutschen Scholven-Chemie AG, Gelsenkirchen, und mehrfaches Aufsichtsratsmitglied.
- 39 *Eisfeld, Dr. Kurt* – verantwortlicher Chemiker der IG Farben in Auschwitz; heute Geschäftsführer der Imhausen-Werke GmbH, Witten/ Ruhr.
- 40 *ter Meer, Dr. Fritz* – Vorstandsmitglied der IG Farben, Wehrwirtschaftsführer, Beauftragter und Rüstungsobmann des Generalbeauftragten für Italien des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion; im Nürnberger IG-Farben-Prozess zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt, vorzeitig entlassen; heute Vorsitzender des Aufsichtsrates der Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen, und Mitglied in verschiedenen Aufsichtsräten.
- 41 *Gajewsky, Dr. Fritz* – Vorstandsmitglied der IG Farben und Wehrwirtschaftsführer; heute Vorstandsvorsitzender der Dynamit AG, Troisdorf, und mehrfacher Vorsitzender von Aufsichtsräten.
- 42 *Milch, Erhard* – Generalfeldmarschall, Staatssekretär der Luftfahrt und Generalinspekteur der Luftwaffe; 1947 als Kriegsverbrecher zu lebenslänglicher Haft verurteilt, vorzeitig entlassen; heute im Klöcknerkonzern tätig, bezieht eine monatliche Pension von 1'300 DM.
- 43 *Biedenkopf, Wilhelm* – Direktor der IG Farben; heute mehrfaches Aufsichtsratsmitglied in Westdeutschland.
- 44 *Faust, Max* – Oberingenieur der IG Farben, während des Krieges Generalbevollmächtigter der IG Farben in Auschwitz; lebt heute in Westdeutschland und ist in seinem alten Beruf tätig.
- 45 *Wolff, Karl* – SS-Obergruppenführer, Chef des Persönlichen Stabes des Reichsführers SS, Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS; lebte

bis vor Kurzem ungeschoren in einer Luxusvilla am Starnberger See.

- ⁴⁶ *Schneider, Dr. Christian* – Mitglied des Zentralausschussbüros der IG Farben, Wehrwirtschaftsführer, Mitglied des Beirates der Wirtschaftsgruppe Chemie im Reichsamt für Wirtschaftsausbau; heute im Aufsichtsrat der Süddeutschen Kalkstickstoffwerke AG, Trostberg.
- ⁴⁷ *Hippke, Prof. Dr. Erich* – Luftfahrtmediziner, Sanitätsinspekteur der Luftwaffe; heute als Arzt in Westberlin tätig.
- ⁴⁸ *Beiglböck, Dr. Wilhelm* – Stabsarzt, beteiligt an den Versuchen zur Trinkbarmachung von Meerwasser; 1947 zu 15 Jahren Haft verurteilt, vorzeitig entlassen; seit 1952 als Chefarzt im Krankenhaus Buxtehude tätig.
- ⁴⁹ *Hohlfelder, Prof. Dr. Albert* – SS-Standartenführer, Chef des Röntgen-Sturmabannes der SS, beteiligt an Versuchen mit Häftlingen; lebt heute in Westdeutschland.
- ⁵⁰ *Beger, Dr. Bruno* – SS-Hauptsturmführer, stellte in Auschwitz aus ermordeten Häftlingen eine Skelettsammlung zusammen; praktiziert heute als Arzt in Frankfurt/Main.
- ⁵¹ *Blome, Prof. Dr. Kurt* – stellvertretender Reichsgesundheitsführer, Reichsamtssleiter der NSDAP, Angehöriger des Reichsausschusses zum Schutze des deutschen Blutes; lebt heute ungeschoren als Arzt in Dortmund.
- ⁵² *Krumey, Hermann* – SS-Obersturmbannführer, Mitarbeiter Eichmanns, verantwortlich unter anderem für die Ermordung von 88 Kindern aus Lidice; erhielt vom Bonner Staat 12'000 DM Kredit, erst im Zusammenhang mit dem Eichmannprozess wieder verhaftet.
- ⁵³ *von dem Bach-Zelewski, Erich* – SS-Obergruppenführer, beauftragt mit der Partisanenbekämpfung im Osten, beteiligt an der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes 1944; lebt heute in Westdeutschland.
- ⁵⁴ *Reinefarth, Heinz* – SS-Gruppenführer, verantwortlich für die Verbrechen bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes; ist im Bonner Staat BHE-Landtagsabgeordneter und war Bürgermeister von Westerland auf Sylt.
- ⁵⁵ *Lammers, Dr. Hans-Heinrich* – SS-Obergruppenführer, Chef der Reichskanzlei, Reichsminister; 1949 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, vorzeitig entlassen.

Verzeichnis der Abkürzungen

Adst.	=	Amtsdienststelle
BdO	=	Befehlshaber der Ordnungspolizei
BdS	=	Befehlshaber der Sicherheitspolizei
Btl.	=	Bataillon
DAF	=	Deutsche Arbeitsfront
DAW	=	Deutsche Ausrüstungswerke
DVL	=	Deutsche Volksliste
EK	=	Eisernes Kreuz
F.H.Qu.	=	Führerhauptquartier
FS	=	Fernschreiben
geh.	=	geheim
Gestapa	=	Geheimes Staatspolizeiamt
Gestapo	=	Geheime Staatspolizei
g. Kdos.	=	Geheime Kommandosache
g. Rs.	=	Geheime Reichssache
H.Gr.G	=	Heeresgruppe G
HJ	=	Hitlerjugend
HKP	=	Heereskraftfahrpark
HWA	=	Heereswaffenamt
KGL	=	Kriegsgefangenenlager
Kdo.	=	Kommando
Kdr.	=	Kommandeur
Kripo	=	Kriminalpolizei
KStVO	=	Kriegsstrafverordnung
KVK	=	Kriegsverdienstkreuz

K Z - A b k ü r z u n g e n

Au	=	Auschwitz
Berg.-Bels.	=	Bergen-Belsen
Bu	=	Buchenwald
Da	=	Dachau
FKL	=	Frauenkonzentrationslager
Flo	=	Flossenbürg
Groro bzw. Gr.Ro	=	Groß-Rosen
Herz bzw. Herzog	=	Herzogenbusch
Lu	=	Lublin
Mau	=	Mauthausen
MKL	=	Männerkonzentrationslager

Naz bzw. Natz	= Natzweiler
Neu	= Neuengamme
Nie	= Niederhagen
Rav	= Ravensbrück
Sa bzw. Sh	= Sachsenhausen
St	= Stutthoff
LKPA	= Landeskriminalpolizeiamt
LSSAH	= Leibstandarte SS „Adolf Hitler“
L./SS. „DF“	= Leibstandarte SS „Der Führer“
MdI	= Ministerium des Innern
MdL	= Mitglied des Landtages
MdR	= Mitglied des Reichstages
NN	= Nacht und Nebel
NSBO	= Nationalsozialistische Betriebsorganisation
NSDAP	= Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFK	= Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSFO	= Nationalsozialistischer Führungsoffizier
Oa.	= SS-Oberabschnitt
Oblt. d. Res.	= Oberleutnant der Reserve
OB. West	= Oberbefehlshaber West
OKH	= Oberkommando des Heeres
OKI	= Oberkriminalinspektion
OT	= Organisation Todt
o. V. i. A.	= oder Vertreter im Amt
OKW	= Oberkommando der Wehrmacht
Pi.Ers.-Batl.	= Pionier-Ersatz-Bataillon
Pi.Komp.	= Pionierkompanie
Pol.Präs.	= Polizeipräsident
Pol.-Rgt.	= Polizeiregiment
RAD	= Reichsarbeitsdienst
RD.	= Reichsdeutscher
Rd.Erl.	= Runderlaß
RF-SS	= Reichsführer SS
RGBl.	= Reichsgesetzblatt
RSHA	= Reichssicherheitshauptamt
SA	= Sturmabteilung
Sch.P.DA	= Schutzpolizeidienstamt
SD	= Sicherheitsdienst
SDG	= Sanitätsdienstgrad
SDS	= Staatspolizeidienststelle
Sipo	= Sicherheitspolizei
SK	= Sicherheitskommandantur

SK	= Strafkompanie (im KZ)
SS	= Schutzstaffel
SS-Gruf.	= SS-Gruppenführer
SS-H-Stuf.	= SS-Hauptsturmführer
SS-Ostuf.	= SS-Obersturmbannführer
SS-Staf. SS-	= SS-Standartenführer
Stuf.	= SS-Sturmbannführer
St.G.B.	= Strafgesetzbuch
Stl.	= Staatspolizeileitstelle
WFST.	= Wehrmachtführungsstab
Wm.	= Wachtmeister
WVHA	= Wirtschafts-Verwaltungshauptamt

n häufigsten verwendeten Quellen

Beweisdokumente für die Spruchgerichte in der Britischen Zone	= Beweisdokumente für die Spruchgerichte in der Britischen Zone. Herausgegeben von der Dienststelle des Generalinspektors in der Britischen Zone für die Spruchgerichte, o. O., o. J. (1947).
Das Dritte Reich und die Juden	= Leon Poliakov / Josef Wulf, Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze, Berlin-Grunewald 1955.
Der Nürnberger Prozess	= Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger, 2 Bde., Berlin 1958.
Hefte von Auschwitz	= Hefte von Auschwitz. Hrsg, vom Pahstwowe Muzeum w Oswięcimiu, Heft 2/ 1959.
IMT	= Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, 14. November 1945 – 11. Oktober 1946, 42-bändige Ausgabe.
Komitee	= Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der Deutschen Demokratischen Republik.

- Maurer-Prozess = Aus Materialien des Prozesses gegen den ehemaligen SS-Standartenführer Maurer.
- Medizin ohne Menschlichkeit = Alexander Mitscherlich / Fred Mielke, Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Frankfurt/Main und Ham-burg April 1960.
- Todeslager Sachsenhausen = Todeslager Sachsenhausen. Ein Dokumentarbericht vom Sachsenhausen-Prozess, Berlin 1948.

Verzeichnis der Personen

- Abel, Otto 539
Abs, Hermann 546
Adenauer, Konrad 498, 529, 547
Afrine, Gregoire M. 357, 361
Ahlsdorff 125
Albers, Lotte 543
Alonzo, Marie 250
Altmeyer, Josef 539
Ambros, Otto 324/325, 343, 347 bis
351, 353-355
Anders, Georg 547
Andersen, Ralph 533
André, Edgar 102/103
Arlt 403
Arve, Walter 501
Aschenbach 35, 37
- Bach-Zelewski, Erich von dem
137, 467, 557
Backe, Herbert 434
Baer, Richard 532
Bäsler, Hermann 45
Baier, Hans Heinrich 310, 555
Balachowsky, Alfred 413/414
Baranowski 306
Barbie, Klaus 183, 555
Bardeche, Maurice 533
Bargatzky, Walter 547
Bargen, Werner von 528
Barthmann, Fritz 539
Bauer, Lorenz 542
Baumkötter, Heinz 240/241, 257,
261/262, 300, 400, 555
Becker 80
Becker 460
Beger, Bruno 412/413, 557
Behrends, Hermann 49
Beiglböck, Wilhelm 382/383, 557
- Berger, Gottlob 25, 434, 523/524, 553
Besekow, Arno 539
Best, Werner 99, 101, 554
Beyer, Wilhelm 42
Biallas, Hans 69
Bickenbach, Otto 544
Biedenkopf, Wilhelm 344, 348, 556
Biedermann 130
Bingel, Rudolf 49, 52, 327
Bischoff 283
Bismarck, Fürst Otto von 528, 532
Bismarck-Schönhausen, Graf Gottfried
von 49, 150, 153
Bläck 112
Blank, Theodor 534/535, 537
Blaschke 297
Blessing, Carl 49, 553
Blome, Kurt 456, 557
Blumenreuter 409
Bobermin, Hans 311, 555
Bock 121
Bocquet, Louis 483
Boehme 463
Boerger, Willi 49
Boldt, Berthold 539
Bormann, Martin 37, 319, 471
Bouhler, Philipp 171/172, 419
Boysen, Carl 541
Brack, Viktor 171/172, 420
Bräutigam, Otto 161, 528, 554
Branda 45
Brandt, Rudolf 374, 377, 403 bis
405, 413, 419
Braus 349
Brejcha, Josef 461

Brinckmann 69
 Brodersen 133
 Brüggemann, Max 324
 Brüning, Heinrich 57
 Brunner, Alois 533
 Budin 325
 Bühler 533
 Bühler, Josef 162, 170
 Büscher 129
 Bütefisch, Heinrich 49, 52, 343, 346-350, 352-355, 553
 Burgsdorff, von 444

 Caraco, Robert 483
 Cartellieri, Wolfgang 547
 Charre 357
 Chruschtschow, Nikita S. 552
 Clauberg, Carl 369, 402-409, 544
 Claussen, Wilhelm 548
 Conen 533
 Conring, Hermann 528
 Conti, Leonardo 389
 Cooper, Arthur 355
 Cox 391
 Cuntz 39

 Dahlem, Franz 64
 Daluege, Kurt 542
 Dannecker, Theodor 173/174, 533
 Degrelle, Leon 533
 Dermitzel, Fritz 49
 Dettmers 304
 Deutschbein 81
 Diehl, Georg 196, 202
 Diels, Rudolf 80
 Dietrich, Sepp 505, 507
 Ding alias Schuler, Oskar 384, 387-397
 Dirlwanger, Oskar 468, 484
 Dix 357
 Dönitz, Karl 513, 521
 Dorsch 327

 Drack, Albert 501-503
 Dreier, Hans 501
 Dubost, M. 251-253, 411, 413/414
 Dürrfeld, Walther 324, 343, 346/347, 351, 353-355, 362/363, 556
 Duffner, Lothar 501
 Duisberg, Carl 35

 Eberhardt 336/337
 Eberl, Irmfried 423
 Eccarius, Kurt 242/243
 Eckardt, Felix von 548
 Eckell 344/345, 351
 Eckermann 285
 Egle, Karl 541
 Ehrhardt, Arthur 523
 Ehwald 420
 Eichmann, Adolf 20, 139, 143, 162, 174, 184-189, 412, 462, 507, 526-528, 532/533, 555, 557
 Eichner, Ludwig 113-115
 Eicke, Theodor 210/211, 246, 515/516
 Eickemeyer, Max 99
 Eirenschmalz, Franz 312, 555
 Eisele, Hans 544
 Eisenhower, Dwight D. 276
 Eisenmann 506
 Eisfeld, Kurt 324, 343, 349, 556
 Ellenbeck, H. D. 395, 544
 Eppinger 382
 Erffa, Freiherr von 150
 Ernst 459
 Ernst, Werner 549
 Eschweiler 541
 Espey, Oswald Emil 541
 Etdorff, Hasso von 528
 Euler, August 534

 Fähnrich, Kurt 541
 Fanslau, Heinz Karl 310, 324, 328, 555
 Fauchard, Joseph 483
 Faust, Max 345-349, 556

Fehlis 104
 Fermer, Andreas 541
 Fertig, Friedrich 502
 Ficker, Fritz 247/248, 264/265
 Finck, August von 327
 Finke 381
 Fischböck, Hans 327
 Fischer 90
 Fischer 131-134
 Fischer 462
 Fischer, Kurt 501
 Fischer, Otto Christian 33
 Fleischmann, Georg 541
 Fleuri, Marie-Thérèse 250
 Flick, Friedrich 49, 52, 338, 491, 546
 Flintrop, Johannes 117/118
 Florin, Wilhelm 64
 Frank, August 297, 310, 324, 540, 555
 Frank, Hans 86, 137, 440, 443/444
 Freisler, Roland 162, 513
 Frick, Wilhelm 58, 63, 94, 97,
 143/144, 420/421, 539
 Fritzschn, Karl 186
 Funk, Walter 58, 153, 301-303
 Fusgänger 393

 Gaerte, Felix 528
 Gärtner, Emil 126
 Gajewsky, Fritz 324, 556
 Gebhardt, Karl 404
 Geisler 91/92, 541
 Gemmeker, Konrad 543
 Genzken, Karl 387, 540
 Geschke 460, 463
 Gieseke 91
 Gildemeister 389, 391/392, 396/397
 Gille, Herbert Otto 503, 507, 516
 Globke, Hans 143/144, 526-529, 532/
 533, 548
 Globocnik, Odilo 171, 182

 Glücks, Richard 214, 223, 286, 288/
 289, 323-325, 327, 341, 402, 404
 Goebbels, Joseph 192, 224, 517, 526,
 554
 Göring, Herbert 49
 Göring, Hermann 17, 30, 47, 57-59,
 67/68, 77, 84, 99, 138, 149, 154,
 159/160, 162/163, 317, 332, 334,
 376, 382/383, 508, 523, 554
 Gräbe, Hermann Friedrich 141
 Grauert 72
 Grawitz, Ernst Robert 378, 402
 Greiser, Arthur 457
 Grell, Lothar 516
 Gritzbach, Erich 149, 508, 554
 Grobden, Jakob 541
 Gross 436/437
 Guderian, Heinz 498
 Güdler, Kurt 541
 Guérin, Claudine 250
 Gürtner, Franz 63, 95, 419, 478

 Haagen, Eugen 391, 398, 400
 Hackbarth, Käthe 423
 Hackmann, Heinrich 288
 Hahnke, von 77
 Halle, Benvenuto von 355
 Halt, Karl Ritter von 50, 52, 553
 Haltermann, Hans 540
 Hammerschmidt, Helmut 537
 Handloser, Siegfried 389
 Harth, Mervin 533
 Harzer, Walter 501
 Hase, Karl Günter von 549
 Hasenberg 481
 Hassebrock 326
 Hausser, Paul 127, 498, 515, 519, 534,
 554
 Hayler, Franz 50
 Hecker, Ewald 50, 52
 Hehr 124

Heilmann, Ernst 107, 513
 Heine 325
 Heinser, Erich 126
 Helfferich, Emil 50, 52, 553
 Heller 111
 Hellinger, Martin 513
 Hellmuth 226
 Hellwig, Günter 541
 Henlein, Konrad 25
 Hensel 536
 Herle, Jakob 37
 Herrmann 68
 Herz, Karl 549
 Herzog, Gustav 362, 364
 Hess, Ilse 517
 Hess, Rudolf 28, 30, 36-38, 143, 517
 Hesler 253
 Hettlage, Karl Maria 327, 549
 Heuer, Otto 50
 Heyde, Werner 420, 422, 544
 Heydrich, Reinhard 17, 19/20, 86, 93,
 97, 109, 117, 139, 149/150, 155,
 159, 162, 166/167, 170, 270/271,
 279, 285, 304, 374, 456, 513
 Heye, Hellmuth 535
 Hilgenfeldt, Erich 50
 Himmelheber, Else 126
 Himmeler, Heinrich 17/18, 23-28, 38,
 46-49, 52, 57, 95/96, 106, 110-112,
 115, 119, 128, 140, 163/164, 171-176,
 180/181, 184/ 185, 187-189, 194, 201,
 209, 212, 214/215, 225-227, 229, 238,
 243, 257, 269/270, 285-289, 297, 299,
 301/302, 304/305, 309, 316, 324, 329/
 330, 333, 335, 370, 372, 374 bis 379,
 402-410, 426, 434/435, 447, 453, 456,
 467-469, 471/472, 474, 476, 481, 484,
 498, 504, 507/ 508, 511, 533, 539, 545-
 547, 550, 553/554, 556
 Hindenburg, Paul von 57/58, 62/ 63, 73,
 82, 207
 Hippke, Erich 375, 551
 Hirsch 288/289
 Hirt, August 398, 410, 413
 Hitler, Adolf 7/8, 23, 33/34, 36/ 37, 41-
 44, 47, 57-60, 63, 94, 139, 143, 184,
 209/210, 289, 315, 319, 336, 419/
 420, 429, 441, 450, 460, 470, 472,
 476-478, 494-496, 498, 507, 509,
 511-513, 516, 521/522, 524, 529/
 530, 537, 539, 545, 547, 550, 552
 Höhn, August 257-261
 Hörath, Siegfried 541
 Hös, Rudolf 141/142, 184, 278, 282,
 321/322, 325, 345/346, 349, 369
 Hoettl, Wilhelm 188/189, 555
 Hofer 110
 Hoffmann 304
 Hoffmann, Volkmar 509
 Hofmann, Otto 162, 167, 169, 555
 Hohberg, Hans 229, -328
 Hohlfelder, Albert 404, 456, 557
 Holzlöhner 377, 381
 Honig 85
 Hopf, Volkmar 549
 Houdremont 337
 Hoven, Waldemar 386, 391
 Huber 129
 Hunke, Heinrich 328

 Ihn, Max 337
 Ilgner, Max 328

 Jackson, Robert H. 489, 492
 Jacobsen, Hans-Adolf 127
 Jährling 283/284
 Janisch 283/284
 Jenssen 42
 Jentsch 285
 Jodl, Alfred 445/446, 523

Johnson, Hewlett 6
 Jury 287

Kahler 68
 Kahlert 133
 Kahr 275
 Kaindl, Anton 256-258, 260
 Kaltenbrunner, Ernst 19, 28, 180,
 279/280, 285, 305, 523
 Kaltschmidt 90
 Kammer, Heribert 541
 Kammler, Heinz 284, 324, 326/327
 Kaselowsky, Richard 50, 53
 Katzmann, Fritz 540
 Kausch 473
 Kehrl, Hans 46, 316, 328
 Keitel, Wilhelm 30, 128, 450, 452,
 476-478, 480, 523
 Keppler, Wilhelm 47, 50, 330
 Kern(mayer), Erich 515-517
 Kersten 177, 179
 Kessler 328
 Kiefer, Max 311, 555
 Kiehn 122-124
 Kiehne, Karl 541
 Kies wett er 285
 Kirchner 289
 Kirschneck 283/284
 Klein, Horst 312
 Kleinmann, Wilhelm 50
 Klemme, Ludwig 501/502
 Klenk, Sofie 126
 Klett, Ernst 525
 Klopfer, Gerhard 162, 554
 Knittler, Martin 265
 Knochen, Helmut 174
 Knost, Friedrich 526, 532
 Koch 283
 Koch, Erich 435
 Koch, Ilse 308
 Koch, Karl 289, 414
 Kögel, Arthur 288

Königshaus, Franz 447, 449
 Körner, Paul 508
 Köttgen, Carl 33, 35
 Kogon, Eugen 389
 Kolb 260
 Konrad, Paul 502
 Koppe, Wilhelm 201, 554
 Korschan 337
 Kouine 360
 Kowalski 64
 Krätschmer, E. G. 515
 Kranefus, Fritz 46, 48/49, 328, 330,
 342
 Krauch, Carl 325, 343/344, 350, 545
 Kraus 102
 Krebsbach 285
 Kritzinger 162
 Krogmann, Carl 50
 Krüger, Friedrich-Wilhelm 194, 196,
 441, 443
 Krumey, Hermann 462, 557
 Krupp, Alfried, von Bohlen und
 Halbach 492
 Krupp, Gustav, von Bohlen und
 Halbach 33-35, 37, 41/42
 Kubela, Rudolf 461
 Küsters, Sepp 501

Lademacher, Siegfried 502
 Lammerding, Heinz 505, 508
 Lammers, Hans-Heinrich 472, 557
 Lampe 411/412
 Landfried, Friedrich 159
 Landsmann 354
 Lange 162
 Lautenschläger, Carl 393
 Layers 336
 Leibbrandt, Georg 162, 554
 Lemmer, Ernst 496, 526
 Lenz, Friedrich 521
 Lessing, Theodor 83

Lex, Ritter von 143
 Ley, Robert 59/60, 69/70
 Lichtenberg, Max 327
 Lichtenberger 245
 Liebehenschel, Arthur 213, 238, 426
 Liesegang, Erich 247
 Linde, von der 35
 Lindemann, Karl 50, 52, 553
 Lindner 328
 Lindow, Kurt 447, 450
 Lippert, Julius 517
 Lobauer 289
 Lörner, Georg 310, 328
 Lörner, Hans 311, 555
 Loeser 337
 Lolling, Enno 385, 400
 Loritz 288
 Loschen 357
 Luther, Martin 162, 167
 Lutz, Gertrud 126

Manstein, Fritz Erich von 513
 Marbach, Hubert 541
 Marié, Pierre 483
 Marotzke, Wilhelm 328
 Martin, Benno 180
 Masfeller, Franz 526, 532
 Massi 533
 Maunz, Theodor 528
 Maurer, Gerhard 33, 175, 220,
 323, 332, 340
 Mauz, Friedrich 544
 May 328
 Mayer 288
 Meinberg, Wilhelm 328
 Mengele 369, 533
 Menke, Joseph 528
 Menthon, François de 489
 Meyer 162, 170
 Meyer, Emil H. 48, 50, 53
 Meyer, Kurt 499/500, 504/505,
 507, 520

Mikkelsen, Christian 541
 Milch, Erhard 332, 376, 513, 556
 Mildner, Rudolf 282
 Miroff 286
 Möller-Hazzius 350
 Mohr, Ernst Günther 528
 Mohr, Eugen 328
 Molsen 81
 Moser 341
 Mosier, Eduard 33
 Mosley, Sir Oswald 533
 Mrugowsky, Joachim 387, 389, 392,
 397
 Muchow 69
 Mühsam, Erich 66
 Müller 65
 Müller 69
 Müller, Erich 335-337
 Müller, Heinrich 112, 116, 120, 147,
 162, 176, 226, 240, 257, 269, 272,
 279, 285, 447
 Müller-Armack, Alfred 550
 Münchow, Erwin 82
 Mützel, Werner 502
 Mulakova, Marie 461
 Mund, Günter 501
 Mussolini, Benito 552

Nägele, Friedrich 542
 Naujock 102/103
 Naumann 160
 Naumann, Werner 50, 330, 533, 554
 Nebe, Arthur 106
 Neff 378, 381
 Neubauer, Gustav 125
 Neumann, Ernst 159, 162, 169
 Neurath, Constantin Freiherr von 58
 Nidda, Krug von 143
 Nitsche 420
 Nowotny, Walter 517

Oberländer, Theodor 528
 Ochs, Josef 542
 Oehmen, Willi 502
 Oetker, August 50, 53
 Ohlendorf, Otto 47/48, 137
 Olbrich, Erhard 542
 Olscher, Alfred 51, 53
 Opitz 104
 Ortlieb 328
 Oschassek, Werner 501, 503
 Ossietzky, Carl von 96
 Ott, Walter 502
 Otto 393

Pabel, Erich 520
 Pätzold 150
 Pagenhopf 509
 Panzinger 449
 Papen, Franz von 57/58
 Parsche 124
 Pauli 260
 Pearson, Roger 533
 Peiper, Joachim 508
 Peppler 69
 Petsch, Heinrich 327
 Pfirsch 336
 Pieck, Wilhelm 64
 Pillwein, Fritz 384
 Pister, Hermann 222, 385
 Plaza, Heinrich 544
 Pleiger, Paul 328
 Plöttner, Kurt 544
 Pohl, Oswald 25, 46, 51, 177, 214/215,
 217/218, 225/226, 229, 234, 278,
 280, 286, 299, 301, 303, 309, 321-
 330, 333/334, 343, 400, 402, 405
 Pook, Hermann 312, 556
 Poppendick, Helmuth 544
 Porsche, Ferdinand 329, 333
 Preckel, Erich 542
 Prigge 393
 Prüfer 283

Prützmann 484
 Puchhof 129
 Puhl, Emil 302/303, 555
 Puttkammer, U. 345

Raeder, Erich 521
 Rainer 287
 Rasche, Karl 51, 53
 Rascher, Sigmund 24, 372-382, 544
 Rasner, Willi 506, 535
 Rauff 485
 Reeder, Eggert 513
 Reemtsma, Philipp 329
 Rehn, Ludwig, 261
 Reiff 51, 53, 230, 324, 336/337
 Reinefarth, Heinz 467-470, 508, 557
 Reinhardt, Friedrich 51
 Reinhart 53
 Reischle, Hermann 329
 Reiter, Hans 389
 Remer, Otto Ernst 533
 Remlinger 549
 Remold, Josef 542
 Renaud, Germaine 251
 Reuter 71, 73
 Reynard 289
 Rheinhaben 72
 Rheinländer 325
 Ribbentrop, Annelies 518
 Ribbentrop, Joachim von 30, 58, 515,
 517/518
 Richter 286
 Röchling, Hermann 329
 Röhm, Ernst 23
 Roehnert, Hellmuth 51, 53, 327
 Roesener, Erwin 51
 Röttger 122-124
 Romberg, Wolfgang 544
 Rose, Gerhard 391, 394, 397
 Rosenberg, Alfred 317, 446, 519
 Rosterg, August 51, 53

Rudel, Hans-Ulrich 517, 533
 Rudenko, R.A. 489
 Ruff, Siegfried 544
 Ruschin, Charlotte 91
 Rzepa 182

Santo 324, 349
 Sauckel, Fritz 21, 209-211, 316-320
 Saur 326
 Schacht, Hjalmar 33, 57, 512/513, 553
 Schaefer 345
 Schäfer, Ernst 48/49
 Schäfer, Hans M. 502
 Scharfe 481
 Schauke, Gerhard 35
 Schaumburg-Lippe, Friedrich
 Christian Prinz zu 517
 Schellenberg, Walter 533
 Schieber, Wilhelm 329
 Schiedlausky, Gerhard 275/276, 298,
 385/386, 389
 Schindler, Hans D. 530
 Schirach, Baldur von 287
 Schlegel 98
 Schlegelberger, Franz 513
 Schleicher, Kurt von 58
 Schlichtenmayer, Fritz 521
 Schlotterbeck, Gotthilf 126
 Schlotterbeck, Maria 126
 Schmale, Franz 87
 Schmeer, Rudolf 69
 Schmick 385
 Schmidt 103
 Schmidt, Heinrich 51
 Schmitt, Kurt 51, 554
 Schmitz, Hermann 52, 343, 554
 Schneider 532
 Schneider, Christian 350, 356
 Schneider, Paul 267, 513
 Schobert, Max 388
 Schoengarth, Eberhard Karl 162

Schöppe 201/202
 Schoettl, Vincenz 350
 Schreiber, Franz 501
 Schröder 131-133
 Schröder, Freiherr Kurt von 46,
 51-53, 58, 330, 553
 Schröder, Gerhard 499, 530
 Schröder, Oskar 383
 Schröder, Walter 52, 509, 513
 Schubert, Wilhelm 247/248,
 263-265
 Schütz, Waldemar 515
 Schuhmann, Walter 69
 Schuler siehe Ding
 Schultze, Walter 540
 Schulz, Hildegard 274
 Schulz, Martha 273/274
 Schulze-Fielitz 329
 Schumann 369
 Schwartz 107
 Schwarz 103
 Schwarz, Albert 352, 362/363
 Schwarzmann, Hans 532
 Schweinsberg, Schenck zu 68
 Schwenniger 100
 Schwerin von Krosigk, Johann
 Ludwig Graf von 323
 Seebauer 329
 Seehof, Arthur 537
 Seidel, Willy 88
 Seitz, Emmy 126
 Seitz, Hermann 126
 Seldte, Franz 36
 Semisch 120
 Sennewald 325
 Seraphim, Heinz 532
 Serno, Caspar 501/502
 Servatius, Robert 533
 Siegel, Alexander 91
 Siepe, Baron Della 533
 Sievers, Wolfram 376, 413
 Simon, Max 505, 508
 Skorzeny, Otto 510-512, 533

Soika, Fritz 502
 Sollmann, Max 372
 Sommer, Karl 312, 323, 556
 Sommer, Martin 513/514
 Sorge, Gustav 245-248
 Soucek, Theodor 533
 Speer, Albert 316, 326/327
 Spies, Günter 91
 Stahel 468
 Stahlecker, Franz 456
 Stapf 484
 Stein, J.H. 51
 Steinberg 39
 Steinborn 85
 Steinbrinck, Otto 51, 53, 329
 Steinbrinker, Günther 530
 Steiner, Felix 503, 507, 533
 Stiehler, Ernst 100
 Stobbe-Dethleffsen 326
 Stolten 363
 Stoppe 276
 Strack, Hans 532
 Straus, Franz-Josef 498/499
 Streckenbach, Bruno 441, 473
 Strobel 202
 Strohe, Anton 501-503
 Stroop, Jürgen 26, 140/141, 195-197
 Struss, Ernst August 353
 Stuckart, Wilhelm 159, 162, 169, 527,
 554
 Suchanek 181
 Sündermann, Helmut 516/517
 Suhren 246/247

 Tauber 251
 Taylor, Telford 491
 Tengeimann, Wilhelm 330
 ter Meer, Fritz 324, 343/344, 350/
 351, 556
 Thälmann, Ernst 64, 93
 Thedieck, Franz 550
 Theodorani, Graf 533

 Thiel 474
 Thierack, Otto Georg 224, 471/
 472, 481
 Thomas 435
 Timm 532
 Toeplitz, Heinrich 7, 12
 Trende 103
 Trenkelbach, Walter 533
 Truman, Harry S. 492
 Tschentscher, Erwin 311
 Turner, Harald 513

 Überreiter 287
 Ulbricht, Walter 92, 550
 Unger 42
 Ungewitter 35
 Uphoff, Helmut 501
 Urbach, Rudolf 134
 Urbanova, Vera 461

 Vaillant-Couturier 250-253
 Vetter, Elisabeth 523
 Vialon, Friedrich Karl 550
 Vogel 93
 Volkmann, von 73, 79
 Volkmar 175
 Volz, Hans 57
 Vos, Wilhelm 51, 53
 Vowinckel, Kurt 520
 Vuyst, Peter de 502

 Wägler 326
 Waldhecker, Hermann 51, 302
 Walli, Günter 501
 Walz, Hans 51, 554
 Warlimont, Walter 446
 Warnstädt 276
 Wartenberg, Rolf 134
 Wasicky 285
 Weber 393
 Wehner, Bernhard 542
 Wehrhahn, Wilhelm 501
 Weigerer 262

Weigold, Hermann 542
Weinmann 269
Weis, Bernhard 338
Wendt, Erich 542
Westphal 123
Westrick, Ludger 547
Widmann 260
Wiesmann 463
Wilhelm, Friedrich 276
Wilke, Horst 502
Winkelmann, Otto 540
Wipperfurth 182
Wirths 369
Wisch 503
Witte 328

Wolfert 269
Wolff 100
Wolff, Hans-Helmut 131, 134, 449
Wolff, Heinrich 501
Wolff, Karl 304, 330, 346, 348/ 349,
353, 376/377, 436/437, 470, 556
Wolfram 285
Wurster, Carl 545

Zech-Nentwig, Hermann 533
Ziegler 329
Ziereis, Franz 285-289, 305
Zirpins, Walter 532

Verzeichnis der Firmen

Anhaltinische Serumwerke GmbH 393
Appollinaris Betriebs-GmbH 232
Auerwerke AG 327

Badische Anilin- u. Sodafabrik AG 545
Bayer-Werke AG 360, 546, 556
Bayrische Motorenwerke (BMW) 328
Behringwerke 396/397
Berthawerke 337/338
Bohemia Keramische Werke AG (Bohemia) 231
Bosch (Robert Bosch GmbH) 51
Braunkohle-Benzin AG (Brabag) 53, 324, 328
Bunawerke 324, 343, 358/359, 363, 544/545

Commerz- und Privatbank AG 51, 53, 327

Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft mbH 52
Deutsche Ausrüstungswerke GmbH (DAW) 186, 220, 222, 232
Deutsche Bank und Diskontogesellschaft 33, 50, 52, 546, 553
Deutsche Edelmöbel KG (Edelmöbel) 232
Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH (DEST) 221, 230, 330
Deutsche Heilmittel GmbH (Heilmittel) 230
Deutsche Heimgestaltung GmbH (Heimgestaltung) 233
Deutsche Lebensmittel GmbH (Lebensmittel) 232
Deutsche Meisterwerkstätten GmbH (Meisterwerkstätten) 232
Deutsche Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung GmbH
(Versuchsanstalt) 233
Deutsche Wirtschaftsbetriebe GmbH (DWB) 230
Deutscher Reichsverein für Volkspflege und Siedlerhilfe e. V. 234
Dresdner Bank 48, 50/51, 53, 327
Dyckerhoff und Widmann AG 327
Dynamit AG 556

Externsteine-Stiftung (Externsteine) 234

Felten und Guillaume Carls werk AG 53
Forst- und Sägewerk Bachmanning GmbH (Bachmanning) 232
Freudenthaler Getränke GmbH (Freudenthal) 232

Fürstengrube GmbH 344, 350
Fürstlich Pless'sche Bergwerks GmbH 350

Gemeinnützige Krankentransport GmbH 421-423
Gemeinnützige Wohnungsbau- und Heimstätten GmbH (Gemeinnützige) 230
Gesellschaft für Textil- und Lederverwertung mbH (Textled) 233
Gesellschaft zur Förderung und Pflege deutscher Kulturdenkmäler
e. V. (Kulturdenkmäler) 234
Gewerkschaft Preußen 53
Göring-Werke (siehe auch Reichswerke AG) 53, 230, 324/325, 328/329
Golleschauer-Portland-Zement AG (Golleschau) 231
Gustloff-Werke 222, 329

Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) 50, 553
Hamburger Kreditbank AG 555
Haus- und Grundbesitz GmbH (Grundbesitz) 230
Heinkelwerke 287, 325, 355
Heinrich Mattoni AG (Mattoni) 231
Hellmann und Littmann AG 327
Henscheiwerke 287

IG-Farben 5, 35/36, 39, 42, 45, 49, 52, 324/325, 340, 342-358, 362/363,
393, 396-398, 544-546, 548, 553/554, 556/557
Ilse der Hütte 52
Imhausen-Werke GmbH 556
Industrie- und Handelskammer, Hannover 50

Kleiderkasse der Schutzstaffel e.V. (SS-Kleiderkasse) 234
Klinker-Zement GmbH (Klinker-Zement) 231
Klöckner-Konzern 556
König-Heinrich-Gedächtnis-Stiftung (König Heinrich) 234
Königshütte 402, 404/405
Krupp (Friedrich Krupp AG) 5, 39/40, 318, 326, 335-338, 548

Leibi (Anton Leibi GmbH) 233
Lesnoplod Grava Seika a spol Dolny Rubín (Lesnoplod) 232
Lorenz (C. Lorenz AG) 53
Luranil- u. Anorgana GmbH 342

Mattoni siehe Heinrich Mattoni AG
Mauser-Werke 327

Melchers (C. Melchers & Co.) 553
Messerschmittwerke 287, 326, 328, 334/335
Mitteldeutsche Papierwerke GmbH 331
Mitteldeutsche Stahlwerke AG 49, 51/52
Mix und Genest AG 53
Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft 51, 554

Norddeutscher Lloyd 50
Nordlandverlag GmbH (Nordland) 233
Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 39

Oetker, Dr. August, Nahrungsmittelfabrik 50, 53
Öl-Forschungsanstalt 325
Öl-Schieferanlagen 325
Opel AG 100, 104
Ostdeutsche Baustoffwerke GmbH (Ostdeutsche) 231
Ostindustrie GmbH (Osti) 230

Phrix-Spinnstoff-Faserwerk (Faserwerk) 325
Polte-Werke 340
Porag Radiatoren GmbH (Porag) 231
Porsche-Werke 508
Portland-Zementwerke Heidelberg AG 50
Porzellan-Manufaktur Allach-München GmbH (Allach) 231

Reemtsma, Philipp 329
Reichsbank 51
Reichsbank der Deutschen Industrie 35
Reichskreditgesellschaft 33,53
Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten «Hermann Göring» 51, 53,
230, 324
Rheinahr Glasfabrik GmbH 232
Rheinische Stahlwerke 554
Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat 39
Rheinmetall Borsig AG 51, 53, 327, 341

Saurerwerke 287
Schneider AG (Hasag) 324/325, 340
Scholven-Chemie AG 556
Schwelanlage Jawischowitz 342
Selchwaren- und Konservenfabrik Wolframs (Wolframs) 232
Siemens-Schuckertwerke AG 49, 52, 113, 327

Spargemeinschaft-SS e. V. 234
SS-Baudienststelle 213
SS-Wirtschaftsbetriebe (siehe auch Deutsche Wirtschaftsbetriebe) 181
Stein, J.H. 51
Stinnes-Konzern 554
Sudetenquell GmbH (Sudetenquell) 231
Süddeutsche Kalkstickstoffwerke AG 557

Tesch & Stabenow 186
Topf & Söhne, J.A. 283, 555
Treuhandverwaltung Lemberg und Bialystok 231

Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (Viag) 51
Vereinigte Stahlwerke AG 53
Verkaufsstelle Berliner Möbelwerkstätten EGmbH (VBMW) 230
Völkischer Kunstverlag GmbH (Kunstverlag) 233
Volkswagenwerke 329

Wintershall AG 51,53

Zündhütchen- und Metallfabrik AG 341

Verzeichnis der geographischen Namen*

- Aachen 102, 271, 501-503
Admont 234
Afrika 436/437
Albanien 165
Allenberg 233
Altaussee 554
Altbach 126
Altena 502
Altenburg 340
Alteneichen 233
Alt hammer 362
Altreich siehe Deutschland
Amberg 542
Anden 517
Angermünde 107, 150, 153/154
Ansbach 128
Argentinien 533
Arnsberg 89
Arolsen 499
Augsburg 335
Austerlitz 357
Autal 233
Azay-le-Rideau 251
- Babelsberg 328
Bachmanning 232
Bad Canstatt 126, 530
Baden-Württemberg 532
Bad Godesberg 533
Bad Hersfeld 534
Bad Neuenahr 232
Bad Wörishofen 521
Bahrenfeld 329
Balingen 325
Balkan 188, 498
Bayern 86, 528
Bayreuth 513, 532
- Beirut 533
Belgien 165, 184, 190, 278, 316, 329,
504/505, 513, 550
Belgrad 234
Belorussland 165, 455
Bempflingen 126
Bentschin 231
Bereza-Kartuska 464
Berlin 7, 12, 22, 33/34, 45, 48-53, 58,
60, 63/64, 66, 68/69, 72, 78, 80, 84/
85, 89-95, 97, 99-101, 104, 106,
108/109, 111, 113, 115, 117, 119/
120, 122-125, 143, 145, 148/149,
152, 154/155, 159, 161/ 162, 171,
176, 180/181, 184/185, 207, 209,
211, 217, 224, 226, 229 bis 234,
239, 268, 271, 280, 284, 286/287,
297, 299, 302, 325, 327 bis 329,
331-333, 340, 342, 348, 352, 378,
385, 387, 389, 391, 393 bis 395,
402, 406, 409, 412, 419, 458/459,
462, 471/472, 499, 517, 527, 530,
541
Berlin-Britz 66
Berlin-Charlottenburg 51, 64, 99, 331
Berlin-Dahlem 49, 412
Berlin-Grunewald 50/51
Berlin-Lichterfelde 125, 215,
226, 229, 284, 297, 342, 395
Berlin-Schöneberg 50
Berlin-Siemensstadt 49
Berlin-Wilmersdorf 453
Berlin-Zehlendorf 49 Bessarabien 165
Bialystok 165, 176, 231
Bielefeld 50, 53

* Das Verzeichnis entspricht der in den Dokumenten verwandten Schreibweise.

Bilgoroj 435
 Bitterfeld 324
 Bobruisk 216
 Bochum 532
 Böhmen 25, 164-166, 453, 460, 502, 523
 Bonn 6, 509, 526, 529, 536, 541, 544
 Borysowka 464/465
 Brandenburg 68, 85, 87, 89, 207, 208, 421
 Braunschweig 347, 501, 526
 Breisgau 386, 531, 541
 Bremen 50, 502, 553
 Breslau 326, 341, 343, 345, 352
 Brest-Litowsk 435
 Bretstein 233
 Brückentin 233
 Brünn 232, 271, 335, 453
 Brүx 354
 Budapest 188
 Bulgarien 143, 165, 180, 190
 Butschowitz 232, 335
 Buxtehude 557

Camburg 65
 Celle 501
 Chateaux 467

Dänemark 7, 165, 190, 386, 480, 504/505, 541, 554
 Dahl a. d. Volme 502
 Danzig 155, 190, 230, 293
 Darmstadt 127
 Debica 233
 Deckbergen 502
 Deneschau 233
 Den Haag 269, 541
 Deutsche Bundesrepublik siehe Westdeutschland
 Deutsche Demokratische Republik 7, 11-13, 65, 495, 550, 552

Deutschland (Deutsches Reich) 5/6, 10-12, 18-21, 57, 59/60, 74/75, 127, 137, 139, 142, 144/ 145, 147, 152, 164, 166, 181, 184, 188, 190, 197, 205, 210, 214, 282, 301, 315-319, 367, 403/404, 420/ 421, 424, 426, 429-431, 433, 436 bis 439, 441, 444, 450/451, 457, 477-481, 487/488, 494/495, 497/ 498, 507, 509, 524, 526, 545, 548
 Donau 329
 Donezgebiet 484
 Dortmund 501/502, 509, 528, 541, 557
 Dortmund-Hörde 501
 Drancy 183, 357
 Dresden 93, 98, 124
 Dubno 141
 Dünaburg 455
 Düsseldorf 39, 90, 95, 118, 341, 497, 503, 533, 536, 541-544, 548, 553
 Düsseldorf-Wersten 501
 Duisburg 301
 Dwory 345
 Dyhernfurth 342
 Dywin 464/465

Eberswalde 68, 85
 Elbe 325, 341
 Elbogen 231
 Elsass 516
 Ems 89
 England siehe Grossbritannien
 Erfurt 283, 547
 Eschweiler 501-503
 Essen 39, 42, 318, 335, 501, 542, 554/555
 Esslingen 126
 Estland 139, 165, 190, 455
 Europa 5/6, 8, 11/12, 19, 27, 139, 141/142, 160, 166/167, 188, 253, 280, 430, 469, 489, 495, 498, 505, 524, 548, 553

Fallersleben 329
 Finnland 165
 Flensburg 534/535, 551
 Flöha 88
 Frankfurt/Main 67, 104, 351, 393, 426,
 509, 533, 537, 548, 557
 Frankfurt/Oder 207
 Frankreich 5, 7, 15, 165, 167, 173/ 174,
 183/184, 190, 250/251, 278, 316,
 319, 386, 487, 492, 499, 504/ 505,
 507, 530, 533, 547, 550
 Franzburg-Barth 549
 Freiburg/Breisgau 386, 531, 541, 544
 Freudenthal 231-233
 Fürstenberg 274

Galizien 233
 Gelsenkirchen 340, 556
 Generalgouvernement 162, 165, 170,
 177, 184, 227, 230, 280, 316, 336,
 369/370, 436-444, 474, 555
 Gettorf b/Kiel 502
 Gieshübl 231
 Gilde 233
 Gleiwitz 362
 Görlitz 71, 73, 77, 79
 Göttingen 420, 508, '515
 Golleschau 231
 Gomel 435
 Gorlowka 458
 Goslar 222
 Grabenstätten 126
 Grafenau 128/129
 Graz 123, 418, 533
 Griechenland 45, 165, 190, 278, 499
 Griesheim 545
 Grodkow 231
 Grossbritannien 5, 15, 165, 180, 460,
 487, 492, 517
 Grün 231
 Gunskirchen 286/287

Hagen 501, 523
 Hagenow 273/274
 Hamburg 50/51, 64, 95, 102/103, 124,
 230, 501-503, 509, 529, 533, 539,
 541, 543
 Hamburg-Harburg 543
 Hamburg-Ohlsdorf 102/103, 551
 Hameln 502, 504, 541, 548
 Hannover 50/51, 87, 89, 207, 498, 502,
 504/505, 539, 541
 Heidelberg 50, 521
 Heilbronn 521
 Heimstatt 233
 Helmstedt 347
 Herford 541
 Hessen-Nassau 422, 424
 Hessisch Lichtenau 340
 Hilden b/Düsseldorf 544
 Hildesheim 85
 Hoechst 393, 546
 Hof 233, 542
 Holland siehe Niederlande
 Hongkong 528, 554
 Hope Hill 230
 Horn in Lippe 234
 Hudingen 516
 Hüinghausen, Kr. Altena/Westfalen 502
 Hüls b/Schkopau 343
 Hundsfeld 341

Iglau 232
 Irak 528
 Irland 165
 Iserlohn 555
 Israel 526
 Italien 7, 165, 167, 190, 498, 556
 Itzehoe 505
 Izieu-ain 183

Jaroslaw 156
 Jawischowitz 342
 Jena 65, 131, 385

Jerusalem 533
Jülich 541
Jüterbog 82
Jugoslawien 45, 190, 454, 513, 541

Karlbürg 500
Karlsbad 231
Kassel 51, 90, 285, 387, 507
Kattowitz 282, 344/345, 351
Kauen 455
Kaukasus 498
Kiel 502, 540/541, 549
Kiew 216, 433, 458/459, 484, 539
Kirkenes 498
Kladno 460, 463
Klagenfurt 287
Koblenz 507
Köln 51, 89, 147, 207, 271, 501 bis
503, 507, 509, 513, 531, 541, 550
Köln-Ehrenfeld 129
Köln-Mülheim 530
Köln-Riehl 501
Königsberg 544
Königshütte 402,404-406
Kopenhagen 394, 541
Kragujevac 454
Krakau 156, 181, 194, 198, 201, 390,
393, 443/444
Krefeld 539
Kroatien 45, 165, 167, 289
Krondorf 231
Küstrin 89

Lachendorf b/Celle 501
Lahn 544
Landsberg 326
Lauenburg 233
Leipzig 92, 340
Lemberg 231/232
Leoni am Starnberger See 516

Leschwitz 71,77-79
Letland 162, 165, 190, 455/456
Leuna 49, 347, 349, 353/354
Leverkusen 556
Libanon 532/533
Libau 455
Lidice 5, 26, 460-463, 515, 525, 557
Liegnitz 71, 73, 75
Linz 230, 233, 286/287, 289, 421
Lippstadt 340
Litauen 165, 190, 455/456
Litzmannstadt 160, 177, 460, 462
London 517/518
Lubny 539
Luckenwalde 82
Ludwigshafen 343/344, 349, 351,
541, 545
Lübeck 258, 513
Luxemburg 190
Lyon 183, 555

Madrid 512
Mähren 25, 164-166, 453
Magdeburg 340
Main 128, 500
Malmedy 516
Mannheim 542
Marienbad (Marianské Lázně)
83, 231
Mariupol 458, 459
Markstädt 337/338
Marl 545
Marzabotto 5, 516, 525
Mehlem 533
Memel 25
Memelland 18, 164
Merseburg 49, 207, 325
Metz 268/269
Minden 504/505
Mistelbach 287
Mitau 455
Modlin 233

Moskau 498, 517/518
 Mühlendorf 326
 Mühlheim/Ruhr 541, 554
 München 51, 69, 86, 128, 143, 231,
 234, 372, 376-378, 386, 476, 510,
 512, 516, 520/521, 527, 532, 534,
 537/538, 544
 Münster 544, 550

 Nauen 72
 Neckar 501
 Neckargemünd 520
 Neubrandenburg 335
 Neudorf 231
 Neurohlau 231
 New York 362
 Niederlande 165, 176, 184/185, 190,
 278, 316, 499, 504/505, 542
 Niedersachsen 532
 Niederselters 231
 Nieul 467
 Nordhausen 244, 293
 Nordische Länder 167
 Nordrhein-Westfalen 542
 Nordsee 258
 Normandie 498
 Northeim 85
 Norwegen 165, 190, 316, 344, 480
 Nürnberg 5, 9, 40, 67, 113, 128, 282,
 295, 489, 502, 507/508, 517, 522,
 523, 536, 554/555
 Nürtingen 501

 Oberbayern 99, 501
 Obersalzberg 319
 Oberschlesien 155, 184, 187, 283, 325,
 342, 344, 350, 403, 408
 Obersicke 501
 Oberursel 134, 450
 Österreich 37, 138, 144, 190, 327, 344,
 504/505, 554
 Oferdingen 126
 Oldenburg 544

 Opladen 542
 Oradour-sur-Glane 5, 26, 467, 508, 525
 Oranienburg 66, 72, 82, 85, 89, 175,
 184, 208, 211/212, 214, 220, 222/
 223, 230, 232, 238/239, 270, 287,
 295, 298/299, 325, 327, 330 bis 332,
 335, 340/341, 352, 386, 481
 Orelka 516
 Oslo 234, 374
 Osnabrück 89, 207
 Ostgebiete (Osten) 164, 166, 184, 316,
 319, 410, 436-438, 441, 471, 473,
 475, 480, 498
 Osthavelland 72
 Ostmark 164, 166
 Ostsee 258
 Ostsudeten 232

 Paris 138, 173/174, 183, 357, 361, 482,
 530
 Partschendorf 233
 Passau 286/287
 Paulesti 45
 Peine 87
 Penzig 73, 79
 Pirna 421
 Pjatigorsk 542
 Plaue b/Flöha 88
 Plauen 93
 Plostina 511
 Polanica 156
 Polen 190, 278, 316, 319, 441, 443, 471,
 495, 499, 541
 Portugal 11, 165
 Posen 123, 155, 231, 467/468
 Potsdam 11, 49, 68, 85, 89, 106, 150,
 153, 207/208
 Powarczycze 484
 Prag 230-232, 271, 453, 460, 462/ 463
 Preußen 59

Puchhof 129
 Pyhrn 285

 Quedlinburg 222, 232

 Radom 474/475
 Rastatt 520
 Rathenow 68, 85
 Rattwitz 343
 Regensburg 128, 334
 Rendsburg 503, 506
 Reutlingen 126
 Rhein 494, 501
 Rheinland 343
 Rheinland-Pfalz 530, 539
 Riga 139, 161, 179, 216, 234, 455,
 541, 550
 Rinteln/Weser 502
 Roth b/Nürnberg 295
 Rottenburg/Neckar 501
 Rowno 141
 Ruhr 494, 501, 541, 554, 556
 Ruhrgebiet 37, 532
 Rumänien 45, 143, 165, 167, 180, 188-
 190, 498
 Russland siehe Union der Sozialisti-
 schen Sowjetrepubliken

 Sachsen 88, 93, 98
 Salzgitter 325
 Salzgitter-Lebenstedt 501
 Sardinien 165
 Sarstedt b/Hannover 502
 Sauerbrunn 231
 Scharbow b/Hagenow 273/274
 Schaulen 455
 Schkopau 343, 348
 Schleswig-Holstein 532, 539, 542, 544
 Schlieben 340
 Schmergow 87
 Schömberg 325
 Schönebeck/Elbe 341

 Schweden 165, 386
 Schweiz 165, 528
 Schwerin 273
 Serbien 165, 513, 548
 Siegburg a. d. Lahn 544
 Simferopol 458
 Sinzig a/Rhein 232
 Slorow 452
 Slowakei 165, 167, 232
 Sola 346
 Sowjetunion siehe Union der Sozialisti-
 schen Sowjetrepubliken
 Spandau 517
 Spanien 7, 11, 165
 Spital am Pyhrn 285
 Stalino 458
 Starnberg 99
 Starnberger See 516, 557
 Starobin 484
 Steinbach 129
 Stettin 81, 90
 Steyr 325
 Stralsund 233
 Strasburg 268/269, 398, 410/411, 416
 Stuttgart 51, 111, 126, 501/502, 525,
 542
 Stuttgart-Feuerbach 501
 Stuttgart-Untertürkheim 126
 Sucha 233
 Sudetenland 25, 336
 Sylt 557

 Taganrog 458
 Tempelhof 375
 Thüringen 65, 209-211, 319
 Thüringer Wald 161
 Tilsit 161, 456
 Töntscheide 548
 Tomaschow 474/475
 Torgau 89
 Troisdorf 556
 Trostberg 501, 557

Tschechoslowakei 20, 138, 184/ 185,
190, 278, 495, 549/550
Türkei 165
Tulle 466

Ukraine 165, 177, 318, 336, 434, 448,
452, 484
Ungarn 7, 143, 165, 167, 180,188, 190,
278, 498, 507
Union der Sozialistischen Sowjetrepub-
liken 5, 10, 15, 20, 137, 139, 165/
166, 189/190, 256, 429, 431, 434,
446, 450, 471, 487, 492, 499, 507,
542, 555

Vereinigte Staaten von Nordamerika 5,
8, 16, 180, 205, 386, 487, 492/493,
546, 554
Vizovise 511
Vohenstraus 129

Warschau 15, 26,140/141,191,194 bis
200, 234, 280, 467-469, 508, 557
Warthegau 456/457, 475, 555
Washington 530
Weichsel 348
Weimar 131/132, 209, 211, 222, 230,
275/276, 298, 319, 328, 331, 384,
391, 415, 418, 541
Weisen 334

Weisenfels 463
Wendlingen 501
Werl 513
Weser 502, 548
Westberlin 496, 548, 556/557
Westdeutschland (Bundesrepublik) 6,
8/9, 11/12, 494/495, 497, 499, 501,
504-506, 515, 517, 524, 528, 530,
532, 534, 539/540, 543, 545-547,
552-557
Westerland 557
Westfalen 501/502, 523
Westpreußen 155, 437
Wien 130, 362, 382
Wiesbaden 51, 126, 422, 555
Wilna 455
Witten 556
Wittenberge 68, 85, 325
Wittstock 258
Wolchowstroj 517
Wolfen 324, 340
Wolframs b/Iglau 232
Wolmar 455
Wolzek 280
Württemberg 325, 421
Würzburg 128
Wuppertal-Barmen 117/118

Zagreb 45
Zauch-Belzig 87

Verzeichnis der Konzentrationslager und Haftanstalten

- Amstetten 287
Arbeitsdorf 216, 220
Auschwitz 5, 141, 143, 175, 177/ 178,
184-187, 212, 215, 220, 230, 232/
233, 250/251, 253-255, 270, 278-
283, 286, 289, 293, 301, 321, 324-
326, 337, 343/344, 346-350, 352-
355, 357-359, 361/362, 368, 370,
378/379, 389, 404, 412/413, 481,
525, 532, 544/545, 556/557
- Bad Sulza 210
Belzec 280
Bergen-Belsen 5, 286, 293, 307, 481
Berlin-Moabit 122/123
Berlin-Plötzensee 122/123
Berlstedt 222, 230
Bernburg («Euthanasie»-anstalt) 421,
423, 425
Birkenau 185, 187, 250, 281, 358, 368
Brandenburg-Görden 66, 123/124
Brauweiler 89, 207
Breitenau 90
Buchenwald 5, 12, 107, 133, 175, 210,
212, 215, 220, 222, 228, 232, 236,
267, 269/270, 275-277, 288/ 289,
293, 295, 331, 340/341, 362, 384-
387, 390, 397, 413-415, 418, 481,
483, 513/514, 544
- Dachau 5, 86, 142, 175, 212, 215, 220,
230-233, 266, 270, 278, 289, 293,
295, 304, 325, 330, 345, 375, 379,
381/382, 481, 544
Dora (Mittelbau) 275, 293
- Ebensee 287
Elbing 230
Esterwegen 87, 96, 107
- Floridsdorf 287
Flossenbürg 175, 205, 212, 215, 220,
230, 270, 293, 295, 326, 334, 481
Fünfteichen 337/338
- Gardelegen 258
Gelsenkirchen (Arbeitslager) 340
Gollnow 71
Grafeneck («Euthanasie»anstalt) 421
Gross-Raming 287
Gross-Rosen 175, 212, 216, 220, 230,
270, 288, 293, 326, 337/338, 341,
481
Grosswerder 230
Gusen 215, 220, 285-287, 290/291
- Hadamar («Euthanasie»-anstalt) 421,
424
Hartheim b/Linz («Euthanasie»anstalt)
286, 289, 421
Herzogenbusch 481
Hinzert (Sonderlager) 216, 220
- Kemna 90
Klagenfurt 287
Kranichfeld 222
- Laibach 287
Lichtenau 340
Lichtenburg 89, 207-209, 211

Litzmannstadt 216
Loiblpas 287
Lublin 175, 177/178, 181, 216, 220,
230, 232, 234, 379, 481, 539
Maidanek 5, 293
Mauthausen 5, 21, 175, 212, 215, 220,
230, 270, 272, 280, 285-287, 289-
291, 293, 295, 305, 307, 326, 411
Melk 287
Monowitz 347, 350, 352-354, 357 bis
359, 361-364, 556
Moringen (Jugendlager) 85, 89, 207,
216, 220
Natzweiler 175, 212, 215, 220, 23.0,
293, 295, 400, 413, 481, 544
Neuengamme 175, 212, 215, 220, 230,
270, 293, 295, 327, 481
Niederhagen 175, 216, 220
Ohrdruf! 276
Papenburg 89, 207/208, 293
Peggau 286/287
Ravensbrück 5, 175, 212, 215, 220, 233,
235, 238, 273/274, 293, 295, 308,
340, 402, 405, 460, 481, 525, 544
Sachsenburg 88
Sachsenhausen 5, 105, 175, 212, 215,
219-221, 232, 237, 240-242, 245,
256/257, 259/264, 266, 270, 278,
288, 293, 295, 298, 300, 306, 400,
481, 515, 555
Schlier 287
Schlos Lind 287
Schwerte 483
Sonnenburg 89, 207/208
Sonnenstein b/Pirna («Euthanasie»-
Anstalt) 421
Steyr-Münichholz 287
St. Lambrecht 234, 286/287
Stutthof 175, 216, 220, 293, 481
St. Valentin 287
Tannroda 331
Ternberg 287
Theresienstadt 166, 176, 293,460
Tonndorf 483
Treblinka 141, 280/281, 293
Uckermark (Jugendlager) 216
Warschauer Ghetto 26, 140, 196, 280
Wels 287
Westerbork 543
Wien-Neudorf 287
Wien-Neustadt 287
Wien-Schwechat 287

Inhalt

Vorwort zur ersten Auflage	5
Vorwort zur siebenten Auflage	8
Vorbemerkungen	13

I

Urteil der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, Grossbritanniens und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gegen SS, Gestapo und SD wegen Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit	15
Gestapo und SD	17
Die SS	23

II

Dokumente und Berichte über die Finanzierung der SS durch das Monopolkapital	31
«Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft»	33
Spenden von Krupp und IG Farben	39
Der «Freundeskreis» Himmlers	46

III

Dokumente und Berichte über Verbrechen am deutschen Volk ...	55
Die Unterdrückung des deutschen Volkes als Mittel der Kriegsvorbereitung	57
Die Verschärfung des Terrors während des zweiten Weltkrieges	108

IV

Dokumente und Berichte über die Verfolgung und Vernichtung jüdischer Menschen	135
Die Judenverfolgung	137
Die «Kristallnacht»	147
«Die Endlösung der Judenfrage»	155
Die Vernichtung des Warschauer Ghettos	191

V

Dokumente und Berichte über die faschistischen Konzentrationslager	203
Konzentrationslager wurden zuerst in Deutschland eingerichtet	205
«Vernichtung durch Arbeit»	214
Die Lebensbedingungen in den Konzentrationslagern	235
So wurde der Massenmord organisiert	256
Leichenfledderei als Profitquelle	295
Die Organisatoren des Massenmordes.....	304

VI

Dokumente und Berichte über Deportation und Zwangsarbeit	313
Das System der Deportation.....	315
Die Ausbeutung der KZ-Häftlinge und der Kriegsgefangenen durch deutsche Konzerne.....	321

VII

Dokumente und Berichte über Experimente an Menschen und über die planmässige Vernichtung von Geisteskranken	365
Experimente an lebenden Menschen	372
Das Sterilisierungsprogramm der SS	402
Schädel- und Skelettsammlungen	410
Das «Euthanasie»-Programm	419

VIII

Dokumente und Berichte über Verbrechen in den zeitweilig besetzten Gebieten	427
Die Ausplünderung in den zeitweilig besetzten Gebieten	431
Die Ausrottungspolitik der SS	436
Der «Nacht-und-Nebel-Erlass»	476
Die «Taktik der verbrannten Erde»	484

IX

Das Wiedererstehen der SS in Westdeutschland	485
Gemeinsame Erklärung über die Vernichtung des deutschen Militarismus und Faschismus..... ,	487
Der Nürnberger Prozess	489
Der Weg zum klerikal-militaristischen Staat	494
Die wiedererstandene SS	498
Eine Schlammlut nazistischer Literatur	515
Der Fall Eichmann – der Fall Bonn	526
Die Eingliederung der SS in die Bundeswehr	534
Faschisten und Militaristen wieder am Hebel der Macht	539
Anmerkungen	553
Verzeichnis der Abkürzungen	559
Verzeichnis der Personen	563
Verzeichnis der Firmen	573
Verzeichnis der geographischen Namen	577
Verzeichnis der Konzentrationslager und Haftanstalten.....	585

74.-83. Tausend

7., neu bearbeitete und stark verbesserte Auflage

6., unveränderte Auflage (69.-73. Tausend)

erschien 1960 im Kongress-Verlag

Deutscher Militärverlag • Lizenz-Nr. 5

Alle Rechte vorbehalten

Kartendruckgenehmigung des MdI Nr. 836/63

Einband und Schutzumschlag: Herbert Prüget

Kartenzeichnung: Wilhelm Kaufmann

Fotos: Archiv (132), Zentralbild (11), aus Joachim Hellwig / Günther Deicke,

Ein Tagebuch für Anne Frank, Berlin 1959 (3), aus Aller Welt Feind, Berlin

1960 (2), aus Julius Mader, Jagd nach dem Narbengesicht, Berlin 1963 (2)

Lektor: Gerhard Mattig

Korrektor: Ilse Fährdrich

Hersteller: Werner Brieger

Gesamtherstellung: Druckerei Völkerfreundschaft, Dresden 14941